Hertzbergs Anteil

an den

preußisch-österreichischen Verhandlungen 1778/79.

Hertzbergs Anteil

an den

preußisch-österreichischen Verhandlungen 1778/79.

Habilitationsschrift,

der

hohen philosophischen Fakultät der Universität zu Kiel

vorgelegt von

Dr. Adolf Unzer.

Frankfurt am Main.
Reitz & Koehler.
1890.

Druck von Reinhold Baist, Frankfurt a. M.

Inhalt.

Vorliegende Arbeit, welche den Anteil des Ministers von Hertzberg an den Verhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich in der Zeit vom Tode des letzten Kurfürsten von Bayern bis zum Abschluß des Teschener Friedens zum Gegenstand hat, beruht auf den Akten des Geheimen Staats-Archivs zu Berlin. Zum Teil rühren die Aktenstücke von Hertzberg selber her: diese ermöglichen es, unmittelbar festzustellen, in welcher Weise der Minister auf den Gang der Ereignisse einzuwirken gesucht hat; während der andere Teil des benützten Materials zeigt, wie weit es dem Minister gelungen ist, seiner Meinung Geltung zu verschaffen. Vielleicht geht aus der Darstellung hervor, daß dies doch öfter und in höherem Maße der Fall war, als man bisher angenommen hat.

Kiel, Januar 1890.

Das Hinscheiden des Kurfürsten Max Josef von Bayern, des letzten Sprosses der Wilhelminischen Linie des Hauses Wittelsbach (gest. 30. Dezember 1777), kam in Berlin nicht unerwartet. Schon längere Zeit hatte man daselbst die Vorgänge am Hofe Karl Theodors in Mannheim beobachtet und noch ganz kürzlich waren die beiden preußischen Etats- und Cabinetsminister Finckenstein und Hertzberg vom König beauftragt worden, Nachrichten über die Gesinnung und Befähigung des an Stelle des verstorbenen Freiherrn von Bekkers ernannten kurpfälzischen Ministers Freiherrn von Vieregg einzuziehen — da trat das Ereignis ein, das notwendig früher oder später eintreten mußte, und es handelte sich nun darum: in wie weit hatten die Staaten, welche, berechtigt oder unberechtigt, Nutzen ziehen wollten aus dem Erlöschen der bayrischen Linie der Wittelsbacher, ihre Vorbereitungen getroffen?

Zunächst war der Chef der pfälzischen oder Rudolphinischen Linie, Kurfürst Karl Theodor, durch das längst vorbereitete und noch am Tage des Ablebens Max Josefs verkündigte Besitzergreifungspatent und auf Grund der Hausverträge von 1766, 1771 und 1774 Herr der gesamten bayrischen Erbschaft geworden; die zwischen ihm und dem Wiener Hof im Laufe des Jahres 1777 geführten Verhandlungen über Abtretung eines Teils derselben an Oesterreich waren noch nicht zum Abschluß gekommen. Freilich den gesamten, von seinem Vorgänger innegehabten Besitz konnte er nicht beanspruchen, denn die zahlreichen erledigten Reichslehen fielen an das Reich zurück und außerdem hatte die Kurfürstin-Mutter von Sachsen Maria Antonia als Schwester Max Josefs Anspruch auf die Allodialverlassenschaft ihres Bruders. In beiden Fällen wäre indes eine Verständigung mit den Beteiligten zu erzielen gewesen; ein Antrag an die Reichsversammlung auf Uebertragung der seit sechs Jahrhunderten von der bayrischen Linie innegehabten Lehen auf das pfälzische Haus hätte wahrscheinlich die Zustimmung des Reiches und gegen ein ange-

messenes Aequivalent auch die des Kaisers gefunden; und Sachsen hätte sich gewiß mit einer mäßigen Entschädigung an Geld oder Land abfinden lassen. Aber noch bevor Karl Theodor sich in seine Lage gefunden hatte, schloß sein Bevollmächtigter Ritter in Wien am 3. Januar 1778 einen Vertrag ab, der einen großen Teil von Bayern dem Wiener Hofe auslieferte; und der Kurfürst war schwach genug, am 14. Januar diesen Vertrag durch seine Unterschrift zu vollziehen. Die österreichischen Truppen rückten alsbald in Bayern ein, besetzten das vertragsmäßig an die Kaiserin-Königin fallende Gebiet sowie die erledigten Reichslehen und schalteten dort wie im eigenen Hause. Kaiser Josef und der österreichische Staatskanzler hielten die bayrische Erbfolge damit für im Wesentlichen geordnet und beantragten bei der Reichsversammlung, dem Abkommen mit Karl Theodor entsprechend, daß die vacanten Reichslehen an das pfälzische Haus gegeben würden. Ueber die bereits am 10. Januar geltend gemachten sächsischen Ansprüche versprach der Kaiser nach erfolgter Einigung der verschiedenen Allodialerben zu entscheiden, wie es recht und billig sei. In Wien und München wurden sogleich neue Verhandlungen eingeleitet über weitere Tauschgeschäfte, die zwischen Pfalz-Bayern und der Kaiserin-Königin nach dem Grundsatz der beiderseitigen Convenienz stattfinden sollten.

Es ist die Frage, ob Karl Theodor überhaupt in der Lage war, einen Teil der ererbten Besitzungen eigenmächtig zu veräußern, ganz abgesehen davon, daß die erwerbende Partei mehr oder weniger begründete Ansprüche auf den geforderten Gebietsteil erhob. Ohne die Hausverträge von 1771, 1772 und 1774 zwischen Bayern und Kurpfalz hätte wohl nichts dieser Abtretung im Wege gestanden, aber grade diese und besonders der letzte setzten die Unteilbarkeit der beiderseitigen Gebietskomplexe sowie die wechselseitige Vererbung fest, um allen Ansprüchen, die jemals von österreichischer Seite erhoben werden könnten, von vornherein die Aussicht auf Erfolg zu nehmen. Jedenfalls war es ein Bruch der Familienverträge, wenn Karl Theodor ein Stück des Erbes preisgab, — ein Bruch, der allerdings erleichtert wurde dadurch, daß der andere kontrahirende Teil nicht mehr vorhanden war. Darin lag eben die Schwäche dieser Vereinbarungen, daß in dem Augenblick, da sie in Kraft treten sollten, Niemand da war sie zu schützen gegen Verletzung seitens des überlebenden Teiles.

Karl Theodor war gleichfalls der letzte seines Hauses, er hatte keine erbberechtigten Nachkommen. Die gesamte Erbschaft mußte nach seinem Tode an den Herzog von Zweibrücken fallen. Verkleinerte er also sein gegenwärtiges Besitzthum, so schädigte er dadurch mittelbar seinen Nachfolger, denn selbst die geringen Gegenleistungen, die der Kaiser ihm ge-

währte, waren nur persönlich und erloschen mit seinem Tode. Auf die Haltung des Herzogs von Zweibrücken kam also viel an, er allein konnte bei der Reichsversammlung Einspruch erheben gegen die Schmälerung seines Erbes. Gelang es dem Wiener Hofe ihn für den Beitritt zum Januarvertrag zu gewinnen, so blieb der bayrischen Erbfolge gewissermaßen der private Charakter gewahrt, den ihr der Kaiser und der Kurfürst durch das Abkommen gegeben hatten.

Eine allgemeine politische Bedeutung aber erhielt diese Frage, wenn man, sich erhebend über die partikularistische Anschauungsweise der Nächstbeteiligten, sie betrachtete vom Standpunkt des Reichsinteresses, der Sicherheit der einzelnen Glieder des Reichs. Da traten denn schwerwiegende Bedenken hervor. Oesterreichs Macht war im Zunehmen, sie hatte eine bedeutende Vergrößerung bei der polnischen Teilung erfahren; neben der betagten, Frieden und Ruhe liebenden Kaiserin-Königin Maria Theresia stand ihr jugendlich-feuriger Sohn, dessen Ehrgeiz es war, die kaiserliche Macht zu stärken und durch sie sein Haus zum alleingebietenden in Deutschland zu machen. Hierbei trat ihm der gleichfalls mächtig emporstrebende preußische Staat in den Weg; dem großen König, der vom Tage seiner Thronbesteigung an der Gegner Oesterreichs gewesen war, kostete es wenig Ueberwindung als der Beschützer und Verteidiger der Freiheiten der Reichsfürsten aufzutreten, deren Interesse zugleich das seine war. Eine solche Gelegenheit war jetzt gekommen: Preußen durfte die Machterweiterung Oesterreichs nicht dulden; und wer bürgte dafür, daß nicht Karl Theodor bei seinem Tode ganz Bayern dem Wiener Hofe hinterließ? —

Kaum war die Nachricht von Max Josefs Tode in Berlin eingetroffen, so richtete Hertzberg seine ganze Aufmerksamkeit auf die Frage der bayrischen Erbfolge. Gewiß hatte er sich schon vorher mit ihr beschäftigt, aber seine Studien hierüber gewannen jetzt erst praktischen Werth. Am 4. Januar übersandte er dem König unaufgefordert einen Bericht über seine Erkundigungen bei dem Grafen Sacken, der früher in sächsischen Diensten gestanden hatte und 1777 in preußische Dienste getreten war. Diese hatten ergeben, daß die sächsische Regierung bereits seit einiger Zeit die bayrische Succession ins Auge gefaßt hatte, aber mit ihren Ansprüchen von Frankreich an Pfalz gewiesen, vom Fürsten Kaunitz auf spätere Zeiten vertröstet worden war. Die Verhandlungen mit Kurpfalz hatten sich bald wieder zerschlagen, da Karl Theodor als Entschädigung für die auf 35 Millionen Thaler geschätzten sächsischen Allodialansprüche nicht mehr als eine Million bot. Nur insofern hatte die Angelegenheit einen Fortschritt gemacht, als die Erbrechte von der Kurfürstin-Mutter

Maria Antonia auf ihren Sohn, den regierenden Kurfürsten Friedrich August von Sachsen übertragen worden waren. Auch über die wahrscheinlichen Absichten des Wiener Hofes konnte Hertzberg, aus derselben Quelle schöpfend, mancherlei berichten. Um den König in Stand zu setzen, sich ein Urteil zu bilden über die Ansprüche des pfälzischen Hauses auf die bayrische Gesamterbschaft, gab der Minister eine kurze geschichtliche Uebersicht der in Betracht kommenden Verträge. Grundlegend ist danach der zwischen Ludwig dem Bayern und seinem Neffen Pfalzgraf Rudolf 1329 zu Pavia geschlossene Vertrag, der die wechselseitige Erbfolge beider Linien in ihren Gesamtstaaten festsetzte. Ferner bestimmte der Westfälische Friede, daß beim Erlöschen des bayrischen herzoglichen Hauses die pfälzische Linie in der Kurwürde und dem Besitz der Oberpfalz nachfolge, daß daneben aber alle ihre sonstigen Rechte auf die bayrischen Herzogtümer in voller Gültigkeit bleiben sollten, allerdings unbeschadet der Ansprüche der Allodialerben. Hertzberg wußte, daß diese Allodialerbrechte von Sachsen geltend gemacht würden; er vermutete, daß auch die Kaiserin-Königin versuchen werde, dasselbe zu thun. Aber es schien ihm nicht wahrscheinlich, daß der Wiener Hof ohne Berücksichtigung Preußens vorgehen werde; er erwartete vielmehr Eröffnungen, die den Zweck hätten, durch das Angebot einer entsprechenden Gegenleistung Preußens Zustimmung zu erlangen. Da somit sich eine sehr günstige Gelegenheit darbiete, möge der König die Lausitz gegen Anspach und Baireuth eintauschen und dem Kaiser für dessen Einwilligung Bayern bis zur Isar überlassen; die Republik Polen aber müsse dafür, daß sie die Salinen von Krakau mit dem zugehörigen Bezirk bis zum Dunajez von Oesterreich zurückerhalte, Danzig, Thorn und den Obradistrikt an Preußen abtreten. [1])

Schon diese erste Aeußerung Hertzbergs zur bayrischen Erbfolgefrage ist charakteristisch für des Ministers rastloses Streben, Preußen groß und mächtig zu machen; sie zeigt aber auch, daß patriotischer Eifer ihn oft die Grenze des Erreichbaren übersehen und phantastischen Plänen nachjagen ließ. Gewiß wäre die Erwerbung der Lausitz vorteilhaft gewesen und hätte den Werth Schlesiens erhöht, die polnischen Distrikte hätten den Gewinn bei der ersten Teilung Polens in willkommener Weise ergänzt. Auch die Zumuthung, daß der Kaiser in Galizien und Lodomirien Opfer bringe, war nicht ungeheuerlich, denn nicht lange darauf sollen in München und Wien Verhandlungen über den Austausch Bayerns gegen jene Provinzen stattgefunden haben. Aber Hertzberg übersah, daß die

---

[1]) Hertzberg an den König. Berlin, 4. Januar 1778. R. 92. Hertzberg 51. Siehe Beilage No. 1.

Befolgung seines Planes nicht nur Recht und Gesetz, die Reichsverfassung und uralte Verträge verletzen und einen der angesehensten Reichsstände zu Grunde richten, sondern auch und vor Allem, daß sie die Macht und das Uebergewicht Oesterreichs bedrohlich steigern würde.

Eine ausführliche Antwort setzte den Minister von den Absichten seines Herrn in Kenntnis. Friedrich wollte, bevor er Stellung zu der vorliegenden Frage nahm, den Eindruck des Todes Max Josefs auf die europäischen Mächte, besonders auf den Wiener Hof abwarten. Denn daß die Kaiserin-Königin mit angeblichen Rechten und Ansprüchen auf bayerische Gebiete hervortreten werde, hielt er für sicher und er beabsichtigte keineswegs, dieselben von vorn herein für ungültig zu erklären; er war zu Verhandlungen bereit, doch wollte er nicht den ersten Schritt thun; kühl und zurückhaltend beobachtete er den alten Gegner, nach dessen Verhalten er das seine einzurichten gedachte.

Lange Zeit aber konnte vergehen, bevor die gewünschte Klarheit über die österreichischen Pläne eintrat; der Staatskanzler Fürst Kaunitz war nicht der Politiker, der dem Gegner früher als nötig sein Spiel aufdeckte. Während dessen suchte sich der König durch eignes Studium der in Betracht kommenden Verträge über die Rechtsfrage zu unterrichten, er sah eine völlige Neuordnung der Verhältnisse im Reich voraus. Niemand konnte ihm besser das erforderliche Material verschaffen als Hertzberg, und an ihn wandte er sich daher mit der Bitte, ihm diesen Dienst zu erweisen. Soweit die verlangten Aktenstücke überhaupt Bezug hatten auf die bayrische Succession, sandte sie Hertzberg unter Beifügung einer französischen Uebersetzung oder in französischen Auszügen ein. Wo er seiner eignen Kenntniß nicht völlig vertraute, fragte er den Grafen Sacken, der mit den Verhältnissen am sächsischen Hofe bekannt war und hierüber manche Auskunft zu geben vermochte; überdies gehörte der Graf zu der Partei, welche den engen Anschluß Sachsens an Preußen befürwortete.

Inzwischen hatten sich Gerüchte verbreitet, daß Oesterreich und Kurpfalz auf Grund eines Abkommens gemeinsam die bayrische Erbschaft in Besitz nehmen würden. Damit erschien die politische Lage plötzlich in einem ganz anderen Lichte. Bestand wirklich eine solche Vereinbarung, so war vermutlich Frankreich mit den Festsetzungen derselben einverstanden, denn, so argumentirte man, ohne Frankreichs Vorwissen würde Pfalz nie einen so wichtigen Schritt gethan haben; stand aber der Hof von Versailles mit Oesterreich und Kurpfalz im Bunde, so war der Widerstand gegen das geplante Vorgehen in Bayern aussichtslos. Von andrer Seite wurde dagegen behauptet, Frankreich stehe einem solchen Abkommen, wie es früher beabsichtigt gewesen, feindlich gegenüber; und auch das Patent

Karl Theodors, welches die Besitzergreifung der gesamten Erbschaft aussprach, schien alle Gerüchte von einem angeblichen Einverständnis mit Oesterreich Lügen zu strafen.

Nachdem am 8. Januar der sächsische Gesandte Graf Zinzendorff in Berlin eine Denkschrift über die Allodialansprüche seines Hofes überreicht hatte, konnte Hertzberg am folgenden Tage dem König neue Mitteilungen machen. Graf Sacken hatte ihm erzählt, daß Kurpfalz vor zwei Jahren, da Oesterreich ganz maßlose Ansprüche auf bayrische Gebietsteile vorbrachte, Sachsen gegenüber geäußert habe, es sei durch Jülich und Berg des Königs von Preußen sicher; bei diesem Anlaß habe er, Sacken, dem Kurfürsten von Sachsen geraten, wenn er auf keine andere Weise einen bedeutenden Anteil an der bayrischen Erbschaft gewinnen könne, möge er Preußens Unterstützung erkaufen durch Abtretung der Lausitz, die bei der Begehrlichkeit der Oesterreicher ohnehin ein zweifelhafter Besitz sei. Diese Aeußerungen hatten Hertzbergs Phantasie angeregt, das Ergebnis seiner Speculationen trug er nun dem König vor. Vielleicht, so schrieb er, kann man im Verlauf der Krise die preußischen Ansprüche auf Jülich und Berg wieder aufleben lassen. Allerdings hat Preußen 1741 gegen die Garantie Schlesiens darauf zu Gunsten des pfälzischen Hauses verzichtet und im Hubertsburger Frieden die Erneuerung des Vertrags mit Kurpfalz versprochen, letzteres jedoch nur mit der — von Hertzberg eingeschobenen — Clausel, daß die Erneuerung geschehe unter denselben Bedingungen, unter denen die Convention von 1741 geschlossen worden sei. Nun war die Grundlage jener Convention die französische Garantie für Schlesien, diese ist aber im siebenjährigen Kriege gebrochen und seitdem nicht wieder erneuert worden; man kann folglich den Verzicht auf die beiden reichen Herzogtümer für kraftlos und erloschen erklären. Will der König aber in Bayern selbst einschreiten, so bieten die Pläne des Kaisers, von denen der Gesandte in Wien Baron von Riedesel Mitteilung machte, ausreichenden Anlaß. Der Kaiser gedenkt in seiner Eigenschaft als höchster Richter und als Oberhaupt des Reiches Bayern in Sequester zu nehmen; er darf dies aber nicht thun von sich aus und allein mit seinen Haustruppen, sondern muß auf gesetzlichem Wege unter Mitwirkung der Kurfürsten und Fürsten des Reichs vorgehen; handelt er seiner Wahlkapitulation zuwider, so kann der König von Preußen als Wahlfürst und als Garant des Westfälischen Friedens, überdies auf Grund der in Hubertsburg übernommenen besonderen Garantie dieses Friedens und aller Reichsgrundgesetze einschreiten. — Das freilich gab Hertzberg selbst zu, daß seine beiden Pläne an sich auf schwacher Grundlage ruhten und daß ihre Ausführbarkeit am meisten von den Umständen, von der

Geschicklichkeit des Fürsten und von dem dazu bestimmten Machtaufgebot abhänge.[2]) Der König ging auf diese Vorschläge ebenso wenig ein, wie auf die früheren; seine Antwort lautete: „Ihre Gedanken sind zwar recht gut, aber es wird sehr schwierig sein, sie zur Ausführung zu bringen. In einigen Wochen werden wir sehen, welchen Gebrauch wir davon machen können."

Also erst in einigen Wochen hoffte Friedrich die erforderlichen Anhaltspunkte zur Beurteilung der Pläne des Wiener Hofes zu haben; er erwartete die bedeutsamste Aufklärung von der beabsichtigten Deklaration des Fürsten Kaunitz, die, wie er nicht zweifelte, nach Einholung der Meinung des Versailler Hofes verfaßt, gleichzeitig Licht verbreiten werde über Frankreichs Haltung.

Am 20. Januar hatte der König eine Unterredung mit Hertzberg über verschiedene Rechtsfragen, die sich aus der bayrischen Succession ergaben, insbesondere über die Gültigkeit der Westfälischen Friedensbestimmungen und über die böhmischen Lehen in der Oberpfalz, deren Rückfall nach dem Aussterben der bayrischen Linie Maria Theresia als Königin von Böhmen behauptete. Zwei Tage später übersandte der Minister eine ausführliche „Denkschrift über die Nachfolge in den Lehensgütern der böhmischen Krone in der Oberpfalz nach dem Tode des letzten Kurfürsten von Bayern", worin er nachwies, daß diese Lehen nicht als erledigt anzusehen seien, sondern nach dem Wortlaut des Münster'schen Friedensvertrags mit der Oberpfalz zusammen an die pfälzische Linie fallen müßten, und daß sie ursprünglich die von den Vorfahren des Hauses Oesterreich an Bayern gegebene Entschädigung für die Mark Brandenburg gebildet hätten.[3]) Friedrich war mit diesen Ausführungen einverstanden, er sandte sie an Riedesel mit dem Befehl, dem Staatskanzler davon Kenntniß zu geben.

Offenbar beabsichtigte Hertzberg durch seine Darlegung den König zu einer rascheren Entschließung über das einzuschlagende Verfahren zu veranlassen; ob er aber ein bewaffnetes Einschreiten wünschte, wie es seines Collegen Worte vermuten lassen, ist fraglich. Es mag wohl der Ausdruck der Finckenstein eigenen Aengstlichkeit gewesen sein, wenn er an Hertzberg schrieb: „Die bloße Ueberlassung der böhmischen Lehen durch den Kurfürsten von der Pfalz an den Wiener Hof kann, meiner Ansicht

---

[2]) Hertzberg an den König. Berlin, 9. Januar 1778. R. 92. Hertzberg 51. Siehe Beilage No. 2.

[3]) Mémoire sur la Succession aux fiefs de la Couronne de Bohême dans le Haut-Palatinat, après la mort du dernier Electeur de Bavière, décédé le 30. Décembre 1777. R. XI. Bayern 29.

nach, keinen Grund für den Krieg bieten; wenn überhaupt ein gerechter und erfolgreicher Krieg geführt werden soll, muß eine der betheiligten Parteien unsre Hülfe anrufen; sonst ist es ein gewagtes Spiel und der König müßte wahrscheinlich allein den Einsatz halten."

Friedrich hatte nichts versäumt, was geeignet sein konnte, ihn möglichst früh von den Absichten Oesterreichs, von der Haltung Frankreichs in Kenntnis zu setzen und ihm Anlaß zu bieten, selbst bei der Entscheidung über die bayrische Erbfolge mitzuwirken. Graf Eustach von Goertz, der aus weimarischem Dienste eben in den Preußens getreten war, weilte schon in München mit dem Auftrag, Karl Theodor zum Rücktritt von dem mit Oesterreich geschlossenen Vertrage zu bewegen; glückte dies nicht, so sollte er wenigstens den Nachfolger desselben, den Herzog von Zweibrücken, zum Einspruch gegen die ohne seine Teilnahme getroffenen Abmachungen veranlassen. Der preußische Gesandte in Paris, Freiherr von Goltz, hatte Weisung erhalten, mit möglichster Beschleunigung über die Stimmung des Versailler Cabinets zu berichten.

Nun kamen die Nachrichten von dem ungehinderten Einmarsch der österreichischen Truppen in Bayern, von dem Rückzug der bayrischen Besatzungen, von der Einsetzung österreichischer Commissare in dem besetzten Gebiet. Bestanden noch Zweifel an dem Vorhandensein eines pfälzisch-österreichischen Einverständnisses, so mußten sie vor diesen Thatsachen schwinden.

Am 26. Januar traf mit einer Depesche Riedesels die erste Aeußerung des Wiener Hofes zur bayrischen Erbfolgefrage in Berlin ein; es war die Declaration, welche der Staatskanzler den Vertretern der fremden Mächte in Wien hatte zugehen lassen, um die erfolgte Besitzergreifung eines Teiles von Bayern anzuzeigen und zu rechtfertigen. [4])

Mit der Beantwortung dieser Kundgebung wurde Hertzberg betraut; vorerst sollte er nur einen Entwurf anfertigen, da man die Ankunft der Antwort Frankreichs auf die preußischen Vorstellungen über das rechtswidrige Vorgehen Oesterreichs abwarten und nach deren Inhalt die Fassung der preußischen Note einrichten wollte. In höflichen und gemessenen Ausdrücken sollte sie die Gewaltsamkeit des österreichischen Verfahrens, das sich auf schwache und haltlose Ansprüche stütze, sowie die Unmöglichkeit der Zustimmung zu diesem, die Reichsverfassung verletzenden Vorgehen darlegen. Daß damit nicht viel gewonnen werde, sah der König ein, aber er wünschte zunächst nur die Anknüpfung von Verhandlungen, die er dann durch immer neue Schwierigkeiten in die Länge zu ziehen

---

[4]) Gedruckt in Hertzbergs Recueil de déductions ꝛc. II, 54.

gedachte, bis die günstige Jahreszeit ihm gestatten würde, im Hinblick auf sein allezeit kriegsbereites Heer eine kräftige Sprache zu führen, selbst auf die Gefahr des offenen Bruches hin. Seine Stellung zu Oesterreichs Vorgehen kennzeichnet er kurz darauf seinem Bruder Heinrich gegenüber mit den Worten: „Es handelt sich hierbei nicht um Erwerbungen oder Vergrößerung, sondern darum, endlich einmal den österreichischen Ehrgeiz zu zügeln, damit seine Macht nicht zum Despotismus im Reiche werde, was unser größter Schade sein würde. Daher werde ich auch alle Vorschläge zu Erwerbungen, die sie mir machen, welche es auch sein mögen, ohne Unterschied zurückweisen, entschlossen, das Schwert erst dann in die Scheide zu stecken, wenn sie Alles herausgegeben, was sie unrechtmäßig sich angeeignet haben." [5])

Am 27. Januar forderte er durch eine Cabinetsordre die beiden Minister auf, angesichts der immer weiter greifenden Habgier des Kaisers gemeinsam mit ihm über Mittel und Wege zu beraten, um jenem Vordringen Schranken zu setzen und die Satzungen der Reichsverfassung zu beschützen; sie sollten sich deshalb am folgenden Tage in Potsdam einfinden.

Hertzberg hatte inzwischen den Entwurf der preußischen Antwortnote angefertigt und mit Finckenstein durchberaten, derselbe ging noch am 27. in Begleitung eines gemeinsamen Berichts der Minister nach Potsdam ab. Gleichzeitig sandte Hertzberg einen Sonderbericht an den König, in dem er zwei neue Pläne vorlegte. Da der Wiener Hof wohl kaum seine Beute so rasch fahren lassen werde, der Kurfürst von der Pfalz aber zu schwach sei, um als Rückhalt für eine preußische Intervention zu dienen, komme es darauf an, sich Sachsens zu versichern durch einen Vertrag, der den Kurfürsten gegen Sicherstellung seiner Ansprüche an die bayrische Verlassenschaft verpflichtet, die preußischen Absichten zu fördern und seine Truppen sowie die festen Plätze dem König von Preußen zur Verfügung zu stellen. Denn allein die Sache Sachsens könne Preußen ein Recht zur Einmischung in die Succession verschaffen. Und angesichts der Bedeutung der russischen Hülfe, die beim Ausbruch des drohenden Türkenkrieges gewiß ausbleiben werde, riet der Minister, die türkischen Staatsmänner durch Bestechung zur Nachgiebigkeit gegen Rußland zu veranlassen.[6])

---

[5]) Der König an Finckenstein. Potsdam, 26. Januar 1778. R. XI. Bayern 25. — Friedrich an den Pr. Heinrich, 16. Februar, gedr. Schoening, der Bayerische Erbfolgekrieg, Correspondenz 2c. S. 16.

[6]) Hertzberg an den König. Berlin, 27. Januar 1778. R. 96. 201. A. Siehe Beilage No. 3.

Beide Gedanken fanden nicht den Beifall Friedrichs; dem ersten stellte er die Behauptung entgegen, daß die Sachsen stets auf der Seite des Wiener Hofes gestanden hätten, den zweiten lehnte er kurz ab mit dem Bemerken, die Bestechung der Türken sei Sache der Russen. Wenige Monate später ist trotzdem Hertzbergs Plan der Verbindung mit Sachsen in vollem Umfange verwirklicht.

Tags darauf fand in Potsdam die Beratung des Königs mit den Ministern statt; Hertzbergs Entwurf für die preußische Antwort erhielt nach Kürzung des Abschnitts über die böhmischen Lehen die königliche Genehmigung. Ueber die weiteren Besprechungen an diesem Tage liegen keine Angaben vor; doch ist anzunehmen, daß die preußische Politik nach allen Richtungen hin erwogen und das Verhalten für die nächste Zeit festgestellt wurde. Dafür spricht der Umstand, daß ein Immediatschreiben an Goltz in Paris zur Begleitung der Antwortnote im Entwurf von Hertzbergs Hand, datirt Potsdam, 30. Januar (wohl dem nächsten Posttag) vorliegt. Bei dieser Gelegenheit erhielt auch Hertzberg die ablehnende Antwort auf seine Vorschläge. Von dem Ergebnis der Beratungen setzte Finckenstein nach seiner Rückkehr auf Befehl des Königs den Prinzen Heinrich in Kenntnis, der von da ab über alle politischen Vorgänge unterrichtet wurde.

Der Vorschlag eine Verständigung mit Sachsen zu suchen schien nach genauerer Ueberlegung dem König doch der Beachtung wert zu sein, zumal da auch Prinz Heinrich sich schon vorher in diesem Sinne geäußert hatte. Am letzten Januar übergab Finckenstein dem sächsischen Gesandten Grafen Zinzendorff die von Hertzberg entworfene Antwort auf die Mitteilungen des Dresdener Hofes. Der König erklärte sich darin bereit, den Kurfürsten mit Rat und That und mit allen Mitteln, über die man sich vereinbaren werde, zu unterstützen in der Geltendmachung seiner Ansprüche und versprach Beistand zur Erlangung einer billigen Entschädigung. Dagegen sollte der Kurfürst schriftlich versichern, daß er in dieser ganzen Angelegenheit nur gemeinsam mit dem König zu Werke gehen und keine Sonderverhandlungen anknüpfen werde. Der König gab ferner Sachsen den Rat, sich an den Hof von Versailles zu wenden und dessen Hülfe als Garant des Westfälischen Friedens anzurufen.

Wiederholt äußerte Friedrich in jener kritischen Zeit, daß er keine Neigung habe, ungerufen als Beschützer der deutschen Freiheiten aufzutreten. Er kannte die Schwäche der Reichsfürsten und fürchtete im Stiche gelassen zu werden, wenn er sich freiwillig zu ihrem Schutz erbiete; er wartete deshalb auf die Stellungnahme der Stände zu dem österreichischen Vorgehen. Sobald sie Einspruch erhoben gegen das verfassungswidrige

Verfahren des Kaisers, war er bereit seinen ganzen Einfluß, seine Machtstellung zu ihren Gunsten in die Wagschale zu werfen. Von der Action auf dem Reichstage versprach er sich wenig, sie konnte sich nur in Deductionen der beiden Parteien bewegen, ein Oesterreich ungünstiger Beschluß der Versammlung war wegen des überwiegenden Einflusses der katholischen Stände nicht zu erwarten. Er ließ zwar lange Abhandlungen über die Erbfolge verfassen und durch seinen Gesandten, den Freiherrn von Schwartzenau, den versammelten Ständen vortragen; aber die Entscheidung über das Schicksal Bayerns lag nicht in Regensburg, sondern in Wien und Berlin, in Paris und St. Petersburg.

Wenn über Oesterreichs Pläne das Rundschreiben des Staatskanzlers wenigstens einiges Licht verbreitet hatte, so blieben die Absichten und Ansichten des französischen Hofes für König Friedrich noch in Dunkel gehüllt. Die Depeschen von Goltz meldeten, daß Maurepas und Vergennes zwar das Vorhandensein einer Abmachung zwischen Versailles und Wien in Abrede stellten und die Offenheit des Königs von Preußen ihnen gegenüber lobend anerkannten, in Betreff der österreichischen Absichten auf Bayern aber sich ihr Urteil noch vorbehielten, da bei dem Mangel an zuverlässigen Nachrichten das Erkennen des Sachverhalts vorläufig nicht möglich sei. Der König wünsche indes, daß der Friede in Deutschland erhalten bleibe.

Die Antwort Friedrichs, offenbar bestimmt, den französischen Ministern vorgelegt zu werden, ist eine seiner kraftvollsten Aeußerungen aus jener Zeit. Unbegreiflich erscheint es ihm, wie man in Versailles bei solchen Vorgängen so gleichgültig bleiben und noch von friedlichen Neigungen sprechen könne. Wo bleibe denn die Garantie des Westfälischen Friedens, die Frankreich übernommen habe; was werde aus der kaiserlichen Wahlkapitulation, der Verfassung des Reichs, der Sicherheit der Stände? Die Erbfolge in Anspach und Baireuth, von deren Regelung man spreche, sei klar wie der Tag. Es handele sich darum, den Kaiser in seine Schranken zurückzuweisen; wenn Frankreich dafür einen friedlichen Weg zeigen könne, werde man ihn gerne einschlagen. — Das Wenigste, was er von dem Versailler Hof verlangte, war Neutralität; Goltz wurde beauftragt sich Gewißheit zu verschaffen, ob Friedrich darauf rechnen könne oder ob nicht etwa doch Hoffnung vorhanden sei, daß Frankreich für Preußens Interesse eintrete und so die Grundlage zu einer russisch-preußisch-französischen Allianz und zur Anbahnung eines dauernden Ruhezustandes in Europa schaffe. Den ersten Beweis des Entgegenkommens konnte es geben, wenn es die Bemühungen des Grafen Goertz unterstützte und den Herzog von Zweibrücken zum Einspruch gegen die Schmälerung seines Erbes veranlaßte.

Hertzberg hatte inzwischen Material zu einer Denkschrift gesammelt, deren erster Entwurf als Instruktion für den in außerordentlicher Sendung nach Petersburg bestimmten Oberst Baron von Cocceji angefertigt wurde und das höchste Lob des Königs erntete. Dann arbeitete er diese „Gedrängte Darlegung der Nachfolge des Kurfürsten von Bayern“ weiter aus, so daß sie die ganze Streitfrage klarlegte und 'erschöpfte. Dieses Aktenstück ging am 10. Februar an Solms, Riedesel, Thulemeier im Haag und Schwartzenau in Regensburg ab mit dem Befehl, es nicht zu veröffentlichen, sondern nur zu eigener Belehrung zu verwenden; allein Panin, der Leiter der russischen Politik, sollte es erhalten, denn grade in Petersburg versprach sich Friedrich von dieser Darlegung des Sachverhalts großen Erfolg. Die Nachrichten des Grafen Solms eröffneten damals Aussicht, daß Rußland seine vertragsmäßige Truppenhülfe im Kriegsfall gewähren werde, und diese günstige Stimmung galt es zu erhalten und zu fördern. Aber der König triumphirte zu früh, wenn er die politische Berechnung des Fürsten Kaunitz im Geiste bereits fehlgeschlagen sah. Nun, da er wieder einmal hoffnungsvoll in die Zukunft blickte, gab er seinen Ministern den Befehl, nicht mehr sich damit zu begnügen, die an der Succession unmittelbar Beteiligten zum Protest gegen Bayerns Vergewaltigung zu vermögen, sondern auch an der Herstellung eines Einvernehmens mit Hannover, Hessen-Cassel, Braunschweig und allen anderen gutgesinnten Reichsständen zu arbeiten, um gemeinsam mit diesen in Regensburg dem Despotismus des Wiener Hofes entgegen zu treten.

Bald aber gewann er die Ueberzeugung, daß am Ende doch die Waffen entscheiden müßten. Wenn ihm bisher Zweifel aufgetaucht waren, ob der Wiener Hof es so weit werde kommen lassen, so schwanden diese, da er von den Rüstungen des Kaisers vernahm, und er begann nun auch seinerseits Vorbereitungen zu treffen. Ein günstiger Zufall für Oesterreich war es, daß es seinen Intriguen in Constantinopel grade jetzt gelang, den Ausbruch des Krieges zwischen Rußland und den Türken scheinbar unvermeidlich zu machen, trotz der Bemühungen Frankreichs sowohl in Petersburg als bei der Pforte, die Gemüter zu beruhigen.

Mitte Februar trafen Nachrichten von Goltz aus Paris ein, daß die preußische Anschauung von der Unrechtmäßigkeit der österreichischen Besitzergreifung Bayerns von den französischen Ministern geteilt würde. Nun konnte Friedrich wieder hoffen, daß Frankreich schließlich doch gemeinsame Sache mit ihm machen werde, und hierin stimmte er überein mit seinem Bruder, der erklärte, daß die engste Verbindung mit dem Hofe Ludwigs XVI. für Preußen eine politische Nothwendigkeit sei. Allerdings von einem Kriege gegen Oesterreich wollte Prinz Heinrich nichts hören; er war

überzeugt, daß es zu einer Verständigung kommen, ja, daß schon die nächste Kundgebung des Wiener Hofes die Wege dazu ebnen werde.

Gespannt und mit den verschiedensten Gefühlen sah man in Berlin der Erwiderung auf die am 9. Februar dem Staatskanzler übergebene Note entgegen. Es scheint, als ob auch Hertzberg sich die Anbahnung einer Verhandlung von der erwarteten österreichischen Kundgebung versprochen hätte. Am 19. Februar richteten die Minister einen Bericht, der nach Inhalt und Form unzweifelhaft von Hertzberg herrührt, an den König. Sie meldeten, daß, den erhaltenen Befehlen entsprechend, die nötigen Vorbereitungen getroffen seien, um die Reichsfürsten zu gemeinsamem Vorgehen in Regensburg anzuregen; sie wollten indes, bevor sie einen Schritt ausführten, der von größtem Einfluß auf den Gang der Ereignisse sein werde, einen allgemeinen Plan zur Genehmigung vorlegen. Die Antwort des Wiener Hofes sollte den Ausgangspunkt für das weitere Verfahren bilden. War sie ablehnend oder ausweichend, so konnte der König der Reichsversammlung den Schriftwechsel über die bayrische Frage übermitteln, ihr die Anmaßung des Kaisers und der Kaiserin-Königin vorstellen und die Stände des Reichs auffordern, vereint mit ihm den Kaiser zu ersuchen, daß er die Beschwerden abstelle, das Herzogtum Bayern in den früheren Zustand zurückführe und die Erbschaftsangelegenheit auf der Reichsversammlung oder auf einem Congreß den Satzungen des Reichs gemäß ordne. Eine Erklärung dieses Inhalts sollte dem Baron Schwartzenau zugehen, gleichzeitig aber durch Rundschreiben den hervorragenden protestantischen Ständen mitgetheilt werden, um sich ihrer Zustimmung zu versichern; in Versailles und Stockholm sollte bei ihrer Ueberreichung die Hoffnung auf Erfüllung der Garantie des Westfälischen Friedensvertrages ausgesprochen werden. Eine besondere Vereinbarung war alsdann noch erforderlich mit dem Kurfürsten von Sachsen, dem Herzog von Zweibrücken und den Herzögen von Mecklenburg, damit sie ihre Ansprüche dem Reiche vorlegten und die Garantie Preußens, Schwedens, Frankreichs und des Reichs anriefen.[7]) — Der Vorschlag, die Wiener Antwort abzuwarten, scheint den Beifall des Königs nicht gefunden zu haben, denn schon am 21. Februar, zwei Tage vor deren Ankunft, gingen nach Hannover, Cassel und Braunschweig gleichlautende Ministerialschreiben ab mit der Aufforderung, Preußen am Reichstage zu unterstützen.

Am 23. Februar langte die erwartete Note in Potsdam an zugleich

---

[7]) Finckenstein und Hertzberg an den König. Berlin, 19. Februar 1778. Entw. nur mit H.'s Unterschrift. R. 92, Hertzberg 51. Siehe Beilage No. 4.

mit der Relation Riedesels vom 18. Noch am Tage zuvor hatte der König, voll Ungeduld, dem Gesandten Befehl erteilt, mit Entschiedenheit auf rasche Antwort zu dringen, aber schon war dem österreichischen Vertreter in Berlin der Inhalt derselben bekannt und er teilte dem Grafen Finckenstein mit, daß sie begründete Aussicht auf das Zustandekommen einer Unterhandlung eröffne. Friedrich schickte die Note[8]) sofort an das Cabinetsministerium mit der Weisung eine Entgegnung anzufertigen; die wichtigsten Gründe, welche sich gegen die österreichischen Ansprüche geltend machen ließen, sollten aber noch nicht vorgebracht, sondern für die Zeit vollständigen Einvernehmens mit Frankreich aufgespart werden. Vor der endgültigen Abfassung wollte er die Denkschrift mit den Ministern prüfen, allzustarke Ausdrücke durch höflichere ersetzen, und so sie vollständig seinen eigenen Ideen entsprechend gestalten; er empfahl zu dieser schwierigen Arbeit die größte Aufmerksamkeit.

Finckenstein war verwundert, in der Wiener Antwort wenig zu finden von dem Entgegenkommen, das Cobenzl als das Merkmal jenes Aktenstückes bezeichnet hatte; er schrieb an seinen Collegen, der Ton der Note zeige nichts von der angekündigten Friedensliebe, der Inhalt sei eine Anhäufung von Trugschlüssen, die sich leicht widerlegen ließen. Aber die Rücksicht auf Frankreich gebiete Mäßigung in der anbefohlenen Gegenschrift.

Am 25. Mittags hatte Hertzberg nach angestrengter Arbeit den Entwurf zur preußischen Erwiderung fertiggestellt, tags darauf legten ihn die Minister persönlich in Potsdam vor. Die Aenderungen Friedrichs waren von geringem Umfang und noch an demselben Tage konnte eine Abschrift der Note[9]) an Goltz nach Paris abgehen, der durch eine von Hertzberg auf Befehl verfaßte Weisung beauftragt wurde, sämtliche Aktenstücke dem französischen Cabinet vorzulegen.

Aber Friedrichs gute Meinung von der Haltung Frankreichs schlug bald wieder um. Noch am 5. März schrieb er an Finckenstein, die Ableugnung des Einverständnisses mit dem Wiener Hof gebe ihm Hoffnung auf französische Unterstützung und der Minister antwortete, in dem unlöslichen Widerspruch der ankommenden Nachrichten sei das Einvernehmen mit dem Allerchristlichsten König der einzige feste Punkt; am 7. aber schon klagte Friedrich, daß man in Versailles zögere sich offen zu erklären und das Fehlen der Antwort aus Wien vorschütze, er schien sogar besorgt, die

---

[8]) Kaunitz an Riedesel. Wien, 16. Februar 1778. Gedruckt in Hertzbergs Recueil II, 57—62.

[9]) Preußische Note an den Wiener Hof, von Riedesel übergeben 9. März, gedruckt Recueil II, 62—69.

beiden Höfe könnten im Geheimen einig sein und suchten ihn nur zu täuschen. Denn immer mehr wurde es ihm zur Gewißheit, daß es zum Kampfe kommen werde.

Unter diesen Umständen war es von Bedeutung sich die Unterstützung Sachsens zu sichern. Kurfürst Friedrich August hatte das Versprechen gemeinsamen Vorgehens mit Preußen gehalten, der Dresdener Hof hatte bisher alle Aktenstücke, die sich auf die Erbangelegenheit bezogen, in Berlin mitgeteilt und dadurch sein Vertrauen kundgegeben. Die Unterhandlung mit Kurpfalz über das Allodium hatte den Gegensatz der beiden Staaten nur verschärft und der Kurfürst von Sachsen war im Begriff, bei dem Wiener Hofe einen Congreß aller an der bayrischen Succession Beteiligten in Vorschlag zu bringen. Trotz der Offenheit der sächsischen Regierung blieb Friedrich mißtrauisch und das Gerücht, daß der Kurfürst sich im Kriegsfalle für Oesterreich erklären werde, schien ihm nicht unglaubwürdig. Er berief den Grafen Sacken nach Potsdam, um mit ihm die Lage zu besprechen. Wahrscheinlich riet Sacken, mit dem Dresdener Hof in nähere Verbindung zum Zweck gemeinsamen militärischen Vorgehens zu treten, wie es die preußische Erklärung vom 31. Januar in Aussicht genommen hatte. Wenige Tage später erhielt Finckenstein den Auftrag, Sackens Meinung zu erfragen, ob man sofort die Verhandlungen in Dresden anknüpfen oder bis zum Beginn der militärischen Bewegungen warten solle; vielleicht machte die sächsische Anfrage über die Zweckmäßigkeit des Congreßvorschlags rasches Handeln wünschenswert. Sacken war für unverzüglichen Eintritt in geheime Beratungen zum Abschluß einer Convention, und nun erhielten die Minister Befehl, die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Finckenstein übernahm die Anfertigung der Instruction für den Gesandten von Alvensleben, Hertzberg entwarf nach Sackens Rat die Convention. Nach einer Besprechung des Königs mit den Ministern am 14. in Potsdam gingen diese Papiere mit der Vollmacht für Alvensleben und einem eigenhändigen Brief des Königs an den Kurfürsten nach Dresden ab. Bereits am 18. konnte der Gesandte die von ihm und dem sächsischen Minister Stutterheim unterzeichnete Convention nach Berlin senden; sie war wörtlich nach dem Entwurf mit einem kleinen Zusatz des preußischen Bevollmächtigten angenommen worden. Durch sie verpflichtete sich der König, alle Mittel, vornehmlich das der Unterhandlung, anzuwenden, um die bayrische Erbschaftsangelegenheit in den Zustand zurück zu führen, in dem sie bei Max Josefs Tod war, und dem Kurfürsten von Sachsen den ihm als Allodialerben zukommenden Teil der Erbschaft zu verschaffen. Der Kurfürst versprach dagegen, im Einvernehmen mit dem König bei dem Reichstage, am kaiserlichen Hofe und wo sonst erfor-

derlich zu diesem Zweck Schritte zu thun und keine Sonderverhandlungen ohne Vorwissen und Beteiligung des Verbündeten zu führen. Sollte eine friedliche Vereinbarung mit dem Wiener Hofe nicht zu Stande kommen, so verpflichteten sich beide Teile zu gegenseitigem Beistand mit allen Kräften, nicht nur zur Verteidigung, sondern auch zur Erlangung der einem jeden schuldigen Genugthuung. Um für diesen Fall vorbereitet zu sein, wurden weitere Vereinbarungen in Aussicht genommen und bestimmt, daß jede Partei sofort die nötigen Schutzmaßregeln ergreife.

Da die Nachrichten aus Frankreich erkennen ließen, daß diese Macht die Garantie des Westfälischen Friedens nicht ernst nehmen und sich auf die Empfehlung freundschaftlichen Uebereinkommens beschränken werde, richtete der König sein Augenmerk wieder mehr als bisher auf Rußland. Es verdient Beachtung, daß keine Aeußerung Hertzbergs zu Gunsten eines Zusammengehens mit Frankreich vorliegt; er riet, die Empfindlichkeit des Versailler Hofs zu schonen oder sich desselben zu bedienen, nie aber wies er ihm die Stellung an, in welcher sein Herr und Finckenstein ihn gerne gesehen hätten. Dagegen befürwortete er stets das Zusammengehen mit Rußland. Die Aussichten waren grade günstig, denn scheinbar lag die Entscheidung über Krieg oder Frieden mit den Türken in Petersburg. Es schien nicht glaublich, daß die Kaiserin Katharina dem Khan der Krim'schen Tataren zu Liebe die Gelegenheit versäumen werde, die Rolle als Beschützerin der deutschen Fürsten zu spielen, einzutreten für das kraft- und machtlos gewordene Schweden in die Stellung als Garant des Westfälischen Friedens und der deutschen Reichsverfassung. Katharina war in der That nicht abgeneigt, die Rolle zu übernehmen, zu der sie des Kurfürsten von Sachsen Schreiben berief, aber sie forderte, daß noch andere Fürsten ihren Beistand erbäten. Finckenstein und Hertzberg schlugen dem König vor, zunächst die Mecklenburgischen Herzöge als Beteiligte zur Anrufung der Kaiserin zu bestimmen, und da die Antworten der protestantischen Fürsten auf Preußens Aufforderung zu gemeinsamen Vorgehen in Regensburg günstig gelautet hätten, solle Solms der russischen Regierung vorstellen, daß ganz Deutschland auf Seiten des Königs stehe, und in Katharina den Gedanken wach halten, die Garantie der Reichsverfassung zu übernehmen. Friedrich stimmte zu und ermächtigte die Minister zum Erlaß der erforderlichen Weisungen für Solms. Von den protestantischen Ständen mit Ausnahme Hannovers, das zu schwanken schien, erhoffte er bestimmt Unterstützung, er wollte jetzt auch die katholischen zum Anschluß auffordern, um die Zahl seiner Anhänger zu vergrößern und dadurch noch mehr Eindruck in Rußland zu machen.

Sachsen war für Preußen gewonnen, es galt nun auch sich des

Herzogs von Zweibrücken zu versichern. Dieser Fürst hatte zwar in Regensburg gegen die österreichische Okkupation bayrischer Gebiete protestirt, aber der Wiener Hof ließ kein Mittel unversucht, ihn umzustimmen und zur Annahme des Januarvertrages zu bewegen. Die Gefahr, daß der in steter Geldverlegenheit befindliche Hof zu Zweibrücken sich durch glänzende Anerbietungen auf Oesterreichs Seite hinüberziehen lassen werde, war groß. Hertzberg riet deshalb, mit dem Herzog eine ähnliche Convention wie mit dem Kurfürsten von Sachsen zu schließen; wenn man auch die pfälzisch-bayerischen Familienverträge nicht garantiren konnte, da sie mit den Rechten Sachsens kollidirten und da überdies Preußen in Betreff Jülichs und Bergs freie Hand behalten sollte, so möchte doch der König versprechen, „daß er niemals die Interessen des Herzogs preisgeben, vielmehr alle Mittel anwenden werde, die bayrische Erbfolge den Bestimmungen des Westfälischen Friedens gemäß und nach den Ansprüchen des pfälzischen Hauses zu ordnen, und daß er alsdann den neuerworbenen Besitz garantiren werde.“ Gegen diese Garantieakte müsse sich der Herzog verbindlich machen, die Zerstückelung Bayerns nicht anzuerkennen, vielmehr in Uebereinstimmung mit Preußen zu handeln und in seiner bisherigen Haltung zu verharren. Hertzberg glaubte, daß Goertz ohne Schwierigkeit die Unterzeichnung der Convention erreichen werde.[10])

Diese Gedanken waren nicht neu, denn Goertz hatte sie bereits ausgesprochen und der König ihre Verwirklichung nur verzögert, weil er ohne Zustimmung Frankreichs dem Herzog die Garantie nicht leisten wollte. Noch am 20. März hatten die Minister den Grafen Goertz angewiesen, er solle dem Herzog versichern, daß er unter allen Umständen auf den Schutz des Königs rechnen könne, doch müsse in Betreff der gewünschten Garantie erst die Antwort aus Versailles abgewartet werden. Es ist möglich, daß in den nächsten Tagen bei Hertzberg private Nachrichten einliefen, welche die Gefahr einer Schwenkung des Zweibrücker Hofs größer erscheinen ließen, als man bis dahin geglaubt: jedenfalls hatte sein Drängen Erfolg, der König genehmigte den Vorschlag und am 25. bereits ging der Entwurf für die Garantieakte, die Vollmacht zum Abschluß der Convention und die neue Instruction für Goertz nach Potsdam zur Erlangung der königlichen Unterschrift ab. Schon vorher hatte Goertz Befehl erhalten, den Herzog zur Anrufung der russischen Unterstützung aufzufordern; am 1. April drückte Friedrich dem geschickten Unterhändler

---

[10]) Hertzberg an den König. Berlin, 23. März 1778. R. 96. 201 A. Siehe Beilage No. 5.

seine Genugthuung aus über den erreichten Erfolg: der Brief des Herzogs an die Kaiserin Katharina war bereits unterwegs.

Gegen Ende März schien die politische Lage äußerst kritisch. Der König glaubte, der Kaiser beabsichtige, plötzlich in Sachsen einzufallen und dem noch nicht kampfbereiten preußischen Heere entgegen zu treten, um durch eine siegreiche Schlacht Preußens Zustimmung zu seinen Plänen zu erzwingen. Er vermutete, daß der Wiener Hof die letzte preußische Note mit der Kriegserklärung beantworten werde und gab Finckenstein Befehl, eilig Stoff zu einem Gegenmanifest zu sammeln. Der Oberst von Zegelin ging in geheimer Sendung nach Dresden, um mit dem sächsischen General von Bennigsen die zu treffenden militärischen Vorkehrungen und den Operationsplan zu vereinbaren. Die Lage klärte sich noch mehr, als die Nachricht von der Abreise des englischen Gesandten in Paris, Lord Stormont, und dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Frankreich eintraf. Damit schwand die Aussicht auf Beteiligung des Versailler Hofes an der Ordnung der deutschen Angelegenheiten völlig und Oesterreich brauchte nicht mehr zu fürchten, durch seine Verbündeten in der Verfolgung seiner Ziele gehindert zu werden.

Am 30. März sandte Hertzberg einige Vorschläge nach Potsdam, die sich mit dem Schutz der niederrheinischen Besitzungen Preußens beschäftigten. Es kam in dem bevorstehenden Kampfe, der die Entscheidung über Oesterreichs Vorherrschaft in Deutschland bringen mußte, dem König darauf an, mit einer möglichst großen Truppenmacht dem Feinde entgegen zu treten. Den größten Teil seiner Staaten konnte er ohne Gefahr von Besatzungen entblößen, doch seine Gebietsteile am Niederrhein, besonders die Festung Wesel, waren bedroht durch die in den Niederlanden stehenden österreichischen, vielleicht auch durch die in Jülich befindlichen pfälzischen Truppen. Er wandte sich zuerst an Hessen-Darmstadt, um einige Bataillone zur Besetzung von Wesel zu erhalten, doch stellte der Landgraf so lästige Bedingungen, daß man auf seine Unterstützung verzichtete. Dann verhandelte er mit dem Herzog von Mecklenburg-Schwerin und dem Grafen von Lippe-Bückeburg, schließlich wollte er versuchen, von Hannover ein paar Tausend Mann zu erhalten. Nun erinnerte sich Hertzberg einer Unterredung, die er vor mehreren Jahren mit dem Landgrafen von Hessen-Cassel gehabt hatte. Dieser Fürst hatte damals die Hoffnung ausgesprochen, der König werde im Fall eines Kriegs ihm ein Kommando geben. Freilich habe er jetzt den Vorschlag auf Ueberlassung einiger Bataillone abgewiesen unter dem Vorwand, alle seine Streitkräfte nach Amerika geschickt zu haben. Trotzdem versichere man, daß ihm noch

3 Bataillone Garde, 2 oder gar 4 Garnisonbataillone und 5 Regimenter Reiterei zur Verfügung ständen. Der König möge den Versuch machen, den Landgrafen in sein Interesse zu ziehen durch Verleihung des Oberbefehls über ein aus den landgräflichen und sonstigen Mietstruppen sowie aus zwei preußischen Bataillonen bestehendes Corps, das sich bei Wesel zu versammeln hätte, ferner durch das Versprechen, seine Bemühungen zur Erlangung der neunten Kurwürde zu unterstützen. Frankreich werde allerdings sich beunruhigen über diese militärischen Maßregeln, man müsse ihm deshalb unverzüglich die erforderliche Aufklärung geben, daß sie nur den Schutz des Herzogtums Cleve bezweckten. Der beste Ausweg, so schließt der Minister seine Darlegung, wäre, wenn man Frankreich bewegen könnte, nicht nur selbst neutral zu bleiben, sondern auch sich bei dem Wiener Hofe für die Neutralität sowohl der österreichischen Niederlande als der preußischen Besitzungen in Westfalen zu verwenden.[11]) Es ist beachtenswert, daß sich in Finckensteins gleichzeitigem Bericht derselbe Vorschlag findet, am Hofe von Versailles für die Neutralität Westfalens Schritte zu thun, und daß Finckenstein sagt, der Gedanke sei ihm gekommen. Friedrich hat dieser Behauptung entweder wenig Glauben oder wenig Beachtung geschenkt, denn nur Hertzberg erhielt eine Antwort in Betreff dieses Auskunftsmittels. Der König lobte darin die Gesinnung, der diese Ratschläge entsprangen, doch zeigte er, daß die Schaffung eines neunten Kurfürstentums der Anordnung des Westfälischen Friedens widerspreche; die französische Regierung aber könne man unmöglich um Erwirkung der Neutralität für die Niederlande und Westfalen angehen, nachdem man eben erst sie zu einer Diversion in demselben österreichischen Gebiet habe veranlassen wollen. Eine Vereinigung der Kreise und zwar zunächst des Niederrheinischen und Westfälischen sei das einzige Mittel zum Schutze jener Gegenden; trete Hannover dann bei, so könne man am Rhein sogar ein beträchtliches Heer gegen die Oesterreicher aufstellen. Auf diese Kreisassoziation sollten die Minister ihr Hauptaugenmerk richten.

Der Wiener Hof hatte inzwischen einen Versuch gemacht, Sachsen von dem preußischen Bündnis abzuziehen. Am 21. März kam der österreichische General von Miltitz, angeblich in Privatangelegenheiten, in Dresden an und hatte am folgenden Tage eine geheime Audienz bei dem Kurfürsten, dem er einen Brief Maria Theresias, eine Denkschrift, sowie den Entwurf für die gewünschte Antwort überreichte. Er bot, wie es schon schriftlich geschehen war, Sachsen die Neutralität an unter der Bedingung, daß der Kurfürst dieselbe auch in Berlin für sich in Anspruch

[11]) Hertzberg an den König. Berlin, 30. März 1778. R. 96. 201. A.

nehme; werde sie von Preußen verweigert, so sollte es sich in Oesterreichs Schutz begeben. Aber es war zu spät, die Convention mit Preußen war abgeschlossen; Miltitz mußte unverrichteter Sache nach Wien zurückkehren. Hertzberg glaubte allerdings, daß man in Dresden jetzt den Vertrag mit Preußen bedauere, und wies auf die Möglichkeit hin, daß der Kurfürst bei ungehindertem Einrücken österreichischer Truppen in sein Land sich von der Vereinbarung unter dem Vorwand lossage, daß die versprochene Unterstützung nicht gewährt worden sei. Er hielt es daher für zweckmäßig, wenn den Sachsen ein Corps von 12 bis 20000 Mann zu Hülfe geschickt würde, das etwa bis Pirna vorrücken sollte. Doch wagte er nicht, dem König mit diesem Rate unter die Augen zu treten „aus Furcht für dünkelhaft (présomptueux) gehalten zu werden.“ Als am 30. März Finckenstein nach Potsdam berufen wurde, da der König vor seiner Abreise zur Armee noch einmal mit ihm sprechen wollte, trug ihm Hertzberg von Neuem seine Gedanken wegen Sachsens vor, die ihn fortwährend beunruhigten. Prinz Heinrich glaube zwar nicht, daß der Kaiser zuerst Sachsen angreifen werde, und selbst wenn er es thue, könnten die Preußen den Verbündeten rasch zu Hülfe kommen. Aber die rasche Ausführbarkeit dieses Vorhabens des Prinzen bezweifelte Hertzberg, der Nachteil dagegen, den eine Ueberrumpelung Sachsens hervorbringen werde, erschien ihm unberechenbar. Um diesen schlimmsten Fall zu verhüten, müsse ein kleines preußisches Corps nach Torgau oder wenigstens bis Halle vorgeschoben werden, dadurch decke man die Verbündeten, ohne selbst der Angreifer zu sein. Denn darauf komme Alles an, daß man den Schein offensiven Vorgehens vermeide, damit einerseits man den Beistand Rußlands anrufen könne, andrerseits Frankreich Anlaß finde, dem österreichischen Hof seine Hülfe zu versagen. Der König glaubte indes, daß die Militärconvention, die Oberst von Zegelin am 4. April unterzeichnet nach Berlin brachte, den Sachsen genügende Sicherheit biete, sobald sie nur selbst Vorbereitungen trafen, den einrückenden Gegner acht bis zehn Tage aufzuhalten, — eben so lange, bis die preußischen Truppen unter dem Prinzen Heinrich versammelt und bis Dresden vorgedrungen sein konnten.

Noch immer ließ die Erwiderung der am 9. März übergebenen preußischen Note auf sich warten. Doch erfuhren die Minister von dem englischen Gesandten Elliot, daß dem Grafen Cobenzl bereits die bevorstehende Ankunft einer kurzen und ablehnenden Antwort seitens seines Hofs mitgeteilt worden sei. Es verbreitete sich in Berlin das Gerücht, daß die Dienerschaft des Gesandten andere Stellungen suche. Auf einen Bericht über diese Nachrichten verfügte der König, daß, wenn die österreichische Antwort ablehnend sei, die preußische Gegenschrift die schlimmen

Folgen vorstellen solle, die das Verfahren des Wiener Hofes haben werde; aber er empfahl auch jetzt wieder die größte Höflichkeit, denn er wünschte den Bruch möglichst lange zu verzögern.

Am 5. April kam Friedrich nach Berlin, tags darauf reiste er nach Schlesien ab, wo er das Zeichen zum Beginn des Kampfes von den Gegnern erwarten wollte. Mit den besten Hoffnungen zog er ins Feld, das jugendliche Feuer, das ihn in den ersten schlesischen Krieg geführt, schien in ihm wieder zu erwachen.

Kaum hatte Cobenzl die österreichische Note vom 1. April den preußischen Ministern mitgeteilt, als er auch schon sich bemühte, den ungünstigen Eindruck derselben zu verwischen. Er beauftragte einen Vertrauensmann zu Hertzberg zu gehen und ihm den Inhalt des Begleitschreibens des Fürsten Kaunitz folgendermaßen anzugeben: der Wiener Hof weigere sich zwar einzugehen auf die von Preußen vorgebrachten Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Besitzergreifung Bayerns, indes werde sein Vertreter bald mit Eröffnungen hervortreten zur Herbeiführung einer Verständigung; der Staatskanzler sei noch nicht mit sich im Reinen über die Art derselben, doch habe Cobenzl Weisung den König hiervon durch einen beliebigen Kanal in Kenntnis zu setzen. Der Vertrauensmann meinte, es werde sich um die Sicherstellung der Erbfolge in Anspach und Baireuth, vielleicht auch um einen Tausch oder einen Gewinn für Preußen handeln. Der Unzuverlässigkeit solcher vertraulicher Mitteilungen wegen riet Hertzberg, die amtliche Aeußerung des Gesandten abzuwarten.

Dem König ging die österreichische Antwort auf seiner Reise von Berlin aus zu. Sie verweigerte die weitere Erörterung der von Preußen wegen mangelhafter Aufklärung in der letzten Note von Neuem vorgebrachten Bedenken, sie lehnte die Räumung Bayerns ab, versprach indes gewissenhafte Prüfung der Rechte und Ansprüche Dritter gemäß den Satzungen des Westfälischen Friedens und der Reichsverfassung. Sie sprach dem Kurfürsten von Brandenburg die Berechtigung ab, sich zum Richter oder Beschützer seiner Mitstände aufzuwerfen oder einem von ihnen die Befugnis zu Erwerbungen zu bestreiten, die sich auf Reichsgesetze gründeten. Auf jede Weise werde sich die Kaiserin-Königin demjenigen widersetzen, der sie wegen ihrer rechtmäßigen Erwerbung bayrischen Landes mit Krieg überziehe und sich der Verletzung des öffentlichen Friedens schuldig mache. Trotzdem aber wolle sie jedes Mittel zur Erhaltung der allgemeinen Ruhe ergreifen, das man ihr zeigen werde und das geeignet sei, das bisherige gute Einvernehmen mit Preußen wieder herzustellen. [12])

[12]) Kaunitz an Riedesel. Wien, 1. April 1778. Gedruckt in Hertzbergs Recueil II, 69.

Der Ton dieser Erklärung war so scharf, daß man vermutete, Kaunitz wolle Preußen, nachdem er durch die Verzögerung der Antwort Zeit gewonnen hatte für die militärischen Vorbereitungen, zu offensivem Vorgehen reizen, um dann ganz Europa gegen den Friedensbrecher aufrufen zu können. Aber der König ging nicht in die Falle, „höflich und entschieden" so lautete seine Weisung für alle Schritte in Wien, so lange er noch nicht völlig gerüstet dastand; Höflichkeit mußte gerade jetzt, da sie am wenigsten zu erwarten war, einen überraschenden Eindruck machen, gewiß aber durchkreuzte sie des Staatskanzlers Pläne. Am liebsten hätte der König zwar geantwortet, der Kaiser sei nur der Erste unter Gleichstehenden, nicht aber der unumschränkte Gebieter des Reichs; er habe kein Recht, sich in den Besitz erledigter Erbschaften zu setzen; jeder Reichsstand sei verpflichtet, die Gesetze und Freiheiten aufrecht zu erhalten; glücklicherweise seien sie nicht alle so schwach, wie der Kurfürst von der Pfalz, daß sie sich dem Joche beugten; — aber er erkannte, daß es noch nicht Zeit sei so zu sprechen, zunächst befahl er bloß die Zähne zu zeigen. Den fremden Höfen aber ließ er erklären, man habe aus Schonung für den Kaiser und die Kaiserin noch nicht Alles gesagt, was man sagen könne; man hätte z. B. hinweisen können auf viele Kaiser, die abgesetzt worden seien, ein Zeugnis dafür, daß das Reich über seinem Oberhaupte stehe. Die Entwürfe der Minister waren schon bereit, Hertzberg hatte die Grundlage geliefert und Finckenstein den seinen mit Benützung des Hertzberg'schen Textes angefertigt, sie wollten nun gemeinsam die endgültige Fassung feststellen.

Hier bietet sich eine seltene Gelegenheit die Entstehung eines bedeutsamen Aktenstückes zu beobachten und die verschiedenen Einflüsse festzustellen, welche dabei mitgewirkt haben. Ueber den Inhalt der preußischen Entgegnung konnte ja keine Meinungsverschiedenheit herrschen, aber in der Form ließ selbst die vom König gewünschte Höflichkeit noch einen weiten Spielraum. Hertzberg schlug einen sehr bestimmten Ton an in seinem Entwurf, er scheute sich nicht zu erklären, daß die Kaunitz'sche Note in so scharfen Ausdrücken gefaßt sei und derartige Sätze aufstelle, daß man als ihren Zweck den Abbruch der Verhandlungen, sie selbst als Kriegserklärung ansehen könne. Weit vorsichtiger drückte sich Finckenstein aus, wie er überhaupt gerne es vermied, seine Ansicht offen und frei zu äußern. Nachdem der Ton unter Finckensteins Händen bedeutend gemildert worden war, traf des Königs Weisung vom 9. April ein, grade frühe genug, um in der Conferenz der beiden Minister noch berücksichtigt zu werden. Unter dem Eindruck der scharfen Worte Friedrichs nahm jetzt der zweite Teil der Erwiderung, der über die Rechte und Pflichten der Stände zur Er-

haltung der Reichsverfassung handelte, einen ganz andern, überaus schroffen Charakter an. War er bisher mehr theoretisch gehalten, so wurde er nun dem vorliegenden Falle entsprechend erweitert und verschärft. Es wurde gesagt: die Einmischung Preußens beruhe nicht nur auf dem Westfälischen Frieden und auf den Reichsgrundgesetzen, sondern sie sei ausdrücklich angerufen worden von den Mitständen, die bei dieser Angelegenheit Schaden erlitten hätten; sie sei überdies nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht, da es sich um die Zerstückelung eines der bedeutendsten Herzogtümer handele, die mit allen Reichssatzungen im Widerspruch stehe. Die Convention mit Kurpfalz, die vorher gar nicht angeführt worden war, wurde nun bezeichnet als abgerungen einem Fürsten, der die klarsten Rechte seines Hauses verkenne und aufopfere, obwohl er selbst nur Nutznießer derselben sei. — Bei der Erwähnung des Reichsoberhauptes fügte man hinzu „das keineswegs unumschränkter Gebieter, sondern nur das erste der Glieder ist“; es wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß dieses Oberhaupt die ungerechte Zertrümmerung Bayerns gutheiße zum Nutzen seines eigenen Hauses, daß es integrirende Bestandteile des Herzogtums aus eigner Machtvollkommenheit für erledigte Lehen erklärt habe. Nicht nur im Reich, sondern in ganz Europa werde ein solches Verfahren Aufsehen erregen und von den schlimmsten Folgen begleitet sein. — Im Schlußteil, der die Erwartung aussprach, die kaiserlichen Majestäten, im Besitz des streitigen Gebietes, würden nun die Mittel zur Regelung der bayrischen Erbfolge an die Hand geben, wurden als Nächstbeteiligte neben dem Kurfürsten von Sachsen und den pfälzischen Fürsten die Herzoge von Mecklenburg genannt; im Uebrigen sind hier keine Aenderungen von Wichtigkeit vorgenommen worden.[13]) Der König war mit dem Entwurf so zufrieden, daß er ihn unverändert am 19. April an Riedesel sandte. Er hoffte, daß die Note ihren Zweck, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen, erfüllen werde; er erwartete nur noch eine Antwort von österreichischer Seite und glaubte, die darauf folgende Erwiderung Preußens werde das letzte Aktenstück dieses Schriftenwechsels bilden.

Durch das persönliche Eingreifen des Kaisers bekamen aber mit einem Male die Dinge ein verändertes Aussehen. Am 13. April schrieb Josef, der gleichfalls sich zur Armee begeben hatte, von Olmütz aus einen Brief an Friedrich, worin er einen Entwurf zu einer Verständigung vorlegte und mitteilte, daß Cobenzl Vollmacht erhalten werde, im Falle der An-

[13]) Die beiden Entwürfe und die endgültige Fassung vom 12. April 1778. — Der König an Finckenstein und Hertzberg. Franckenstein, 9. April. — Finckenstein an Hertzberg. Berlin, 11. April. R. XI. Bayern 25.

nahme den Vertrag zu unterzeichnen. Der Inhalt des Entwurfs war: Preußen erkennt den Vertrag vom 3. Januar an und verspricht im Voraus alle etwa noch zu vereinbarenden Gebietsaustauschungen zwischen Oesterreich und Bayern geschehen zu lassen. Dafür erkennt der Kaiser die Gültigkeit der Primogeniturerbfolge in den fränkischen Markgrafschaften an und gestattet jeden Austausch, den der König mit diesen Ländern vornehmen wird.

Sofort antwortete Friedrich: obwohl Oesterreichs Verfahren gegen Bayern wider Gesetz und Recht verstoße, wolle er es nach dem Recht der Convenienz gelten lassen, wenn es möglich sei, die Nächstbeteiligten zu entschädigen. Die Nachfolge seines Hauses in Anspach und Baireuth habe aber mit der bayrischen Succession gar nichts zu thun.[14])

Der König sandte das Schreiben des Kaisers und seine Antwort an die Cabinetsminister zur Mitteilung an die preußischen Vertreter im Ausland. Seiner Ansicht nach hatte der Vorschlag Josefs nur den Zweck, Preußen durch Hinweis auf seinen eigenen Vorteil von den andern Reichsständen zu trennen; auch Prinz Heinrich schien überrascht von dem Inhalt des kaiserlichen Schreibens und Finckenstein erkannte darin einen Beweis von der Verschlagenheit der Oesterreicher, die dem König ein Abkommen vorschlugen, in dem er nichts, sie Alles zu gewinnen hatten. Und trotzdem waren ihm die Ausdrücke Friedrichs in der Erwiderung zu stark. Es geht aus den Akten nicht hervor, welche Ansicht Hertzberg über die damalige Lage hatte.

Die Correspondenz der beiden Monarchen nahm mittlerweile ihren Fortgang. Josef suchte in einem Schreiben vom 16. April aus Littau sein Verfahren gegenüber Bayern im günstigsten Lichte, als beruhend auf einer freundschaftlichen und freiwilligen Uebereinkunft mit dem Kurfürsten von der Pfalz darzustellen und wies den Vorwurf des Despotismus zurück. Friedrich erwiderte am 18., er habe bis jetzt nichts gethan als die Gesetze und die Verfassung des Reichs, den auf Bayern bezüglichen Artikel des Westfälischen Friedens geprüft und gefunden, daß die Besitzergreifung Bayerns mit diesen Bestimmungen nicht vereinbar sei. Der Aufschub in der Entschädigung des Herzogs von Zweibrücken, die Verweisung des Kurfürsten von Sachsen an Kurpfalz werde nur neue Schwierigkeiten verursachen. Uebrigens seien solche Verhandlungen Sache der Minister, der Kaiser möge daher Cobenzl oder sonst Jemanden damit betrauen. Die Antwort des Kaisers vom 19. aus Königingrätz enthielt die Mitteilung,

---

[14]) Die Correspondenz zwischen Josef II. und Friedrich II. im April 1778 ist gedruckt in den Oeuvres de Frédéric le Grand VI.

daß Cobenzl bevollmächtigt sei und demnächst eingehende Weisungen erhalten werde; Friedrich entgegnete am 20., er werde alle Mittel anwenden, um eine Versöhnung herbeizuführen und Blutvergießen zu vermeiden. Wenige Tage danach erging von Berlin im Namen des Königs an den Gesandten Baron von Alvensleben in Dresden Befehl, dafür zu sorgen, daß Graf Zinzendorff mit Vollmacht und Weisung zur Teilnahme an den bevorstehenden Verhandlungen versehen werde; gleichzeitig wünschten die Minister zu wissen, auf welche Objecte der sächsische Hof bei seinen Allodialansprüchen vorzugsweise sein Augenmerk gerichtet habe und ob er allenfalls sich mit einer Geldentschädigung begnügen werde.

Anknüpfend an Josefs Vertragsentwurf übersandte Hertzberg am 23. April dem König einen Plan zur Verständigung mit Oesterreich. Der Kaiser hatte zwar als Tauschobject gegen die fränkischen Markgrafschaften jedes Gebiet ausgeschlossen, das an Oesterreich grenzte, und es war zu vermuten, daß er damit die Lausitz gemeint habe; doch stellte Cobenzl die Richtigkeit dieser Vermutung in Abrede. Wenn Cobenzls Ansicht richtig sei, so meinte Hertzberg, und die Verhandlungen in Gang kämen, könne man folgenden Vorschlag zu einer alle Beteiligten befriedigenden Uebereinkunft machen: der Wiener Hof bekommt anstatt des Bezirks Straubing den Bezirk Burghausen, d. h. das ganze zwischen Inn und der österreichischen Grenze gelegene Land mit seinen reichen Salzwerken und der Verbindung mit Tirol; der Rest von Bayern verbleibt dem Kurfürsten von der Pfalz und der Herzog von Zweibrücken erhält zur Ausgleichung des Verlustes an bayrischem Gebiet den Breisgau und die Grafschaft Falkenstein. Da der Kurfürst Karl Theodor seine Verpflichtung zur Entschädigung Sachsens mit Landgebiet -- das für Sachsen ungünstig liegt — nicht erfüllen kann, soll der König von Preußen diese Schadloshaltung übernehmen, indem er die Nachfolge in Anspach und Baireuth dem benachbarten sächsischen Kurhause abtritt und dafür sich die Ueberlassung der Lausitz und des Landes von den böhmischen Bergen bis zum Zusammenfluß von Elster und Elbe ausbedingt, die stattzufinden habe, sobald die Markgrafschaften an Sachsen fallen. Für diese Gefälligkeit aber muß dann der Kurfürst von der Pfalz das Herzogtum Berg an Preußen geben. Die Krone Böhmen soll auf ihre Lehen in Sachsen verzichten; vielleicht läßt sich auch noch die Cession von Erfurt und dem Eichsfeld an Sachsen erreichen, wenn der Kurfürst von Mainz mit der Entschädigung durch Mindelheim und andere schwäbische Gebiete einverstanden ist.[15])

---

[15]) Hertzberg an den König. Berlin, 23. April 1778. R. 96. 201 A. Siehe Beilage No. 6.

Gewiß ein kühner Plan, der den Löwenanteil Preußen verschafft hätte. Der König dankte dem Minister für die gute Absicht, ohne auf den Vorschlag einzugehen; indes es dauerte nicht lange, da trat er selbst mit einem Project hervor, dessen Inhalt mit den von Hertzberg entwickelten Gedanken übereinstimmte, allerdings mit Weglassung der Forderung von Berg und des Eintausches von Erfurt.

Fast wirkt es komisch, wenn nun nach viermonatlicher vielseitiger Erörterung der bayrischen Erbfolgefrage Hertzberg die Entdeckung machte, daß der nächste Anspruch auf Niederbayern gar nicht Oesterreich sondern Preußen zustand, sobald man, wie der Wiener Hof verlangte, die dem Herzog Albert von Oesterreich vom Kaiser Sigismund erteilte Belehnung für gültig erklärte. Denn des Herzogs Sohn Ladislaus starb kinderlos, von der älteren Tochter Anna aber stammt das Haus Brandenburg ab, während die jüngere, Elisabeth, die Stammmutter des Hauses Oesterreich wurde. Hertzberg erkannte wohl die Schwäche dieser Beweisführung, denn jene Belehnung war im Jahre 1429 von demselben Kaiser zu Gunsten der oberbayrischen Herzoge zurückgenommen worden, und überdies wollte man den bisher vertretenen Grundsatz, daß Bayern als Mannlehen an die pfälzische Linie fallen müsse, nicht aufgeben. Aber für die publicistische Fehde war diese Entdeckung wertvoll, und der Minister versäumte nicht später, sobald keine Rücksichten auf den Wiener Hof mehr zu nehmen waren, von ihr den ausgiebigsten Gebrauch zu machen. Friedrich antwortete auf Hertzbergs Bericht, er verlange für sich nichts von der ganzen bayrischen Erbschaft.[16])

Um diese Zeit schienen die Oesterreicher geneigt zu sein, von ihrem bisherigen Standpunkt des beati possidentes zurückzutreten und ganz Bayern herauszugeben, wenn ihnen die Oberpfalz blieb; der Herzog von Zweibrücken sollte mit einigen Bezirken von Brabant entschädigt werden, so meldeten dem König vertrauliche Nachrichten aus Berlin. Friedrich erwartete daher neue Vorschläge des Kaisers in diesem Sinne als Antwort auf seinen letzten Brief, obwohl die Nichterwähnung der Schadloshaltung Sachsens ihm von vorn herein Zweifel an dem Erfolg der etwa stattfindenden Verhandlungen aufkommen ließ. Nach seiner Ansicht von Staatsehre war es nicht möglich, daß Oesterreich weitgehende Zugeständnisse mache, ohne sein Ansehen zu schädigen; er glaubte daher auch, daß man sich auf ungenügende Anerbietungen beschränken werde. Sollten aber wider Erwarten die Verhandlungen, zu denen er jetzt Finckenstein

---

[16]) Hertzberg an den König. Berlin. 23. April 1778. R. 96. 201 A. Siehe Beilage No. 7.

und Hertzberg Vollmacht erteilte, eine günstige Wendung nehmen, so befahl er, außer der Entschädigung des Kurfürsten von der Pfalz, des Herzogs von Zweibrücken und des sächsischen Kurhauses den Abzug der kaiserlichen Truppen aus der Umgegend von Regensburg zu fordern, damit die dort versammelten Reichsstände frei und unbeeinflußt beraten könnten. Zuletzt solle auch die Eventualnachfolge in den fränkischen Markgrafschaften zur Sprache gebracht werden, doch ganz unabhängig von der bayrischen Frage und nur in der Absicht, allen in Zukunft möglichen Meinungsverschiedenheiten jetzt schon vorzubeugen.[17]) Dieselben Grundsätze wiederholte der König in seiner Weisung an Finckenstein am 28. April, er stellte als den leitenden Gedanken bei den Verhandlungen hin, daß man Alles vermeiden müsse, was dem Wiener Hof Gelegenheit geben könne, Preußens Uneigennützigkeit bei den Ständen des Reichs zu verdächtigen. Deshalb wollte er zuerst die bayrische Angelegenheit und die Entschädigung des Herzogs von Zweibrücken erledigen, dann die Ansprüche Sachsens befriedigen, und erst, wenn dies Alles beendet sei, das Gleichgewicht innerhalb des Reichs und die Anspach'sche Erbfolge zur Sprache bringen, so daß die Gegner nicht sagen konnten, Preußen habe sich durch dies Zugeständnis zur Einwilligung in die übrigen Abmachungen verführen lassen.

Die Nachfolge der preußischen Primogenitur in den fränkischen Markgrafschaften hatte den Wiener Hof schon beschäftigt, bevor man an die bayrische Erbfolge dachte. Die Gefahr, daß Preußen im fränkischen Kreise herrschenden Einfluß gewinne, und die Nähe Böhmens veranlaßten bereits 1751 Vorstellungen Oesterreichs bei dem Markgrafen von Anspach und seinen Ministern gegen die geplante Regelung, jedoch erfolglos; im nächsten Jahre kam der Familientractat zu Stande, in dem sämtliche Prinzen des preußischen Königshauses auf ihr Nachfolgerecht in Anspach und Baireuth verzichteten zu Gunsten des Inhabers der Krone. Auf dem Hubertsburger Friedenscongreß suchte die Regierung der Kaiserin-Königin die Berechtigung Preußens zur Nachfolge zu bestreiten, doch ging Friedrich nicht darauf ein, er erkannte dabei indes, was man auf gegnerischer Seite plante. Gelegentlich der vielbesprochenen Audienz des österreichischen Gesandten van Swieten im Jahre 1772 bezeichnete der König neben anderen auch diese Frage als einen Punkt, über den man eine Verständigung anstreben müsse. Es scheint, daß das Angebot des Kaisers, der preußischen Succession in den Markgrafschaften und einem etwaigen Tausch derselben gegen andre Gebiete zustimmen zu wollen, veranlaßt war durch Knyp-

[17]) Friedrich an Finckenstein. Schönwalde, 26. April 1778. R. XI. Bayern 25.

hausens, des Vertrauten des Prinzen Heinrich, Mitteilung an Cobenzl, daß dieser Vorschlag den Weg zu einer erfolgreichen Negotiation bahnen werde.[18])

Die in den angeführten Cabinetsordres enthaltenen Instructionen der Cabinetsminister schrieben nur in großen Zügen den Weg für die Unterhandlungen vor, der Geschicklichkeit und diplomatischen Gewandtheit ließen sie weiten Spielraum. Und wie es öfter geschah, wenn der König aus irgend einem Grunde die Leitung schwieriger politischer Angelegenheiten seinen Ministern überließ, so bemächtigte sich auch diesmal Hertzberg der Führung; er war es, der in Gegenwart seines Collegen mit Cobenzl verhandelte, dem der österreichische Gesandte seine vertraulichen Mitteilungen zuschickte, der fast alle in den Verhandlungen erforderlichen Aktenstücke verfaßte. Finckenstein ließ sich leiten, es war ihm offenbar bequem, daß ein Anderer die Initiative übernahm, ohne daß er selbst dies einzugestehen brauchte; nur selten kam er in Verlegenheit, wenn nämlich sein königlicher Herr der Geschicklichkeit seiner Cabinetsminister gar zu viel zutraute, oder wenn er absichtlich sich in seinen Befehlen unklar ausdrückte und die Entscheidung da, wo er sie selbst hätte treffen sollen, den Ministern überließ. Er hatte wenig Hoffnung, daß die Unterhandlungen erfolgreich sein würden; vielleicht hat auch dies zu seiner Zurückhaltung mitgewirkt. Wie Hertzberg über die Lage dachte, ist nicht mit Sicherheit festzustellen, doch scheint er in kräftigem Auftreten Preußens das einzige Mittel gesehen zu haben, um den Gegner zum Nachgeben zu bringen. Riedesel in Wien sah die Dinge im rosigsten Lichte und auch Cobenzl sprach zuversichtlich die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens aus.

Am 30. April hatte Cobenzl durch einen Curier ein Schreiben des Fürsten Kaunitz erhalten, welches ihm die Grundsätze mitteilte, nach denen der Wiener Hof die Unterhandlungen geführt wissen wollte. Ausgehend von der vollständigen Gleichstellung beider Mächte in ihrer gegenwärtigen Lage und ohne Berücksichtigung der Art, auf welche sie in diese Lage gekommen waren, erkannte der Staatskanzler zwar an, daß der König von Preußen von seinen Verpflichtungen gegen Kursachsen und Zweibrücken nicht ohne Einbuße an Ansehen und Ehre zurücktreten könne, aber er behauptete, daß ebensowenig die Kaiserin-Königin ihre Rechte auf einen

---

[18]) Ueber die Vorgänge am österreichischen Hofe, vergl. Adolf Beer, Zur Geschichte des bayrischen Erbfolgekrieges. Hist. Zeitschr. XXXV. In den mir vorgelegten Akten des Geh. Staats-Archivs habe ich außer einigen meist undatirten Mitteilungen Knyphausens an Hertzberg, die auf dessen nahe Beziehungen zu Cobenzl schließen lassen, nichts gefunden, was über die Haltung des Prinzen Heinrich und seines Vertrauten Aufschluß gibt. Beer berichtet darüber ausführlich nach den Relationen Cobenzls.

Teil der bayrischen Erbschaft oder die Convention mit dem Kurfürsten von der Pfalz preisgeben und ihre Truppen aus dem besetzten Gebiet herausziehen dürfe. Wenn der König es seiner politischen Convenienz nicht gemäß finde, daß das Erzhaus einen Zuwachs erfahre, ohne daß ihm selbst ein Vorteil zufalle, so müsse derselbe Grundsatz auch umgekehrt gültig sein; und somit erhebe Oesterreich Einspruch gegen die Vereinigung von Anspach und Baireuth mit der preußischen Primogenitur, wenn nicht gleichzeitig ihm eine Vergrößerung zu teil werde. Nur die Abweichung von dem Grundsatz gleicher Beurteilung beider Parteien habe zu den bisherigen Widersprüchen und Streitigkeiten geführt. Jetzt scheine man wieder zu diesem Grundsatz zurückzukehren, deshalb solle der Gesandte sich mit den preußischen Ministern in Verbindung setzen und um die Mitteilung ihrer Anträge bitten.[19])

Am 1. Mai fand die erste Conferenz Cobenzls mit Finckenstein und Hertzberg statt. Der Gesandte teilte die Depesche des Staatskanzlers mit und erklärte sich bereit die preußischen Vorschläge entgegen zu nehmen; durch zweimalige Sendung von Courieren werde, so hoffte er, die Streitfrage zu beiderseitiger Zufriedenheit entschieden sein. Finckenstein und Hertzberg wollten zwar den Grundsatz der Gleichstellung annehmen, sobald man über die Rechte des pfälzischen Hauses und Kursachsens einig geworden sei, lehnten es aber ab, ihrerseits mit Anträgen hervorzutreten, da diese von Oesterreich auszugehen hätten, und weigerten sich auf Fragen einzugehen, welche, wie die Erbfolge in den fränkischen Markgrafschaften, nicht die unmittelbar Beteiligten betrafen und mit der bayrischen Succession in keinem Zusammenhang standen. Cobenzl dagegen blieb, dem Befehl gemäß, dabei, daß nun Preußen an der Reihe sei sich zu äußern, nachdem die Kaiserin-Königin ihre Ansicht kundgegeben habe; der König möge sagen, was er unter der Entschädigung des Herzogs von Zweibrücken und des sächsischen Hofes verstehe und welche Opfer er von den kaiserlichen Majestäten verlange, da von einem Verzicht derselben auf die ganze bayrische Erbschaft nicht die Rede sein könne — kurz, man möge einen Gegenentwurf vorlegen.

In dem ausführlichen Bericht über diese Unterredung sprachen die Minister die Ueberzeugung aus, daß der Vorschlag des Wiener Hofes den König zur Stellung von Bedingungen veranlassen wolle, deren man sich nachher zu bedienen gedenke, um Preußen als im eigenen Interesse handelnd darzustellen. Sie rieten von der Annahme der österreichischen Forderung ab und übersandten eine Denkschrift, welche in der nächsten

---

[19]) Kaunitz an Cobenzl. Wien, 24. April 1778. Abschrift R. 96. 201 B.

Conferenz Cobenzl überreicht werden sollte. Zu diesem Schriftstück hatte Hertzberg einen in scharfem Tone gehaltenen Entwurf angefertigt, der wohl eben dieser Schärfe halber die Billigung des Collegen nicht fand und von Hertzberg durch einen anderen ersetzt wurde, der zwar mit Finckensteins Zustimmung an den König abging, aber schließlich doch nur in wesentlich gemilderter Form dem österreichischen Diplomaten zugestellt wurde. Friedrich erklärte hierin zwar im Allgemeinen den von Kaunitz aufgestellten Grundsatz gleicher Beurteilung beider Parteien annehmen zu wollen, aber er bestritt deren Anwendbarkeit auf zwei Fälle, von denen der eine, die bayrische Succession, bereits eingetreten sei, der andere, die Eventualnachfolge in Anspach und Baireuth, dem ersten überdies ganz unähnlich, erst in Zukunft eintreten werde. Er verwahrte sich dagegen, daß die politische Convenienz als der Beweggrund seines Widerspruchs gegen Oesterreichs Vergrößerung angesehen werde; sein Wunsch nach Entschädigung der Beteiligten sei das Motiv zur Forderung der Rückgabe Bayerns, die gerechte Regelung der bayrischen Erbfolge nach wie vor sein einziges Ziel. Das von Cobenzl überreichte Vertragsproject handle zum Teil über nicht hierher gehörige Fragen und enthalte keinen Vorschlag zur Befriedigung der Nächstbeteiligten. Da der Wiener Hof sich in den Besitz des streitigen Gebietes gesetzt habe, sei es an ihm Mittel zur Entschädigung des pfälzischen Hauses und des dasselbe in diesem Falle vertretenden Herzogs von Zweibrücken, sowie des Kurfürsten von Sachsen und der Herzoge von Mecklenburg anzugeben. Der König von Preußen aber werde die ihm zugehenden Vorschläge gerne annehmen und Alles thun, was zur Beseitigung der Streitpunkte und zur Wiederherstellung des guten Einvernehmens erforderlich sei.[20])

In der Conferenz scheint Cobenzl nicht Alles gesagt zu haben, was er sagen konnte, denn er ließ kurz nachher den Minister Hertzberg durch eine Vertrauensperson wissen, sein Hof sei zu den größten Opfern bereit und bestehe durchaus nicht auf der Behauptung des ganzen besetzten Gebietes: der König möge nur angeben, was er für sich, für Sachsen und den Herzog von Zweibrücken begehre. — Die Absicht, Preußen in die Falle zu locken, trat in dieser vertraulichen Mitteilung klar zu Tage und Hertzberg verfehlte nicht in seinem Bericht darauf hinzuweisen, während Finckenstein durch sie völlig davon überzeugt wurde, daß der Wiener Hof zu erheblichen Opfern bereit sei.

Als in den letzten Tagen des April kein Schreiben des Kaisers

---

[20]) Preußisches eMmoire für Cobenzl. R. 96. 201 B., die Entwürfe Hertzbergs, R. XI. Bayern 26. vol. III.

eintraf, obwohl Zeit genug verflossen war für den Meinungsaustausch zwischen Prag und Wien, verlor Friedrich die Hoffnung, daß es noch zu einer Unterhandlung kommen werde; er sah in dem Ausbleiben der Antwort ein Zeichen, daß der Staatskanzler über die in den letzten Briefen kundgegebenen friedlichen Neigungen Josefs den Sieg davongetragen habe. Er wies deshalb Finckenstein an, dem sächsischen Hofe hiervon Mitteilung zu machen mit dem Hinzufügen, daß, falls die Unterhandlung doch zu Stande käme, sie mindestens einen Monat sich hinziehen werde, bevor Alles beendet sei. Um so größer war seine Ueberraschung, als am 4. Mai der Bericht der Minister über die Conferenz mit Cobenzl eintraf. Da der Gegner gesprochen hatte, mußte auch er sich äußern, und er stimmte dem zu, was der Entwurf Hertzbergs zu antworten vorschlug: daß die Kaiserin-Königin am besten selbst angebe, was sie von Bayern zurückerstatten und womit sie das pfälzische Haus entschädigen wolle; Sachsen könne wenigstens teilweise durch den Verzicht auf die böhmischen Lehen befriedigt werden. Er bestand auch jetzt noch darauf, daß der Preußen gebührende Ausgleich für den Machtzuwachs Oesterreichs erst nach Regelung der übrigen Punkte zur Sprache gebracht werde. Denn von der Forderung, daß ganz Bayern geräumt und zurückgegeben werde, wie sie die letzte preußische Note noch enthalten hatte, stand Friedrich ab; er verlangte nur ein Aequivalent zu Gunsten des pfälzischen Hauses, sei es im Breisgau, sei es in Brabant. Am schwierigsten schien ihm die Entschädigung Sachsens, zu der Kurpfalz verpflichtet war, die es aber nur leisten konnte, wenn Oesterreich genügendes und geeignetes Gebiet herausgab. (4. Mai.)

Als dann Hertzbergs Bericht vom 2. Mai von Neuem Cobenzls Verlangen betonte, daß der König nunmehr seine Bedingungen stelle, gab Friedrich insofern nach, als er die Herausgabe des vom Kurfürsten von der Pfalz selbst reklamirten Teiles empfahl und die Räumung der Stadt Hof forderte; die Bestimmung des Ersatzes für das pfälzische Haus aber überließ er dem Wiener Hof und verlangte nur, daß derselbe die Entschädigung Sachsens ermögliche, dessen Ansprüche übrigens teilweise durch Uebertragung einiger Reichslehen und durch den Verzicht der böhmischen Krone auf ihre Lehen in Sachsen befriedigt werden könnten. (5. Mai.)

Nach dem Eintreffen der Antwort des Königs vom 4. Mai fand in Berlin am 7. die zweite Berathung mit Cobenzl statt. Die Minister übergaben zunächst die von Hertzberg am 1. Mai entworfene Denkschrift, in deren Ausfertigung die Forderung, daß der frühere Zustand wieder hergestellt werde, wegblieb und nur das Verlangen, den Nächstbeteiligten eine Entschädigung zu verschaffen, als der Grund zur Ablehnung der von

Cobenzl gemachten Vorschläge bezeichnet wurde; die Erwartung allerdings, bestimmt abgegrenzte Forderungen Preußens darin zu finden, blieb dem Gesandten unerfüllt. Auch mündlich konnten die Minister nicht mehr thun als den Inhalt der Schrift wiederholen. Nun ließ sich endlich Cobenzl herbei mit Anerbietungen seines Hofs hervorzutreten. Danach wollte Maria Theresia auf ihre Regredienzansprüche an die Alliodialerbschaft verzichten zu Gunsten Sachsens und dem Kurfürsten von der Pfalz und allen seinen Nachkommen die innerhalb des Reichs gelegenen Lehen der Krone Böhmens überlassen, so daß dieser, alsdann im Besitz der ganzen Oberpfalz, das sächsische Haus befriedigen konnte. Als nach dieser Eröffnung Finckenstein und Hertzberg ihre Verwunderung über so ungenügende Zugeständnisse kundgaben, erklärte der österreichische Diplomat, dies solle nicht das letzte Wort sein, aber bevor die Kaiserin-Königin mehr anbiete, müsse sie wissen, was der König fordere und vor Allem, was er für sich beanspruche.

Geschickt hatte der Wiener Hof es jetzt dahin gebracht, daß der König sich der Angabe seiner Forderungen nicht mehr entziehen konnte. Die Minister verfaßten sofort eine Antwort, die sie Cobenzl in der nächsten Conferenz übergeben wollten, sowie einen Plan zur allgemeinen Regelung der bayrischen Erbfolgefrage, und sandten beide Entwürfe mit dem Bericht über die Besprechung an den König. Die Antwortnote für den Gesandten, von Hertzberg entworfen, recapitulirt kurz den Gang der Verhandlungen und die Gründe für die Ablehnung der österreichischen Angebote, und schlägt sodann folgende Lösung vor: Der Wiener Hof erhält das Gebiet zwischen der österreichischen Grenze und dem Inn, verzichtet dagegen auf den Rest der bayrischen Succession, tritt dem Herzog von Zweibrücken den Breisgau und die Grafschaft Falkenstein oder die Herzogtümer Limburg und Geldern ab; die Kaiserin-Königin überläßt dem Kurfürsten von Sachsen die böhmischen Lehen innerhalb seiner Lande und stimmt einem Landaustausch zwischen Preußen und Sachsen zu. — Desselben Inhalts ist der Plan zur allgemeinen Regelung der bayrischen Erbfolge. Als Entschädigung für Sachsen nimmt er noch Erfurt in Aussicht, wofür der Kurfürst von Mainz die Herrschaft Mindelheim bekommen oder durch die Vereinigung des Bistums Speyer mit seiner Diöcese schadlos gehalten werden solle. Ueberdies müsse Preußen, da die beiden Lausitzen weniger Einkünfte hätten als die fränkischen Markgrafschaften, die es dagegen in Tausch gebe, die Anwartschaft auf das Herzogtum Berg für den Fall des Todes Karl Theodors bekommen.[21])

[21]) Projet de réponse à faire à Mr. le Comte de Cobenzl dans la prochaine conférence und Plan d'un arrangement général de la Succession de Bavière vom 7. Mai 1778. R. 96. 201 B.

Dieser Plan stimmt genau mit den Vorschlägen überein, die Hertzberg am 23. April dem König gemacht hatte.

Friedrich war mit dem Verlauf der Unterhandlungen zufrieden, er glaubte daraus schließen zu können, daß der Wiener Hof unter dem Druck der Vorstellungen Frankreichs und Rußlands, sowie Angesichts der Mißstimmung im Reiche die augenblickliche Unausführbarkeit seiner Absichten eingesehen und die Durchführung seiner Pläne auf eine günstigere Gelegenheit verschoben habe. Es kam für Preußen nun darauf an, das Eintreten einer solchen Gelegenheit möglichst zu erschweren und jede Frage zu beseitigen, die späterhin Anlaß zu Streitigkeiten geben konnte. Von diesem Standpunkt aus wünschte der König die Anerkennung der preußischen Erbfolge in Anspach und Baireuth, obwohl diese als eine Familienangelegenheit nach seiner Ueberzeugung Oesterreich und das Reich nichts anging. Aber selbst wenn die Regelung aller besorgniserregenden Fragen wirklich im Voraus gelingen sollte, wußte er doch, daß Oesterreich die Demütigung, die es in der bayrischen Erbfolge erlitt, nie vergessen, vielmehr sich zu rächen suchen werde. Deshalb wünschte er im Falle einer Vereinbarung über die gegenwärtig schwebenden Streitigkeiten einen Dreibund mit Rußland und Frankreich abzuschließen, um Oesterreich im Zaume zu halten.

Welchen Ausgang die Verhandlungen mit Cobenzl nehmen würden, war noch nicht abzusehen, und die Ansichten waren nicht nur bei den beteiligten Personen verschieden, sondern sie wechselten, namentlich bei Friedrich selbst, außerordentlich rasch. Kaum war er auf Grund eingehender Ueberlegung zu dem Glauben gekommen, daß der Wiener Hof nachgeben werde, so erregte die Abberufung der in seinem Lager befindlichen französischen Offiziere, die freiwillig den Feldzug mitmachen wollten, die Besorgnis, Frankreich werde dem Versailler Vertrage gemäß dem Kaiser 24000 Mann Hülfstruppen stellen; die Schwangerschaft der Königin konnte bei der Schwäche des Ministeriums Maurepas-Vergennes leicht den Ausschlag für Oesterreich gegeben haben. Auch Finckensteins Nachrichten über Cobenzls vertrauliche Aeußerungen widersprachen sich. Aber schon am nächsten Tage hatte bei dem König wieder die Hoffnung auf eine endliche Verständigung die Oberhand gewonnen und die Abberufung der französischen Freiwilligen erklärte er sich aus dem Bestreben, dem Wiener Hof neuen Mut einzuflößen und den allzu raschen Abschluß eines ungünstigen Abkommens zu verhindern.[22]) Er befahl seinen Ministern nicht

[22]) Der König an Finckenstein. Schönwalde, 11. und 12. Mai 1778. R. XI. Bayern 26.

spröde zu sein und Entgegenkommen zu zeigen, sobald der Gegner ernstlich eine Verständigung wünsche.

Am meisten Schwierigkeit machte den Ministern bei den Verhandlungen die Frage wegen Anspach und Baireuth und wegen der Vertauschung dieser Lande gegen sächsisches Gebiet, denn seitdem Friedrich dem Wiener Hof die Erwerbung eines Teils von Bayern zugestanden hatte, war es zweifelhaft geworden, ob er hiervon immer noch bis nach der Erledigung der anderen Punkte schweigen solle; er stellte die Entscheidung dem Departement der Auswärtigen Angelegenheiten anheim. In dem Reskript vom 10. Mai war von einem Tausch nicht die Rede, der König schien sogar mit den Worten „wenn wir es fertig bringen, daß die Oesterreicher keinen Vorteil aus der Lage ziehen, so müssen auch wir auf einen solchen verzichten" jeder Vergrößerung entsagen zu wollen. Finckenstein geriet über diese Unklarheit in Verlegenheit, um so mehr, als man am folgenden Tage Cobenzl antworten mußte; er bat seinen Collegen mit ihm hierüber Rücksprache zu nehmen. Hertzberg faßte die Undeutlichkeit in der Depesche des Königs allerdings anders auf; er sah darin einen durch nichts gerechtfertigten Rücktritt von dem bisher vertretenen Standpunkt, eine Gefahr für Preußens Ehre und Vorteil — denn daß der König wirklich die Anerbietungen Josefs in des Kaisers erstem Briefe in Betreff der Markgrafschaften und eines etwaigen Tausches nicht gelesen oder wieder vergessen habe, wie er an Finckenstein schrieb, konnte er füglich nicht glauben. Er riet zu einem neuen Bericht über diese Angelegenheit, der die nachteiligen Folgen eines Zuwachses der österreichischen Macht ohne gleichzeitige Vergrößerung Preußens eindringlich vorstellen sollte. Der Gedanke die Lausitz zu erwerben hatte ihn so begeistert, daß er entschlossen war, denselben, wenn irgend möglich, zur Ausführung zu bringen.[23])

Zu einem gemeinsamen Bericht kam es an diesem Tage nicht mehr, vielleicht verweigerte Finckenstein die Teilnahme an der von seinem Collegen gewünschten Vorstellung; Hertzberg verfaßte indes einen Sonderbericht und sandte ihn ins Lager ab. Im Anschluß an ihm zugekommene vertrauliche Aeußerungen Cobenzls, daß der Wiener Hof solange den preußischen Absichten nicht traue, als der König nicht seine Meinung über den früher so erwünschten Austausch der Markgrafschaften gegen die Lausitz kundgegeben und ein Gegenproject vorgelegt habe, riet Hertzberg, sofort mit dem Dresdener Hof in Verhandlung zu treten über den geplanten Tausch

[23]) Finckenstein an Hertzberg, Hertzberg an Finckenstein. Berlin, 12. Mai 1778. R. XI. Bayern 26. Siehe Beilage No. 8 u. 9.

und gleichzeitig dem Grafen Cobenzl das erbetene Project zu übergeben. Der Vertragsentwurf des Kaisers habe den Tausch bereits vorgesehen, auch scheine die Erwerbung der Lausitz durch Preußen weniger bedrohlich für Oesterreich als der Besitz der fränkischen Markgrafschaften. Wenn der König jetzt nur auf der Vereinigung von Anspach und Baireuth mit der Primogenitur bestehe, von dem angebotenen Tausche aber absehe, werde der Kaiser glauben, er scheue den Krieg, und um so hartnäckiger werden, als er trotz der schuldigen Entschädigung für Kurpfalz einen großen Machtzuwachs und eine Abrundung des Staatsgebietes zu erlangen hoffe, die ihn zum Herrn von Donau, Isar und Inn mache. Der Minister gab zwar die Schwierigkeit der Unterhandlungen zu, aber er verzweifelte nicht am Erfolg, wenn man nur entweder sofort in Dresden den Tauschplan zur Sprache bringe, oder wenigstens die Zustimmung zu der zukünftigen Ausführung desselben vom Wiener Hof zu erlangen suche, wie sie der Kaiser schon angeboten habe. Nach seiner Ansicht bestand die beste Lösung aller in Betracht kommenden Fragen in der allgemeinen Regelung der seit dem Tode des letzten Kurfürsten von Bayern wesentlich veränderten Verhältnisse, die sämmtliche Beteiligte befriedige und als Grundlage diene für einen dauernden Friedenszustand im Reich. Der Entwurf zu diesem „General-Arrangement" stimmte im Wesentlichen mit dem überein, welchen Hertzberg am 7. Mai übersandt hatte und der seinerseits eine Wiederholung der Vorschläge vom 23. April war. Nur sollte jetzt Oesterreich die Wahl haben zwischen dem Gebiet südlich der Donau bis zum Inn und dem nördlich der Donau bis zum Flüßchen Regen, wofür es ein Drittel der bayrischen Landesschulden zu übernehmen hätte. Zu der Forderung der Lausitzen als Tauschobject für die fränkischen Gebiete war die des Elbufers bis zur Einmündung der Elster zugefügt, dagegen verpflichtete sich Friedrich bis zum Eintreten des Tausches als Ersatz für den verloren gehenden Vorteil dem Kurfürsten von Sachsen jährlich 200 000 Thaler aus den Einkünften von Berg zu zahlen; dem Herzog von Zweibrücken wurde eine Jahrespension von 50 000 Thl. zugedacht.[24])

Am 13. Mai fand die dritte Conferenz in Berlin statt. Finckenstein und Hertzberg lehnten die bisherigen Anerbietungen des Wiener Hofes als ungenügend ab und wiederholten die Grundsätze, nach denen der König die Streitfrage geschlichtet wissen wollte; auch Cobenzl war nicht im Stande neue Vorschläge zu machen, da er den Courier aus Wien erst in einigen Tagen erwartete; er kam indes wieder auf die Erbfolge in

---

[24]) Hertzberg an den König. Berlin, 12. Mai 1778, und Plan d'un arrangement général. R. 96, 201 B. S. Beilage No. 10.

Anspach und Baireuth zu sprechen und bat abermals um eine Aeußerung hierüber. In dem gemeinsam erstatteten Bericht fragten darauf die Minister, die immer noch nicht über die Absicht des Königs aufgeklärt waren, an, ob Seine Majestät von dem Anerbieten des Wiener Hofs Gebrauch machen und über den Tausch der Markgrafschaften verhandeln wolle, und ferner ob sie jetzt schon mit dem sächsischen Hof über die Tauschobjecte in Verbindung treten oder dies auf spätere Zeit aufschieben sollten.

Zwischen den beiden Ministern herrschte offenbar eine Meinungsverschiedenheit über die Tauschfrage — vielleicht hat auch Finckenstein, bevor er sich eine Meinung bildete, die Ansicht seines Herrn abwarten wollen — denn dem teils rein referirenden, teils um Weisung bittenden gemeinsamen Bericht ließ Hertzberg sogleich einen Sonderbericht folgen, indem er von Neuem mit den bisherigen und mit noch nicht vorgebrachten Gründen die Leichtigkeit und Zweckmäßigkeit der Erwerbung der Lausitz zumal im gegenwärtigen Augenblick, da Oesterreich eine bedeutende Vergrößerung erfahre, veranschaulichte. Habe man sich erst über die Hauptpunkte mit dem Wiener Hof geeinigt, so könne Graf Goertz zum Kurfürsten von der Pfalz gehen und dort die Entschädigung Sachsens und die anderen nebensächlichen Punkte erledigen, darunter auch die Ueberlassung des Herzogtums Berg an Preußen. Diese werde einerseits einen Ausgleich schaffen für den materiellen Verlust bei dem Tauschgeschäft mit Sachsen, andrerseits allen weiteren Ansprüchen des Dresdener Hofes an die bayrische Erbschaft ein Ende machen.[25])

Noch an demselben Tage bot sich Hertzberg auch eine Gelegenheit für das Gegenproject einzutreten. Er hatte erfahren, daß Cobenzl wenig befriedigt sei von dem Ergebnis der Conferenz, da er schriftliche Vorschläge von preußischer Seite erwartet habe, und er wiederholte daher den Rat, dies Verlangen zu befriedigen und dem Gegner vorzuschreiben, was er behalten dürfe, was er herausgeben und was er als Entschädigung gewähren müsse.

Auf die Berichte der Minister und wohl am meisten auf Hertzbergs Vorstellungen vom 13. hin entschloß sich der König zur Vorlegung des gewünschten Gegenprojectes. Er befahl zu prüfen, welche von den besetzten bayrischen Bezirken am wenigsten dem Wiener Hofe zukämen, damit man deren Rückgabe fordere, und eine Entschädigung in Vorderösterreich oder in den Niederlanden festzusetzen. Von der Abtretung Erfurts an Sachsen sollte nichts erwähnt werden, überhaupt müsse dieser Staat

---

[25]) Finckenstein und Hertzberg an den König; Hertzberg an den König. Berlin, 13. Mai 1778. R. 96. 201 B.

seine Erwartungen herabsetzen. Da Oesterreich Preußens Nachbarschaft in dem fränkischen Kreise nicht wünschte, erbot sich der König, dafür die Lausitzen und soviel Gebiet, als zur Ausgleichung erforderlich sei, in Tausch zu nehmen, wenn der Kurfürst von Sachsen freiwillig seine Zustimmung gebe. Von der Forderung des Herzogtums Berg nahm er Abstand, dagegen verlangte er den Abzug der österreichischen Truppen aus der Umgegend von Regensburg.[26])

Schon vorher hatte sich Friedrich über die Tauschfrage ausgesprochen. Nachdem er die verschiedenen Möglichkeiten eines Tausches z. B. gegen die Anhaltinischen Länder oder gegen Teile von Mecklenburg als ungeeignet nachgewiesen, schien ihm allein die Erwerbung der Lausitz, einschließlich des Gebietes von Wittenberg bis Dessau und nötigenfalls des Mansfeldischen, zweckmäßig und wünschenswert. Konnte man die Einwilligung Sachsens hierzu erhalten, so war die Frage gelöst und eine Hauptschwierigkeit für die Verständigung mit Oesterreich beseitigt.[27])

Nach Empfang dieses königlichen Schreibens beauftragten die Minister den Gesandten in Dresden, Alvensleben, mit der Einleitung der Verhandlungen. Dieser hatte im Auftrag Hertzbergs insgeheim bereits die Stimmung zu erkunden gesucht und gemeldet, daß das sächsische Ministerium dem Austausch der ganzen Lausitz gegen Anspach und Baireuth nicht abgeneigt sei; man habe auch daran gedacht, den Tausch sogleich vorzunehmen und den Markgrafen von Anspach gegen Abtretung seiner Lande in den Besitz der Lausitz zu setzen, die nach seinem Tode an Preußen zu fallen hätte.[28])

Hertzbergs kühne Politik, überall die Initiative zu ergreifen, um den Gegner zur Annahme oder Ablehnung der gestellten Bedingungen zu zwingen, hatte den Sieg davongetragen über die vorsichtige Staatskunst Finkensteins; der König, dem es darauf ankam, bald zu wissen ob Krieg, ob Friede, hatte für sie den Ausschlag gegeben. Finckenstein war klug genug nicht mürrisch zur Seite zu treten, er hatte übrigens kaum Grund dazu, da er selten eine eigne Ansicht äußerte und die Geschäfte des Departements führte, wie er es bisher gewöhnt war, nach der Anleitung des Königs. Hörte diese auf oder blieb nur einmal eine Weisung aus, so wußte er nicht, was er thun sollte. Er war ein vortrefflicher Minister,

---

[26]) Friedrich an Finckenstein und Hertzberg. Schönwalde, 16. Mai 1778. R. XI. Bayern 26.

[27]) Friedrich an Finckenstein und Hertzberg. Schönwalde, 12. Mai 1778. R. XI. Bayern 26.

[28]) Finckenstein und Hertzberg an Alvensleben, ad mand. Berlin, 15. Mai 1778. R. XI. Bayern 30. Daselbst auch die Correspondenz Alvenslebens mit Hertzberg.

so lange Friedrich in Potsdam oder Berlin weilte; war aber der König abwesend und die politische Lage nur einigermaßen verwickelt, so bedurfte er eines entschlossenen, gewandten Collegen, den ihm seines Herrn Scharfblick in Hertzberg gegeben hatte.

Der Gedanke des Gegenprojectes auf Grund des Tauschplanes war also angenommen und Finckenstein freute sich darüber, als hätte er selber diesen Erfolg erzielt; aber die Bezeichnung des Teils, der an Kurpfalz zurückfallen sollte, schien ihm zu unbestimmt; er vermied es daher selbst einen hierauf bezüglichen Vorschlag zu machen, indem er Hertzberg mit der Anfertigung einer Skizze zum Gebrauch in der nächsten Conferenz beauftragte.

Das neue Gegenproject war den Oesterreichern günstiger als die Entwürfe vom 7. und 12. Mai. Zu dem Land links der Donau bis zu den Flüssen Regen und Cham fügte es südlich des Stromes den Bezirk Burghausen, während früher nur die Wahl zwischen diesen Gebieten freigestellt war. Den Rest von Bayern sollte Kurpfalz bekommen, das in den Herzogtümern Limburg und Geldern eine Entschädigung für seine Verluste im Osten fand; von der Erwähnung des Herzogs von Zweibrücken an dieser Stelle sah man ab. Die bisher geforderte Uebertragung der in Bayern gelegenen Reichslehen an den Kurfürsten von der Pfalz wurde in die Form eines Wunsches gekleidet und die Zweckmäßigkeit der Verleihung der zum schwäbischen Kreise gehörigen Lehen, ebenso der Herrschaften Mindelheim und Wiesensteig, an Sachsen betont. Da die Erwerbung von Berg nicht den Beifall des Königs hatte, änderte Hertzberg auch die Stelle, welche von der Befriedigung Sachsens handelte. Während diese bisher durch Preußen erfolgen sollte, übernahm jetzt Kurpfalz die Aufgabe, sie durch Abtretung eines Teils der Oberpfalz oder durch eine entsprechende Baarzahlung zu bewerkstelligen. Der Herzog von Mecklenburg blieb unberücksichtigt. Um die Landabtretung an Sachsen zu erleichtern, sollte die Krone Böhmen auf ihre Oberlehensrechte über oberpfälzische und sächsische Gebiete verzichten. An letzter Stelle fand auch der preußisch-sächsische Tauschplan Erwähnung. Die kaiserlichen Majestäten sollten sich verpflichten, weder der Einverleibung der Länder Anspach und Baireuth in die preußische Monarchie noch einem etwaigen Tausch derselben gegen die Ober- und Niederlausitz entgegen zu treten, vielmehr gleich jetzt auf alle Lehens-, Rückfalls- und sonstige Rechte verzichten, die sie etwa über die Lausitzen haben könnten.[29]) Wie der König befohlen hatte, wurde die

[29]) Projet ou plan d'un arrangement général sur la succession de Bavière, qui pourroit servir de base à un traité. R. 96. 201 B. — Entwurf mit Aenderungen von Hertzbergs Hand, R. XI. Bayern 26.

Forderung Erfurts für Sachsen weggelassen trotz der Bemühungen des sächsischen Ministeriums grade dies Gebiet zu erhalten; wenn der geplante Tausch zu Stande kam, woran Hertzberg nicht zweifelte, konnte der Dresdener Hof den angrenzenden Teil der Oberpfalz als Ersatz bekommen.

In der vierten Conferenz am 20. Mai empfing Cobenzl das lange vergeblich erwartete Gegenproject, mit dem er sehr zufrieden schien; er versprach es sogleich nach Wien zu schicken, da er nur von dort, nicht vom Kaiser, entscheidende Weisungen zu erwarten habe. An demselben Tage ging es ins Lager ab, begleitet von einem gemeinsamen Bericht der Minister, der die einzelnen Punkte ins rechte Licht stellen und Einwendungen im Voraus begegnen sollte. Als Grund für die Wahl von Limburg und Geldern an Stelle des Breisgaus führten Finckenstein und Hertzberg an, daß jene dem pfälzischen Hause günstiger gelegen seien und daß es zudem den Anschein habe, als wenn Oesterreich nur sehr ungern den Breisgau mit der die schwäbischen Besitzungen deckenden Festung Freiburg opfern werde. Den Herzog von Mecklenburg habe man nicht berücksichtigt, weil sein Anspruch — auf Leuchtenberg — sehr schwach begründet sei und sich eigentlich auf ein Reichslehen beziehe. Der König war ungehalten über diese Eigenmächtigkeiten seiner Minister, er bezeichnete die Nichterwähnung des Breisgaus, die er vorher ausdrücklich gestattet hatte, und des Herzogs von Mecklenburg als zwei grobe Fehler, die indes wohl kaum Schaden anrichten würden, da es mit der Unterhandlung doch bald zu Ende sei.

Eine eigentümliche Nachricht versetzte Friedrich in diesen Tagen in Unruhe; von einem geheimen Correspondenten in Berlin, der mit der österreichischen Gesandtschaft in Verbindung stand — wahrscheinlich dem Gesandtschaftssekretär Hadrawa — hatte er erfahren, die französische Regierung habe in Wien die vertragsmäßigen Hülfstruppen angeboten, wenn Oesterreich und Toskana die Unabhängigkeit der amerikanischen Colonien anerkennen würden. Er war überzeugt, daß der Wiener Hof diese Bedingung erfüllen werde, und der langsame Gang der Verhandlungen in Berlin schien die Vermutung zu bestätigen. Die Minister glaubten nicht an diese zweifelhaft klingende Nachricht; Goltz in Paris versicherte, Frankreich werde neutral bleiben, Riedesels Berichte lauteten friedlich, da angeblich Geldmangel und Schwierigkeiten bei der Verpflegung Oesterreich nötigten, sich ruhig zu verhalten. Es gelang Finckenstein, seinen Herrn zu beruhigen und ihm eine hoffnungsvollere Anschauung von der Lage beizubringen. Trotzdem hatte er alle Vorbereitungen getroffen, um sofort zum Abbruch der Verhandlungen schreiten zu können; die Oeffentlichkeit war auf einen ungünstigen Ausgang gefaßt, Edelsheim war

angewiesen, in Cassel sofort mit dem Landgrafen über die Stellung von 2000 Reitern zum Schutz des Clevischen Gebiets zu verhandeln.

Anläßlich einer ihm, wahrscheinlich von seinem Schwager Knyphausen, zugegangenen Mitteilung, daß Cobenzl für den 26. um eine Conferenz bitten werde, stattete Hertzberg am 24. einen Sonderbericht an den König ab. Wiederholt stellte er die Notwendigkeit vor, daß der Tausch mit Sachsen stattfinde, da sonst der Wiener Hof allein Nutzen aus der gegenwärtigen Lage ziehe. Indessen hätten bis jetzt weder der Kurfürst noch seine Minister Neigung gezeigt, auf diesen Plan einzugehen, vielmehr um Aufschub für ihre Antwort gebeten. Als Hindernisse, die dem Austausch im Wege stünden, führe man an, daß die Markgrafschaften ein geringeres Einkommen gewährten, als die Lausitz — was unwahr sei; dann, daß jene mit fremden Gebieten vermischt seien — was sich allerdings nicht bestreiten lasse. Da es den Sachsen besonders auf die Erhaltung der reichen Oberlausitz anzukommen scheine, deren Abtretung auch Oesterreich nur nach heftigem Widerstreben zugeben werde, schlug Hertzberg vor, der König möge sich mit dem Kurkreis bis zur Elbe, Gommern und der Niederlausitz bis zur Linie Elsterwerda-Sagan begnügen und dafür Baireuth geben, wodurch Sachsen an die Oberpfalz grenze und dort seine Entschädigung bekommen könne. Im Lauf der Jahre werde sich auch Gelegenheit finden, Anspach zu vertauschen.[30]) Am folgenden Tage erhielt Alvensleben Weisung, wenn die Minister trotz aller Vorstellungen von dem Tausch des Gesammtgebiets nichts wissen wollten, solle er als seinen Privatgedanken den teilweisen Austausch zur Sprache bringen, jedoch erst auf besonderen Befehl damit offiziell hervortreten.

Die Schwierigkeit beruhte, wie gesagt, wesentlich auf der verschiedenen Schätzung der in Betracht kommenden Gebiete; während Friedrich die Einkünfte der Lausitz so gering anschlug, daß er noch Gommern, Barby und Wittenberg zur Ausgleichung verlangte, behauptete man in Dresden, daß der Ertrag der fränkischen Markgrafschaften den Einkünften aus der Lausitz nicht einmal gleichkomme. Diese Schwierigkeit hätte leicht beseitigt werden können durch eine genaue Abschätzung; aber ein anderes Hindernis erwies sich als unüberwindlich: die Weigerung des Kurfürsten, sich von seinen alten Unterthanen zu trennen. Am 24. machte der Minister Stutterheim dem preußischen Gesandten hiervon Mitteilung, und dieser berichtete tags darauf an den König. Die unumwundene Zurückweisung des Tauschplans kam um so mehr überraschend, als Alvensleben diese Möglichkeit bisher nicht einmal angedeutet hatte. Besonders Hertzberg war be-

---

[30]) Hertzberg an den König. Berlin, 24. Mai 1778. R. 96. 201 B.

troffen über das Fehlschlagen des Planes, dessen Urheberschaft er für sich in Anspruch nehmen konnte und für den er erst nach langen Bemühungen die Zustimmung seines Herrn erhalten hatte.

Als der König damals dem Drängen Hertzbergs nachgegeben hatte, war auch er der Ueberzeugung gewesen, daß Sachsen auf den Tausch eingehen werde, denn er hielt die Markgrafschaften für wertvoller als die Lausitzen, zumal da er die Baarzahlung der auf Anspach und Baireuth lastenden Schulden im Betrag von 4 Millionen Thaler versprochen hatte. Als ihm der Minister dann meldete, die Sachsen wollten die Oberlausitz behalten, war er bereit sich mit der Niederlausitz, Wittenberg, Gommern und Barby zu begnügen gegen Baireuth. Doch schwand seine Hoffnung, überhaupt jemals zum Ziele zu kommen, als er des Gesandten Bericht erhielt. Finckenstein und Hertzberg versuchten noch, den teilweisen Austausch durchzusetzen und Alvensleben gab sich die größte Mühe, den Kurfürsten umzustimmen; da aber der König von Drohungen und gewaltsamen Mitteln nichts wissen wollte, blieb der Dresdener Hof fest und am 22. Juni erfolgte eine förmliche endgültige Ablehnung in einem von Stutterheim überreichten Memoire. Damit waren diese Verhandlungen zu Ende.

Als am 27. Mai abermals eine Conferenz in Berlin stattfand, hatte Cobenzl die Antwort seines Hofes auf den preußischen Vertragsentwurf noch nicht erhalten; nur allgemeine Mitteilungen, die sich auf die ersten Conferenzen bezogen, waren ihm zugegangen. Er erklärte den Ministern, wenn sein Hof einen großen Teil von Bayern zurückerstatten, für den Rest ein Aequivalent gewähren und gleichzeitig seinen böhmischen Oberlehensrechten entsagen solle, werde der Verlust größer sein als der Gewinn. Nach dem Verzicht auf die bayrische Allodialerbschaft habe die Kaiserin-Königin weder mit dem Kurfürsten von Sachsen noch mit dem Herzog von Zweibrücken mehr etwas zu thun, doch werde sie letzterem vor dem kompetenten Richter Rede stehen. Dagegen verlange die Würde und das Ansehen des Wiener Hofes die Ausführung der Convention vom 3. Januar, ebenso wie des Königs von Preußen Würde die Entschädigung Sachsens und Zweibrückens erheische, die die Kaiserin-Königin übrigens gerne bei Kurpfalz befürworten wolle. Um den Interessen des Königs entgegen zu kommen, werde man in die Nachfolge der Primogenitur in Anspach und Baireuth sowie in einen passenden Austausch willigen. Die Minister suchten die Behauptung zu widerlegen, als vermindere der König durch seine Forderungen den Vorteil Oesterreichs so sehr, daß kaum ein Tauschgeschäft übrig bleibe und erklärten, die Antwort aus Wien abwarten zu wollen. In dem Bericht an den König zeigten sie, daß ohne das Gegen-

project die Unterhandlungen überhaupt wohl nicht in Gang gekommen wären, doch verhehlten sie sich keineswegs, daß die vorläufigen Aeußerungen Cobenzls wenig Gutes versprachen.[31])

Die Antwort des Wiener Hofes mußte die Entscheidung bringen. Lehnte sie die Schadloshaltung Sachsens und Zweibrückens ab, ohne den Kurfürsten von der Pfalz zu ihrer Uebernahme in Stand zu setzen, so war der Bruch unvermeidlich. Gespannt sah ihr Friedrich entgegen, die Ungewißheit über die nächste Zukunft drückte ihn und als einzigen Trost bezeichnete er, daß sie am längsten gedauert habe. Seit dem letzten Bericht der Minister war er von der Fruchtlosigkeit der Verhandlungen überzeugt, es kam ihm nur noch darauf an, den Gegner so viel wie möglich ins Unrecht zu setzen, bevor er den Kampf mit den Waffen beginne.

Es ist hier vielleicht der Ort, Hertzbergs Ansicht über den bisherigen Gang der Verhandlungen mit seinen eigenen Worten mitzuteilen. In einem vertraulichen Schreiben an Freiherrn von Schwartzenau in Regensburg, dem er eine von ihm verfaßte, als Privatschrift gedruckte Abhandlung über die bayrische Erbfolge zusandte, heißt es:

„Wir erwarten hier täglich die Antwort des Wiener Hofes, welche vom Kriege oder Frieden decidiren wird: wenn man hier von der Untheilbarkeit von Bayern abgegangen, so kommt es von mir nicht her; mein unwandelbares Principium ist aus dem Schlusse der diesseitigen dem Wiener Hofe zugestellten Memoires, in welchen ich die Restitution von Bayern in integrum und das Aequilibrium von Deutschland, deßen Bedeutung leicht zu errathen ist, jederzeit zum Grunde gelegt. Die Immediat-Correspondenz aber hat vieles geändert. Hierauf habe ich gesucht, durch einen Vergleichs-Plan wenigstens den wichtigsten zusammenhängenden Complexum von Bayern mit einem proportionirten Aequivalent für das abzutretende zu retten. Die vermuthliche Zerschlagung der Negociation wird vielleicht der ganzen Sache eine andere und beßere Wendung geben.“[32]) Daß er selber, bevor noch von den österreichischen Plänen in Betreff Bayerns etwas bekannt war, die Ueberlassung der beiden Herzogtümer bis zur Isar an Oesterreich befürwortet hatte, verschwieg er.

Die Gegensätze spitzten sich immer mehr zu; während der Herzog von Zweibrücken und die verwittwete Herzogin Clemens Einspruch erhoben

---

[31]) Finckenstein und Hertzberg an den König. Berlin, 27. Mai 1778. R. 96. 201 B.

[32]) Hertzberg an Schwartzenau. Berlin, 2. Juni 1778. R. XI. Bayern 26.

gegen jede Teilung Bayerns, traf der Wiener Hof in den besetzten Gebieten Maßnahmen, welche die Einverleibung in Oesterreich vorbereiteten. In ganz Europa war man gefaßt auf den Ausbruch des Krieges, die fremden Diplomaten in Berlin wußten, daß von Wien keine befriedigende Antwort zu erwarten sei. Am 3. Juni fand eine neue Besprechung der Minister mit Cobenzl statt, nachdem tags zuvor ein Courier angekommen war. Der Gesandte teilte den Inhalt der Depesche mit; darin erklärte die Kaiserin-Königin, es sei ihr — aus den von dem Gesandten am 27. Mai auseinander gesetzten Gründen — unmöglich, das preußische Gegenproject anzunehmen; doch werde sie unverweilt neue Befehle senden, welche Mittel und Wege zur Förderung der Interessen des Königs sowohl als zur Regelung der bayrischen Erbschaft enthalten sollten. Finckenstein und Hertzberg empfingen den Eindruck, als ob es dem Wiener Hof besonders um das Land längs des Inn bis nach Tirol und um die Salzwerke von Reichenhall zu thun sei; letztere aber, so fügten sie in ihrem Berichte hinzu, dürfe man Bayern nicht entziehen, ohne es zu Grunde zu richten. Es war klar: man wollte in Wien den besten und größten Teil für sich behalten und nur ein kleines, entlegenes, geringwertiges Gebiet als Ersatz geben; und am liebsten schien es dem österreichischen Hofe zu sein, wenn er sich mit Preußen allein auseinandersetzen könnte ohne Rücksicht auf die Verbündeten des Königs.[33])

Die Entscheidung war also wiederum hinausgeschoben. Der König hatte am 4. Juni befohlen, wenn die Wiener Antwort die preußischen Vorschläge unberücksichtigt lasse, sofort das Ultimatum zu verlangen; jetzt, da der Bericht vom 3. einlief, ordnete er an, daß zwar die versprochene Eröffnung abgewartet, dann aber gleich gefragt werde, ob Oesterreich sie als sein Ultimatum ansehe; sei dies der Fall, so könne man den Krieg als erklärt betrachten.

In der nächsten Conferenz am 7. Juni las Cobenzl eine längere Depesche des Staatskanzlers vor. Kaunitz behauptete darin, alle Parteien, die Ansprüche auf die bayrische Erbschaft erhöben, fänden bei Preußen Unterstützung, wogegen sich nichts einwenden lasse. Diese Ansprüche gingen aber nur den Kurfürsten von der Pfalz an; wenn Oesterreich ihm die Erfüllung der an ihn gestellten Forderungen erleichtere, so geschehe dies auf Grund einer freundschaftlichen Uebereinkunft zwischen München und Wien. Das Haupthindernis der Verständigung sah Kaunitz in dem von Preußen aufgestellten Satze, daß sowohl alle österreichischen Ansprüche auf

---

[33]) Finckenstein und Hertzberg an den König. Berlin, 3. Juni 1778. R. 96. 201 B.

Bayern als auch die Convention vom 3. Januar ungültig seien. Deshalb erklärte er, daß der Wiener Hof sich der Vereinigung der fränkischen Markgrafschaften mit der preußischen Primogenitur aus denselben Gründen politischer Convenienz widersetzen werde, welche Preußen gegen die Vergrößerung Oesterreichs vorbringe. Und nun holte der Staatskanzler wieder die drei Hauptregeln seines politischen Codex hervor, nach denen beide Staaten verfahren müßten, wenn sie zu einem Einvernehmen kommen wollten, jene Regeln, die den Grundsatz gleichen Rechtes und gleicher Behandlung der schließenden Teile hinstellten und näher ausführten. Lege man sie zu Grunde, so werde das Ergebnis sein: Preußen gibt seinen Widerspruch gegen Oesterreichs Erwerbungen in Bayern auf und der Wiener Hof wird gegen den Anfall von Anspach und Baireuth nichts mehr einwenden; dann könne man gemeinsam über Tauschpläne verhandeln. Um für Sachsens Ansprüche eine Entschädigung zu erwirken, sollten beide Höfe in München ihre guten Dienste anwenden; die Kaiserin-Königin wolle selber dem Kurfürsten von Sachsen einige wichtige Vorteile zukommen lassen. Dies sei der einzige Weg, auf dem man zu einem gerechten und billigen Ausgleich zwischen den beiden Mächten gelangen könne. Endlich stellte die Note die sofortige Abrüstung in Aussicht, sobald das Abkommen unterzeichnet sei.[34])

Finckenstein und Hertzberg fragten Cobenzl, ob denn sein Hof sich nicht aussprechen werde über das, was er von Bayern behalten und was er dem Kurfürsten als Ersatz geben wolle; sie erklärten, daß die Festsetzung dieser Punkte der Hauptzweck des preußischen Einschreitens und der gegenwärtigen Unterhandlung sei, daß die Würde und das Ansehen des Königs Klarheit über diese Fragen verlangten und eine Ausschließung Preußens von dem Uebereinkommen mit Pfalz und Sachsen nicht duldeten — der Gesandte konnte nur erwidern, in der Depesche von Kaunitz sei Alles gesagt, dieselbe enthalte das Ultimatum seiner Regierung.[35])

Also Oesterreich stellte das Ultimatum: ein geschickter Zug der Kaunitz'schen Politik, um die Schuld an dem Bruche auf Preußen zu schieben, das die letzten Bedingungen des Gegners verwarf. Im Widerspruch mit der Erklärung, daß die Depesche des Staatskanzlers das Ultimatum sei, steht nun aber die Aeußerung Cobenzls, daß sein Hof mit zwei neuen Angeboten hervortreten werde, nämlich mit seiner unbedingten Zustimmung zum Tausch der fränkischen Gebiete gegen die Lausitzen und

---

[34]) Kaunitz an Cobenzl. Wien, 31. Mai 1778. Gedruckt in Hertzbergs Recueil II. 126.

[35]) Finckenstein und Hertzberg an den König. Berlin, 7. Juni 1778. R. 96. 201 B.

mit dem Versprechen vollständiger Schadloshaltung des Kurfürsten von der Pfalz für seine Einbuße in Bayern. Die preußischen Minister zweifelten, ob wirklich der Wiener Hof diese Absicht hege, und stellten dem König anheim auf die Gefahr hin, die Entscheidung abermals um einen halben Monat zu verzögern, hierüber Aufklärung zu verlangen.

Noch war der gemeinsame Bericht über die letzte Conferenz nicht in des Königs Händen, als Hertzberg ein Sondergutachten abfaßte und ins Lager sandte. Nach kurzer Wiederholung des Inhalts der Kaunitz'schen Depesche schilderte er den Eindruck, den das österreichische Ultimatum auf ihn gemacht hat. Nimmt Preußen die Bedingungen desselben an, so gewinnt es nichts und überläßt seine Bundesgenossen Sachsen und Zweibrücken der Willkür des Gegners; die Folgen dieses Vorgehens aber sind verderblich für Preußens Ansehen im Reich und in Europa, während Oesterreichs Macht einen Zuwachs erhalten und gestärkt, mit überlegenen Kräften aus dem Streite hervorgehen wird. Die Verhandlungen mit dem Wiener Hof weiter zu führen hat keinen Zweck, denn er hat die wiederholt dargebotene Gelegenheit zur Darlegung seiner Forderungen unbenutzt vorübergehen lassen. Es scheint also nur der Krieg übrig zu bleiben. Die Aussichten sind dabei für Preußen günstig, die Gefahr vernichtet zu werden liegt nicht vor, da weder Rußland noch Frankreich den Ruin Preußens wünschen — trotz alledem aber rät Hertzberg vom Kriege ab. Seine Ansicht geht dahin: der König soll den europäischen Großmächten und dem Reiche erklären, da die Garanten des Westfälischen Friedens und die Reichsstände ihren Verpflichtungen nicht nachkommen und ihn nicht gegen die österreichische Usurpation unterstützen wollten, sehe er sich genötigt, die Erbschaftsangelegenheit ihrem Schicksal zu überlassen, gegen die Gültigkeit der Zerteilung Bayerns zu protestiren und sich Zeit und Gelegenheit vorzubehalten, nach seinem Gutdünken zu handeln. „Auf diese Weise können Ew. Majestät sich aus dieser Angelegenheit herausziehen, ohne Tadel zu verdienen, und dann günstigere Zeitverhältnisse abwarten, um die angemaßte Macht Oesterreichs zu stürzen."[36])

Es ist das erste Mal, daß der Minister in einem Bericht an den König eine derartige Ansicht ausspricht; noch zweimal in demselben Monat hat er diesen Vorschlag wiederholt, bis schließlich eine scharfe Abfertigung ihm Schweigen auferlegte. Eine Erklärung des eigentümlichen Schrittes, der in schroffem Gegensatz zu stehen scheint zu der bisherigen Haltung Hertzbergs, wird durch nichts gegeben, die umfangreiche Privatcorrespondenz,

---

[36]) Hertzberg an den König. Berlin, 8. Juni 1778. R. 96. 201 B. S. Beilage No. 11.

die hierüber wie über viele Punkte Licht verbreiten könnte, ist noch nicht gesammelt, so daß man auf Vermutungen angewiesen ist. Vielleicht war es Hertzberg gar nicht ernst mit seinem Plane, vielleicht hat er sich desselben nur bedienen wollen, um die Meinung, er dränge zum Krieg, zu widerlegen. Denn es ist doch schwer verständlich, wie der Minister in einem wohldurchdachten und ernstgemeinten Plane übersehen haben sollte, daß durch Preußens Unthätigkeit alle diejenigen Mißstände und Nachteile, die die Zustimmung zu Oesterreichs Forderungen zur Folge hatte, sich in noch höherem Grade geltend machen würden; und wann konnte eine günstigere Gelegenheit zum Kampfe gegen den Kaiser sich bieten, als jetzt, da Frankreich mit seinen Sympathien auf Preußens Seite stand, von Rußland sogar offene Unterstützung zu erwarten war, während Oesterreich ganz allein dem sieggewohnten Widersacher entgegentrat? Auch die Vertröstung auf die Zukunft ist in der Art, wie Hertzberg sie hier anbringt, wenig staatsmännisch, denn schon Verträge gelten nur so lange als die Verhältnisse andauern, unter denen oder für die sie geschlossen sind; um so mehr kann ein Fürst jederzeit aus der Stellung, in die er sich freiwillig und ohne Verpflichtungen einzugehen begeben hat, heraustreten, die Freiheit des Handelns ist ihm gewahrt; das brauchte dem großen König nicht erst sein Minister zu sagen. Es ist nicht anzunehmen, daß Hertzberg mit diesem Vorschlag Einfluß auf Friedrich auszuüben hoffte; denn er sagt selbst, die Entscheidung über das, was geschehen solle, sei wohl schon gefallen und es komme allein dem König zu, zwischen Krieg und Frieden zu wählen. Gegen die Auffassung, daß der Plan eine Umstimmung Friedrichs bezwecke, sprechen ferner die Mitteilungen, die der Verfasser am Ende des Berichtes macht. Danach hat Freiherr von Hofenfels eine Denkschrift überreicht, in der sein Herr, der Herzog von Zweibrücken, gegen jede Teilung Bayerns Einspruch erhebt. Derselbe Diplomat habe auch geäußert, die Bayern würden sich zu Tausenden des Königs Fahnen anschließen, wenn ein preußisches Corps bei ihnen erscheine, man könne mit der Zeit sogar im Namen des Herzogs ein Heer aufstellen; das Einrücken preußischer Truppen würde den größten Teil der Reichsstände zur preußischen Sache herüberziehen und Oesterreich von den Niederlanden abschneiden. Und dann fährt Hertzberg fort: wenn der König sich mit der Absperrung Böhmens durch die beiden großen Armeen begnügen und ein ansehnliches Corps nach Bayern als einem vom Wiener Hof widerrechtlich besetzten Lande schicken werde, könne er den Schein des Angreifers vermeiden und so Frankreich den Anlaß zur Sendung von Hülfstruppen entziehen. Dieser zweite Teil des Berichts macht den Eindruck, als solle er eine etwaige Wirkung des ersteren abschwächen; während dort die mög-

lichen Wechselfälle des Kriegs als Grund für den Wunsch nach Erhaltung des Friedens angeführt werden, sind hier die Aussichten des Feldzugs als die glänzendsten dargestellt.

Eine Reihe von Gründen, dem Inhalt und der Form des Berichtes entnommen, sprechen gegen die Ernsthaftigkeit; für dieselbe aber spricht der Umstand, daß der Plan noch zweimal innerhalb weniger Wochen, und zwar erweitert und verbessert, dem König vorgelegt wurde. Es bleibt daher nichts übrig als zuzugestehen: das Aktenstück ist mit Hülfe des bis jetzt vorliegenden Materials nicht zu erklären.

Die Nachricht von der ungenügenden Antwort des Wiener Hofes kam am 10. Juni im Lager bei Friedrich an, der sie ungeduldig erwartete und hinter den wiederholten Verzögerungen geheime Absichten des Staatskanzlers vermutete. Wenn die Minister aber geglaubt hatten, der König werde das österreichische Ultimatum mit der Kriegserklärung beantworten, hatten sie sich getäuscht; Friedrich war entschlossen, den Gegner jeder Möglichkeit zu berauben, die Schuld für den Bruch Preußen zuzuschieben, und in diesem Sinne verlangte er nun die Angabe, worin man das Aequivalent für Bayern bestehen lassen wolle; erst wenn diese Auskunft, wie er voraussah, nicht zufriedenstellend ausfiel, wollte er den Krieg erklären. Auf zwei Wegen ließ er diese letzte Anfrage nach Wien gelangen: durch Cobenzl und durch Riedesel. Letzterer erhielt die Weisung, im Namen seines Herrn persönlich von dem Fürsten Kaunitz eine klare und unzweideutige Erklärung über die bayrische Angelegenheit zu verlangen; werde sie verweigert, so könne er den Bruch als vollzogen ansehen und sich zur Abreise rüsten.[37])

Als die Weisung des Königs vom 10. Juni in Berlin eintraf, begann Hertzberg sofort mit der Abfassung der Antwortnote für Cobenzl. Diese wies nach kurzer Einleitung zunächst die Behauptung des Staatskanzlers zurück, daß der preußische Hof die Ansprüche Oesterreichs aus Gründen der politischen Convenienz bekämpfe, die aller anderen Bewerber aber begünstige, denn Oesterreich habe überhaupt kein Recht, Ansprüche zu erheben auf die bayrische Erbschaft. Die Sache liege so, daß das pfälzische Haus in das gesamte Besitztum des verstorbenen Kurfürsten, soweit es Mannlehen sei, eintrete und Sachsen die Allodialerbschaft erhalte, für Oesterreich bleibe also nichts übrig. Wenn dieser Staat aber dennoch den größten Teil sich widerrechtlich angeeignet habe, so müsse er wenigstens die Entschädigung der Beteiligten auf sich nehmen und dürfe sie nicht dem

[37]) Der König an Finckenstein und Hertzberg. Schönwalde, 10. u. 11. Juni 1778. — Der König an Riedesel. Schönwalde, 10. Juni 1778. R. XI. Bayern 26.

Kurfürsten von der Pfalz aufbürden. Der Vergleich zwischen der bayrischen Succession und der Primogenitur-Nachfolge in Anspach-Baireuth sei unzutreffend, da das Haus Brandenburg, in rechtmäßigem Besitz dieser Lande, die Erbfolge beliebig regeln könne. — Wenn Oesterreich das besetzte Gebiet zu behalten verlange, möge es über die Abgrenzung und den Umfang nähere Mitteilungen machen, da man davon noch keine ausreichende Kenntnis habe. Das in Aussicht gestellte Aequivalent für Kurpfalz dürfe nur unter Mitwirkung des Königs bestimmt werden; welche Absichten der Wiener Hof hege, gehe hervor aus der Fernhaltung des Herzogs von Zweibrücken, obwohl Karl Theodor die Rechte seines Hauses mit Füßen treten lasse. Unklar sei auch, womit Kursachsen schadlos gehalten werden solle. Alle diese Gründe machten die Annahme der letzten Vorschläge unmöglich. Daher möge die Kaiserin-Königin angeben: 1) welche Teile von Bayern und der Oberpfalz sie behalten wolle; 2) welche Tauschpläne sie noch im Auge habe und womit das pfälzische Haus entschädigt werden solle; 3) wodurch der Kurfürst von der Pfalz Sachsen schadlos halten solle; 4) ob sie die ganze bayrische Erbfolgefrage unter Berücksichtigung aller Beteiligten gemeinsam mit dem König von Preußen lösen wolle. Der König erwarte auf diese Fragen eine klare und unumwundene Antwort; verweigere man sie, so falle die Verantwortung für das daraus entstehende Unheil dem Wiener Hof zu. [38])

Mit diesem Entwurf war Finckenstein nicht einverstanden, er schien ihm zu umfangreich und in zu scharfen Ausdrücken abgefaßt, was der Absicht des Königs, wie er meinte, nicht entsprach. Er hielt die Erörterung der Rechtsfrage für überflüssig und ließ den Grund, daß nämlich die Note gleichzeitig als Widerlegung der Kaunitz'schen Depesche dienen sollte, nicht gelten, denn es komme nur darauf an, vom Wiener Hof eine bestimmte Erklärung über seine Absichten zu fordern. Da Hertzbergs Fassung die Gegensätze unnötig verschärfen und in Frankreich und Rußland einen ungünstigen Eindruck machen werde, dictirte er selbst im Anschluß an den Gedankengang des Collegen, mit Weglassung der rechtlichen Deduction und im Uebrigen mit teils sachlichen, teils formellen Milderungen einen neuen Entwurf, der am 13. Juni Cobenzl überreicht wurde; die Forderung der Lisière für Regensburg trugen die Minister mündlich vor. [39])

Cobenzl hielt nach Ablehnung des österreichischen Ultimatums weitere

---

[38]) Hertzbergs Entwurf vom 12. Juni 1778. R. XI. Bayern 26.

[39]) Hertzberg an Finckenstein, Finckenstein an Hertzberg, 12. und 13. Juni. R. XI. Bayern 26. — Die Denkschrift in Finckensteins Fassung gedruckt im Recueil II. 129.

Verhandlungen für nutzlos, obwohl er selbst den Anlaß dazu gegeben hatte; er versprach zwar die preußische Note nach Wien zu senden, doch sah er voraus, daß sein Hof sich zu weitergehenden Mitteilungen als bisher nicht verstehen werde. Er bestand darauf, daß die Zusicherung eines Aequivalentes für Kurpfalz dem König genügen müsse; die Bestimmung desselben werde zwischen der Kaiserin-Königin und dem Kurfürsten erfolgen.[40]) An demselben Tage, da Cobenzl die Denkschrift erhielt, ging sie nach Paris, Petersburg, Dresden und Hannover ab.

Am 13. Juni führte Riedesel den erhaltenen Befehl aus, legte Kaunitz die Forderungen des Königs vor und bat um Antwort. Im Gespräch hierüber bestritt der Staatskanzler, daß er mit der Depesche an Cobenzl etwas anderes im Sinne gehabt habe, als die allgemeinen Grundsätze festzustellen und die Verhandlungen über Einzelheiten zu erleichtern. Er blieb aber bei der Behauptung, daß die Erwerbung Bayerns durch Oesterreich und die Anspach-Baireuths durch Preußen gleich zu achten seien, wobei er sogar von dem höheren Werte der Markgrafschaften absehe. Und ebenso, wie sich der König den Austausch dieser Länder gegen die Lausitz vorbehalte, müsse auch Oesterreich das Recht haben, mit dem Kurfürsten von der Pfalz Tauschgeschäfte zu machen, wie sie der Nutzen beider Beteiligten erfordere. Dies solle aber nicht bedeuten, daß Oesterreich ein Aequivalent, also vollen Ersatz, für die von Bayern abgetrennten Stücke gewähren wolle, davon könne nicht die Rede sein. Zu Gunsten Sachsens thue die Kaiserin-Königin schon ein Uebriges, wenn sie für die Allodialgüter in dem ihr zufallenden Teil Bayerns auf die böhmische Oberlehenshoheit über sächsische Gebiete verzichte. Kaunitz erklärte sich schließlich bereit, nach Beratung mit Maria Theresia und nach Benachrichtigung Josefs dem Gesandten seine Antwort in Gestalt von Anmerkungen zu seiner Depesche vom 31. Mai zugehen zu lassen. Seinem Berichte an den König[41]) fügte Riedesel hinzu, daß man höchstens die Herausgabe der 21 Amtsbezirke erlangen könne, die der Kurfürst von der Pfalz als widerrechtlich besetzt zurückfordere, sonst aber sei gewiß nichts durchzusetzen, obwohl man in Wien den Krieg vermeiden möchte.

Friedrich antwortete dem Gesandten sofort, die Unterhandlung zur Erhaltung des Friedens komme nicht vorwärts, die Grundsätze des Wiener Hofes seien so abweichend von den seinen, daß eine Verständigung fast unmöglich sei. Seine Absicht sei, daß man der Kaiserin-Königin, um ihr Ansehen zu wahren, einen ihr bequem liegenden Teil von Bayern

[40]) Finckenstein und Hertzberg an den König. Berlin, 13. Juni. R. 96. 201 B.

[41]) Riedesel an den König. Wien, 13. Juni 1778. R. 1. 122 A.

überlasse und die Herausgabe der Aemter im Kreise Straubing fordere, die auch der Kurfürst zurückverlange. Der Ertrag des besetzten Gebiets belaufe sich auf mehr als zwei Millionen Gulden; da sei es recht und billig, wenn Kurpfalz eine Entschädigung erhalte, die jährlich ein Drittel dieser Summe einbringe und es zur Befriedigung Sachsens in Stand setze; Oesterreich bleibe dann immer noch ein Rest von 1,300,000 Gulden.[42]) Daß Riedesel diesen Vorschlag dem Fürsten Kaunitz machen sollte, ging aus der Weisung nicht hervor; daß ihn aber Friedrich als sein Ultimatum der Antwort des Staatskanzlers entgegengestellt wissen wollte, sagte er ausdrücklich in einem Schreiben an die Minister bei Uebersendung des Berichts und seiner Erwiderung darauf.[43])

Finckenstein war erstaunt über die Gegensätze, welche sich in der Cabinetsordre fanden. Im Texte derselben hieß es, der Gesandte in Wien sei angewiesen, ein neues Zugeständnis zu machen, und in der eigenhändigen Nachschrift sagte der König: „Man erblickt bei den Oesterreichern nichts als Falschheit und Doppelzüngigkeit, es ist unmöglich, Frieden zu halten." Der Minister fürchtete, der Wiener Hof werde die neuen Anerbietungen zum Schaden Preußens ausnützen, er forderte daher seinen Collegen auf, in einem gemeinsamen Bericht ihre Ansicht über die zu erteilende Antwort dem König vorzutragen.[44]) Denn so lange der Frieden erhalten werden konnte durch ein ehrenvolles Abkommen, habe er dazu gerathen; sobald er aber erkauft werden müsse unter Bedingungen, die Preußens Ansehen im Reich und in Europa schädigten, könne er nur sich dagegen aussprechen. Das abermalige Entgegenkommen seines Herrn schien ihm unvereinbar mit der Ehre des Staates. — Hertzberg stimmte ihm zu und schrieb eigenhändig den Entwurf eines Berichtes nieder, der von Finckenstein mit unwesentlichen Aenderungen angenommen wurde und am 19. ins Lager abging. Nach einer Schilderung des hinterlistigen Verfahrens des Staatskanzlers erklärten die Minister, der Wiener Hof müsse mit Blindheit geschlagen sein, wenn er von der auf die Spitze getriebenen Nachgiebigkeit des Königs keinen Gebrauch mache und die mühelose Erwerbung eines Gebiets sich entgehen lasse, das, größer als der 1772 erworbene polnische Anteil, Böhmen und Oesterreich trefflich abrunde, ihm den Besitz dreier Ströme verschaffe und den Gewinn des Restes von Bayern sichere. Dieser Zuwachs werde die Uebermacht Oesterreichs im

[42]) Der König an Riedesel. Schönwalde, 16. Juni 1778. R. XI. Bayern 26.

[43]) Der König an Finckenstein und Hertzberg. Schönwalde, 16. Juni. R. XI. Bayern 26.

[44]) Finckenstein an Hertzberg. Berlin, 18. Juni 1778. R. XI. Bayern 26.

Reiche entscheiden. Eine Entschädigung Sachsens in Land und Leuten sei dann kaum mehr möglich; der Herzog von Zweibrücken, die Bayern und viele Reichsstände würden untröstlich sein über die Zertrümmerung eines der mächtigsten Herzogtümer. Trotz dieser Vorteile aber scheine Kaunitz jeder Entschädigung abgeneigt zu sein und deshalb sei die Nachgiebigkeit des Königs vergebliches Bemühen; die Antwort aus Wien werde darüber bald Klarheit schaffen.[45])

Noch eindringlicher führte Hertzbergs Sonderbericht von demselben Tage die Nachteile vor Augen, die für Preußen entstehen würden, wenn der Wiener Hof die jüngsten Anerbietungen annehme. Oesterreich erfährt dadurch eine bedeutende Vergrößerung, es erwirbt ein Gebiet, auf welches das preußische Herrscherhaus mehr Recht hat als das österreichische; schon der Vorschlag einer solchen Verständigung wird den König um das Verdienst seines ruhmvollen Einschreitens, um das Vertrauen und den Einfluß im Reich, um die Achtung Europas bringen und alle Kosten der Mobilmachung werden verloren sein. Der andere Ausweg, der Krieg, aber sei ein gefährliches Wagnis, für das allein der Souverän die Verantwortung tragen muß. In dieser Lage empfiehlt sich nur ein Mittel — und nun kommt Hertzberg auf seinen Plan vom 8. Juni zurück, den er durch eine Reihe von Zusätzen und Aenderungen annehmbarer gemacht hat. Der König soll an die Garanten des Westfälischen Friedens und an die Fürsten des Reichs eine Erklärung erlassen, daß er Willens sei, mit bewaffneter Hand den Bestand und die gerechte Verteilung der bayrischen Erbschaft zu sichern, wenn sie gemeinsame Sache mit ihm machen würden; hielten sie es aber für besser, ihre Pflichten zu vernachlässigen und ihren Beistand im Kampfe gegen Oesterreichs Uebergriffe zu versagen, so werde er sich genötigt sehen, die Erbschaftsangelegenheit ihrem Schicksal zu überlassen und zusammen mit Kursachsen und Zweibrücken gegen die Zerteilung Bayerns Einspruch zu erheben. — Als den Zeitpunkt, da Preußen unter günstigeren Bedingungen den Kampf gegen die kaiserliche Uebermacht aufnehmen könne, sah er den Tod Karl Theodors an, da erst dann die Erbrechte des Herzogs von Zweibrücken in Kraft treten würden.[46])

Der Hauptunterschied zwischen den Vorschlägen vom 8. und vom 19. Juni besteht darin, daß damals die Verweigerung der Hülfe seitens der Garantiemächte und der Reichsstände als zweifellos angenommen und

---

[45]) Finckenstein und Hertzberg an den König. Berlin, 19. Juni. Orig. R. 96. 201 B., Entw. R. XI. Bayern 26.

[46]) Hertzberg an den König. Berlin, 19. Juni. R. 96. 201 B. Siehe Beilage No. 14.

deshalb der sofortige Rücktritt Preußens angeraten wurde, während jetzt erst noch eine förmliche Aufforderung zu gemeinsamem Vorgehen erfolgen soll. Obwohl auch der neue Plan ohne thatsächliche Berechtigung in der Zukunft bessere Verhältnisse voraussieht, steht er doch weit über dem früheren, und wenn man dort vergebens nach einer Erklärung sucht, bietet sich hier das Verständnis schon bei Betrachtung der politischen Lage.

In der Ueberzeugung, daß auch sein letztes Entgegenkommen vergeblich sein werde, hatte Friedrich bereits am 20. den Ministern befohlen, eine Erklärung vorzubereiten, in der das Bedauern über das Mißlingen der Verhandlungen ausgedrückt und das Betreten des Wegs der Gewalt zur Erhaltung der Reichsverfassung angekündigt werden sollte. Die Nachricht von dem unvermeidlichen Bruche zwischen Rußland und der Pforte befestigte diese Ueberzeugung, da Oesterreich nun keine offene Unterstützung des Königs durch die Russen zu fürchten brauchte. Am 21. wiederholte er in der Antwort auf Riedesels Meldung, der Staatskanzler glaube Alles fordern zu dürfen, wenn Preußen durch Anspach und Baireuth beruhigt sei, das Verlangen einer Entschädigung von Kurpfalz mit Gebiet von 700,000 fl. Einkommen und erklärte, daß er sich durch die mit der Hauptfrage nicht im Zusammenhang stehende Erbfolge in Franken zu nichts werde bestimmen lassen; Preußen dürfe, ohne sich schwach zu zeigen, nicht weiter in der Nachgiebigkeit gehen.[47])

In dieser Krisis trat Riedesel, der sich wohl zurückgesetzt fühlte dadurch, daß die Verhandlungen zwischen den beiden Höfen durch die preußischen Minister und Cobenzl geführt wurden, während er nur eine untergeordnete Rolle spielte, mit eigenen Vorschlägen an den König hervor. Er ging dabei von der Anschauung aus, daß der Kaiser dem Frieden zuneige und daß es nur gelte, ihm den Rückzug von seinem bisherigen Standpunkt zu erleichtern. Sein Rat, dessen Befolgung er als das einzige noch übrig gebliebene Mittel zur Vermeidung des Bruches ansah, ging dahin, daß der König sich mit einem Aequivalent für Kurpfalz und der Rückgabe der 21 Aemter begnüge; Sachsen solle in der Hoheit über die bisher böhmischen Lehen und in einigen Reichslehen Ersatz finden für die Allodialansprüche, ein Reichslehen solle der Herzog von Mecklenburg erhalten. Der Wiener Hof müsse sich verpflichten, zukünftige Tauschverhandlungen mit Kurpfalz nur unter Zuziehung des Herzogs von Zweibrücken zu führen und sein früher gegebenes Versprechen wegen der Erbfolge in Anspach-Baireuth und des Tauschs dieser Länder gegen die Lausitz

---

[47]) Friedrich an Riedesel. Schönwalde, 21. Juni 1778. (Abschrift) R. XI. Bayern 26.

zu erfüllen. Diese Bedingungen wollte Riedesel im Namen seines Herrn als Ultimatum dem Fürsten Kaunitz vorlegen; wurden sie abgelehnt, so sollte der Abbruch der diplomatischen Beziehungen erfolgen; aber selbst dann hoffte er noch auf einen günstigen Ausgang, wenn der König ihn direkt zum Kaiser sende, um diesem die Verhältnisse klar zu machen und ihn vor den verderblichen Folgen des Krieges zu warnen.[48]) Friedrich aber blieb fest, er bestand auf der Erfüllung der am 16. gestellten Forderungen als unerläßliche Vorbedingung für eine friedliche Vereinbarung.

Am 24. Juni übergab Kaunitz die versprochenen schriftlichen Bemerkungen zu den letzten Eröffnungen Cobenzls. Riedesel vollzog darauf den Befehl des Königs und legte die Bedingungen vom 16. vor, zunächst ohne den Vorschlag zu erwähnen, daß Pfalz nur mit einem Drittel des Wertes seiner Verluste entschädigt werden solle. Aber der Staatskanzler wollte überhaupt kein Aequivalent gewähren und lehnte die Erörterung dieser Frage ab, da sie mit dem Abschluß der Präliminarien nichts zu thun habe, eine Entschädigung werde sich später auf dem Wege des Tausches leicht finden lassen. Auch in allen anderen Punkten verharrte er auf dem in der Depesche vom 31. Mai eingenommenen Standpunkt und erklärte, sein Hof werde sich weder durch Drohungen noch durch andere Mittel zur Aufgabe seiner wohlbegründeten Rechte bewegen lassen. Vergeblich trat Riedesel jetzt hervor mit der Mitteilung, der König verlange nur eine Entschädigung für Pfalz, die jährlich 700,000 fl. einbringe, so daß der Wiener Hof 1,300,000 fl. behalte; Kaunitz behauptete, der besetzte Theil von Bayern habe überhaupt nur ein Erträgnis von 1,200,000 fl., und verweigerte zuletzt die Mitteilung der neuen Vorschläge an seinen Hof, wenn man sie ihm nicht schriftlich gäbe; da dies aber nicht geschehen konnte, weil der Gesandte keine Erlaubnis dazu hatte, erklärte er, er betrachte das preußische Angebot als nicht geschehen und sehe das Ultimatum mit den schriftlich hinzugefügten Erläuterungen als sein letztes Wort an. In seinem Bericht an den König wußte Riedesel keinen besseren Rat zu geben, als daß man Oesterreich ein Gebiet überlasse, welches wirklich jährlich 1,300,000 fl. einbringe.[49])

In Begleitung der Réponse verbale, eben jener Anmerkungen des Staatskanzlers zu Cobenzls Plan eines Abkommens, langte Riedesels Depesche am 27. im Feldlager zu Schönwalde an. Sofort erließ Friedrich den Befehl an die Minister, den Prinzen Heinrich von dem erfolgten

---

[48]) Riedesel an den König. Wien, 20. Juni. R. XI. Bayern 26.

[49]) Riedesel an den König. Wien, 24. Juni 1778. R. XI. Bayern 26.

Bruch in Kenntnis zu setzen und dann Cobenzl die Kriegserklärung zu übergeben, sobald die Armee des Prinzen zwei Tagemärsche zurückgelegt habe. Mit eigner Hand fügte er der Cabinetsordre die Worte zu: „Jedermann, der sieht, was ich versucht und vorgeschlagen habe, wird mir Gerechtigkeit widerfahren lassen und nicht bei mir die Ursache zum Bruche suchen.“ [50])

Mittlerweile hatte auch Cobenzl einen entscheidenden Schritt gethan. Am 27. überreichte er den Cabinetsministern die ihm zugesandte Verbalnote, die sich im Wesentlichen mit der Zurückweisung des preußischen Vertragsentwurfs beschäftigte, ohne ihren eigentlichen Zweck, den österreichischen Plan näher auszuführen, zu erfüllen. Damit verweigerte der Wiener Hof dem König von Preußen jede weitere Auseinandersetzung — die Minister hätten, ohne eine Wiederholung des schon mehrere Male erteilten Befehls abzuwarten, die verabredeten Maßregeln treffen und am dritten Tage den Krieg erklären können. Trotzdem fragten sie an, ob der König den Abbruch der Unterhandlung befehle oder noch die Antwort Riedesels abwarten wolle; das Schreiben, das ihnen die letzten Weisungen bringen sollte, war aber schon unterwegs.

An demselben Tage, an dem im Lager zu Schönwalde die Entscheidung über Krieg oder Frieden fiel, trat Hertzberg zum dritten Male mit seinem Plan hervor, der Preußen auf friedlichem Weg ohne Einbuße an Ansehen aus der schwierigen Lage herausführen sollte, in die es geraten war. Vielleicht hat das Schweigen seines Herrn über die beiden ersten Vorschläge in ihm den Glauben erweckt, daß der König innerlich mit ihm übereinstimme; vielleicht erschien ihm die weitgehende Nachgiebigkeit Friedrichs als Furcht vor dem Kriege; vielleicht hielt er die Lage Preußens für ungünstiger, als sie war. Der diesmal vorgetragene Plan wiederholt aber nicht bloß den Inhalt der früheren, sondern führt ihn weiter aus und fügt neue Gedanken hinzu. Nach der Einleitung über den Vorteil, den das Haus Oesterreich durch den Landzuwachs in Bayern erlange, über die Zurückweisung der billigen preußischen Forderungen, nach Erörterung der Frage, ob Krieg oder nicht, entwickelt Hertzberg den eigentlichen Plan folgendermaßen: Ist der König nicht unwiderruflich zum Kampfe entschlossen, sondern wünscht er mit Ehren sich aus dieser kritischen Lage zu ziehen, so muß Preußen die endgültige Entscheidung über das Schicksal der bayrischen Succession aufschieben bis zum Tode Karl Theodors und inzwischen die Streitfrage bei der Reichsver-

---

[50]) Der König an Finckenstein und Hertzberg. Schönwalde, 27. Juni 1778. R. XI. Bayern 26.

sammlung anhängig machen. Die Ansprüche Sachsens allein rechtfertigen den Krieg nicht; der Kurfürst von der Pfalz aber hat mit dem Wiener Hof verhandelt und selbst auf Lebensdauer seine Rechte preisgegeben. Sobald diese mit dem Regierungsantritt des Herzogs von Zweibrücken wieder in Kraft treten, ist der Zeitpunkt zum Handeln gekommen. Die Ueberweisung der Frage an die Reichsversammlung kann nach vorgängiger Mitteilung des beabsichtigten Schrittes in Wien geschehen gemeinsam mit Sachsen und Zweibrücken durch eine Erklärung, daß der König bereit sei, das Schwert zu ziehen, wenn die Reichsstände und die Garantiemächte ihn unterstützten, daß er aber andernfalls die gesetzliche Entscheidung dem Reichstag überlasse. Erklärt sich der Reichstag für nicht dazu befugt, so muß der König zu verhindern suchen, daß der Streit vor die Reichsgerichte gebracht werde, wo der Kaiser Richter in eigner Sache sein würde, und Verwahrung einlegen gegen Alles, was geschehen sei und noch geschehen werde, indem er das Geschick Bayerns der Zeit und den Umständen anheim gebe. Ein solches Verfahren wird auch auf die Zustimmung Frankreichs, Rußlands und der Reichsstände rechnen können. Oesterreich aber kann, ohne sich ins Unrecht zu setzen, der von der Kaiserin-Königin selbst früher vorgeschlagenen Entscheidung des Reichs nicht widerstreben, denn dadurch würde der Besitz Bayerns ungesetzlich, unsicher, und Preußen könnte jederzeit von Neuem die Waffen ergreifen, namentlich sobald es Rußlands und Frankreichs Unterstützung sicher sei. — Ganz sonderbar ist die Art, wie Hertzberg den Uebergang von dem augenblicklichen Zustand, da beide Heere versammelt einander gegenüber stehen, zur Abrüstung bewerkstelligen will. Dabei darf der König freilich die Ausgabe einiger Millionen Thaler nicht scheuen, sondern er muß sein Heer in Schlesien, der Mark und im Magdeburgischen solange beisammen halten, bis die Verhandlung am Reichstage im Gange ist. Den Kaiser wird dies Verfahren in Verlegenheit setzen, da die Verpflegung seines Heeres Schwierigkeiten macht, er wird dann entweder selbst Vorschläge machen oder zum Angriff übergehen, — dann aber ist der König der Hülfe Rußlands und des Reichs, sowie der französischen Neutralität gewiß. Es gilt nur zur Vermeidung einer Niederlage eine Stellung einzunehmen, die die Möglichkeit gewährt, in jedem Augenblick der sächsischen Armee Unterstützung zu bieten. Geht Preußen in dieser Weise zielbewußt vor, so werden Kursachsen und Zweibrücken einverstanden sein, besonders wenn ihnen die Geltendmachung ihrer Ansprüche nach dem Tode Karl Theodors vertragsmäßig zugesichert wird. Die Hoffnung auf Zustimmung Oesterreichs zur Primogenitur-Erbfolge in Anspach-Baireuth und zum Tausch gegen die Lausitz muß man für den Augenblick allerdings aufgeben, aber früher

oder später wird sich Gelegenheit zur Erreichung dieser Ziele finden.[51])

Abgesehen von dem schon früher erwähnten Mangel an politischem Scharfblick bezüglich der Folgen des angeratenen Verfahrens ist hier die Schwäche der militärischen Betrachtung bemerkenswert. Der Zweck des Vorschlags ist den Krieg zu vermeiden, wenigstens unter den ungünstigen Umständen des gegenwärtigen Augenblicks. Erklären sich die Garanten des Westfälischen Friedens und die Reichsstände zur Teilnahme bereit, so verändert sich damit die Lage und man kann den Kampf mit Aussicht auf Erfolg beginnen; geht nun aber der Kaiser, durch Preußens Maßregeln gezwungen, zum Angriff über, so ist der Krieg da, ohne daß sich die Lage gebessert hat; denn der Angreifer hat zwar die öffentliche Meinung gegen sich, aber er gewinnt den unschätzbaren Vorteil der strategischen Initiative. Es ist auch nicht klar, warum Friedrich die Truppen zwar von der Grenze zurückziehen, aber in Kriegsstärke beisammen lassen soll; die Absicht, den Gegner zum Nachgeben oder zum Angreifen zu nötigen, wird doch sicherer erreicht, wenn der Aufmarsch vollendet ist, als wenn die Regimenter zum Teil mitten im Lande stehen, und auch ein feindlicher Angriff kann dann nicht unvorbereitet kommen. Da mir von der Denkschrift nur der Entwurf vorliegt, mögen Unklarheiten der Fassung unerwähnt bleiben, die nachher in der Ausfertigung wahrscheinlich vermieden wurden. Nur ein Wort über die ungünstige Beurteilung der Ansprüche Sachsens; sie erklärt sich teilweise wohl aus Hertzbergs Gereiztheit über die Zurückweisung des Tauschvorschlags, teils aus dem Bestreben, den Krieg als rechtlich nicht genügend begründet nachzuweisen.

Als Antwort schickte der König das Begleitschreiben Hertzbergs zurück, auf dessen Rückseite er die Worte geschrieben hatte: „Scheeren Sie sich weg mit Ihren nichtswürdigen Plänen; Sie sind geschaffen zum Minister von Cujonen, wie der Kurfürst von der Pfalz einer ist, aber nicht für mich.“[52]) Dieser Vorwurf ließ dem Minister keine Ruhe. Er erwiderte dem König, er habe dies strenge Urteil nicht verdient, der Plan sei entworfen in dem Glauben, daß der König den Frieden erhalten wolle. Nicht Schwäche habe diese Gedanken eingegeben. Zu allen Zeiten habe er, Hertzberg, den Ruhm und den Vorteil seines Herrn mit so viel Eifer zu wahren gesucht, daß viele Leute ihn allzu großer Kriegslust beschuldigten. Nicht *sein* Fehler sei es, wenn es an Kraft und Festigkeit mangele. Wenn der König die geäußerte schlechte Meinung auch fernerhin von ihm

[51]) Hertzberg an den König. Berlin, 27. Juni. Entw. R. 92. Hertzberg 51.

[52]) Hertzberg an den König. Berlin, 27. Juni, mit der Antwort Friedrichs s. d. R. 92. Hertzberg 51. S. Beilage No. 15.

hegen wolle, bitte er um seine Entlassung. Sein Ehrgeiz sei allezeit nur das Bewußtsein, daß der König von seinem makellosen Charakter, dem nie wankenden Pflichtgefühl und seinem uneigennützigen Streben überzeugt sei.[53])

Daß Hertzberg wirklich im Rufe stand, viel zu der Verschärfung des Conflictes mit Oesterreich beigetragen zu haben, aber auch, daß er entschieden allen derartigen Gerüchten entgegentrat, geht hervor aus einer Stelle eines Briefes des Ministers an den Thronfolger vom 7. Dezember. Es heißt daselbst: „Da vielleicht auch zu Ew. Königlichen Hoheit etwas von der Meinung, die schlecht unterrichtete Leute gefaßt haben sollen, gedrungen ist, daß ich durch mein Verhalten zum Kriege beigetragen habe, glaube ich zu meiner Rechtfertigung Ew. Königl. Hoheit Abschrift der beiden Vorstellungen geben zu dürfen, die ich vor der Kriegserklärung für den König angefertigt habe. Aus dem Inhalt dieser Stücke werden Ew. Königl. Hoheit ersehen, daß ich, weit entfernt, zum Kriege zu rathen, vielmehr Mittel vorgeschlagen habe, durch die er hätte vermieden und der Wiener Hof hätte genötigt werden können, entweder uns vernünftige Vorschläge zu machen, oder der Angreifer zu werden, oder sich durch eine lästige Defensive und durch Rüstungen, die ihm teurer zu stehen kommen als dem König, zu Grunde zu richten. Der höheren Einsicht Ew. Königl. Hoheit stelle ich anheim zu beurteilen, ob ich Recht oder Unrecht hatte; immer aber muß das Ergebnis sein, daß ich nicht zum Krieg geraten habe. Wenn ich die Sache des Königs vertrat, nicht etwa mit beschaulicher Ruhe, sondern mit einer gewissen Begeisterung, doch stets mit Maßhalten verbunden, was jeder Unbefangene anerkannt hat, so glaube ich nur meine Pflicht gethan zu haben und ich bereue es nicht, obwohl ich voraussehe, daß ich das Opfer meines Eifers sein werde.“[54]) Und als er im Jahre 1780 der Schwester des Königs, Amalie Aebtissin von Quedlinburg, zu seiner Verteidigung, wie es scheint, gegen verläumderische Gerüchte die mit dem König während des bayrischen Erbfolgekriegs geführte Correspondenz übersandt hatte, antwortete die Prinzessin: „Niemand könnte Ihnen den geringsten Vorwurf machen, daß Sie den König zum Kriege ermutigt hätten, ganz im Gegenteil tritt vielmehr Ihre Vorsicht, Weisheit und Fähigkeit als Minister in allen Plänen zu Tage, die Sie ihm vorgelegt, und ich betrachte es als ein Unglück, daß man Ihnen

---

[53]) Hertzberg an den König. Berlin, 3. Juli. R. 92. Hertzberg 51. Siehe Beilage No. 16.

[54]) Hertzberg an den Prinzen von Preußen. Breslau, 7. Dezember 1778. R. 92. Hertzberg 51. S. Beilage No. 23.

nicht folgte, der Fehler fällt auf den zurück, der ihn begangen hat; die Andern haben keine Schuld daran . . . ."[54])

Am 29. Juni traf des Königs Entscheidung in Berlin ein, und Hertzberg erkannte nun, daß die Friedfertigkeit seines Herrn eine Grenze habe. Auf die Mitteilung der Minister von dem erfolgten Bruche beschloß Prinz Heinrich, am 1. Juli den Marsch nach Sachsen anzutreten, am 3. konnte dann Cobenzl die Kriegserklärung in einer Conferenz überreicht werden.

Diese Deklaration sollte, nach der Absicht ihrer Verfasser, eine Rechtfertigung des preußischen Vorgehens enthalten und an den fremden Höfen die Stelle der offiziellen Mitteilung vom Ausbruch des Krieges vertreten. Sie behauptet zunächst, daß der Wiener Hof dem preußischen Vertragsentwurf einen falschen Sinn untergeschoben, seinen eignen aber in viel zu günstigem Lichte dargestellt habe. Zum Beweis hierfür folgt eine kurze Inhaltsangabe der Verbalnote des Staatskanzlers. Obwohl Oesterreich weder alte noch neue Anrechte auf Bayern hat, verlangt der König doch nicht die Rückgabe des gesamten besetzten Gebiets an Kurpfalz, sondern er will der Kaiserin-Königin die Erwerbung zweier großer Bezirke gestatten, die den besten Teil des Landes ausmachen und für Oesterreich vortrefflich gelegen sind. Für diesen Verlust soll billigerweise das pfälzische Haus Ersatz erhalten, wenn dieser auch nur aus den beiden kleinen und weitentfernten Herzogtümern Limburg und Geldern besteht. Ueber die Entschädigung Sachsens wird dann ein freundschaftliches Abkommen zwischen den beiden Kurfürsten getroffen werden und zur Erleichterung desselben soll Sachsen die Herrschaften Mindelheim und Wiesensteig in Schwaben bekommen. Durch die Ueberweisung der in Bayern selbst gelegenen erledigten Reichslehen gedenkt man Kurpfalz den Verlust, den es für alle Zeiten durch die Zerreißung der Herzogtümer erleidet, weniger fühlbar zu machen. Denselben Zweck hat der Vorschlag, daß die Kaiserin-Königin auf die Oberhoheit über die in der Oberpfalz, Sachsen und Baireuth gelegenen böhmischen Lehen verzichte. Zur Ordnung der Angelegenheiten in den fränkischen Markgrafschaften bedarf der König von Preußen nur der Zustimmung der Mitglieder seines Hauses. Er hat daher auch die Einwilligung des Wiener Hofes nicht erbeten; da sie ihm aber vom Kaiser angeboten wurde und da bekannt war, daß Oesterreich sich der Nachfolge der Primogenitur widersetzen werde, hat der König das Anerbieten angenommen, ohne indes dem Wiener Hof das Recht zur Forderung einer Gegenleistung zuzugestehen. Auch zu dem Tausch der

---

[55]) Amalie an Hertzberg. Ohne Ortsangabe, 13. April 1780. R. 92. Hertzberg 51.

Markgrafschaften gegen die Lausitz wurde die österreichische Zustimmung und sogar der Verzicht auf das Rückkaufsrecht angeboten; beides hat man mit Dank angenommen, obwohl das Opfer von gegnerischer Seite nicht bedeutend war. Uebrigens war der Gedanke des Austauschs nur vorübergehend bei dem König vorhanden, er entsprang nicht dem Wunsch nach einer Vergrößerung, sondern dem Bestreben, die Teile des Staates in Zusammenhang zu bringen und Sachsen ein Gebiet zu übergeben, das, an seiner Grenze gelegen, ihm die Möglichkeit geboten hätte, in der Oberpfalz Ersatz für die Allodialansprüche zu finden. Dieser von Preußen vorgeschlagene Plan war vom finanziellen, territorialen und politischen Gesichtspunkte aus für die Kaiserin-Königin sehr vorteilhaft. — Jedem unbefangenen Beobachter muß es unerfindlich sein, wie der Wiener Hof das unbestreitbare Anrecht des Hauses Brandenburg auf die fränkischen Markgrafschaften in gleiche Linie stellen kann mit seinen eigenen unbegründeten Ansprüchen auf die bayrische Erbschaft. Dies thut er aber, wenn er seine Einwilligung zur Primogeniturerbfolge in Anspach und Baireuth abhängig macht von der Zustimmung des Königs zur Erwerbung aller derjenigen Bezirke, die die Kaiserin-Königin auf Grund der Convention vom 3. Januar behalten will; er berücksichtigt dabei nicht einmal den Umstand, daß die fränkische Erbfolge möglicherweise erst in ferner Zukunft eintreten wird. Der König kann nicht versprechen, den Tauschplänen zwischen dem Wiener Hofe und Kurpfalz kein Hindernis in den Weg zu legen; denn er würde damit die Gültigkeit des Januar-Vertrages anerkennen und sich selbst von der Teilnahme an der Regelung der bayrischen Succession ausschließen, so daß selbst der Austausch von ganz Bayern dann nicht mehr unmöglich sei. Das Versprechen, sich für Sachsens Entschädigung zu bemühen, ist nur in beschränktem Maße erfüllbar, solange Oesterreich die Hälfte von Bayern für sich behält. Das Anerbieten der kaiserlichen Majestäten, allen an der bayrischen Erbschaft Beteiligten, namentlich dem Herzog von Zweibrücken Recht zu schaffen, kann nur dann die richtige Wirkung haben, wenn das pfälzische Haus in den Besitz des gesamten Erbes gesetzt wird und darauf die Beteiligten sich einigen über die Wahl eines Schiedsrichters oder eines unparteiischen Gerichtshofes, da der Kaiser nicht in eigener Sache Recht sprechen darf. Stellt man so die beiderseitigen Forderungen und Angebote einander gegenüber, so wird zweifellos der Vergleich zu Gunsten Preußens ausfallen.

Da nun der Wiener Hof in der letzten Note erklärt hat, wenn Preußen seine Vorschläge nicht annehme, sei eine Verständigung unmöglich und jede weitere Erörterung überflüssig, so sieht der König die Verhand-

lungen als abgebrochen an und will an seine Anerbietungen nicht länger gebunden sein. Nachdem er kein Mittel zur Versöhnung unversucht gelassen hat, muß er nunmehr zu den Waffen seine Zuflucht nehmen.[56])

Der Bruch wurde auch äußerlich vollzogen durch die Abberufung der Vertreter Preußens in Wien, Riedesel und Jacobi. Finckenstein und Hertzberg teilten sie Cobenzl in der letzten Conferenz am 3. Juli mit, doch konnte der österreichische Gesandte vor Eingang weiterer Befehle seines Hofes Berlin nicht verlassen.

Während der nächsten Zeit war das Departement der Auswärtigen Angelegenheiten hauptsächlich damit beschäftigt, die europäischen Mächte von dem erfolgten Bruch eingehend zu unterrichten und die Denkschriften vorzubereiten, welche dem Reichstag vorgelegt werden sollten. Vor Allem aber galt es jetzt, die im Reiche herrschende ungünstige Stimmung gegen Oesterreich zu benützen und sich die Unterstützung möglichst vieler Reichsstände zu sichern. Die Verhandlungen über die Kreisassoziation zwischen dem niedersächsischen, obersächsischen und westfälischen Kreis wurden lebhafter als bisher betrieben, denn König Friedrich legte auf das Zustandekommen dieser Vereinigung großen Wert, er hoffte sogar, daß die Hannoveraner den Oesterreichern eine Diversion in Bayern machen würden. Da jedoch grade damals die Beziehungen zwischen England und Frankreich sehr gespannt wurden und der englische Botschafter Paris verließ, mußte man auf den Versailler Hof große Rücksicht nehmen, der Name Hannover sollte bei der Kreisassoziation nicht genannt werden, die Aufstellung einer Neutralitätsarmee unterblieb, da sie zum Teile aus hannöverischen Truppen hätte bestehen müssen; eine schwierige Aufgabe war den Ministern des Königs und dem preußischen Gesandten Freiherrn von Edelsheim in Hannover damit zugefallen. Die Darstellung dieser weitverzweigten diplomatischen Action geht indes über den Rahmen der vorliegenden Arbeit hinaus.

Kaum war der regelmäßige gesandtschaftliche Verkehr zwischen Wien und Berlin abgebrochen, so begann eine neue, unmittelbar von der Kaiserin-Königin ausgehende Verhandlung. Am 13. Juli — noch weilte Cobenzl in Berlin — reiste der frühere österreichische Gesandte in Constantinopel, Freiherr von Thugut, mit einem Paß des russischen Botschafters Fürsten Galizin versehen, unter angenommenem Namen ins preußische Lager ab, um einen letzten Versuch zur Vermeidung des Krieges

---

[56]) Réponse du Ministère prussien à la réponse verbale de Mr. le Prince de Kaunitz du 24. de Juin 1778, gedruckt in Hertzbergs Recueil II, 136.

zu machen. Der König entschloß sich, den Unterhändler anzunehmen, denn seine Lage war keineswegs günstig: ihm gegenüber stand der Feind auf den Höhen in unangreifbaren Stellungen, die er nicht verließ, und die geplante Umgehung durch Prinz Heinrich verzögerte sich immer mehr. Am 17. Juli empfing er Thugut und nahm das Schreiben der Kaiserin entgegen. Da er daraus den aufrichtigen Wunsch Maria Theresias nach Wiederherstellung des guten Einvernehmens zwischen den beiden Höfen ersah, befahl er den Cabinetsministern nach Glatz zu kommen, um mit Thugut zu verhandeln und, wie er sich ausdrückte, so rasch wie möglich ein für die ganze Menschheit so heilsames Werk zu Ende zu führen. Der Vorschlag Maria Theresias verlangte für Oesterreich ein Gebiet mit einem jährlichen Einkommen von einer Million und zwar zunächst innerhalb seiner augenblicklichen Besitzungen in Bayern. Dieses Gebiet solle aber durch freie Uebereinkunft zwischen dem Wiener Hof und Karl Theodor ausgetauscht werden gegen einen gleichwertigen Bezirk, der weder in der Nähe von Regensburg liege noch das Herzogtum in zwei Teile zerschneide. Zu Gunsten der Entschädigung Sachsens wollte die Kaiserin gemeinsam mit dem König bei Kurpfalz Schritte thun. — Friedrich wünschte vor Allem zu wissen, welchen Teil von Bayern Oesterreich schließlich behalten und womit es Pfalz entschädigen wolle, ferner woraus der Ersatz für Sachsen bestehen solle, damit er in Dresden deshalb Vorschläge machen könne; dann, ob der Wiener Hof auf dem Widerstande gegen die Primogenitur-Erbfolge in Anspach und Baireuth und gegen den Eintausch der Lausitz beharre; und zuletzt riet er, dem Herzog von Mecklenburg ein kleines Reichslehen mit 5—6000 Thaler Einkommen zu überweisen und auf die böhmische Oberhoheit über sächsische Gebietsteile zu verzichten. Diese Forderungen zeichnete Friedrich auf und gab sie Thugut, der sie nach Wien bringen sollte, zusammen mit einem eigenhändigen Brief an Maria Theresia und einem Schreiben an Galizin. Auf den ausdrücklichen Wunsch der Kaiserin-Königin wurde die größte Geheimhaltung beobachtet. [57])

Der König war zwar nicht überzeugt, daß die neuen Vorschläge mehr als der Ausdruck der persönlichen Stimmung Maria Theresias seien, aber er durfte sie nicht sofort abweisen, wenn er nicht dem Gegner die Möglichkeit geben wollte, seine Friedfertigkeit zu verdächtigen. Sollte sich

---

[57]) Vergl. Adolf Beer, Die Sendung Thuguts und der Friede zu Teschen. Histor. Zeitschrift XXXVIII. 1877. — Die Correspondenz Friedrichs mit Maria Theresia und Galizin ist gedruckt in den Oeuvres de Fréd. le Gr., vol. VI. — Der König an Finckenstein und Hertzberg, an Finckenstein. Lager vor Jaromirs, 17. Juli. R. XI. Bayern 27.

aber herausstellen, daß man ihn nur hinziehen wolle, so war er zum erneuten Abbruch der Verhandlungen entschlossen.

Den Empfang der preußischen Vorschläge zeigte Maria Theresia sogleich dem König an. Friedrich sah hierin einen neuen Beweis ihrer Friedensliebe, aber er erfuhr auch, daß die Entscheidung in der Hand Josefs liege, an den die Kaiserin seine Forderungen gesandt hatte. Er versprach in seiner Antwort, den Entschluß des Wiener Hofes abzuwarten, bevor er zu ernsteren Unternehmungen schreite.

Inzwischen waren (24. Juli) die preußischen Minister in Franckenstein angelangt, wo ihnen ein königlicher Befehl ihren Aufenthalt anwies. Sie sandten am 25. den Entwurf einer Vollmacht zu Verhandlungen mit dem Vertreter der Kaiserin-Königin ins Lager und fragten an, ob sie nicht an den fremden Höfen, deren Argwohn durch ihre plötzliche Abreise von Berlin wachgerufen sei, Mitteilung von den jüngsten Vorgängen machen sollten. Ihre Hoffnung auf ein günstiges Ergebnis war, wie sie dem König nicht verhehlten, gering; auch Friedrich begann bereits die Gefälligkeit des russischen Botschafters in Wien zu verwünschen, die allein die Sendung Thuguts ermöglicht hatte. Die österreichischen Vorschläge sahen sie als gleichbedeutend an mit denen, die Cobenzl zuletzt gemacht hatte; denn wenn man dem Wiener Hof gestatte, mit Karl Theodor über Tauschpläne zu verhandeln, so werde er gewiß von diesem schwachen Fürsten, dem das Fortkommen seiner unehelichen Kinder höher stehe als das Wohl seines Hauses, Alles erhalten, was er begehre. Nicht ohne Absicht, so führten sie in dem Bericht vom 27. Juli aus, als dessen Verfasser man an dem scharfen Ton Hertzberg erkennt, bleibe in dem Vorschlage unbestimmt, ob das Einkommen des an Oesterreich fallenden Landes eine Million Gulden oder Thaler betragen solle, auch sei es ein sehr verfängliches Verfahren, den Wert eines Gebietes nur nach seinen Erträgnissen zu bemessen. Ueberdies werde die Entschädigung Sachsens zweifelhaft, wenn man sie einer zukünftigen Vereinbarung zwischen den beiden Kurfürsten überlasse. Da die Antwort der Kaiserin-Königin wieder eine langwierige Verhandlung in Aussicht stelle, wenn es nicht bald gelinge, den Wiener Hof zur Annahme einer festen Grundlage zu bringen, legten sie einen neuen Plan zur Verständigung vor. Danach soll Oesterreich an Stelle der im Entwurf vom 20. Mai gegen Aequivalente angebotenen zwei Bezirke Straubing und Burghausen nur den letzteren erhalten, aber ohne Gewährung eines Aequivalents; die Grenze desselben könne im Laufe der Unterhandlungen vorgeschoben werden, doch nur so, daß die Salzwerke von Reichenhall bei Bayern verbleiben. Dafür hat Oesterreich zu Gunsten Kursachsens eine Million Thaler zu zahlen und auf die böhmischen Lehen

zu verzichten; der Kaiser überträgt die erledigten Reichslehen an den Kurfürsten von der Pfalz, später an den Herzog von Zweibrücken. Die mangelhaft begründeten Ansprüche der Herzoge von Mecklenburg können vielleicht durch die Verleihung des privilegium de non appellando befriedigt werden, wodurch auch Brandenburg einen Vorteil erlangt, wenn einmal die brandenburgisch-mecklenburgische Erbverbrüderung in Kraft tritt. Da Sachsen augenblicklich seine Einwilligung zum Tausch der Lausitz gegen die fränkischen Markgrafschaften verweigert, muß sich der König wenigstens für die Zukunft der Zustimmung Oesterreichs versichern und sich versprechen lassen, daß die böhmische Krone alsdann ihrer Oberlehnshoheit und ihrem Rückkaufsrecht entsagen wird. — Absichtlich behielt Hertzberg diesen Verzicht der Zukunft vor, denn es war klar, daß Sachsen die Lausitz niemals herausgeben würde, wenn es dieselbe zu vollem Eigentum besaß; die Unsicherheit des jetzigen Besitzes war ein Hauptargument, mit dem der Minister die Sachsen dem Tausch geneigt machen wollte. [58])

Friedrich war mit den vorgetragenen Gedanken einverstanden und sandte das Project mit einem eigenhändigen Schreiben unter der Adresse Galizins an Maria Theresia. Gespannt erwartete er, welchen Eindruck es machen werde, aber er zweifelte, daß die Kaiserin genug Einfluß habe, um ihren Sohn zum Eingehen auf ihre versöhnlichen Absichten zu bestimmen. Für den Fall, daß Thuguts Sendung erfolgreich sei, hatte er den Ministern bereits Weisung zugehen lassen. Zur Sicherheit für die Zukunft sollten zwei Hauptpunkte nicht aus dem Auge gelassen werden: die Garantie Rußlands und Frankreichs für den Friedensvertrag und die Umwandlung der Kreisassoziation in ein förmliches Bündnis mit der Verpflichtung aller Theilnehmer, jedem verfassungswidrigen Schritte des Kaisers entgegen zu treten. [59])

Nicht nur aus militärischen Gründen wünschte Friedrich eine Verständigung. Die Unthätigkeit der Reichsfürsten, die geringe Hoffnung auf Rußlands Truppenhülfe und die Schwäche des französischen Ministeriums, das durch den Tod des hochbetagten Maurepas jeden Augenblick seines letzten Haltes beraubt werden konnte, waren die wichtigsten politischen Gründe für die friedliche Stimmung. [60])

---

[58]) Finckenstein und Hertzberg an den König. Franckenstein, 27. Juli. R. 96. 291. C. — Die preußischen Vorschläge, gedruckt in den Oeuvres de Fréd. le Gr. VI. 203.

[59]) Friedrich an Finckenstein. Lager vor Jaromirs, 27. Juli; an Finckenstein und Hertzberg 28. Juli. R. XI. Bayern 27.

[60]) Friedrich an Finckenstein und Hertzberg. Lager vor Jaromirs, 3. August. R. XI. Bayern 27.

Von Reichenbach, wohin sie sich wegen der Unsicherheit der Franckensteiner Gegend begeben hatten, sandten die Minister am 8. August einen Bericht an den König, in dem sie ihrer geringen Hoffnung auf Frieden Ausdruck gaben. Nur die Erfolge der preußischen Heere, das Vordringen des Prinzen Heinrich würden den Wiener Hof zur Vernunft bringen, der immer noch glaube, den größten Teil von Bayern als Beute davon tragen zu können. Noch rascher würde dies Ziel erreicht, wenn sich die Nachrichten aus Petersburg bewahrheiteten. Solms hatte nämlich grade gemeldet, daß Kaiserin Katharina, beeinflußt durch einen Brief des Prinzen Heinrich, aktiv auf Preußens Seite treten wolle. In diesem Falle war allerdings vorauszusehen, daß die Königin von Frankreich ihre Bemühungen verdoppeln werde, um bei ihrem Gemahl die Unterstützung Oesterreichs auf Grund des Versailler Vertrags durchzusetzen — eine Warnung für König Friedrich, mit seinen Allianzplänen im Reiche vorsichtig zu sein und jeden Anstoß zu vermeiden. Grade jetzt aber kam die Nachricht von diesem Entschluß dem König sehr ungelegen, er sah Unannehmlichkeiten und Mißverständnisse voraus, wenn Thugut mit annehmbaren Bedingungen zurückkehrte, und glaubte eine Beleidigung der verbündeten Monarchin nur dadurch umgehen zu können, daß er die Entscheidung über die Annehmbarkeit der österreichischen Vorschläge der russischen Regierung überließ.[61])

Die Minister hatten gleich bei Beginn der neuen Verhandlung die Mitteilung an Rußland befürwortet, denn sie zweifelten, ob der Wiener Hof selbst die von der Kaiserin-Königin gewünschte Geheimhaltung bewahren werde, doch war ihnen damals die Erlaubnis nicht ertheilt worden. Jetzt beantragten sie nochmals, Rußland von Allem, was seit Thuguts erstem Auftreten geschehen sei, in Kenntnis zu setzen, damit die Kaiserin nicht durch einseitige Darstellungen des österreichischen Gesandten Kaunitz oder durch die Kunde von neuen, ohne ihre Befragung angeknüpften Verhandlungen schwankend gemacht und so die einzige Aussicht Preußens auf glückliche Beendigung des Krieges hinfällig werde.[62])

Am 10. August traf Thugut im Lager wieder ein; er brachte einen Brief Maria Theresias und den neuen Vorschlag seines Hofes. Die Kaiserin-Königin erbot sich, Alles, was ihre Truppen in Bayern besetzt hätten, herauszugeben und den Kurfürsten von der Pfalz von den Verpflichtungen, die ihm der Januarvertrag auferlege, befreien zu wollen,

[61]) Finckenstein und Hertzberg an den König. Reichenbach, 8. August. R. 96. 201 C. — Der König an Finckenstein und Hertzberg. Lager vor Jaromirs, 8. August. R. XI. Bayern 27.

[62]) Finckenstein an Hertzberg. R. XI. Bayern 27; Finckenstein und Hertzberg an den König. Reichenbach, 9. August. R. 96. 201. C.

wenn König Friedrich für sich und seine Nachfolger das bindende Versprechen gebe, die Markgrafschaften Anspach und Baireuth solange nicht mit der Primogenitur zu vereinigen, als jüngere Prinzen des Hauses vorhanden seien. Einen Ausweg aber hielt sich der Wiener Hof offen, indem er hinzufügte: „wenn durch dies Abkommen die bayrische Erbfolge wieder auf ihren ursprünglichen Stand zurückgeführt ist, kann die Erörterung und Entscheidung über die Ansprüche der beteiligten Parteien auf dem gewöhnlichen Rechtswege erfolgen, wie ihn die Gesetze und die Reichsverfassung vorschreiben."

Der Plan war klug ersonnen, denn wenn ihn Preußen zurückwies, wurde klar, daß es allein seinen eigenen Vorteil im Auge habe, während die Kaiserin-Königin uneigennützig auf jede Erwerbung verzichtete. Der Wiener Hof erreichte seinen Zweck: nicht nur Frankreich, sondern auch viele Reichsstände äußerten ihr Bedauern, daß Preußen so günstige Bedingungen abgelehnt habe.

Denn Friedrich erklärte dem österreichischen Unterhändler sofort, daß mit diesem Vorschlag keine Versöhnung zu erzielen sei, und als Thugut neue Propositionen in Aussicht stellte, wies er ihn an seine Minister. In der That legte jener am folgenden Tage einen neuen Plan vor. Friedrich forderte ihn abermals auf, mit den Cabinetsministern in Verhandlung zu treten, doch sagte er im Voraus, er werde erst dann die Präliminarien unterzeichnen, wenn die sächsische Entschädigung festgestellt sei und die Höfe von Petersburg und Dresden ihre Zustimmung gegeben hätten. Jetzt befahl er auch, in Petersburg, Versailles und an den andern Höfen Mitteilung von Thuguts Sendung zu machen, denn er glaubte nicht, daß der Kaiser und Kaunitz es zu einer Verständigung kommen lassen würden; er setzte wieder seine ganze Hoffnung auf Rußland.

In Braunau, wohin sich Finckenstein und Hertzberg auf des Königs Befehl begeben hatten, um dem Hauptquartier näher zu sein, fand am 13. August eine Zusammenkunft mit Thugut statt. Der österreichische Unterhändler legte zunächst den ersten Plan vor, fügte aber gleich hinzu, daß ihn der König bereits abgelehnt habe, und überreichte dann seine neuen Vorschläge. Die Kaiserin-Königin beanspruchte darin für sich ein jährliches Einkommen von einer Million Gulden, das ihr aus dem auf einer Karte aufgezeichneten Teil von Bayern zufließen sollte. Die westliche Grenze dieses Gebiets wurde gebildet durch eine Linie, die von Kufstein den Inn entlang bis Wasserburg und von da nord- bezw. nordostwärts über Perbing, Donaustauf, Neuburg und Retz bis Waldmünchen lief. Der Ertrag sollte abgeschätzt werden auf Grund der Finanzrechnungen, die sich in München befanden, und zwar durch eine Commission,

in die der Wiener Hof, der Kurfürst von der Pfalz und der Herzog von Zweibrücken je einen Vertreter entsendeten. Stellte sich das Erträgnis höher als 1 Million Gulden, so erhielt der Kurfürst von der Pfalz für den Ueberschuß andere Gebiete von gleichem Werte als Ersatz. Hierzu sollten in erster Linie Oesterreichs Besitzungen in Schwaben verwendet werden, in zweiter Linie die Niederlande. Die Kaiserin verpflichtete sich die Primogenitur-Nachfolge in Anspach-Baireuth anzuerkennen und auch in Bezug auf den zukünftigen Austausch der Markgrafschaften gegen die Lausitz die Forderungen des Königs zu erfüllen. Zur Erleichterung der Verhandlung über den Ersatz für Sachsens Allodialerbrecht wollte sie auf ihre böhmischen Lehensrechte in Sachsen und der Lausitz verzichten und zu Gunsten Mecklenburgs die Verleihung eines kleinen Lehens bei dem Kaiser befürworten.[63])

Die Minister waren offenbar enttäuscht über diese Vorschläge, die der augenblicklichen Lage so wenig entsprachen; sie erklärten Thugut, daß der König solche Forderungen nicht annehmen könne, ohne sein Ansehen zu schädigen, und fragten wiederholt, doch erfolglos, ob er nicht annehmbarere Bedingungen zu stellen habe. Sie rieten daher dem König, die Unterhandlungen abzubrechen und dem Unterhändler in einer kurzen Note die Mangelhaftigkeit seiner Propositionen auseinander zu setzen.

Aus den Akten des Geheimen Staatsarchivs geht nicht hervor, wer bei diesen Besprechungen auf preußischer Seite den Ton angab. Aus früheren Beispielen zu schließen, führte Hertzberg das Wort, wofür auch der Umstand spricht, daß er die ablehnende Antwort verfaßt hat, und die Angaben Beers aus Thuguts Berichten bestätigen, daß Hertzberg sich sehr feindselig gezeigt habe, „während Finckenstein die Hitze seines Collegen zu mäßigen suchte.“ Auch Thuguts vergeblicher Versuch, Hertzberg in einer Unterredung unter vier Augen umzustimmen, ist vielleicht ein Zeugnis, daß dessen Einfluß maßgebend war.[64])

Der König antwortete, er habe das negative Ergebnis vorausgesehen, nur die Höflichkeit gegen die Kaiserin-Königin und politische Klugheit hätten es nicht ratsam erscheinen lassen, die Vorschläge kurzer Hand abzuweisen. Er billigte den Rat, die Verhandlungen abzubrechen und den fremden Höfen Kenntnis von dem letzten Angebot sowie von den Gründen der Ablehnung zu geben. Am 15. überreichten die Minister dem Freiherrn von Thugut die Antwort auf seine Vorschläge, und zwar sowohl

[63]) Propositions de Sa Majesté l’Impératrice-Reine. Gedruckt in Hertzbergs Recueil II. 191.

[64]) Adolf Beer a. a. O. S. 418.

auf die ersteren der Kaiserin, als auf die letzteren, die angeblich von ihm selbst ausgegangen waren; von Hertzberg verfaßt, zeigte sie mit den schon mehrfach angeführten Gründen die Unmöglichkeit, daß Preußen seine Rechte auf Anspach und Baireuth aufgebe und in eine so eingreifende Zerteilung Bayerns willige.[65])

Vergebens beteuerte Thugut in einer Note an die Minister, daß der Hauptzweck seiner Herrin bei den letzten Anerbietungen nicht Vergrößerung ihres Gebietes, sondern Erlangung einer besseren Verbindung zwischen ihren Staaten gewesen sei; umsonst schlug er eine neue Grenzlinie vor und erklärte sich bereit, nach Wien zu schreiben wegen der Abschätzung der Einkünfte — eine zweite Note machte der Unterhandlung ein Ende. In dieser erkannten die Minister zwar an, daß das jetzt geforderte Stück kleiner sei als das früher verlangte, aber sie fanden es noch immer zu groß. Das vorgeschlagene System der Abschätzung des Landeseinkommens gebe Oesterreich Mittel zu einer bedeutenden Schädigung Bayerns, da diese schlecht verwalteten Länder bis jetzt ein geringes Erträgnis geliefert hätten, das sich aber bei besserer Verwaltung außerordentlich steigern werde, so daß nach dem jetzigen Stand ein Vergleich mit einem Lande, dessen Steuerkraft bereits aufs höchste angespannt ist, unzulässig sei. Sie verwahrten sich dagegen, daß der Berliner Hof jemals die angeblichen Rechte Oesterreichs auf Bayern anerkannt habe; wenn trotzdem der König dem Wiener Hofe einen Teil von Bayern überlassen wolle, so sei die selbstverständliche Bedingung, daß er zu allen Tauschverhandlungen, besonders aber zur endgültigen Regelung der bayrischen Erbschaft zugezogen werde. Es seien also dieselben Hindernisse wie bisher, die sich dem Uebereinkommen entgegenstellten; man ziehe es daher vor, eine Sinnesänderung des Wiener Hofes abzuwarten.

Nachdem Finckenstein und Hertzberg noch an demselben Tage über diese Vorgänge Bericht erstattet hatten, reisten sie am 16. August über Reichenbach nach Berlin ab; Thugut, der noch vergeblich um die Erlaubnis, sich vom König im Lager verabschieden zu dürfen, gebeten hatte, trat über Neiße den Rückweg nach Wien an. Von Neustadt drückte er in einem Schreiben an Friedrich sein Bedauern über das Mißlingen der Verhandlung aus.

Die Minister konnten nun in Berlin die unterbrochene Thätigkeit wieder aufnehmen und weiter arbeiten an dem Plan, die Reichsfürsten zu gemeinsamem Vorgehen mit Preußen gegen den österreichischen Despotismus

---

[65]) Die Correspondenz der Minister mit Thugut ist gedruckt im Recueil II, 193 ff.

zu veranlassen; es galt auch, den ungünstigen Auslegungen entgegen zu treten, welche die Weigerung, auf die Nachfolge in Anspach-Baireuth zu verzichten, selbst bei den wohlgesinnten Ständen erfuhr. Die bevorstehende Teilnahme der Russen an der diplomatischen und militärischen Campagne bewirkte lebhaften Verkehr mit Solms und den maßgebenden Persönlichkeiten am russischen Hofe; die am 28. August übergebene Vorstellung Frankreichs, daß Preußen die Mäßigung des Gegners benutzen und dessen Friedensvorschläge annehmen solle, lenkte die Aufmerksamkeit wieder nach einer anderen Richtung. Der König begnügte sich meist, die leitenden Gedanken anzugeben, und überließ die Ausführung den Cabinetsministern. Ihn selbst beschäftigte die Kriegführung fast vollständig, obwohl er kaum einen Fußbreit Boden gewann. Sein Vorhaben, den Feind an einer schwachen Stelle anzugreifen, kam nicht zur Ausführung, da der Transport der Geschütze zuviel Zeit in Anspruch nahm, die die Oesterreicher benützten, um sich stark zu verschanzen. Da ein Vorrücken ausgeschlossen schien, mußte der Gegner durch andre Mittel zum Weichen gebracht werden; der König glaubte dies zu erreichen, indem er das Land im weiten Umkreis durch Fouragirungen von allen Nahrungsmitteln entblößte, so daß nach seiner Meinung nicht einmal eine schwache feindliche Abteilung sich an der Grenze würde behaupten können; ebenso sollte Prinz Heinrich es in Sachsen und der Lausitz machen. Auf diese Weise hoffte der König, dem Kaiser in kurzer Zeit das Kriegführen verleidet zu haben. Von dem längst geplanten Vorstoß gegen Mähren versprach er sich nur dann Erfolg, wenn das russische Hülfscorps in Aktion trat. [66])

Diese Art des Vorgehens war nicht geeignet, Begeisterung für die Sache des Königs zu wecken und die Reichsstände zu thatkräftiger Mithülfe zu veranlassen. Friedrich selbst hatte wiederholt lange vor Ausbruch des Krieges geäußert, daß ein bedeutender Erfolg seiner Heere bei den Reichsfürsten den Ausschlag zu seinen Gunsten geben müsse, — und nun begnügte er sich mit einer thatenlosen Defensive, während sein Bruder sogar erklärte, er müsse aus Mangel an Lebensmitteln Böhmen räumen.

In dieser kritischen Zeit erhob Hertzberg warnend seine Stimme. Er sah voraus, daß nach Prinz Heinrichs Rückzug auch des Königs Armee nicht mehr lange in Feindesland bleiben werde; dann aber war der ganze Feldzug verfehlt und selbst die russische Hülfe konnte daran wenig ändern. Er stellte dem König vor, daß ein Heer von 80,000 Mann sich ebenso gut in Böhmen wie in Sachsen werde behaupten können, zumal da es den Elblauf bis Leitmeritz beherrsche, auf dem man im

---

[66]) Friedrich an Finckenstein. Lauterwasser, 30. August. R. XI. Bayern 27.

Notfalle die Lebensmittel aus Sachsen herbeischaffen könne; dieser Ansicht seien wohl auch alle tüchtigen Generale. Die scheinbare Energielosigkeit der Kriegführung schrieb er dem Mangel zuverlässiger Nachrichten aus dem feindlichen Lager zu und bat den König, er möge sich, wie früher, die Berichte Alvenslebens aus Dresden kommen lassen, aus denen hervorgehe, daß die ganze österreichische Streitmacht in Böhmen und Mähren nur 138,600 Mann, die Armee Laudons für sich 56,000 Mann zähle und daß in Prag, dessen Artillerie bereits weggeschafft sei, im August nur 1000 Mann Besatzung gelegen hätten. Es sei ein großer Fehler gewesen, daß man eine so günstige Gelegenheit vorübergehen ließ, entweder mit Bayern in Verbindung zu treten oder durch Bedrohung Prags den Kaiser zum Verlassen seiner unangreifbaren Stellung zu nötigen. Wenn der König sich in Böhmen nicht behaupte, werde er die Fürsten des Reichs niemals in Bewegung bringen. Für den Fall, daß die Russen in Galizien einrückten, empfahl Hertzberg, einen gewandten General zu ihnen stoßen zu lassen, damit die Eroberung des Landes im Namen des Königs geschehe, denn mit diesem Gebiet sollte von Polen die Abtretung Danzigs und des Obrabezirks erkauft werden. Es ist dies derselbe Gedanke, den der Minister in anderem Zusammenhang schon am 4. Januar ausgesprochen hatte. Er riet auch, durch Uebernahme der Garantie für die von Sachsen geplante Anleihe sich die Hülfe dieses Staates für die Zukunft zu sichern und die sächsischen Klagen über die Lieferungen zum Schweigen zu bringen.[67])

Friedrich wies diesen Eingriff in seine Rechte als oberster Feldherr bestimmt zurück, indem er antwortete, er billige zwar die Beweggründe zu dem Schritt des Ministers, es wäre ihm aber lieb, wenn er sich in Zukunft auf die politischen Angelegenheiten beschränken und ihm die Sorge für die Kriegführung überlassen wolle, ohne sich einzumischen. Denn am Ende werde doch Alles besser gehen, als es jetzt den Anschein habe. Am Schlusse fügte er eigenhändig hinzu: „— was den Krieg betrifft, so fragt man danach einen tüchtigen General, davon versteht Ihr und Euresgleichen nichts und seid vollkommene Ignoranten; daher kommt es auch, daß alle Feldzüge, die von Ministern erdacht sind, ebenso ausfallen, wie die der Engländer in Amerika. Merkt Euch das!“[68])

Es ist schon gesagt worden, wie bedeutsam es für die Darstellung der Persönlichkeit Hertzbergs sein würde, wenn seine umfang-

---

[67]) Hertzberg an den König. Berlin, 4. September. R. 96. 201 C. Siehe Beilage No. 17.

[68]) Der König an Hertzberg. Lauterwasser, 7. September. R. 92. Hertzberg 51.

reiche Correspondenz, die er mit Fürsten und Privatpersonen, mit Ministern und Gelehrten führte, gesammelt vorläge. Die Akten der staatlichen Archive können nur ein lückenhaftes Bild seiner Thätigkeit geben, solange er nicht an erster Stelle verantwortlich an die Ausführung seiner weitaussehenden Pläne herantreten konnte. Graf Finckenstein besaß das Vertrauen seines Herrn; allem Pläneschmieden abhold, hatte er es verstanden, im Laufe der Zeit seine Stellung zu befestigen, ohne doch in ein vertrauteres Verhältnis zu Friedrich zu treten. Er hielt sich stets in achtungsvoller Entfernung und führte die ihm erteilten Befehle pünktlich, gut und mit Verständnis aus; mehr verlangte der König nicht von seinen Ministern und da Hertzberg mit seinem lebhaften Geist, seiner regen Phantasie immer neue Gedanken aufbrachte, konnte ihn Friedrich nicht leiden. So spielte Hertzberg meist eine untergeordnete Rolle; aber seine Pläne verschloß er darum nicht in sich, sondern teilte sie seinen Freunden und Bekannten mit. Es scheint fast, als ob die Deutschen draußen im Reich eine bessere Meinung von der Bedeutung dieses Ministers gehabt hätten, als seine engeren Landsleute. Zu Hause galt er als der, welcher durch seine Vorstellungen den König zum Kriege getrieben habe; dort sah man in ihm den eifrigen Vertreter der Unteilbarkeit Bayerns, den Verfechter der Rechte und Freiheiten der Reichsstände gegen Oesterreichs Vorherrschaft; die Meisten erblickten in ihm den Leiter der preußischen Politik in diesen schwierigen Umständen. In den Berichten des Departements oder an die Minister, in den Cabinetsordres des Königs läßt sich darüber nichts finden; einige mir vorliegende Privatschreiben von und an Hertzberg legen hierfür Zeugnis ab, freilich zu unvollständig, als daß man sich daraus ein Urteil bilden könnte. So richtete der greise, im Reiche hochangesehene Graf von Wied an Hertzberg ein Schreiben, worin er ihn beschwor, das Feuer zu löschen, das zwei erlauchte Fürstenhäuser zu verzehren und ganz Europa zu ergreifen drohe. Niemals werde Oesterreich auf Bayern verzichten oder in eine Schwächung Böhmens willigen, deshalb möge Preußen zum Ausgleich Danzig und Thorn mit österreichischer Hülfe erwerben. — Dieser Vorschlag des alten Diplomaten ist ein Beweis, daß Hertzbergs Plan, Preußen mit polnischen Gebietsteilen zu entschädigen, nicht allzu fern lag. [69])

Am Schlusse seines Berichts vom 4. September hatte Hertzberg gesagt, er wolle in Zukunft schweigen, wenn sein Eifer für das Wohl des Staates keine Billigung finde; und er schwieg, denn für längere Zeit scheint dies sein letzter Bericht an den König gewesen zu sein.

---

[69]) Der Graf von Wied an Hertzberg. Neuwied, 10. September. R. XI. Bayern 28. Siehe Beilage No. 18.

Wie die militärische, so gestaltete sich auch die politische Lage Anfang September, trotzdem Rußlands Eingreifen in Aussicht stand, nicht günstiger. Es war kaum zu hoffen, daß die russische Truppenhülfe noch für diesen Feldzug in Betracht komme, denn die Jahreszeit war vorgerückt und die fast sprichwörtliche Langsamkeit herrschte nicht nur in der russischen Politik, sondern auch im Heerwesen. Der König wünschte deshalb, daß der Hof von St. Petersburg wenigstens bald mit einer energischen Erklärung zu Gunsten Preußens hervortrete; er versprach sich hiervon eine bedeutende Wirkung in Wien und erwartete, daß Frankreich und Rußland gemeinsam die Vermittlung übernehmen würden, sobald der Winter den Operationen ein Ende mache. Vorübergehend gestaltete sich die Aussicht auf ein früheres Eintreffen des russischen Hülfscorps wieder günstiger, Potemkin versicherte, die dazu bestimmten Truppen seien marschfertig. Auch schien Katharina von dem Verlangen, daß die deutschen Fürsten ihre Hülfe nachsuchten, abzustehen und sich mit den Requisitionen Kursachsens, Zweibrückens und Mecklenburgs zu begnügen, die im zweiten Drittel des September nach Petersburg abgingen. Auch Friedrich suchte jetzt in aller Form durch Requisitionsschreiben die Unterstützung der Kaiserin nach; doch bald darauf nahm er wieder jede Gelegenheit wahr, die russische Trägheit zu schelten.

Die von Finckenstein und Hertzberg im Laufe des September gemeinsam erstatteten Berichte beziehen sich auf die gehässigen Ausstreuungen des Staatskanzlers über die Ablehnung der letzten Anerbietungen Thuguts und auf die in den Zeitungen verbreitete Behauptung, daß Preußen überhaupt kein Recht auf Anspach und Baireuth habe. Zur Zurückweisung dieser Entstellungen des Sachverhalts, die in der am Reichstag übergebenen österreichischen Gegenschrift gegen das preußische Manifest vom 3. Juli zusammengefaßt waren, empfahlen die Minister die Veröffentlichung der Verhandlungen in Braunau; die Behauptung in Betreff der fränkischen Markgrafschaften wollten sie gesondert vorläufig mit einem aus Anspach ihnen zugesandten Memoire und später in einer preußischen ausführlicheren Denkschrift widerlegen. Friedrich stellte, durch militärische Dinge in Anspruch genommen, die Abfassung und Veröffentlichung von Staatsschriften durch Weisung vom 29. September ganz seinen Cabinetsministern anheim; er hat sich auch in der Folgezeit wenig um den Federkrieg auf der Reichsversammlung gekümmert.

Anfang October scheint der König zu dem Entschluß gekommen zu sein, den Krieg auf die eine oder die andere Art bald zu beendigen, denn er erkannte, daß jeder Verzug den Oesterreichern Gelegenheit gebe, ihre Stellung zu verstärken; die Berechnung, daß der Gegner aus Nahrungs-

mangel zum Rückzug gezwungen sein werde, erwies sich als nicht zutreffend. Wiederholt schrieb er damals an Finckenstein, er werde Frankreichs Vermittlung anrufen, wenn die russische Erklärung schwächlich sei. Die Nachrichten über den Ton der Declaration an den Wiener Hof widersprachen sich; Solms meldete, sie werde Oesterreich mit Krieg drohen, doch war man überzeugt, daß der Kaiser vor Drohungen nicht zurückweichen werde, wenn nicht gleichzeitig Maßregeln zu deren Verwirklichung getroffen wurden. Jedenfalls aber kam es während des Winters zu Verhandlungen und deshalb erhielten die Cabinetsminister am 8. October Weisung, sich zur Reise nach Breslau vorzubereiten. Auf die französische Vermittlung glaubte Friedrich rechnen zu können, denn der Versailler Hof richtete wiederholt eindringliche Vorstellungen an den Staatskanzler, die auf die Dauer nicht wirkungslos bleiben konnten, während der österreichische Botschafter in Paris Graf Mercy vergeblich seine Klagen über die feindselige Haltung der Vertreter Frankreichs im Reich vortrug und auch der Einfluß der in gesegneten Umständen befindlichen Königin die Abneigung Ludwigs XVI. gegen Josef nicht zu überwinden vermochte. Als nun am 20. October die Erklärung Rußlands endlich erfolgte, war Niemand mit ihr zufrieden; Friedrich fand sie zu wenig energisch und sah voraus, daß im nächsten Frühjahr doch die Waffen entscheiden müßten; in Wien war man bestürzt, denn bei der bisherigen Haltung Galizins hatte ein solcher Schritt als ausgeschlossen gegolten, doch faßte Kaunitz rasch wieder Mut und hoffte mit Hülfe Potemkins die von Panin geförderte Unterstützung Preußens hintertreiben zu können; in Versailles zeigte man sich verstimmt, da man ein Zusammengehen Rußlands mit England befürchtete, und die Gefahr wuchs, daß die Königin, diese Mißstimmung und ihren eigenen Zustand benützend, die Politik in andre Bahnen leiten werde. Am ersten fand sich Friedrich in die neue Lage und er richtete sein Bestreben darauf, die russische Truppenhülfe so wirksam und so wenig kostspielig als möglich zu gestalten. Die Kaiserin Katharina verlangte, daß er in Polen Magazine errichte, — da hätte er für die 15,000 Mann Hülfstruppen jährlich 6 Millionen Thaler ausgeben müssen; er wollte daher, da ihm als der kriegführenden Macht auch das von den Bundesgenossen eroberte Gebiet gehörte, den Russen die Einkünfte von Galizien und Ludomirien überlassen, wenn er sich dadurch von allen weiteren Verpflichtungen loskaufen konnte. Den Franzosen ließ er erklären, daß weder er selbst noch Rußland mit England etwas zu thun hätte, — hatte doch Katharina vor kurzer Zeit die englische Werbung um ein Bündnis zurückgewiesen; bei der russischen Declaration handele es sich nur um Reichsangelegenheiten, um die Frage, ob man den Despotismus des kaiserlichen Hofes länger

dulden wolle oder nicht. Als das beste Mittel zur Beruhigung Frankreichs und zur Erhaltung der guten Stimmung Rußlands empfahl er seinen Ministern die Anfertigung eines Pacificationsentwurfs, der mit ausführlichen Erläuterungen beiden Mächten vorgelegt werden sollte; am 31. October wies er sie an, nach Breslau zu kommen. Das Verhalten der österreichischen Truppen erweckte zwar den Anschein, als sei der Kaiser entschlossen, den Krieg fortzuführen und seinen Einsatz zu retten, aber die Vermittlung Frankreichs und Rußlands machte die Anwesenheit der Minister in der Nähe des Hauptquartiers erforderlich.

Am 1. November teilte der französische Gesandte in Berlin, Marquis de Pons, dem Grafen Finckenstein mit, daß die Kaiserin-Königin sich zur Annahme einer russisch-französischen Vermittlung bereit erklärt habe. Der Courier sei mit dieser Meldung sofort nach Petersburg gereist, um das russische Ministerium zu veranlassen, dem Gesandten in Wien Weisungen zum Zusammengehen mit dem französischen Botschafter Baron Breteuil zu geben. Auf die Kunde hiervon ordnete Friedrich die sofortige Abfassung eines Mémoire raisonné an, damit nicht Fürst Galizin, dessen Oesterreich-freundliche Gesinnung bekannt war, die Verhandlungen in die Hand bekomme. Die Minister beeilten sich nicht, der Berufung nach Breslau Folge zu leisten: Hertzberg wollte noch eine Schrift fertig stellen, in der er durch Veröffentlichung des Briefes, den der Kurfürst von der Pfalz an den Herzog von Zweibrücken geschrieben hatte, nachwies, daß der Vertrag vom 3. Januar von Kurpfalz nur unter dem Eindruck österreichischer Drohungen ratifizirt worden sei; Finckenstein aber war mit der gleichzeitigen Vermittlung der beiden Mächte nicht einverstanden, er fürchtete, daß Frankreich den Friedensplan, den der König vorlegen wollte, zu Preußens Nachteil mißbrauchen werde, und wünschte daher Verständigung mit Rußland, bevor man den Plan in Versailles mitteile. Der König konnte diese Befürchtung zwar nicht widerlegen, aber er wies zu Gunsten der gemeinsamen Mediation auf die Unfähigkeit Panins zu Verhandlungen hin; doch ließ er Rußland in sofern einen gewissen Vorrang, als er dem Versailler Hofe gegenüber mit seinen Eröffnungen vorsichtiger und zurückhaltender war. Am 11. November kamen die Minister in Breslau an und hatten noch an demselben Abend eine Unterredung mit Friedrich; sie erhielten nun von Neuem den Befehl zur Anfertigung der „gegründeten Denkschrift“. Finckenstein skizzirte den Inhalt derselben etwa folgendermaßen: Zuerst werden die Gründe aufzuführen sein, welche die Erfolglosigkeit der bisherigen Verhandlungen verursachten, um so den Weg für die bevorstehende Negotiation zu weisen. Vielleicht könnte auch die Ungerechtigkeit des Wiener Hofes von Neuem vorgeführt

werden, welcher die Erwerbung Bayerns auf gleiche Stufe stellt mit dem Anfall von Anspach und Baireuth, dessen Verhinderung überdies den Sätzen der kaiserlichen Wahlkapitulation widerspräche. Die Mitteilung des Planes soll dann als ein Beweis der Freundschaft des Königs für die Kaiserin bezeichnet und die russische Regierung ersucht werden, von demselben Gebrauch zu machen. Der Inhalt des Planes selbst ist folgender: Die Kaiserin-Königin erhält ein Gebiet von Bayern, das keine beträchtliche Zerreißung des Herzogtums verursacht und die Reichenhaller Salzwerke im Besitz des pfälzischen Hauses läßt, gegen die Verpflichtung, die im Friedensvertrag genau festzusetzenden Grenzen auch in Zukunft nicht durch einen Tausch zu erweitern, und gegen Aufgabe aller ferneren Ansprüche auf Bayern. Die durch den Wortlaut des Westfälischen Friedens begründeten Ansprüche Kursachsens auf die Allodialerbschaft können von dem schon eines bedeutenden Gebietsteils beraubten Kurfürsten von der Pfalz allein nicht befriedigt werden, sondern der Wiener Hof muß dazu eine Summe Geldes gewähren und der Oberhoheit über die böhmischen Lehen innerhalb Sachsens entsagen. Für sich hat der König von Preußen von Anfang an nichts verlangt, da aber der Wiener Hof Preußens unbestreitbare Rechte auf die fränkischen Markgrafschaften öffentlich angegriffen hat, wird nunmehr deren förmliche Anerkennung gefordert und die Zusicherung, niemals sich der Primogenitur-Erbfolge in Anspach-Baireuth zu widersetzen. Der Herzog von Mecklenburg soll für seine Rechte auf Leuchtenberg entschädigt werden; die vermittelnden Mächte Rußland und Frankreich müssen diesen Frieden garantiren.[70])

Die Skizze Finckensteins wurde die Grundlage der von Hertzberg am 12. November abgefaßten Denkschrift. Scharf und klar bespricht Hertzberg den Gang der Verhandlungen in Wien und Berlin, sowie die Vorschläge Thuguts, er weist, den Inhalt früherer preußischer Schriften wiederholend, die Unmöglichkeit nach, auf derartige Anträge einzugehen, und widmet namentlich dem Anerbieten des Wiener Hofes, auf Bayern zu verzichten, wenn Preußen der Primogenitur-Erbfolge in den Markgrafschaften entsage, eine ausführliche Erörterung. Nachdem er so die Gründe aufgezählt hat, welche den Mißerfolg der bisherigen Unterhandlungen bewirkt hatten, geht er auf die Mittel über, welche eine Verständigung bewirken können. Deren gibt es vier: Erstens der von Oesterreich vorgeschlagene beiderseitige Verzicht — darauf kann sich der König nicht einlassen. Dann eine richterliche Entscheidung, auf die hin der Herzog von Zweibrücken seinen

[70]) Idées sur le plan de pacification que le Roi nous a ordonné de dresser en forme d'un mémoire raisonné. R. XI. Bayern 28.

Widerspruch gegen das Geschehene aufgibt. Aber zu diesem Zwecke müßte das Streitobject, das Herzogtum Bayern, erst dem pfälzischen Hause zurückerstattet werden und eine Einigung zwischen dem Wiener Hof und dem Herzog über einen unparteiischen Richter erfolgen. Diese vorgängige Verständigung ist unwahrscheinlich, die Hinausschiebung der Entscheidung durch Richterspruch nicht zweckmäßig. Drittens könnte der Wiener Hof auf ganz Bayern verzichten, die Frage wegen Anspach-Baireuth aber unerwähnt und der Zukunft vorbehalten bleiben. Diesen Ausweg verbietet der Wunsch des Königs, bei der vorliegenden Gelegenheit alle Anlässe zu künftigen Streitigkeiten zu beseitigen; auch könnte das Schweigen über eine bisher so vielbesprochene Angelegenheit den Schein erwecken, als sei Preußens Recht doch nicht über allen Zweifel erhaben. Es bleibt daher nur die Regelung der gesamten bayrischen Erbfolge durch einen Vertrag mit allen Beteiligten übrig, wobei der Wiener Hof eine Vergrößerung erhalten soll gegen Anerkennung der preußischen Rechte auf die Markgrafschaften. Dieser Vertrag wird folgende Bestimmungen enthalten — hierbei weicht Hertzberg in den wesentlichsten Punkten von den Ideen seines Collegen ab —: Der Wiener Hof verzichtet auf die ganze bayrische Erschaft, auf jeden Tausch und auf alle Ansprüche an dieselbe; der König von Preußen aber wird sich dafür verwenden, daß das pfälzische Haus einige Bezirke der Oberpfalz an der böhmischen Grenze abtritt, die man in der Unterhandlung bestimmen wird. Der Kaiser wird dem pfälzischen Hause — nur von diesem spricht Hertzberg, nicht von der Person des Kurfürsten — die erledigten Reichslehen in Bayern übertragen und so die Mittel bereit stellen zur Entschädigung Sachsens, die aus einer Geldsumme, aus einigen Bezirken der Oberpfalz und aus der Herrschaft Mindelheim bestehen soll; auch hier bleibt die genaue Festsetzung vorbehalten. Die Krone Böhmen verzichtet überdies zu Gunsten Sachsens auf ihre Oberlehnshoheit über sächsische Gebietsteile. Der Wiener Hof erkennt schließlich nicht nur Preußens Nachfolge in Anspach-Baireuth an, sondern verspricht auch, einem zukünftigen Gebietsaustausch nicht hinderlich zu sein.

Mit der Hertzberg'schen Bestimmung des dem Wiener Hofe zufallenden Teiles war Finckenstein nicht einverstanden und er stellte deshalb die in seiner Skizze enthaltene Fassung wieder her, wonach Oesterreichs Anteil bestehen solle in einem Gebiet, „dessen Abtrennung keine allzu beträchtliche Zerreißung der pfälzischen Erbschaft zur Folge hat, und das die Reichenhaller Salzwerke bei Bayern läßt." Im Uebrigen billigte er den Entwurf und sandte ihn mit der genannten Aenderung an den König. Doch Hertzberg beruhigte sich dabei nicht, er verfaßte sofort einen Sonderbericht, indem er als die Folge der Finckenstein'schen Fassung den Verlust des

besten Teils von Niederbayern an den Wiener Hof voraussagte; im Reiche werde es dann heißen, Preußen habe durch dies Zugeständnis die Einwilligung in die Anspach'sche Nachfolge erkauft. Der Nachteil lasse sich vermeiden durch die Wiederherstellung des von ihm angegebenen Textes, der Oesterreich seinen Anteil in der Oberpfalz, wo es wenigstens einen Schein von Ansprüchen besitze, zuweise; damit habe man auch die nötige Rücksicht auf Frankreich als Verbündeten der Kaiserin-Königin genommen. Der Vorschlag Hertzbergs, die Abtretungen an den Wiener Hof in der Oberpfalz stattfinden zu lassen, ging hervor aus dem Bestreben, den Grundsatz der Unteilbarkeit Bayerns aufrecht zu erhalten; und dadurch befand sich der Minister im Einklang mit der Stimmung in Bayern, mit den Forderungen des Herzogs von Zweibrücken und der Herzogin Clemens.

Die Entscheidung des Königs setzte Finckenstein in Verlegenheit. Friedrich befahl nämlich, beide Fassungen nach Petersburg zu schicken; es scheint, daß er sich der entschiedeneren Richtung Hertzbergs zuneigte, denn er brachte auch im Wortlaut der Denkschrift einige Verschärfungen an, gegen seinen gewöhnlichen Grundsatz, in öffentlichen Aktenstücken Zurückhaltung und Höflichkeit zu beobachten. Wahrscheinlich ist das Memoire nach Versailles in der Fassung Finckensteins, nach Petersburg in beiden Fassungen abgegangen. Für den persönlichen Gebrauch der Kaiserin Katharina wurde ein ausführlicher Auszug aus der Denkschrift angefertigt. Mit diesem Schritte hatte Preußen die Vermittlung officiell angenommen; die österreichische Annahme erfolgte durch eine Note vom 25. November, zwei Tage nach Josefs Ankunft in Wien. Darin suchte die Kaiserin-Königin ihren bisherigen Standpunkt als berechtigt und vertragsmäßig festgestellt zu wahren und ihre Bemühungen um die Erhaltung des Friedens ins hellste Licht zu stellen; die Wahl der Mittel zu einer Verständigung überließ sie den beiden vermittelnden Mächten. Doch empfahl sie, die rasche Herbeiführung des Friedens als leitenden Gesichtspunkt anzunehmen, und wünschte vor Allem einen Waffenstillstand, für den sie um Katharinas Fürsprache bat.[71])

Noch kurz vorher hatte Maria Theresia eine sich zufällig bietende Gelegenheit wahrgenommen, von Neuem direkt mit Preußen zu verhandeln. Der Fürst Lichnowsky, der in Schlesien Güter besaß und, durch die preußischen Avocatorien veranlaßt, diese besuchen wollte, kam Ende

[71]) Hertzbergs Entwurf des mémoire raisonné mit den Abänderungen Finckensteins; Reinschrift mit eigh. Zusätzen des Königs. Hertzberg an den König, mit der eigh. Resolution Friedrichs. Finckenstein an Hertzberg. R. XI. Bayern 32.

November von Wien in Troppau an und begab sich von dort nach Breslau, nachdem Friedrich ihm auf die Anfrage des Erbprinzen von Braunschweig Erlaubnis gegeben hatte. Sein Auftrag, den er von der Kaiserin-Königin persönlich erhalten hatte, war ganz allgemein gehalten; er sollte die Stimmung des Königs erkunden und, wenn er sie zum Eingehen auf die letzten Vorschläge Thuguts geneigt fände, sofort nach Wien zurückkehren, um in kürzester Frist, mit den erforderlichen Vollmachten versehen, wieder in Breslau zu erscheinen. Am 2. Dezember hatte er mit Finckenstein und darauf mit Hertzberg eine Besprechung. Er kam zunächst auf die letzte von Thugut vorgeschlagene Grenzlinie zurück, doch lehnte sie Finckenstein — dessen Bericht ich hier folge — aus denselben Gründen wie früher ab; dann sprach er über die Lage im Allgemeinen und ließ einfließen, daß die Kaiserin-Königin möglicherweise der Regierung entsagen werde zu Gunsten ihres Sohnes, wenn der Friede auch jetzt nicht zu Stande käme. Zwischen den beiden Majestäten herrsche Uneinigkeit, die bei der geplanten Rückkehr Josefs nach Wien wohl zum Ausbruch kommen werde; überhaupt verurteile man in Wien das Verhalten des Kaisers und sei der Ansicht, er hätte sich von vornherein mit Preußen über die bayrische Erbfolgefrage ins Einvernehmen setzen sollen. Der Minister berichtete, dem Wunsche des Unterhändlers folgend, dem König Alles, was er gehört hatte; er bemerkte dabei aber, daß die vorgeschlagene Grenzlinie die Reichenhaller Salzwerke und mehrere andere noch nicht besetzte Bezirke einschließe, so daß der Wiener Hof am Ende mehr dazu bekomme, als er herausgeben müsse.[72]) Er war der Ansicht, daß auch diese Verhandlung zu nichts führen werde, wenn Lichnowsky keine vorteilhafteren Anerbietungen machen könne. Trotzdem ließ Friedrich dem Unterhändler zur Antwort geben, wenn Maria Theresia auf die Reichenhaller Salzwerke verzichte und die übrigen Forderungen Preußens annehme, werde er die letzte Linie Thuguts genehmigen. Eben wollte der Fürst mit dem erhaltenen Bescheid nach Wien abreisen, als ihm von seinen Gütern aus ein Brief aus der Hauptstadt zuging, worin er angewiesen wurde, sich nicht mehr um die politischen Angelegenheiten zu kümmern. Er machte Finckenstein bei seiner Verabschiedung darauf aufmerksam, daß man hierin eine Wirkung der Ankunft des Kaisers sehen müsse, der seine Mutter umgestimmt habe, und begab sich darauf auf seine Besitzungen.[73])

---

[72]) Finckenstein an den Kriegsminister Freiherrn von Schulenburg. Breslau, 1. Dezember. Entw. R. XI. Bayern 35. — an den König. 2. Dezember R. 96. 201. D.

[73]) Finckenstein an Hertzberg. Breslau, 3. Dezember. R. XI. Bayern 32; an den König. 4. Dez. R. XI. Bayern 28.; an Schulenburg, 6. Dezember. R. XI. Bayern 35.

Noch vor diesem unvorhergesehenen Ausgang wagte Hertzberg, seinem Herrn mit einer Vorstellung vor Augen zu treten. Mit einer in seinen Schriften nicht gewöhnlichen Kürze machte er den König darauf aufmerksam, daß durch die nun wieder in Betracht gezogene Grenzlinie Oesterreich mehr bekomme, als ihm der Vertrag vom 3. Januar gewähre, obwohl Thugut selbst noch weitere Beschränkungen in Aussicht gestellt habe. Auch wenn es gelinge Reichenhall zu retten, werde doch der Umstand, daß Salza und Inn in österreichischen Händen seien, Bayern die Möglichkeit rauben, das produzirte Salz auf eigenen Wasserläufen zu verschiffen. Deshalb sprach er sich gegen diese Linie aus. Friedrich erwiderte, Reichenhall bleibe bei Bayern; aber der Minister möge bedenken, daß man jetzt nicht mehr, wie bisher, die Friedensbedingungen vorschreiben könne, sondern auf die vermittelnden Mächte Rücksicht zu nehmen habe. Indes glaube er nicht, daß selbst diese Bedingungen angenommen würden. Während der Abfassung dieses Schreibens traf Finckensteins Bericht über das plötzliche Verbot der Unterhandlungen ein und machte weitere Erörterungen überflüssig.[74])

Auch während des Aufenthalts in Breslau setzte Hertzberg seine Thätigkeit fort, durch Aufklärung der Reichsstände, durch Vorstellungen bei der Reichsversammlung das Haus Oesterreich zu bekämpfen. Die Denkschrift, deren Anfertigung Anfang November die Abreise von Berlin verzögert hatte, war nun vollendet und gedruckt, am 8. Dezember übersandten die Minister dem König ein Exemplar davon. Sie führt den Titel „Abgenöthigte Anzeige einiger neuen und wichtigen Umstände, welche die Angelegenheit der Bayerischen Erbfolge, besonders den Ursprung der Convention vom 3. Jänner 1778, und die Verhandlung Sr. Königl. Majestät von Preußen mit des Herrn Herzog zu Pfalz-Zweybrücken Durchlaucht erläutern." Den Kernpunkt bildete der von dem Herzog nach mancherlei Schwierigkeiten dem preußischen Ministerium zur Veröffentlichung überlassene Brief Karl Theodors vom 22. Januar 1778.[75])

Etwa Mitte Dezember kam der zum Befehlshaber des russischen Hülfscorps bestimmte Fürst Nicolaus Repnin als Abgesandter der Kaiserin Katharina in das preußische Hauptquartier nach Breslau; als den Zweck seiner Sendung gab er die Uebermittelung eines Schreibens der Kaiserin an den König an und die Erteilung des Versprechens der russischen

[74]) Hertzberg an den König. 4. Dezember. R. 96. 201. D. Siehe Beilage No. 22. Der König an Hertzberg. 4. Dezbr. R. XI. Bayern 32.

[75]) Finckenstein und Hertzberg an den König. Breslau, 8. Dezember. R. 96. 201. D. — Die „Abgenöthigte Anzeige" gedr. Hertzbergs Recueil II. 201. und Vollständige Sammlung von Staatsschriften, Teil V, Seite 1.

Freundschaft für Preußen. Nur für einen ehrenvollen Frieden wollte Katharina die Vermittlung eintreten lassen und Repnin sollte als ihr Bevollmächtigter handeln; gleichzeitig hatte er den Auftrag, auf Grund der früheren Verträge eine Convention in Betreff der Hülfeleistung abzuschließen. Am 18. hatte der Fürst Audienz beim König, wobei er eine vertrauliche Denkschrift des Grafen Panin überreichte. Hertzberg hatte bereits einen Plan in Bereitschaft, den er dem König übersenden wollte, damit er Repnin gegeben werde und als Grundlage für die Vermittlungsvorschläge diene. Danach sollte der zwischen der böhmischen Grenze und den Flüssen Naab und Schwarzach gelegene Teil der Oberpfalz mit einem Flächenraum von 70 Quadratmeilen an Oesterreich fallen und zwar ohne daß dafür Ersatz zu leisten sei; allenfalls könne noch der Landstrich bis zum Regenfluß hinzugefügt werden. Dafür würde Kurpfalz den ganzen Rest zurückerhalten und Oesterreich auf alle Ansprüche an die bayrische Erbschaft verzichten, Sachsen von Kurpfalz zwei Enklaven der Oberpfalz in baireuth'schem Gebiet sowie ein Stück der Oberpfalz selbst und eine Geldsumme bekommen. — Man sieht, wie Hertzberg auf Umwegen die Frage wegen des Austauschs von Baireuth gegen die Niederlausitz wieder anzuregen sucht. — Ferner sollte Mindelheim als Freilehen an Sachsen übertragen werden und der Wiener Hof seinen Hoheitsrechten über sächsische Gebietsteile entsagen. Man werde sich alsdann bemühen, dem pfälzischen Hause und speziell dem Herzog von Zweibrücken die durch den Tod des letzten Kurfürsten von Bayern erledigten Reichslehen zu verschaffen. Zum Ersatz für die Ansprüche auf Leuchtenberg möge der Kaiser dem herzoglichen Hause von Mecklenburg das unbeschränkte Privilegium de non appellando erteilen. Der König von Preußen verlange für sich nur die Zusicherung des kaiserlichen Hofes, keinen Widerspruch gegen die Nachfolge in Anspach und Baireuth und gegen einen etwaigen Austausch zu erheben, vielmehr eintretenden Falls durch Aufgabe seiner entgegenstehenden Rechte denselben zu erleichtern. — In diesem Plane glaubte Hertzberg das richtige Mittel gefunden zu haben, um allen Ansprüchen gerecht zu werden; keine Erörterung untergeordneter Fragen, keine Abschätzung, kein Tausch, keine Rückgabe sei erforderlich, Alles werde durch einen einzigen Vertrag geregelt. Seinem Herrn hatte er allerdings keinen materiellen Vorteil verschaffen können, abgesehen von der Zusicherung bezüglich der Markgrafschaften mußte er sich mit dem Bewußtsein begnügen, das pfälzische Haus und die germanische Freiheit gerettet zu haben. Um die Vorzüglichkeit dieses Projectes nachzuweisen, stellte Hertzberg es den früheren Vorschlägen der Kaiserin-Königin gegenüber und zeigte deren Nachteile oder praktische Unausführbarkeit, namentlich warnte er vor der von

Thugut zuletzt angebotenen Grenzlinie. Er glaubte auf leichte Annahme seiner Vorschläge rechnen zu können, wenn man sie in die Hand der vermittelnden Mächte lege, denn die Ablehnung werde Rußland beleidigen und zur Unterstützung Preußens veranlassen, Frankreich vor den Kopf stoßen, so daß es sich zurückziehe, und bewirken, daß die Stände in der Reichsversammlung mit Preußen gemeinsame Sache machen.[76])

Aber diese wohldurchdachte und sorgfältig ausgearbeitete Denkschrift kam gar nicht vor die Augen des Königs; der Minister behielt sie zurück, da nach Repnins Audienz Friedrich befahl, einen anderen Plan für den russischen Hof zu entwerfen. In der von dem Abgesandten überreichten vertraulichen Denkschrift, die zu seiner Instruction dienen sollte, verlangte die Kaiserin vor Allem vollständige Aufklärung über die Wünsche, die Preußen bezüglich der Vermittlung hege. Nach Panins Ansicht kamen nur zwei Wege der Verständigung in Betracht. Am geeignetsten und für Preußens Stellung im Reich am vorteilhaftesten erschien es ihm, wenn der König von den Oesterreichern die Räumung Bayerns fordere und die sofortige oder spätere Entscheidung über die Nachfolge in den Markgrafschaften den Mitständen überlasse. Dadurch würde die seit der allzu rasch erfolgten Ablehnung des ersten Thugut'schen Antrags gegen Preußen eingenommene Stimmung wieder besänftigt und der König werde sein Ziel doch erreichen, da die meisten Fürsten schon im Interesse ihrer eigenen Primogeniturrechte sich für die Succession aussprechen würden. Daß an und für sich die Erwerbung von Anspach und Baireuth mit der österreichischen Besitznahme Bayerns nicht auf gleiche Stufe gestellt werden könne, gestand Panin zu. Das andere Mittel ließ sich nur anwenden, wenn der König dem Wiener Hofe einen Teil von Bayern lassen wollte, — daß man dazu seit langem entschlossen war, scheint man in Petersburg nicht bestimmt gewußt, vielleicht auch nicht geglaubt zu haben. Es bestand eben in der Abtretung bayrischen Gebietes an Oesterreich gegen die Einwilligung in die anspach'sche Nachfolge mit gleichzeitiger Regelung der sächsischen Entschädigung; dem Herzog von Zweibrücken glaubte man keinen Ersatz schuldig zu sein, da er mit der Garantie seines Erbrechtes und der Wiederherstellung seines zukünftigen Besitzes zufrieden sein könne. Wenn Panin nach dieser Darlegung aber erklärte, die Fortsetzung des Krieges sei wahrscheinlicher als der Friede und die beiden Mächte müßten sich über die gemeinsam zu treffenden politischen und militärischen Maßnahmen verständigen, so geschah dies wohl nur, um die polnischen Angelegenheiten

---

[76]) Memoire Hertzbergs s. d. Abschrift, R. XI. Bayern 35. Materialien. — eigh. Entwurf. R. 92. Hertzberg 51. S. Beilage No. 24.

zur Sprache bringen und sich durch Fürsprache für Polens Handel die Republik günstig stimmen zu können, damit Rußland im Türkenkrieg von dieser Seite keine unangenehmen Ueberraschungen zu gewärtigen brauche. — Die Erörterung über die Mittel zur Beilegung des Streites war überflüssig, denn die preußische Denkschrift vom 13. November hatte bereits eingehend dargelegt, daß Preußen zur Gewährung einer gewissen Vergrößerung für Oesterreich bereit sei und diesen Weg als den einzig möglichen betrachte, aber bei der Abfassung der russischen Denkschrift scheint die preußische in Petersburg noch nicht bekannt gewesen zu sein.

Mit dem Entwurf zur Antwort auf die Eröffnungen Repnins betraute der König Hertzberg, er gab ihm wohl auch den Gedankengang an, den er befolgt wissen wollte. So entstand das preußische Memoire vom 19. Dezember, das Hertzberg im Gegensatz zu seiner nicht zur Verwendung gekommenen Denkschrift als einen „faden Plan" bezeichnet. Dasselbe läßt die Wahl zwischen der Abtretung der 70 Quadratmeilen in der Oberpfalz bis zu Naab und Schwarzach ohne Gegenleistung und der Ueberlassung des doppelt so großen Gebiets von der böhmischen Grenze bis zu den Flüssen Cham, Regen und Vils gegen Abgabe des Breisgaus und Burgaus an Kurpfalz. Wegen Sachsens, Mecklenburgs und der Markgrafschaften werden die bisherigen Forderungen wiederholt. Zum Schluß wird erklärt, daß der König nicht zögern würde, trotz seiner gerechten Ansprüche von der Erwähnung der Nachfolge in Anspach und Baireuth abzusehen, wenn er hoffen könnte, daß der Wiener Hof ganz Bayern und die Oberpfalz zurückgebe; da dies aber nicht wahrscheinlich sei, müsse er auf der Garantie der Nachfolge bestehen, um zukünftigen Streitigkeiten vorzubeugen; eine Entscheidung der Reichsversammlung oder der Gerichte werde er niemals anerkennen. — Der Entwurf fand die Billigung des Königs und ging sofort an die preußischen Vertreter in Paris und Petersburg ab.[77])

Eine am 19. Dezember den Ministern in Breslau übermittelte Note Repnins enthält trotz ihrer Wortfülle nichts als die Anzeige von der eingetretenen Vermittlung Rußlands und Frankreichs, die von der Kaiserin-Königin erbeten und vermutlich auch dem König von Preußen erwünscht sei, und von dem Auftrag des Abgesandten, Vorschläge entgegen zu nehmen und die Vermittlung ins Werk zu setzen.[78])

---

[77]) Preußische Antwort auf Panins Mémoire confidentiel, vom 19. Dezember. R. XI. Bayern 32. S. Beilage No. 25.

[78]) Repnins Note vom 19. Dezember, gedruckt in der „Vollständigen Sammlung rc." V. 54.

Obwohl selbst nach Friedrichs Meinung die Aussichten für den Frieden günstig waren, betrachtete Repnin es als seine nächste Aufgabe, die Convention über die russische Hülfeleistung zum Abschluß zu bringen. Eine vertrauliche Note an die preußischen Minister gab den Wunsch der Kaiserin kund, daß über die Verpflegung des russischen Corps von 20000 Mann, welches zu Preußens Unterstützung bestimmt war, Verabredungen getroffen würden; und zugleich forderte Rußland, da sein Verhältnis zur Türkei dem Kriegszustande gleich komme, von dem König die Zahlung der vertragsmäßigen Subsidien. Ueber die Verwendung der Truppen enthielt der gleichzeitig vorgelegte Entwurf Näheres. Es war nämlich die Absicht des Petersburger Hofes, das Hülfscorps nicht völlig aus der Hand zu geben, damit es im schlimmsten Falle auch gegen die Türken verwendet werden konnte. Deshalb schlug er vor, der König möge 20000 Mann nach Galizien senden, die vereint mit den Russen die zuletzt von Oesterreich erworbenen ehemals polnischen Gebiete besetzen sollten. Die Minister antworteten hierauf auf Befehl des Königs, die Entsendung preußischer Truppen nach Galizien würde das Heer in Schlesien zu sehr schwächen und zur Offensive untauglich machen. Es komme aber darauf an, in Mähren den Gegner zu fassen, daher sollten die Russen bei Troppau zu den Preußen stoßen, um von da aus gemeinsam vorzugehen.[79])

Die erste Conferenz zwischen Repnin und den hierzu besonders bevollmächtigten Cabinetsministern fand am 21. Dezember statt. Finckenstein und Hertzberg übergaben die Antwort auf Panins Memoire und das am 13. November an Solms abgeschickte preußische Project. Als die Rede auf die darin vorgeschlagenen Abtretungen und Austauschungen kam, fragte Repnin, ob es nicht doch möglich sei, von der Nachfolge in den fränkischen Markgrafschaften abzusehen gegen die Rückgabe des von den Oesterreichern besetzten Gebietes an Bayern; man entgegnete ihm, daß nach der Ansicht seines eigenen Hofes Oesterreich etwas bekommen müsse und daß dies auch Frankreich wünsche; dann aber sei es nicht mehr als billig, daß der Wiener Hof Preußen den ungestörten Besitz seiner Lande zusichere. Repnin bat nun um eine kurze schriftliche Mitteilung, welche als Zeugnis für die friedliche Gesinnung des Königs nach Wien geschickt werden sollte. Nach Erledigung der politischen Fragen beriet man über die Verpflegung des Hülfscorps und die von Rußland geforderten Subsidien. Die Minister stellten Repnin vor, daß der Krieg mit den Türken noch

---

[79]) Repnins note secrète und Projet d'une Convention secrète vom 19. Dezember. — Preußische note secrète von demselben Tage. R. XI. Bayern 32.

nicht begonnen habe, während Preußen alle seine Kräfte zusammen nehmen müsse, um seinem mächtigen Gegner die Spitze zu bieten; auch seien die Verpflegungskosten für das Hülfscorps so bedeutend, daß der König den Erlaß der Subsidienzahlung wohl erwarten könne. Repnin gab in manchen Punkten nach, er bestand keineswegs darauf, daß seine Truppen in Galizien und Lodomirien verwendet würden, sondern war bereit sie nach Mähren kommen zu lassen; nur verlangte er rasche Entscheidung, damit er seine Befehle geben und der König seine Anordnungen zur Errichtung von Magazinen treffen könne. Auch glaubte er Hoffnung machen zu dürfen, daß seine Herrin von der Forderung der Subsidien unter den gegenwärtigen Umständen abstehen werde. Aber er blieb bei seinem Verlangen, daß die Wünsche seiner Regierung wegen Abstellung der polnischen Klagen über preußische Zollplackereien dem König vorgetragen würden, denn sowohl bei dem gemeinsamen Kampf gegen Oesterreich als bei dem Türkenkrieg hänge Vieles von der Haltung der Republik Polen ab.[80])

Auf den Bericht der Minister über diese Besprechung erwiderte Friedrich, wenn die Kaiserin auf der Subsidienzahlung bestehe, müsse man sehen, wie man die Last am leichtesten trage; wegen des Feldzugsplanes habe er selbst an Repnin geschrieben. Als leitende Grundsätze für die Friedensverhandlungen wollte er angesehen haben erstens, daß Preußen den Oesterreichern keine Vorschriften machen kann, denn es habe im Felde keinen Vorteil errungen, und zweitens, daß es, nachdem Frankreich erklärt hat, Oesterreich einige Bezirke von dem in Besitz genommenen Gebiet lassen zu wollen, keine andersartigen Bedingungen mehr vorschlagen darf, da sie weder in Wien noch in Versailles angenommen würden. Wenn freilich, so fügte er hinzu, Preußen bei der Fortsetzung des Krieges siegreich wäre, könnte es die vollständige Räumung Bayerns verlangen. Das müsse man Repnin klar machen.[81]) — Die Verhandlungen über die Einzelheiten der Convention wurden fortgesetzt, namentlich Hertzberg entfaltete dabei eine lebhafte Thätigkeit, indem er sich bemühte, die Kosten der Hülfeleistung durch Herabsetzung der Verpflegungsansätze soviel als möglich zu vermindern. Aber selbst die bedeutenden Ersparnisse, die er dabei erzielte, waren gering im Verhältnis zur Gesamtsumme der Kosten: sie belief sich nach der Zusammenstellung Hoyms, des Ministers für Schlesien, auf jährlich $2^1/_2$ Millionen Thaler. Der König war entsetzt hierüber, er

[80]) Finckenstein und Hertzberg an den König. Breslau, 21. Dezember. R. 96. 201. D.

[81]) Friedrich an Finckenstein und Hertzberg. Breslau, 22. Dezember. R. XI. Bayern 32.

berechnete, daß er für dasselbe Geld eine doppelt so starke Truppenmacht anwerben und erhalten könne; aber er wies die Minister an, die Verpflegung zu bewilligen, da die Convention doch wohl kaum in Kraft treten werde.[82])

Ein neues Ereignis drängte um diese Zeit das Interesse an der russischen Convention in den Hintergrund, um so mehr, als es dieser einen Teil ihrer praktischen Bedeutung raubte: die Ankunft der Vertragsentwürfe, die der französische Gesandte in Breslau, de Pons, am 26. von Breteuil in Wien empfing und nach vorheriger Mitteilung an Repnin am 27. dem Grafen Finckenstein überreichte. Der erste Plan zur Herstellung des Friedens in Deutschland schlägt zunächst einen besonderen Friedensvertrag der beiden kriegführenden Mächte unter Vermittlung Frankreichs und Rußlands vor; unter gleicher Vermittlung und Garantie soll der Kurfürst von der Pfalz einen Vertrag mit der Kaiserin-Königin über die abzutretenden Gebietsteile und mit Kursachsen über die Entschädigung für die Allodialansprüche abschließen; beide Conventionen werden alsdann im Hauptvertrag erwähnt und gelten als Teile desselben. Auch der Kaiser wird dem Vertrag beitreten. Durch eine besondere Urkunde soll Preußen die 1741 übernommene Garantie von Jülich und Berg zu Gunsten des pfälzischen Hauses erneuern. Die Kurfürsten von der Pfalz und von Sachsen müssen für ihre Angelegenheiten die Vermittlung Frankreichs und Rußlands noch besonders nachsuchen. Der Herzog von Zweibrücken kann nach Belieben sich beim Abschluß der Verträge beteiligen oder denselben später beitreten. — Der zweite Entwurf enthält den Friedensvertrag mit Preußen, in den Sachsen als eingeschlossen betrachtet werden soll. Die Verträge von 1648 an, besonders der Hubertsburger Friede, werden bestätigt, soweit sie nicht den Bestimmungen der vorliegenden Convention zuwiderlaufen. Die preußischen Truppen sollen sofort nach der Ratifikation die besetzten österreichischen Gebiete, die kaiserlichen Truppen die preußischen und sächsischen Bezirke räumen, Gefangene und Geiseln innerhalb sechs Wochen freigegeben werden. Die Kaiserin-Königin will gegen die Vereinigung von Anspach und Baireuth mit Preußen keine Einwendungen machen und auf ihre in diesen Landen gelegenen Lehen verzichten, wenn der König dafür den Anspach'schen Lehen in Oesterreich entsagt. Die Regelung der bayrischen Succession durch Sonderverträge der Beteiligten wird kurz erwähnt. — Der dritte Plan enthält die Vereinbarung zwischen dem Wiener Hof und Kurpfalz; sie machte während der Verhandlungen

---

[82]) Die Correspondenz zwischen dem König und den Ministern hierüber in R. XI. Bayern 32 und der Cabinetscorrespondenz R. 96. 201. D.

die größten Schwierigkeiten, da die Hauptpunkte hier zur Entscheidung kamen. Die neue Convention wird in der Einleitung hingestellt als Folge und Ausführung des Vertrags vom 3. Januar 1778. Der Kurfürst von der Pfalz erhält die besetzten Bezirke Bayerns und der Oberpfalz zurück und die Kaiserin-Königin verzichtet auf alle Ansprüche an die bayrische Erbschaft, sie tritt ferner zu Gunsten von Kurpfalz Mindelheim ab, entsagt der Oberlehenshoheit über die Grafschaft Schönburg und über die in der Oberpfalz gelegenen böhmischen Lehen. Sie will sich überdies noch bemühen, daß der Kaiser die in Bayern und Schwaben liegenden erledigten Reichslehen dem pfälzischen Hause überträgt. Zum Dank für diese Vorteile überläßt der Kurfürst von der Pfalz an Oesterreich den zwischen Donau, Inn und Salza gelegenen Teil Bayerns, d. h. also den Bezirk Burghausen, mit der Bedingung, daß der freie Verkehr und die ungehinderte Schifffahrt auf den Grenzflüssen nicht beschränkt und keine neuen Zölle auferlegt würden.[83])

Die preußischen Minister errieten leicht den Verfasser dieser Vorschläge: es war Breteuil, der im Einverständnis mit Kaunitz sie als von seinem Hofe herrührend vorlegte, nachdem die von Versailles eingesandten Entwürfe, die sich auf frühere Aeußerungen des Wiener Hofes gründeten, jetzt nicht mehr die Billigung des Staatskanzlers gefunden hatten. Wenn auch ihr Inhalt verschieden beurteilt werden konnte, so war es doch mit Freuden zu begrüßen, daß Frankreich das Vermittleramt nun auch wirklich antrat. Ein Punkt fiel allerdings sofort auf, das Fehlen eines Vertrages zwischen Pfalz und Sachsen, ohne den eine Verständigung doch unmöglich war, denn Preußen bestand auf der gleichzeitigen Regelung aller Fragen ohne Ausnahme. Der Minister des Herzogs von Zweibrücken in Berlin, Freiherr von Hofenfels, wurde noch am 27. von Finckenstein und Hertzberg nach Breslau gerufen, da der König bei den bevorstehenden Verhandlungen nichts ohne die Beteiligung des Herzogs thun wollte.

Hertzberg unterzog die Entwürfe Breteuils sogleich einer scharfen Kritik. Die Aufgabe der so lange aufrecht erhaltenen Ansprüche überzeugte ihn, daß der Wiener Hof sich ernstlich zum Frieden entschlossen habe und nicht um eine Kleinigkeit mehr oder weniger den Krieg fortsetzen werde. Diese Stimmung wollte er benützen, um den Anteil des Gegners so viel wie möglich zu verkleinern. Er riet deshalb zur Vorlegung der am 19. Dezember an Rußland und Frankreich mitgeteilten Vorschläge als Gegenentwurf, um so mehr, als allein diese Vorschläge dem Interesse des pfälzischen Hauses und der Würde des Königs nicht nachteilig seien. Er

[83]) Die drei Entwürfe. R. XI. Bayern 32.

glaubte auch, daß ein Congreß an einem neutralen Orte stattfinden müsse, da die Zahl der Beteiligten bedeutend sei und man auf dem Wege persönlicher Verständigung rascher vorwärts komme als durch die umständliche diplomatische Correspondenz.[84])

Seine Gedanken hat Hertzberg in Gestalt von Anmerkungen zu den Vertragsentwürfen zusammengefaßt und aufgezeichnet; das Schriftstück ist von Bedeutung, weil in ihm die Grundlage für alle weiteren Vorschläge des Ministers bis zum Friedensschlusse enthalten ist und weil sich daran ermessen läßt, wie weit schließlich Preußen, häufig ohne zwingende Notwendigkeit, von seinen ursprünglichen Forderungen zurückwich, um den Frieden zu erkaufen. Der Inhalt ist kurz folgender: Der König von Preußen hat nach Allem, was er zu Gunsten des pfälzischen Hauses gethan hat, das Recht — und er ist es seiner Würde schuldig — die Zulassung seiner Vermittlung und Garantie neben der russisch-französischen für den Vertrag zwischen Karl Theodor und der Kaiserin-Königin zu fordern. Die Garantie von Jülich und Berg hat mit der bayrischen Erfolge nichts zu thun und darf deshalb nicht erwähnt werden. — Ueber diese Garantie hatte Hertzberg, wie schon erwähnt, seine eigenen Ansichten, er hoffte immer noch, daß Preußen die beiden Herzogtümer oder doch wenigstens Jülich bei günstiger Gelegenheit erwerben werde. — Auch der bayrisch-sächsische Vertrag muß von dem König garantirt werden. Die Fassung des Artikels über die Primogenitur-Erbfolge in Anspach-Baireuth ist dahin zu erweitern, daß der Kaiser und die Kaiserin-Königin auch jedem Widerspruch gegen den Austausch der Markgrafschaften mit der Lausitz entsagen und alle Rechte auf diese Lande aufgeben. Wegen des Tauschs der böhmischen und anspach'schen Lehen wünschte Hertzberg Erkundigungen in Anspach über Umfang und Wert der in Oesterreich gelegenen Lehen des Markgrafen. Um die Lausitz nicht zu erwähnen, vermeidet der Wiener Hof auch von Sachsen zu sprechen; man muß aber den Verzicht auf die böhmische Oberlehenshoheit über sächsische Gebietsteile und ausdrücklich über die Lausitz zu Gunsten des Kurfürsten von Sachsen verlangen. Denn dadurch erhält Sachsen wenigstens zum Teil Ersatz für seine Allodialansprüche und Kurpfalz braucht nur noch ein kleines Gebiet abzutreten; auch hat dann der Kurfürst wegen der Lausitz freie Hand und diese braucht bei dem Abschnitt über die Markgrafschaften nicht genannt zu werden. — In dem pfälzisch-sächsischen Vertrag darf die Convention vom 3. Januar, wenn man sie nicht für ungültig erklären kann, wenigstens nicht anerkannt

[84]) Hertzberg an Finckenstein. Breslau, 28. Dezember. R. XI. Bayern 32. Siehe Beilage No. 26.

werden und Oesterreich soll nicht nur allen Rechten auf Bayern, sondern auch auf die Oberpfalz entsagen. Die Hauptfrage ist, welches Gebiet an Oesterreich fallen soll. Der Wiener Hof verlangt den reichsten Bezirk von Bayern. Diesen kann man aber nur gewähren, wenn der Herzog von Zweibrücken als Nächstbeteiligter seine Zustimmung gibt und wenn die Kaiserin-Königin auch den entsprechenden Anteil an der bayrischen Gesamtschuld übernimmt, sowie die Verpflichtung, eine bestimmte Geldsumme zur Befriedigung der Allodialerben an Pfalz zu zahlen. Viel richtiger und vorteilhafter wäre es, wenn das Land zwischen Naab und Schwarzach an Oesterreich gegeben würde, wozu man die Einwilligung des Herzogs leichter bekommen könnte. Die Schadloshaltung von Sachsen soll geschehen durch Abtretung einiger Bezirke der Oberpfalz und Zahlung von zwei Millionen Thaler. Mindelheim, das für Sachsen wenig Wert hat, bekommt am besten Kurpfalz. — Diese Gedanken wollte Hertzberg einem Gegenentwurf zu Grunde legen, der nach eingehender Beratung innerhalb des Cabinets und mit dem König ausgearbeitet und dem französischen Gesandten übergeben werden sollte.[85])

In dem gemeinsamen Bericht an den König nahm Finckenstein die wichtigsten Vorschläge seines Collegen an und befürwortete die Gebietsabtretung in der Oberpfalz, die Entschädigung Sachsens, die Ausdehnung der österreichischen Zustimmung zur Primogenitur-Nachfolge auf den Tausch der Markgrafschaften gegen die Lausitz und die Weglassung der Garantie für Jülich und Berg.[86])

Um seinen Ratschlägen Nachdruck zu geben, richtete Hertzberg noch einen besonderen Bericht an den König. „Auf den Knieen flehe ich Ew. Majestät um die Erlaubnis an, daß wir versuchen, den Wiener Hof zur Annahme des oberpfälzischen Bezirks anstatt des von Burghausen zu veranlassen, da es nicht glaublich ist, daß er nach einer so bedeutenden Herabsetzung seiner Ansprüche den Krieg um einen Gegenstand von so geringer Wichtigkeit fortführen wird.“ Von neuem warnte er, den Unwillen des Reichs und des Herzogs von Zweibrücken zu erregen und Preußens Ehre aufs Spiel zu setzen, indem man den Grundsatz der Unteilbarkeit Bayerns und der Ungültigkeit der österreichischen Ansprüche aufgebe, den man bisher mit Erfolg aufrecht erhalten habe. Aus den Rechten Preußens auf Jülich-Berg hoffte er in Zukunft bei dem Herzog von Zweibrücken Nutzen zu ziehen. Schließlich sprach er die Ueberzeugung

[85]) Idées préliminaires sur les trois plans, que Monsieur le Marquis de Pons vient de remettre. 28. Dezember. R. XI. Bayern 32.

[86]) Finckenstein und Hertzberg an den König. Breslau, 28. Dezember. R. 96. 201 D.

aus, daß die Verhandlung auf der von ihm vorgeschlagenen Grundlage ebenso erfolgreich sein werde, wie die in Hubertsburg.[87])

Geistvoll und geschickt verstand Hertzberg das vorzubringen, was er für das Richtige hielt, und seine Darlegungen waren meist so abgefaßt, daß nur ein erfahrener Politiker ihren Gründen widerstehen konnte. Indes auch den Bitten des Ministers gegenüber beharrte Friedrich auf dem Standpunkt, den er seit dem Eintritt der Vermittlung eingenommen hatte. Er erkannte zwar die Vortrefflichkeit der Hertzberg'schen Ideen an und wünschte zu ihrer Verwirklichung im Stande zu sein. Aber mit Ideen, so schrieb er, allein könne man keine Politik treiben, auf ihre Durchführbarkeit komme es an, und von diesem Gesichtspunkt möge auch Hertzberg die Verhältnisse betrachten. Wenn Preußen in diesem Kriege Erfolge errungen hätte, so würde der Wiener Hof nichts von Bayern und nichts von der Pfalz bekommen. Er wies auf die Notwendigkeit hin, die vermittelnden Mächte nicht vor den Kopf zu stoßen, man habe kein Recht, die vorgeschlagene Grenzlinie zu verweigern, nachdem man sie in Braunau gefordert habe, denn eine Aenderung der militärischen Lage sei seitdem nicht eingetreten. Der Vorteil des Herzogs von Zweibrücken dürfe für Preußens König kein Grund sein, sich Frankreichs Feindschaft zuzuziehen und Rußlands Beistand zu verscherzen; ihm müsse vor Allem das Wohl s e i n e r Staaten am Herzen liegen und hiernach habe er die Unterstützung zu bemessen, die er Anderen zu Teil werden lasse. Ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Hubertsburger Frieden und den jetzigen Verhandlungen bestehe darin, daß damals Preußen die glänzendsten Siege erfochten hatte und dem Gegner die Bedingungen vorschreiben konnte, während es jetzt nicht nur keinen Erfolg aufzuweisen habe, sondern, was die Hauptsache sei, sich sogar nach den Vermittlern richten müsse. Nur in dem e i n e n Punkte der Entschädigung Sachsens stimmte Friedrich den Vorschlägen bei.[88])

Daß die Vorstellungen des Ministers doch nicht ganz erfolglos waren, geht hervor aus der Antwort des Königs auf den gemeinsamen Bericht Finckensteins und Hertzbergs. Friedrich gestattete wenigstens den Versuch, den Wiener Hof zur Annahme des oberpfälzischen Gebietes zu bewegen, verbot jedoch, daß man hartnäckig darauf bestehe; er war einverstanden, daß man von Oesterreich zur Entschädigung Sachsens die Zahlung einer Geldsumme und den Verzicht auf die böhmischen Lehen fordere, ferner

[87]) Hertzberg an den König. Breslau, 28. Dezember. R. 96. 201 D. Siehe Beilage No. 27.

[88]) Friedrich an Hertzberg. Breslau. 29. Dezember. R. XI. Bayern 32.

damit, daß der Austausch von Anspach-Baireuth gegen die Lausitz erwähnt und daß die Verhandlung über Jülich-Berg mit Frankreich und Zweibrücken ohne Beteiligung des Wiener Hofes geführt werde.[89])

Vergleicht man diese beiden Antworten, so fällt es auf, wie wenig der König Hertzberg allein, wieviel er beiden Ministern zusammen zugestand. Dies Verfahren erweckt die Vermutung, als habe sich Friedrich der oft wiederkehrenden Meinungsäußerungen Hertzbergs entledigen wollen. War dies beabsichtigt, so ist die Absicht fehlgeschlagen, denn Hertzberg hat jedes Mal, wenn er mit seines Collegen oder des Königs Ansichten nicht übereinstimmte, es für seine Pflicht und sein Recht gehalten, seine Meinung an allerhöchster Stelle vorzutragen und zu rechtfertigen; und manchmal, wenn er anfangs abgewiesen worden war, konnte er nachträglich mit Genugthuung bemerken, daß sein Rat Erfolg gehabt hatte. So ist es auch hier, die Zugeständnisse Friedrichs bedeuten einen Sieg der Ideen Hertzbergs.

Am 31. Dezember übergaben die Minister dem Marquis de Pons eine vorläufige Antwort auf die vorgelegten drei Vertragsentwürfe, da der König vor seiner endgültigen Entscheidung erst die Bundesgenossen befragen und die Antwort des Petersburger Cabinets erwarten wollte. Dieses Aktenstück enthielt, im Anschluß an die Weisung des Königs vom 29., alle die Punkte, bei denen Preußen trotz seiner Zustimmung zu den Entwürfen im Ganzen Aenderungen oder Zusätze wünschte.[90])

Obwohl diese Note in entgegenkommendem Tone gehalten war und, abgesehen von der Forderung, daß der pfälzisch-sächsische Vertrag den andern Verträgen gleichgestellt werde, nur Wünsche äußerte, stellte man sich in Wien unangenehm überrascht. Am 11. Januar erklärte Kaunitz dem Baron Breteuil in einer Antwortnote, daß der Wiener Hof den von Frankreich vorgelegten Vermittlungsplan angenommen habe und als sein Ultimatum betrachte, somit jeden Gegenvorschlag des Königs verwerfe; er bestand auf der Abtretung des bayrischen Bezirks Burghausen und lehnte jede Erwerbung in der Oberpfalz ab; ebensowenig wollte er von der Mitwirkung bei der Entschädigung Sachsens durch eine Geldzahlung oder von der Schuldenübernahme etwas wissen, wenn er auch zugestand, daß das pfälzisch-sächsische Abkommen gleichzeitig mit dem Hauptvertrag vollzogen werde. Er zeigte sich bereit, den Artikel bezüglich der Markgrafschaften nach den Wünschen des Königs umzugestalten, bestand aber

---

[89]) Friedrich an Finckenstein und Hertzberg. Breslau, 29. Dezember. R. XI. Bayern 32.

[90]) Réponse préalable. R. 1. Conv. 124. vol. 5. Abschrift.

auf der Erneuerung der Garantie für Jülich-Berg unter Berufung auf Art. 18 des Hubertsburger Friedens, und zwar nicht nur zu Gunsten des Herzogs von Zweibrücken, sondern auch des Kurfürsten von der Pfalz. Es hieß dann in der Note, wenn diese Bedingungen nicht sofort unverändert angenommen würden, werde die Kaiserin-Königin ganz Bayern an Kurpfalz zurückgeben und die Entscheidung der Reichsversammlung sowohl über ihre und aller Beteiligten Interessen an der bayrischen Erbschaft als über das Recht des Königs zur Vereinigung von Anspach-Baireuth mit der preußischen Primogenitur anrufen.[91])

Die Verhandlungen zwischen Preußen und Rußland durch Repnin und zwischen Preußen und Oesterreich durch Breteuil liefen ein Zeitlang neben einander her. Am 5. Januar übergab Repnin den preußischen Ministern eine Denkschrift, die den Hauptinhalt der ihm zugegangenen Depeschen mitteilte. Es ging daraus hervor, daß der französische Hof Wien als Sitz der Verhandlungen vorgeschlagen, Rußland aber diesen Vorschlag abgelehnt und seinerseits Frankreich die Wahl gelassen habe zwischen Augsburg, Nürnberg oder sonst einem neutralen Ort. Die russische Antwort auf die österreichische Erwiderung der Declaration vom 20. Oktober hatte nämlich bereits die Art der Verhandlungen in Betracht gezogen. Es sollten danach zwei Vertrauensmänner der vermittelnden Mächte ohne offiziellen Charakter an einem noch zu bestimmenden Orte zusammen kommen, um dort form- und zwanglos in rein gesellschaftlichem Verkehr und ohne jeden Schein eines Congresses sich zu besprechen. Die kriegführenden Mächte entsenden ebendahin Vertrauenspersonen, die aber nicht an den Besprechungen teilnehmen, sondern nur als Berater den Vermittlern zur Seite stehen. In derselben Note hatte Kaiserin Katharina der Kaiserin-Königin ihre Fürsprache bei König Friedrich für einen Waffenstillstand versprochen; jetzt trat Repnin mit dieser Bitte seiner Gebieterin hervor und sprach auch den Wunsch aus, daß die Kurfürsten von Sachsen und von der Pfalz sowie der Herzog von Zweibrücken als die Nächstbeteiligten ebenfalls Bevollmächtigte nach dem Congreßorte schickten.[92])

Bei der Uebergabe der Note äußerte sich der Fürst eingehend über die einzelnen Punkte und erklärte, daß die Kaiserin mit den ihr bis dahin vorgelegten preußischen Friedensbedingungen einverstanden sei, aber um vertrauliche Mitteilung bitte, wenn der König etwa noch besondere Absichten wegen eines Ultimatums habe. Im Namen seines Hofes machte er den Vorschlag, daß man den Beitritt des Reiches zu dem zukünftigen

---

[91]) Note pour le Baron de Breteuil. Abschrift. R. XI. Bayern 32.

[92]) Note Repnins vom 5. Januar 1779. R. XI. Bayern 32. Abschrift.

Frieden zu erlangen suche, damit auf Grund der russisch-französischen Garantie das Reich als solches sowohl wie jeder Reichsstand stets Rußlands Hülfe anrufen könne, wenn das Haus Oesterreich die Reichsverfassung verletzen, seine Machtstellung mißbrauchen und seinen Herrschgelüsten nachgeben werde. Um die Bedenklichkeit dieser Maßregel weniger fühlbar zu machen, fügte er hinzu, daß ja allemal das Haus Brandenburg zuerst in die Lage komme, gegen Oesterreich zu kämpfen. Finckenstein und Hertzberg wiesen in ihrer mündlichen Antwort darauf hin, daß sich Vieles durch die von Frankreich vorgelegten Entwürfe geändert habe und daß sie daher die Ansicht des russischen Hofes hierüber abwarten wollten. Sie hielten, ebenso wie der Versailler und der Wiener Hof, einen Congreß erst nach einer Vereinbarung über die Grundlagen des Friedens für angebracht und rieten für diesen Fall zur Wahl eines nahe gelegenen und neutral zu erklärenden Ortes. Den Waffenstillstand lehnten sie ab, da der Winter von selbst Waffenruhe auferlege, der König aber für das Frühjahr freie Hand behalten wollte. Bezeichnend sind die Worte, mit denen die Minister ihren Bericht über diese Zusammenkunft mit Repnin schließen: „— der Vorschlag Rußlands (nämlich wegen Beitritts des Reichs) hat offenkundig den Zweck, dieser Macht dauernden Einfluß auf die deutschen Angelegenheiten unter einem anständigen Vorwand zu sichern. Uns scheint dies den Interessen Ew. Majestät nicht entgegen zu sein, wohl aber wird es Schwierigkeiten machen, die Höfe von Wien und Versailles, ja das Reich selbst dazu zu bringen. —"[93])

In der Weisung vom 6. Januar über die Repnin zu erteilende Antwort sprach sich der König gegen einen Congreß an einem neutralen Orte aus, wie er meinte in Uebereinstimmung mit Frankreich und Oesterreich; er billigte die Ablehnung des Waffenstillstandes, den er erst nach Unterzeichnung der Präliminarien gewähren wollte, und bestand auf einer genauen Angabe der Entschädigung Sachsens, die ebenso wenig Schwierigkeiten machen könne wie die anderen kleinen Aenderungen, um die man gebeten habe und die Repnin kenne. Er hoffte auf keine Hindernisse mehr zu stoßen, da ja die einzige bedeutsame Abweichung vom französischen Entwurf die Forderung wegen Sachsens war. Auch er sah den Beitritt des Reichs als vorteilhaft an, vermutete aber Widerspruch von Seiten Frankreichs; doch gab er Befehl, unter der Hand in diesem Sinne zu wirken, um dann überraschend auf dem Reichstage damit hervortreten zu können. Noch an demselben Tage verfaßten die Minister die Antwort

[93]) Finckenstein und Hertzberg an den König. Breslau, 5. Januar 1779. R. 96. 201. E.

und übergaben sie Repnin. Die Entscheidung über die Art der Verhandlung überließ der König darin den vermittelnden Mächten und wegen des Beitritts des Reichs zu dem Friedensvertrag versprach er nach Eingang der russischen Antwort auf die preußische „vorläufige Entgegnung" bei Frankreich Schritte zu thun.[94])

Aus der Art, wie die Verhandlungen über den Frieden bisher geführt worden waren, ging hervor, daß Frankreich die treibende Kraft war. Breteuil hatte sich der Leitung bemächtigt, indem er zuerst mit formulirten Entwürfen hervortrat und diese, nachdem sie den Wünschen des Staatskanzlers entsprechend abgeändert worden waren, als Vermittlungsvorschläge nach Breslau sandte. War es an sich schon für Preußen nicht vorteilhaft, daß der Verbündete des Gegners die Führung übernahm, so mußte ihm das Einvernehmen Breteuils mit Kaunitz erst recht bedenklich sein und auf engsten Anschluß an Rußland hinweisen. Die diplomatische Lage war für Preußen nicht günstig, denn Breteuil, offenbar ein sehr selbständiger Charakter, suchte durch die Begünstigung Oesterreichs die Gunst der Königin zu erwerben und dadurch seinem Ziele, der Erlangung eines Ministerpostens in Versailles, näher zu kommen; die Abänderung der ihm zugesandten Entwürfe beweist, wie weit er seine Selbständigkeit auszudehnen wagte. Die russischen Diplomaten thaten nichts ohne Weisung ihres Hofes und da Petersburg weit entfernt, die Verbindung schlecht und unsicher war, fiel es der französischen Politik nicht schwer, sich zunächst noch in der Führerstellung zu behaupten. Hertzberg erkannte die darin liegende Gefahr und warnte den König. Er wies darauf hin, daß Frankreichs Bestreben, Rußland nur eine Nebenrolle spielen zu lassen, in Petersburg Mißfallen erregen werde und empfahl deshalb, nicht mehr wie bisher vorwiegend mit Breteuil und de Pons zu verhandeln, was ja auch den Interessen des Staates kaum förderlich sei. Er riet, von der Verhandlung durch diplomatischen Notenwechsel abzugehen, da sichere Nachrichten meldeten, daß der Kaiser und Kaunitz im Sinne hätten, die Unterhandlungen in die Länge zu ziehen und dann unter irgend einem Vorwand abzubrechen, wozu ihnen der schriftliche Verkehr die beste Gelegenheit biete. Ueberdies wünscht der Petersburger Hof die Abhaltung eines Congresses, es kann ihm aber nicht gleichgültig sein, wenn Preußen seine Vorschläge abweist und die Frankreichs ausnahmslos annimmt. Einen feierlichen Congreß in einer entlegenen Reichsstadt wollte freilich auch Hertzberg nicht, aber die direkte Beratung der Beteiligten und der ver-

---

[94]) Preußische Antwort auf Repnins Memoire vom 5. Januar. Breslau, 6. Januar. Entwurf. R. XI. Bayern 32.

mittelnden Mächte durch Bevollmächtigte in einer neutral zu erklärenden Grenzstadt Oberschlesiens, Böhmens oder Sachsens schien ihm das zweckmäßigste Mittel, rasch zum Ziele zu kommen. Da könne ein thätiger und verständiger Minister in einem Monat die Geschäfte mehr fördern, als es der schriftliche Verkehr eines Vierteljahrs vermöge, und er würde sich innerhalb vierzehn Tagen klar sein, ob der Wiener Hof ernstlich den Frieden wolle oder nicht. Wenn Oesterreich die preußischen Abänderungen annehme, was Hertzberg nicht für wahrscheinlich hielt, so sei der Grund gelegt und die Beratungen unter den beteiligten Parteien müßten beginnen, ohne welche Fragen, wie die Entschädigung Sachsens, nie geregelt werden könnten. In ein bis zwei Monaten, jedenfalls vor Beginn eines neuen Feldzugs, werde der Congreß zu Ende sein; während desselben könne der König, um der Kaiserin Katharina einen Gefallen zu thun, einen Waffenstillstand mit festem Endtermin, etwa den 1. April, eintreten lassen. Er schlug ferner, um Rußland zu lebhafterer Teilnahme an der Vermittlung zu veranlassen, vor, mit Repnins Unterstützung Galizin in Wien in die Verhandlungen mit Breteuil hinein zu ziehen.[95])

Friedrich teilte diese Ansicht seines Ministers nicht. Er meinte zwar, wenn Frankreich etwa aus Eifersucht auf Rußland von der Vermittlung zurücktreten wollte, so wäre das kein Unglück, aber er habe auch keinen Anlaß sich über sein Vorgehen zu beklagen; man müsse abwarten, wie die preußischen Abänderungsvorschläge aufgenommen würden. Dagegen verlange Rußland einen Waffenstillstand, auf den er ebenso wenig eingehen könne, wie auf die anderen Ideen; „es gibt Niemanden, der ungeschickter zu Verhandlungen ist als die Russen, und niemals würde ich wagen, ihnen allein meine Interessen anzuvertrauen."

Wie zeitraubend der schriftliche Verkehr der Diplomaten war, mußte der König jetzt selbst erfahren. Am 31. Dezember hatten die Cabinetsminister dem Marquis de Pons die vorläufige Antwort übergeben, aber erst am 16. Januar traf die österreichische Gegennote vom 11. in Breslau ein. Repnin überreichte sie den Ministern mit dem Rat, die Entgegnung nicht zu übereilen, sondern die Ansicht des russischen Hofes abzuwarten und sich in der Zwischenzeit mit den Beteiligten in Verbindung zu setzen. Die Weigerung des Wiener Hofes auf die Wünsche des Königs einzugehen, sei, wie er meinte, nicht ganz ernst zu nehmen und die Worte, man werde sich auf wesentliche Aenderungen nicht einlassen, böten doch die Möglichkeit zu Unterhandlungen über nicht-wesentliche Aenderungen.

---

[95]) Hertzberg an den König. Breslau, 6. Januar. R. 96, 201 E. (Siehe Beilage No. 29). — Der König an Hertzberg. 6. Januar. R. XI. Bayern 32.

Trotzdem erregte die vollständige Zurückweisung der Vorschläge, die Bezeichnung des ersten französischen Entwurfs als Ultimatum des Wiener Hofs, als Zusammenfassung der äußersten Zugeständnisse Ueberraschung und Bestürzung. Finckenstein und Hertzberg berichteten sofort an den König und sprachen offen aus, daß dies Verfahren keine sehr friedfertige Gesinnung bekunde; im Uebrigen trugen sie die Rathschläge Repnins vor und befürworteten Maßregeln, um den Kurfürsten von der Pfalz zu den Verhandlungen heranzuziehen.[96])

Obwohl Hertzberg selbst diesen Bericht verfaßt hatte, sandte er an demselben Tage zwei Sonderberichte an den König, worin er seine eigenen Gedanken vortrug. In dem ersteren zeigte er, daß es jetzt nur drei Möglichkeiten gebe; entweder bedingungsloses Eingehen auf die Forderungen des Ultimatums, oder Fortsetzung des Krieges, oder aber Annahme des Vorschlages, die bayrische Succession vor die Reichsversammlung zu bringen. Er entschied sich für den letzten Ausweg unter Hinzufügung der Bedingung, daß die Nachfolge in Anspach-Baireuth erst bei ihrem Eintritt dem Reiche vorgelegt werde. Von dieser Lösung versprach er sich große Vorteile, denn er glaubte nicht, daß das Reich in die Zerstückelung Bayerns willigen werde, und selbst wenn es geschah, traf den König nicht der Vorwurf, sich durch die Zustimmung zu den Plänen des Wiener Hofes die fränkische Nachfolge erkauft zu haben. Die Entscheidung des Reiches in dieser Frage aber könne für Preußen bei der Gerechtigkeit seiner Sache nur günstig ausfallen. Lehne nun Oesterreich diesen neuen Vorschlag ab, so habe es die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges zu tragen und Preußen könne der moralischen Unterstützung des Reiches und der Garanten des Westfälischen Friedens sicher sein. Er erbot sich, in diesem Sinne ein wohlbegründetes Ultimatum abzufassen und zwar in solchen Ausdrücken, daß es im Falle der Annahme als Grundlage der weiteren Verhandlungen dienen könne.[97])

Der zweite Bericht setzt die Annahme der in dem ersten vorgetragenen Idee durch den König voraus und handelt von der Nachfolge in Jülich und Berg, auf die Preußen nach der Note des Wiener Hofes von neuem zu Gunsten des pfälzischen Hauses verzichten sollte. Hertzberg kam nun auf den am 9. Januar 1778 gemachten Vorschlag zurück, aus der durch Frankreichs Haltung im siebenjährigen Kriege bewirkten Aufhebung der preußischen Garantie für die pfälzische Nachfolge in den Herzogtümern

---

[96]) Finckenstein und Hertzberg an den König. Breslau, 17. Januar. R. XI. Bayern 32.

[97]) Hertzberg an den König, Breslau, 17. Januar. R. XI. Bayern 32.

Nutzen zu ziehen; er selbst wollte den Herzog von Zweibrücken, wenn ihm der König die Erlaubnis gebe, im Geheimen zu dem Versprechen veranlassen, sobald er die pfälzische Kurwürde erlange, dem Hause Brandenburg das Herzogtum Berg abzutreten gegen die kleinen Gebiete Geldern und Mörs und gegen Verzicht auf das Herzogtum Jülich. Diese neue Erwerbung Preußens, die sich durch reiche Industrie und blühenden Handel auszeichne, werde der Grafschaft Mark erst ihren vollen Wert geben und den preußischen Anteil am Rheinufer auf dreißig Meilen vergrößern; durch die Herstellung der Verbindung zwischen den alten Besitzungen werde sich dort eine zusammenhängende, abgerundete Provinz bilden, die durch ihre eignen Mittel sich behaupten und als Bollwerk Deutschlands gegen Westen dienen könne.[98])

Ueber eine Beratung der Minister mit dem König am 18. Januar liegen mehrere kurze Notizen und eine ausführliche Darstellung Hertzbergs vor, die er wohl zum eignen Gebrauch, vielleicht bei einer geplanten zusammenhängenden Arbeit, niedergeschrieben hat. Danach war Friedrich entschlossen, Rußlands Ansicht zu hören, bevor er sich über Annahme oder Ablehnung des österreichischen Ultimatums entschied, schon aus dem Grunde, weil er die Kaiserin nicht beleidigen und auch verhindern wollte, daß der Wiener Hof Preußen in Petersburg der Bevorzugung Frankreichs beschuldige. Das rücksichtslose Verfahren in Betreff der sächsischen Entschädigung glaubte er zurückführen zu können auf das Bestreben Oesterreichs, dem Kurfürsten von Sachsen das preußische Bündnis zu verleiden. Die Entscheidung des Reichstags über die beiden Hauptfragen verwarf er, da der Kaiser in Regensburg immer auf Stimmenmehrheit zählen könne. Hertzberg widersprach dieser Behauptung und bestritt ihre Richtigkeit wenigstens für den vorliegenden Fall, gestand indes doch die Möglichkeit zu, daß die Fürsten schwach genug seien, sich gewinnen zu lassen; doch treffe den König dann keine Schuld an dem, was geschehe. Er wiederholte mündlich die bereits schriftlich vorgebrachten Gründe gegen die Abtretung von Burghausen und zeigte, daß der Wiener Hof sich selbst ins Unrecht setzen würde, wenn er den preußischen Vorschlag nicht annehme und den Krieg fortsetze. Das Gespräch kam dann auf die Lausitz. Hertzberg, in dem Glauben, daß die Kaiserin-Königin, ohne Schwierigkeiten zu machen, auf die nur nominellen Oberlehensrechte über sächsisches Gebiet verzichten werde, riet, nicht auf der Aufgabe des Rückkaufsrechtes zu bestehen; er wollte auch von der Geldzahlung Oesterreichs absehen, aber immer wieder

---

[98]) Hertzberg an den König. Breslau, 17. Januar. R. 1. Conv. 124. vol. 6. Siehe Beilage No. 31.

sprach er gegen Herausgabe von Burghausen, die Bayern politisch, militärisch und finanziell zu großen Nachteil bringen werde. Der König erkannte dies wohl und führte selbst an, wie wichtig die Plätze Braunau und Schaerding seien. Von Jülich und Berg erwähnte Friedrich nichts, sondern gab alle drei Berichte vom 17. den Ministern zurück. — Da über die Conferenz vom 18. nur Hertzbergs Aufzeichnung vorliegt, der diese Darstellung entnommen ist, fehlt eine Controlle für die Richtigkeit des Gesagten. Es liegt nahe, zu vermuten, daß der Minister für den Aufschub der Antwort an den Wiener Hof und für das Abwarten der Aeußerung Rußlands seinem Herrn die Beweggründe unterschiebt, die er in seinem Bericht für dies Verhalten geltend gemacht hat. Da der Verkehr des Monarchen mit den Ministern, der Wichtigkeit der Sache entsprechend, vorwiegend persönlich war, sind die Weisungen Friedrichs an das Departement wenig zahlreich und aus den vorhandenen läßt sich über die wahren Gründe der Verzögerung nichts erkennen. Immerhin ist es möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß der begründete Rat, sich mehr an Rußland als an Frankreich zu halten, Eindruck auf den König gemacht hat.[99])

In den nächsten Tagen scheinen in Breslau bedeutungsvolle Entschließungen gefaßt worden zu sein. Der König befreundete sich allmählich mit dem Gedanken eines Congresses, für den Riedesel als Vertreter Preußens und Teschen als Versammlungsort in Aussicht genommen wurde. Da er erkannte, daß die Ablehnung der österreichischen Forderungen die Erneuerung des Krieges zur Folge haben würde, gab er in allen Punkten nach und bestand nur darauf, daß Sachsen seitens des Kurfürsten von der Pfalz mit einem kleinen Gebiet in Schwaben und einigen Millionen in Baar entschädigt werde. Die Stellung Hertzbergs war unter diesen Umständen wenig erfreulich. Mit Repnin stand er damals offenbar in schlechtem Einvernehmen, denn er beschuldigte den Fürsten der blinden Parteinahme für die Kaiserin-Königin, ehe er überhaupt deren Meinung kenne. Es handelte sich nämlich um die Frage der Zulassung des preußischen Vertreters zu den Congreßverhandlungen. Nach den früheren russischen Vorschlägen sollten, wie erwähnt, die Bevollmächtigten der beteiligten bezw. kriegführenden Staaten nur als Ratgeber der beiden Vermittler dienen, selbst aber niemals zu Beratungen zusammen treten. Dem gegenüber bestanden die preußischen Minister auf unmittelbarem Anteil an allen Conferenzen. Ferner wollte Repnin keine Aenderung an der Einleitung

---

[99]) Hertzbergs Aufzeichnung. Ohne Ort und Tag. R. 92. Hertzberg 51. Siehe Beilage No. 32.

des pfälzisch-österreichischen Vertragsentwurfs zugeben, da nur der vorgelegte Text die Würde der Kaiserin-Königin nicht verletze. Hertzberg war überzeugt, daß es nur der Haltung der vermittelnden Mächte zuzuschreiben sei, wenn Oesterreich hartnäckig auf den gestellten Bedingungen bestehe. Am Empfindlichsten kränkte ihn, daß er selbst voraussichtlich nicht auf dem bevorstehenden Congreß mitwirken sollte und er trug sich mit dem Gedanken, um seinen Abschied zu bitten.[100]) An Riedesel schrieb er: „Ich habe gethan, was Diensteifer und Pflichtgefühl mir zu thun geboten; für Alles, was nun geschieht, wasche ich meine Hände in Unschuld; ich kann einmal nicht gegen den Strom schwimmen." Mit Bezug auf Riedesels Wunsch, daß dem Herzog von Zweibrücken eine Erhöhung der Apanage von Seiten des Kurfürsten von der Pfalz bewilligt werde, äußerte er: „Man würde dies zweifellos zur Bedingung habe machen können für den verlangten Verzicht auf Jülich und Berg, aber da ja alle Forderungen der Höfe von Wien und Versailles einfach angenommen worden sind, kann man jetzt keine neuen Bedingungen machen", und er fügte hinzu: „Im Ganzen habe ich wenig Einfluß auf diese Unterhandlung und erhebe keinen Anspruch daran teilzunehmen."[101])

Obwohl der Courier aus Petersburg noch nicht eingetroffen war, befahl der König den Ministern, eine Antwortnote zu entwerfen, die an Repnin gerichtet, aber für den Wiener Hof bestimmt sein sollte. Nach einer Beratung mit dem russischen Abgesandten fertigte Hertzberg einen Entwurf an, der mit einigen Aenderungen Finckensteins am 29. dem König vorgelegt und von ihm gebilligt wurde. Der Inhalt war folgender: Preußen willigt in die Abtretung Burghausens an Oesterreich ohne Uebernahme eines Schuldenanteils und verspricht sogar, sich um die Zustimmung des Herzogs von Zweibrücken zu dieser Abtretung zu bemühen, wenn Oesterreich auf alle weiteren Ansprüche verzichtet; es besteht auch nicht mehr auf der Geldzahlung Oesterreichs zu Gunsten des Kurfürsten von Sachsen, erwartet aber, daß der Wiener Hof und die vermittelnden Mächte andere Wege zur Befriedigung dieses Fürsten angeben. Der König verwahrt sich dagegen, daß er noch immer die Absicht hege, die Lausitz durch Tausch zu erwerben und läßt die Forderung, daß die Kaiserin-Königin ihre Rechte auf dies Land aufgebe, fallen. Wohl aber hofft er nunmehr, daß die böhmische Krone zu Gunsten des sächsischen Hauses

[100]) Hertzberg an den Prinzen von Preußen. Breslau, 24. Januar. R. 92. Hertzberg 51. Siehe Beilage No. 33.

[101]) Hertzberg an Riedesel. Breslau, 25. Januar. R. 1. Conv. 123. Siehe Beilage No. 34.

ihren Lehensrechten in den verschiedenen Teilen von Sachsen, mit Ausnahme der Lausitz, entsage, um so mehr als diese Rechte bedeutungslos sind und ihre Abtragung wiederholt angeboten worden ist. Das mecklenburgische Haus soll vom Kaiser das privilegium de non appellando illimitum erhalten. Der König erklärt sich bereit, wegen der Garantie der Nachfolge in Jülich-Berg unter den früheren Bedingungen mit dem Herzog von Zweibrücken in Verbindung zu treten, verwahrt sich aber dagegen, daß diese Angelegenheit mit dem Friedensvertrag etwas zu thun habe. Neben dem Kaiser soll auch das Reich auf vorheriges Ansuchen aller Beteiligten den Verträgen beitreten. Als Zweck der gegenwärtigen Verhandlungen bezeichnet der König die sachliche Feststellung des Vertragsinhalts; Form und Wortlaut sollen erst bei den weiteren Beratungen in einer Niemanden schädigenden Weise festgesetzt werden. Und zum Schluß erklärt er nun seinerseits diese Bedingungen als sein Ultimatum. — Die Absendung wurde aber auf Repnins Wunsch noch aufgeschoben, sei es, weil der Fürst erst die Rückkehr des Couriers aus Petersburg abwarten wollte, wie er behauptete, sei es, um Zeit und Gelegenheit zu bekommen, den Inhalt der Note zu ändern. In zwei Beratungen mit den Cabinetsministern setzte er es durch, daß der Abschnitt, der über die böhmischen Lehen handelte, dahin abgeändert wurde, daß der König jetzt die Kaiserin-Königin ersuchte, den Verzicht auf Schönburg unmittelbar zu Gunsten Sachsens, anstatt von Kurpfalz, eintreten zu lassen und auf ihre übrigen Lehensrechte in Sachsen, ausschließlich der Lausitz, auszudehnen. Dadurch wurde die Fassung milder, die Aufgabe der Lehenshoheit war nicht mehr eine conditio sine qua non und ihre Verweigerung bedeutete nicht die Verwerfung des Ultimatums. In dieser Gestalt erhielt Repnin am 10. Februar die preußische Note und sandte sie in Begleitung eines gemeinsam mit den Ministern aufgesetzten Schreibens an Breteuil. Letzteres faßte den Inhalt der Note kurz zusammen, hob die Nachgiebigkeit des Königs hervor und drückte den Wunsch aus, daß die Kaiserin-Königin freiwillig den Lehensrechten in Sachsen entsage.[102]) Die Antwort des russischen Hofes war zwar auch jetzt noch nicht angelangt, doch ließen die Nachrichten von Solms keinen Zweifel über die Gesinnung der Kaiserin, so daß auch Repnin nichts mehr gegen die Absendung des Ultimatums einwendete. Der Courier kam erst am 18. Februar an.

Trotzdem Friedrich in allen Punkten nachgegeben hatte, glaubte er

---

[102]) Finckenstein und Hertzberg an den König. Breslau, 6. Februar. R. 96. 201 E. — Note pour le Prince de Repnin. 10. Febr. Abschr.; Repnin an Breteuil 10. Febr. Abschr. R. XI. Bayern 32.

nicht, daß es zum Frieden kommen werde. Als Gründe für diese Ansicht führte er an die Uebereinstimmung des Kaisers mit Kaunitz, die gelungene Herbeischaffung des zur Fortsetzung des Krieges erforderlichen Geldes, die Furcht Josefs, durch die Herausgabe Bayerns zu viel von seinem Ansehen zu verlieren, und das übergroße Vertrauen auf die Armee. „Wenn ich wetten sollte, würde ich es thun für die Fortsetzung des Krieges, denn alle Nachrichten bringen Anzeichen davon. Die alte Therese wird von ihrem Sohn und Kaunitz zum Narren gehalten, und Sie werden sehen, wie durch irgend einen Winkelzug, würdig Ferdinands des Katholischen, die Herren in Wien schließlich die Verhandlung abbrechen.“ [103])

Es zeigte sich indes bald, daß die Unterhandlungen zwar wohl zum Frieden führen, ihre Ergebnisse aber keinen Teil ganz befriedigen würden. Sachsen klagte darüber, daß Preußen seine Interessen vernachlässige, und schätzte seine Allodialansprüche auf eine ungeheure Summe; der Herzog von Zweibrücken verwahrte sich gegen die Zergliederung Bayerns; der Kurfürst von der Pfalz wollte Sachsen nur 400000 Gulden zahlen. Diesen Klagen gegenüber beharrte Friedrich auf dem Entschluß, das Wohl seines Staates dem Interesse Anderer voranzustellen und jede mögliche Erleichterung für den Friedenschluß eintreten zu lassen. Als Goltz aus Paris meldete, der französische Hof wünsche, daß Sachsens Entschädigung nur in Geld erfolge und zwar durch jährliche Abschlagszahlungen, war er bereit trotz seiner ernsten Absicht, den Dresdener Hof zufrieden zu stellen, auch hierin nachzugeben.

Inzwischen hatte Breteuil in Wien das preußische Ultimatum übergeben. Sein Inhalt wurde mit Genugthuung aufgenommen und sofort ergingen Befehle an die im Marsche nach dem Kriegsschauplatz befindlichen Truppen, Halt zu machen; man sah den Frieden als gesichert an. Kaunitz' Note an Breteuil gab dieser Stimmung Ausdruck und erkannte an, daß kein Hindernis mehr dem Zusammentritt der Bevollmächtigten entgegenstehe. Die Kaiserin-Königin erklärte, in München ihren Einfluß zu Gunsten Sachsens geltend machen und bei dem Kaiser für die Uebertragung des privilegium de non appellando an Mecklenburg Fürsprache einlegen zu wollen; sie weigerte sich dagegen, auf ihre Lehenshoheit über sächsisches Gebiet — mit Ausnahme der Grafschaft Schönburg — zu verzichten.[104])

Umsonst bemühten sich Galizin und Breteuil, eine Aenderung dieses Entschlusses herbeizuführen, Maria Theresia blieb bei ihrer Weigerung,

---

[103]) Der König an Finckenstein. Reichenbach, 10. Februar. Entw. R. 96. 201 E.

[104]) Note pour Mr. le B. de Breteuil. Wien, 16. Februar. Copie. R. 1. Conv. 124. vol. 5.

sei es aus Abneigung gegen das mit Preußen verbündete Sachsen, sei es um die Krone Böhmen des äußeren Glanzes nicht zu berauben, den die Oberlehenshoheit über zahlreiche Güter in allen Teilen des sächsischen Landes verlieh. Der Note des Staatskanzlers sandte Breteuil ein Schreiben an Repnin nach, worin er Troppau oder Jägerndorff oder, wenn der König diese Orte nicht räumen wolle, Teschen als Congreßort vorschlug. Er riet, jetzt gleich Schritte zu thun wegen des Waffenstillstandes, der vielleicht mit der Räumung der besetzten feindlichen Gebiete verbunden werden könne.

Am 20. Februar meldete Finckenstein dem König die Annahme des preußischen Ultimatums. Friedrich war um so mehr erfreut darüber, als in den letzten Tagen wieder vielfach die Rede gewesen war von dem russischen Hülfscorps, das sich bei Polonna versammelte, und er mit Besorgnis an die großen Kosten dachte, die ihm dasselbe, vermutlich ohne Nutzen zu bringen, verursachen werde. Er schrieb an den Minister: „Dies Ereignis erlöst mich aus hundert Verlegenheiten, denen ich sonst ausgesetzt gewesen wäre." Als die größte Verlegenheit sah er die russische Militär-Convention an, mit der er nun definitiv verschont zu bleiben hoffte. Auch er gab Befehl zur Einstellung weiterer Kriegsvorbereitungen und wies den Minister für Schlesien, von Hoym, an nachzudenken, wie man die Artilleriepferde am Vorteilhaftesten verkaufe.[105])

Aber bald trat wieder ein Umschlag der Stimmung ein, wie es so oft bei dem alternden König der Fall war. Die Gleichgültigkeit, mit der die österreichische Note über die Entschädigung Sachsens hinwegging, erweckte in ihm den Verdacht, man werde versuchen, hierdurch die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen. Denn dies war der einzige Punkt, in dem er nicht nachzugeben entschlossen war; entweder Mindelheim, Wiesensteig und zwei Millionen Thaler in Baar oder vier Millionen Thaler verlangte er für seinen Bundesgenossen. Er beauftragte die Minister, dem russischen und französischen Bevollmächtigten hiervon Mitteilung zu machen und sie zu Vorstellungen am Wiener Hofe zu veranlassen. Als Drohung für Kurpfalz sollte die Nichterneuerung der Garantie Jülichs und Bergs angewendet werden.[106])

Am 22. Februar fand eine Conferenz der Minister mit Repnin statt. Der Fürst fand es begreiflich, daß der König nicht auf die sofortige

---

[105]) Der König an Finckenstein. Silberberg, 21. Februar. R. 1. Conv. 123. vol. 2.

[106]) Der König an Finckenstein und Hertzberg. Silberberg, 22. Februar. R. 1. Con. 123. vol. 2.

Zurückziehung der Truppen eingehen wolle, da er den Feind fast vollständig von preußischem Boden verjagt habe, und schlug vor, den gegenwärtigen Besitzstand, der bis zum Friedensschluß aufrecht erhalten bleiben solle, der Waffenruhe zu Grunde zu legen; er wünschte auch zu wissen, ob Teschen als Congreßort genehm wäre. Um in Wien förmlich die Zustimmung Preußens zum Zusammentritt der Bevollmächtigten mitteilen zu können, ersuchte er um eine kurze Note.

Jetzt mußte die Frage entschieden werden, wer als Bevollmächtigter Preußens an dem Congreß teilnehmen sollte. Sie war, wie erwähnt, schon im Januar erörtert und nicht zu Gunsten Hertzbergs beantwortet worden. Die Wahl des Freiherrn von Riedesel wurde begünstigt dadurch, daß der Wiener Hof seinen früheren Vertreter in Berlin, Grafen Ludwig Cobenzl für den Congreß in Aussicht genommen hatte; doch war sie noch nicht beschlossen, denn selbst Finckenstein scheint sich Hoffnung gemacht zu haben. Er schrieb von Breslau aus an den Cabinetsrat Coeper, der sich im Hauptquartier zu Silberberg befand, er selbst sei bereit zu Allem und werde stolz darauf sein, auf Befehl des Königs nach Teschen gehen zu dürfen; aber er glaube, daß der König Hertzberg mit dieser Aufgabe betraue; und sein College werde wohl auch unter den gegenwärtigen Umständen sich weniger schwierig zeigen als zu Beginn der Verhandlungen, namentlich wenn ihm der König seine Meinung hierüber klar mache und ihn anweise, den Friedensschluß nicht mit Spitzfindigkeiten und Formalitäten aufzuhalten. — Diese Worte sind ein Beweis dafür, wie wenig Verständnis der Büreaukrat Finckenstein für die Genialität Hertzbergs besaß und von welch' kleinlichem Gesichtspunkt er den Kampf beurteilte, den jener nicht aus Vergnügen am Widerspruch, sondern als Vertreter bedeutsamer Prinzipien durchfocht. Außerdem kann man doch wohl als sicher annehmen, daß Finckenstein wußte, wie wenig Aussicht Hertzberg hatte und daß wahrscheinlich Riedesel entsendet werden würde; so betrachtet, erscheint selbst das zweifelhafte Lob in jenen Zeilen als Heuchelei, vielleicht dazu bestimmt, den Vorwurf zu entkräften, daß er den Amtsgenossen bei Seite geschoben habe. Der König hatte mittlerweile Riedesel schon für diesen Posten bestimmt und es handelte sich darum, wer an zweiter Stelle zu ernennen sei, falls Oesterreich noch einen Vertreter sendete.[107])

Diese Wahl sah Hertzberg als eine berechnete Zurücksetzung an. Es schmerzte ihn, daß er von dem glücklichen Abschluß der Verhandlungen fern gehalten wurde, an deren Leitung er während des ganzen Krieges

---

[107]) Finckenstein an Coeper. Breslau, 22. Februar. R. 96. 201 E. — Coeper an Finckenstein. Silberberg, 23. Februar. R. 1. Conv. 123.

den Hauptanteil gehabt hatte, denn er hielt sich wegen seiner genauen Kenntnis aller Vorgänge für den berufenen Vertreter des preußischen Interesses, der allein im Stande sei, den Frieden, wenn auch nicht so ruhmreich wie in Hubertsburg, so doch mit Ehren zu Stande zu bringen. Seine Absicht war gewesen, in Teschen nicht nur die Nachfolge in Anspach und Baireuth, sondern, wenn möglich, die von Jülich und Berg nach dem Aussterben der wenigen Mitglieder der Zweibrücken'schen Linie dem Hause Brandenburg zu sichern. Die Richtigkeit des Satzes, daß Preußen sich in der Wahl seines Bevollmächtigten nach dem Wiener Hof richten müsse, bestritt er; die Verträge von Breslau und Dresden seien von einem Staatsminister geschlossen worden und sie selbst hätten in Braunau mit einem im Range Niedrigerstehenden verhandelt. In einem Schreiben an den König legte er dies Alles dar und erklärte, daß er vielleicht den Frieden hätte schließen können ohne besondere Weisungen, daß er aber außer Stande sei, einem Anderen genügende Instructionen zu geben. Da mithin seine Dienste nutzlos und überflüssig seien, bitte er um die Erlaubnis, nach Berlin zurückzukehren, um dort seine geschwächte Gesundheit wieder herzustellen. Wenn der König aber auch auf seine späteren Dienste verzichten wolle, so werde er sich nach erhaltenem Bescheid auf sein Landgut begeben. — Dieses Entlassungsgesuch sandte er an Coeper mit der Bitte, ihm nicht etwa eine gnädige Antwort, denn eine solche erwarte er nicht, sondern nur, wenn möglich, einen nicht schimpflichen Bescheid zu verschaffen; seine Lage sei unerträglich, Kummer und körperliche Leiden bedrohten ihn täglich mit einem Schlaganfall, der einzige Ausweg sei der Rücktritt von den Staatsgeschäften. Trotzdem werde er noch den Friedensvertrag anfertigen, wie er ja auch die Friedensverträge mit Rußland, mit Schweden, zu Hubertsburg und den polnischen Teilungsvertrag geschlossen habe.[108])

Ein stolzes Selbstbewußtsein spricht aus diesen beiden Schriftstücken, und ein hoher Patriotismus, gleichzeitig aber auch tiefe Unzufriedenheit, daß das so ruhmreich begonnene Unternehmen König Friedrichs so wenig rühmlich enden sollte. Hertzberg scheint die Hoffnung aufgegeben zu haben, daß unter dieser Regierung Oesterreichs Hochmuth gedemütigt werde, und erwartungsvoll richtete er seine Blicke auf die Zukunft. Dem Prinzen von Preußen schrieb er gelegentlich der Uebersendung einer in Wien erschienenen boshaften Darstellung des letzten preußischen Feldzugs: nichts scheine darin richtig zu sein, als das gerechte Urteil über die Beendigung desselben durch den Prinzen. Er sei von der Ueberzeugung durchdrungen,

---

[108]) Hertzberg an den König; an Coeper. Breslau, 24. Februar. R. 96. 201 E. Siehe Beilagen No. 37 und 38.

daß das Haus Oesterreich einst noch durch fühlbarere Beweise die Ueberlegenheit des brandenburgischen Hauses und des Geistes seiner Fürsten erkennen werde, und er wünsche nur jung genug zu sein, um dies erleben zu können.[109])

Nicht nur ehrenvoll, sondern gnädig beantwortete der König das Entlassungsgesuch des Ministers. Nicht als Mangel an Vertrauen zu Hertzberg wollte er Riedesels Ernennung angesehen wissen, sondern als ein Zeichen völliger Gleichstellung mit dem Wiener Hofe, der durch Cobenzls Wahl die Riedesels veranlaßt habe; sollte man aber in Wien die Entschließung ändern und einen höhergestellten Beamten, etwa einen Staatsminister senden, so könne Hertzberg darauf rechnen, daß allein ihm Preußens Interessen anvertraut würden. Solange aber eine derartige Ernennung nicht erfolgt sei, müsse er es als eine Selbsterniedrigung ansehen, wenn er mit einem einfachen Gesandten auf gleichem Fuße verhandeln sollte; das sei gerade so, als wenn der König einen Generallieutenant absende, um mit einem fremden Generalmajor zu verhandeln. Zum Schluß versicherte Friedrich den Minister seines fortdauernden Wohlwollens.[110])

Noch einmal faßten die Freunde des Ministers, die Vertreter der Verbündeten Preußens, Mut; als aber die Nachricht eintraf, daß Cobenzls Ernennung erfolgt sei, war die Enttäuschung um so größer; „alle unsre Hoffnungen sind vernichtet“ schrieb Hofenfels an Hertzberg.[111])

Mit dem königlichen Schreiben war das Entlassungsgesuch hinfällig geworden und Hertzberg begann sofort mit der Ausarbeitung des Friedensvertrags. Da der französische Entwurf von beiden Teilen angenommen war, legte er ihn zu Grunde und stellte jedem einzelnen Abschnitt die gewünschten Veränderungen mit eingehender Begründung gegenüber. Die so commentirten Entwürfe des preußisch-österreichischen und des österreichisch-pfälzischen Vertrags gingen am 28. Februar dem König zu, der sie durchsah, einige Bemerkungen beifügte und zurücksandte. Diese beiden Aktenstücke legen Zeugnis ab von der Sorgfalt, mit der Hertzberg über Preußens Ehre und Vorteil wachte und verdienen nähere Betrachtung. In dem Hauptvertrage sind die Aenderungen meist formeller Art; doch sind einige Zusätze von Bedeutung. So erwähnte Hertzberg nicht nur, wie vorgeschlagen, den Frieden von Hubertsburg, sondern auch die Verträge von

[109]) Hertzberg an den Prinzen von Preußen. Breslau, 11. Februar. Entw. R. 92. Hertzberg 51. S. Beilage No. 35.

[110]) Der König an Hertzberg. Silberberg, 25. Februar. R. 92. Hertzberg 51.

[111]) Hofenfels an Hertzberg. Breslau, 3. März. R. 92. Hertzberg 51. Siehe Beilage No. 39.

Breslau, Berlin und Dresden, die dadurch bestätigt und erneuert wurden, denn grade diese Verträge begründeten das Recht Preußens auf Schlesien und enthielten den feierlichen Verzicht des Hauses Oesterreich auf diese Provinz, den man als durch den gegenwärtigen Krieg umgestoßen ansehen konnte. Hierzu schrieb Friedrich: „das ist durchaus notwendig und man muß darauf bestehen." Den Artikel über die Räumung des besetzten Gebietes nach dem Friedensschluß erweiterte er durch Erwähnung des Waffenstillstandes und stellte es der Entscheidung des Königs anheim, ob nicht an Stelle der genauen Abrechnung über die beiderseitigen Auslagen für die Gefangenen die Annahme treten solle, daß die Auslagen auf beiden Seiten gleich seien. Die Forderung, daß beim Zusammentritt des Congresses die österreichischen Truppen den herauszugebenden Teil Bayerns räumen sollten, nahm er nicht auf, da er an ihrer Annahme zweifelte. Artikel 4 sprach von „Ansprüchen des österreichischen Hauses auf die bayrischen Herzogtümer." Da Preußen aber diese Ansprüche nicht anerkannte, schlug Hertzberg vor, die Worte „die Regelung der Streitigkeiten, die sich erhoben haben über österreichische Ansprüche auf einen Teil der Hinterlassenschaft des verstorbenen Kurfürsten von Bayern" zu gebrauchen und fügte hinzu, daß der hierüber zwischen Pfalz und Oesterreich abzuschließende Vertrag ausdrücklich garantirt werde von der Kaiserin von Rußland, dem König von Frankreich und dem König von Preußen, denn nach seiner Ansicht forderte es Preußens Stellung zur bayrischen Erbfolge, daß es grade diese Convention gewährleiste. Auch hier gab Friedrich durch eine Bemerkung sein Einverständnis kund. Artikel 5 galt der Befriedigung des Kurfürsten von Sachsen. Es war der Wunsch Friedrich Augusts, wenigstens als vertragschließender Teil genannt zu werden, wenn er auch den Hauptvertrag nicht unterzeichnen durfte; die an dieser Stelle vorgeschlagene Aenderung sollte diesen Wunsch erfüllen. Auch für den pfälzisch-sächsischen Vertrag sollte neben die Garantie Rußlands und Frankreichs die Preußens treten. Der neu eingeführte Artikel 6 bestimmte das privilegium de non appellando als Ersatz für Leuchtenberg dem Herzog von Mecklenburg. Dem Abschnitt über die Nachfolge in Anspach-Baireuth fügte Hertzberg die Bestimmung zu, daß Preußen über diese Lande nach erfolgtem Anfall beliebig verfügen könne. — In einer eingehenden Betrachtung über den im französischen Entwurf stipulirten Austausch der böhmischen Lehen in den Markgrafschaften gegen die anspach'schen Lehen in Oesterreich war Hertzberg zur Erkenntnis gekommen, daß dieser Austausch am besten unterbleibe und die preußische Forderung der Freigabe der böhmischen Lehen fallen gelassen werde. Der neue Artikel 9 enthielt das Ansuchen an den Kaiser und das Reich, dem Friedensvertrag und

den zugehörigen Conventionen beizutreten und dem Inhalt ihre Zustimmung zu geben, wodurch auch die preußische Nachfolge in Anspach-Baireuth reichsgesetzlich festgestellt wurde. Im Schlußabschnitt wurden die vermittelnden Mächte gebeten, die Garantie des Friedensvertrags und der Conventionen zu übernehmen.[112])

Prinzipiell bedeutsamer sind die Aenderungen und Zusätze zu der zwischen Oesterreich und Kurpfalz zu schließenden Convention. Der Entwurf Breteuils bezeichnete diese als die Consequenz des Vertrags vom 3. Januar 1778. Aber diesen Vertrag erkannte Preußen ebenso wenig an, wie die österreichischen Ansprüche auf Bayern, man hätte ihn deshalb am Besten gar nicht erwähnen sollen. Hertzberg hatte ursprünglich eine Fassung vorgeschlagen, die gegen die Ansprüche und den Vertrag polemisirte, dann aber den milderen Text seines Collegen angenommen, in welcher die vorliegende Convention bezeichnet wurde als das Ergebnis der Notwendigkeit, sich auf friedlichem Wege und unter Zuziehung des Herzogs von Zweibrücken über die bayrische Succession zu verständigen. Dadurch sollte gleichzeitig der Herzog als vertragschließender Teil mit aufgenommen werden. Den Artikel 1 über die Räumung des bayrischen Gebiets und über den Verzicht der Kaiserin-Königin auf den Rest des Herzogtums erweiterte Hertzberg durch die ausdrückliche Befreiung des Kurfürsten von der Pfalz von allen Verpflichtungen, die ihm der Januarvertrag auferlegt hatte, und durch die Ausdehnung der österreichischen Verzichtleistung auf alle Teile der bayrischen Hinterlassenschaft, also auch auf die Oberpfalz. In den folgenden Artikeln wurde neben dem Kurfürsten der Herzog von Zweibrücken jedesmal besonders genannt, wodurch der frühere Artikel 7 über den Beitritt des Herzogs wegfiel. Ein neuer Art. 7 bestimmte, daß die Räumung Bayerns durch die österreichischen Truppen und der Uebergang von Burghausen an Oesterreich unmittelbar nach der Ratifikation des Vertrags zu erfolgen habe; Hertzberg stellte dem König die Festsetzung eines Endtermines für die Räumung anheim.[113])

Mit diesen Abweichungen von den französischen Entwürfen war Repnin nicht einverstanden, er bekämpfte sie, allerdings meist erfolglos, in den Conferenzen mit den preußischen Ministern, da sie nur Streitig-

---

[112]) Projet d'un traité de paix etc. additions et changements à proposer de la part du Roi. R. XI. Bayern 32. Hertzbergs Gutachten über den Austausch der Lehen in Anspach-Baireuth, vom 25. Februar. R. 1. Conv. 124. vol. 5.

[113]) Projet d'arrangement etc. Changements et additions à proposer de la part du Roi. R. XI. Bayern 32.

keiten und Zeitverlust verursachen würden. Besonders lebhaft trat er ein für die von Breteuil vorgeschlagene Einleitung der pfälzischen Convention und zwar angeblich auf ausdrücklichen Befehl seiner Herrin, da allein diese Fassung die Würde der Kaiserin-Königin unverletzt bewahre. Er nahm dafür den Hertzberg'schen Artikel 1 an und behauptete, daß nach der hierin ausgesprochenen Lösung der aus dem Januarvertrage hervorgehenden Verpflichtungen die Erwähnung dieses Vertrages selbst dem Ansehen und der Ehre Preußens keinen Eintrag thun könne. Die am 18. Februar durch den Courier aus Petersburg überbrachten Depeschen waren die Ursache zu dieser Nachgiebigkeit Repnins gegen Oesterreichs Wünsche. Die Minister erwähnten die Differenzen mit Repnin in ihrem gemeinsamen Bericht vom 28. Februar und beriefen sich zur Rechtfertigung der vorgenommenen Aenderungen auf die letzte Note des Wiener Hofes, die anerkannte, daß die Abfassung der Verträge sich nur richten solle nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit gegen alle Beteiligten, nicht aber nach dem Wortlaut der Entwürfe. — An der scharfen Ausdrucksweise des Berichts erkennen wir Hertzberg als den Verfasser. Bemerkenswert für Finckensteins Charakter ist seine Aeußerung über den Streit mit Repnin in dem Sonderbericht von demselben Tage: „Ich muß bei dieser Gelegenheit Ew. Majestät melden, daß zwischen Repnin und dem Staatsminister Hertzberg eine Meinungsverschiedenheit über einige Artikel der von uns angefertigten Vertragsentwürfe bestanden hat." Die Beteiligung an den neuen Entwürfen nimmt er also für sich in Anspruch; entweder hat er nun die von ihm zuerst gebilligten Aenderungen sofort auf Repnins Drängen aufgegeben — dann ist seine Behauptung, daß eine Differenz zwischen Repnin und Hertzberg allein bestanden habe, richtig — oder er hat, wofür die von ihm entworfene Vorrede des pfälzischen Vertrags spricht, in einigen Punkten nachgegeben, im Ganzen aber seinen und seines Collegen Standpunkt behauptet — und wagt jetzt nicht dem König die Wahrheit zu bekennen, daß auch er nicht derselben Ansicht sei wie der russische Abgesandte. Daß er seinen Namen unter Hertzbergs Bericht setzte, ist kein Beweis für seine völlige Uebereinstimmung mit dem Inhalt desselben, um so weniger, als er einen Sonderbericht verfaßte. Unwillig schrieb der König auf Hertzbergs Vorschläge, die in den Anmerkungen der Bedenken Repnins Erwähnung thaten: „Die Kaiserin von Rußland will nur den Frieden und kümmert sich kaum darum, ob er dauerhaft ist oder nicht; Hertzberg hat Recht, wenn er an die Zukunft denkt und verhindern will, daß beim Tode des Pfälzers die Oesterreicher von neuem dem Zweibrücker die Nachfolge in Bayern streitig machen; hier liegt die Entscheidung und davon darf man nicht abgehen; wenn man es ehrlich meint, darf man

uns dabei keine Schwierigkeiten machen."[114]) Wie sehr Friedrich das Drückende seiner Lage empfand, geht hervor aus einem Schreiben an den sächsischen Gesandten Grafen Zinzendorff: „Ich befinde mich in fürchterlicher Enge zwischen Rußland und Frankreich einerseits, die einen raschen Friedensschluß wünschen, und der österreichischen Anmaßung andrerseits, die es schon als eine besondere Herablassung ansieht, daß sie einen Teil ihres Raubes in Bayern herausgibt; und dabei dürfen wir Niemanden vor den Kopf stoßen."[115])

Am 2. März erhielten die Minister die Entwürfe zurück in Begleitung einer Cabinetsordre vom 1. März. Friedrich war mit den hauptsächlichsten Aenderungen einverstanden und erklärte, nicht davon abgehen zu können, wenn ihm selbst die Oesterreicher das Messer an die Kehle setzten. Einige Artikel, die ihm weniger wichtig schienen, nahm er in der alten Fassung an, doch bestand er auf der Erwähnung der preußisch-österreichischen Friedensverträge seit seinem Regierungsantritt, auf der Entschädigung Sachsens und auf der Bestimmung, daß die Räumung Bayerns gleichzeitig mit der des besetzten preußischen Gebietes beginne. Die Grenze der Gefälligkeit gegen Rußland müsse durch die Wahrung des preußischen Interesses bestimmt werden.[116])

Die nächste Aufgabe der Minister war die Anfertigung der Weisung für den Congreßbevollmächtigten, Baron von Riedesel; und Hertzberg unterzog sich ihr, trotzdem er in seinem Entlassungsgesuch sich für unfähig erklärt hatte, einen Andern genügend zu instruiren. Doch zuvor machte er noch einen letzten Versuch, den König umzustimmen und seine Entsendung nach Teschen durchzusetzen. In einem Schreiben an den König vom 3. März, demselben Tage, da Riedesel in Breslau eintraf, stellte er die ungünstige Gesinnung Repnins vor, die von dem russischen Hofe nicht geteilt werde, sondern hervorgehe aus der persönlichen Hinneigung des Fürsten zum Wiener Hofe. Nachdem dieser alle Bestimmungen beseitigt habe, die den Frieden erträglich machen konnten, wolle er jetzt dem König auch einen Wortlaut der Verträge vorschreiben, der dem Interesse der Verbündeten und dadurch Preußen selbst nachteilig sei. Da also von den

---

[114]) Finckenstein und Hertzberg an den König; Finckenstein an den König. Breslau, 28. Februar. R. 96. 201 E. Die letzten Worte des Königs auf der Rückseite des Hertzberg'schen Entwurfs lauten: „— voela le Crinominon dont il ne faut pas S'ecartér, de bonne foy on ne doit pas nous Chicanér la Dessus."

[115]) Der König an Graf Zinzendorff. Silberberg, 28. Februar. Copie. R. 1. Conv. 123. vol. 2.

[116]) Der König an Finckenstein und Hertzberg. Silberberg, 1. März. R. XI. Bayern 32. — an Finckenstein. R. 1. Conv. 123. vol. 2.

beiden vermittelnden Ministern der Vorteil Preußens nicht berücksichtigt, vielmehr absichtlich hintan gesetzt werde, liege die Vertretung desselben allein in den Händen des preußischen Bevollmächtigten. Dieser schwierigen Aufgabe sei aber Riedesel nicht gewachsen. Zu dem Mangel der notwendigen Vertrautheit mit den Verhältnissen komme sein schwacher Charakter, seine Nachgiebigkeit gegen den Wiener Hof, die von Kaunitz sogar öffentlich rühmend erwähnt worden sei im Gegensatz zu der schroffen Haltung des Berliner Ministeriums. Hertzberg wollte nicht zugestehen, daß der König seiner Würde etwas vergeben haben würde, wenn er ihn, obwohl er Staatsminister sei, dem Grafen Cobenzl gegenüber gestellt hätte; um die Form zu wahren, hätten sich schon Auswege finden lassen. Indes bestehe er nicht länger darauf, obwohl ihm ein gewisses Recht zustehe auf die Ehre diesen Frieden zu schließen, die er stets als Belohnung seiner Mühen erstrebt habe mit dem Wunsche, den Abschluß so günstig wie möglich zu gestalten.[117]) Des Königs Antwort wiederholte die schon früher angeführten Gründe für Riedesels Wahl und bezeichnete die Vertretung der preußischen Interessen durch Hertzberg zwar als wünschenswerth, aber unmöglich. Man müsse die Instruction Riedesels so fassen, daß die persönlichen Schwächen des Gesandten keinen Einfluß ausüben könnten.

Die ausführliche Weisung für Riedesel, die Hertzberg mit Benützung des gesammten Schriftwechsels zwischen dem Berliner Hofe und den vermittelnden Mächten anfertigte, rekapitulirt kurz die Verhandlungen seit der Uebergabe der französischen Entwürfe und deren Ergebnis, das den Ausgangspunkt der Congreßberatungen bilden sollte. Die wichtigste Frage, die unumgängliche Bedingung für den Friedensschluß ist die gerechte Entschädigung Sachsens, — gleichzeitig bietet sie allein dem Wiener Hof Gelegenheit, wenn er es nicht ehrlich meint, die Unterhandlung zu durchkreuzen. Die Kriegspartei, mit dem Kaiser und Kaunitz an der Spitze, braucht nur insgeheim den pfälzischen Hof zum Widerstand gegen die sächsischen Forderungen zu reizen, wie dies, aus den unannehmbaren Anerbietungen des Gesandten Grafen Toerring-Seefeldt zu schließen, augenblicklich schon zu geschehen scheint. — Am 1. März hatte nämlich der genannte pfälzische Bevollmächtigte dem Fürsten Repnin in Breslau eine Denkschrift überreicht, die das Angebot einer einmaligen Zahlung von 400000 Gulden an Sachsen als Abfindungssumme enthielt. Die sächsischen Forderungen hatte am 4. März Zinzendorff zusammengefaßt und den preußischen Ministern übergeben, damit sie in die Instruction Riedesels

---

[117]) Hertzberg an den König. Breslau, 3. März. R. 96. 201 C. Die Antwort des Königs. Silberberg, 4. März. R. 92. Hertzberg 51. S. Beilage No. 40.

aufgenommen würden. — Als das einzige Mittel, eine Vereinbarung hierüber zu Stande zu bringen, sieht die Weisung den von Repnin gemachten Vorschlag an, wonach die vermittelnden Mächte die Entschädigung Sachsens teils in Landgebiet, teils in Geld festsetzen und diese Festsetzung den Höfen von Dresden und München als Ultimatum vorlegen. Der König hat versprochen, den Kurfürsten von Sachsen zur Herabminderung seiner Forderung auf 4 Millionen Thaler zu veranlassen, von denen 2 Millionen nach dem Vorschlag des französischen Cabinets in Jahresraten baar gezahlt, für die beiden anderen Millionen die Herrschaften Mindelheim und Wiesensteig abgetreten werden sollten unter Herauszahlung des Betrags, den diese weniger als 2 Millionen wert sind, ferner sollte Schönburg von Pfalz an Sachsen weitergegeben werden. Ebenso hat der König es übernommen, den Herzog von Zweibrücken zur Einwilligung in die Abtretung Burghausens zu bestimmen. — Der Baron Riedesel hat also seine Aufmerksamkeit zu richten auf den Friedensvertrag, auf die pfälzisch-österreichische und die pfälzisch-sächsische Convention; die beiden letzteren müssen zuerst behandelt werden, da sie Teile des Hauptvertrags bilden sollen. Von der pfälzisch-österreichischen Vereinbarung hängt in letzter Linie Alles ab. Eigentlich ist der preußische Bevollmächtigte nicht befugt, für sie einen Vertragsentwurf vorzulegen, da diese Angelegenheit aber das Interesse des Königs nahe berührt, erhält der Gesandte wenigstens einen Entwurf mit Anmerkungen zu seiner Information. Die Vornahme von Aenderungen an dem ursprünglichen Texte rechtfertigt sich durch die Rücksicht auf die Rechte, Interessen und Grundsätze der vertragschließenden Parteien; die Einwände gegen die von Preußen vorgeschlagenen Abweichungen, die Schwierigkeiten, auf die sie stoßen, hat der Gesandte dem König vorzulegen. — Die wichtigste Urkunde, die zugleich die beiden andern in sich aufnimmt, ist der preußisch-österreichische Friedensvertrag, dessen abgeänderter Entwurf des Königs Wünsche enthält, die zum Teil schon die Zustimmung des Wiener Hofes gefunden haben. Auch hier ist bei etwaigen Schwierigkeiten sofort Bericht an den König zu erstatten. Ein besonderes deutsches Memoire mit einer Aufzählung der böhmischen Lehen in den Markgrafschaften hat zur Grundlage zu dienen für den vorgeschlagenen Austausch, doch muß der Wiener Hof die Lehen namentlich anführen, auf die er verzichtet. — Der Herzog von Zweibrücken hat in Breslau den Wunsch kundgegeben, daß die bayrisch-pfälzischen Hausverträge in einem Vertragsartikel garantirt würden. Dies Verlangen ist begründet und durch das Verhalten des Kurfürsten von der Pfalz gerechtfertigt; Rußland und Frankreich scheinen es zu billigen, deshalb soll auch der preußische Bevollmächtigte einen förmlichen Antrag des zwei-

brückischen Vertreters Freiherrn von Hofenfels unterstützen, zunächst allerdings nur, um zu sehen, wie weit die Kaiserin-Königin ihr Versprechen erfüllt, alle gerechten und vernünftigen Vorschläge dieses Fürsten freundlich aufzunehmen. Im Falle der Weigerung des Wiener Hofes hierauf einzugehen kann der Herzog die Garantie der einzelnen contrahirenden Mächte nachsuchen.

Da Rußland nicht nur vermittelnde Macht, sondern auch der Verbündete des Königs ist, muß der russische Bevollmächtigte Fürst Repnin mit besonderer Rücksicht behandelt werden. Durch ihn kann man Einfluß auf die anderen Congreßteilnehmer ausüben, namentlich auf den französischen Botschafter. Aber die Rücksicht darf zu keinem Schritt verleiten, der unvereinbar ist mit der Würde des Königs und mit dem Wortlaut dieser Weisung. Auch Breteuil darf nicht vernachlässigt und der Schein von Offenheit und Vertrauen muß ihm gegenüber gewahrt werden. Doch ist Vorsicht am Platze, da er eine ausgesprochene Vorliebe für Oesterreich hat. Seine Behandlung erfordert große diplomatische Gewandtheit. Das Verhalten gegen die andern Congreßbevollmächtigten wird sich richten nach den Beziehungen der betreffenden Staaten zu Preußen. Die gemeinsame Aufgabe, mitzuarbeiten an der Wiederherstellung des Friedens, verlangt einen äußerlich höflichen Verkehr mit Graf Cobenzl, aber die größte Zurückhaltung und Vorsicht ist zu beobachten, um bei seinem Hofe, dessen Aufrichtigkeit selbst bei dieser Unterhandlung nicht über allen Zweifel erhaben ist, keinen Anstoß zu erregen. Ebenso muß der pfälzische Gesandte behandelt werden, der sich doch nur nach den Winken Oesterreichs richtet, der von dem in München allein gebietenden österreichischen Baron Lehrbach ausgewählt ist und kaum anders als ein anständiger Spion angesehen werden kann. Dagegen ist eine gewisse Offenheit den Vertretern Sachsens und Zweibrückens gegenüber angebracht, namentlich da Hofenfels bei seiner Gewandtheit und Klugheit manche nützliche Mitteilung über die Vorgänge bei den andern Ministern und ihren Unterbeamten machen kann. Bei allem Entgegenkommen aber darf man sich nicht zu Schritten verleiten lassen, die nur dem Sondervorteil jener Staaten zu Gute kommen, den Zielen und Grundsätzen des Königs indes nachteilig sind.

Vor Allem kommt es bei den Verhandlungen darauf an, auf der einen Seite den Ruhm und die Würde des Königs zu wahren, auf der anderen Seite den Verdacht zu zerstören, als sei Preußens Friedensliebe nicht aufrichtig, — d. h. also den richtigen Mittelweg zu finden zur Herbeiführung eines dauerhaften Friedens. Da die pfälzisch-sächsische Uebereinkunft die einzige ernstliche Schwierigkeit bietet, hat der Minister

sich um diese besonders zu bemühen und die pfälzischen Vertreter durch Vorstellungen und Warnungen derselben geneigt zu machen.

Vom französischen Hof ist die Erneuerung der Convention von 1741 über Jülich und Berg vorgeschlagen worden. Aus Rücksicht auf den König von Frankreich und aus Freundschaft für den Herzog von Zweibrücken hat der König sich hierzu bereit erklärt, er will auch den Kurfürsten von der Pfalz in den neuen Vertrag aufnehmen, aber nur, wenn die Verhandlungen unter Ausschluß des Wiener Hofes allein mit dem pfälzischen Hause unter französischer Vermittlung geführt werden. Die einzige Bedingung für die Erneuerung des Verzichts ist die ebenfalls zu erneuernde Garantie des preußischen Besitzes von Schlesien durch Pfalz und besonders durch Frankreich. Diese Weisungen haben aber nur Anwendung zu finden, wenn der pfälzische oder der französische Bevollmächtigte die Garantiefrage der Herzogtümer berührte, der preußische Gesandte darf diese Angelegenheit nicht zur Sprache bringen. — Zum Schluß wird Riedesel angewiesen, häufig, richtig und eingehend an den König zu berichten und dem Departement die Duplikate zuzusenden.[118])

Bereits am 3. März war die Note des Fürsten Kaunitz, welche die Annahme Teschens als Congreßort, die offizielle Ernennung Cobenzls, die Genehmigung des Waffenstillstandes auf Grund des status quo und die Zusicherung der Kaiserin-Königin, in München ihren Einfluß zu Gunsten der Abfindung Sachsens geltend zu machen, mitteilte, in Breslau eingetroffen. Mit der Festsetzung des Beginns der Waffenruhe auf den Tag des Zusammentritts der Bevollmächtigten in Teschen, den 10. März, war Maria Theresia einverstanden; da aber Galizin meldete, sie würde für jeden Tag, um den die Feindseligkeiten früher aufhörten, dankbar sein, setzte der König den Anfang des Stillstandes bei seiner Armee auf den 7., bei der des Erbprinzen von Braunschweig auf den 8. und bei den Truppen in Sachsen auf den 9. März an. Wenn er aber in diesen Aeußerlichkeiten sich zuvorkommend zeigte, so blieb er doch fest, wo sein Interesse in Frage kam: das erneute Verlangen Repnins, daß die französische Fassung der Einleitung zum pfälzisch-österreichischen Vertrag Anwendung finde, lehnte er jetzt wie vorher ab. Am 6. März kehrte Friedrich von Silberberg nach Breslau zurück; damit waren die kriegerischen Operationen des bayrischen Erbfolgekrieges zu Ende.[119])

Die Bevollmächtigten für den Friedenskongreß traten am 10. März

---

[118]) Instruction für Riedesel. Breslau, 4. März. R. 1. Conv. 124. vol. 5.

[119]) Finckenstein und Hertzberg an den König. Breslau, 3. März. R. 96. 201 E. — Der König an Finckenstein und Hertzberg. Silberberg, 4. März. R. XI. Bayern 32.

in der von den kriegführenden Teilen für neutral erklärten Stadt Teschen zusammen. Es waren Fürst Repnin und Baron Breteuil als Vertreter der vermittelnden Mächte, Freiherr von Riedesel für Preußen, Graf Zinzendorff für Sachsen, Freiherr von Hofenfels für Zweibrücken, Graf Toerring-Seefeldt für Kurpfalz. Als Bevollmächtigter Oesterreichs erschien der Bankvizepräsident Graf Philipp Cobenzl, da sein Oheim Graf Ludwig Cobenzl, der frühere Gesandte in Berlin, erkrankt war.

Die Verhandlungen nahmen sofort in zwanglosen Zusammenkünften der Gesandten ihren Anfang. Breteuil und Repnin einigten sich zunächst über die Entschädigung Sachsens, die 4 Millionen Thaler betragen sollte; es war nur die Frage, ob Mindelheim und Wiesensteig als Ersatz für die Hälfte dieser Summe angesehen oder ob der Wert der beiden Herrschaften abgeschätzt werden sollte. Der König verlangte, um Verzögerungen zu verhindern, die Festsetzung einer bestimmten Summe und schlug eine Million Thaler vor, so daß noch drei baar zu zahlen blieben und zwar in Jahresbeträgen von 300,000 Thalern. Wie vorauszusehen war, kam es hierüber zu Streitigkeiten. Die vermittelnden Minister unterstützten Preußens Forderung, aber der Kurfürst von der Pfalz ging nicht über sein früheres Gebot von 400,000 Gulden hinaus. Friedrich glaubte an dieser Hartnäckigkeit den Einfluß des Wiener Hofes zu erkennen und war entschlossen, eher den Kampf wieder aufzunehmen, als an der Summe von 4 Millionen etwas nachzulassen. Am 19. März übergaben Breteuil und Repnin den Vertretern von Sachsen und Kurpfalz das Ultimatum, welches die Entschädigungssumme auf 4 Millionen Thaler gleich 6 Millionen Gulden festsetzte. Bald jedoch stellte es sich heraus, daß auf eine Landabtretung an Sachsen nicht zu rechnen sei, wie dies der pfälzische Gesandte bei Empfang des Ultimatums bereits geäußert hatte; Breteuil glaubte, daß alle Schwierigkeiten durch Annahme der Baarzahlung gehoben würden und auch Hofenfels sprach sich dafür aus. Zinzendorff wollte allerdings nicht darauf eingehen und widerstand allen Vorstellungen. Aber selbst die Summe in baar, für die Preußen den Kurfürsten von Sachsen zu gewinnen suchte, hatte wenig Aussicht in München Annahme zu finden; deshalb beschlossen Repnin und Breteuil in Wien anzufragen, welche Zwangsmittel man ergreifen könne für den Fall der Ablehnung des Ultimatums; sie dachten daran, daß sächsische Truppen einen Teil des von den Oesterreichern zu räumenden Gebietes in der Oberpfalz besetzen und als Faustpfand bis zur Auslösung behalten sollten. Riedesel riet, von dem Wiener Hofe eine Erklärung zu verlangen, daß er die zu ergreifenden Zwangsmaßregeln gegen den Kurfürsten billige. (30. März.) Finckenstein und Hertzberg schlugen vor, Oesterreich solle den Bezirk

Straubing behalten, bis der Kurfürst nachgebe. Am 31. März traf die Antwort aus München ein: sie gewährte nur 2 Millionen Thaler, aber der französische Geschäftsträger am Hofe Karl Theodors teilte mit, man habe ihm unter der Hand eine weitere Million Gulden zugesichert, so daß man wohl mit Bestimmtheit auf die endliche Bewilligung der geforderten Summe rechnen könne. Von neuem schrieb Breteuil an den Kurfürsten und warnte ihn, sich länger dem Willen der vermittelnden Mächte zu widersetzen. Am 11. April traf dann auch die Nachricht in Teschen ein, daß die Summe bewilligt sei und in Jahresraten von 350,000 Gulden innerhalb 24 Jahren getilgt werden sollte. Es kam nun noch zu Erörterungen über die Höhe der Teilzahlungen, Breteuil wollte 400,000, Repnin 500,000 Gulden festsetzen; nachdem der letztere Betrag auch von dem König angenommen worden war, wurde der Vertrag entworfen und der Entwurf abermals als Ultimatum nach München geschickt. Noch einmal drohte ein Rangstreit zwischen den beiden Kurfürsten Schwierigkeiten zu bereiten, er wurde jedoch auf Grund der Goldenen Bulle und des Westfälischen Friedens zu Gunsten von Pfalz entschieden, da der Grundsatz, daß die Kurfürsten wie die Könige unter einander gleich seien, sich als unzutreffend erwies. Nachdem auch die Höhe der Teilzahlungen von Karl Theodor angenommen war, konnte der pfälzisch-sächsische Vertrag gleichzeitig mit dem Friedensvertrag unterzeichnet werden. —

Es ist bemerkenswert, wie verhältnismäßig geringe Aufmerksamkeit Hertzberg der Frage der sächsischen Entschädigung während des Congresses zuwandte; allerdings war er sicher, daß der König hierin nicht nachgeben werde, und er mag deshalb seinen Blick wesentlich auf die Punkte gerichtet haben, bei denen er nicht so bestimmt von der Festigkeit seines Herrn überzeugt war.

Hierzu gehörten eine Anzahl von Abänderungen, die Hertzberg an dem französischen Wortlaut der Vertragsentwürfe gemacht und die Riedesel gleich bei Beginn der Beratungen dem Congreß vorgelegt hatte. Für sehr wesentlich sah Hertzberg die vorgeschlagene Umgestaltung des Vorworts zum pfälzisch-österreichischen Vertrage an, und da Breteuil die von Finckenstein herrührende Fassung verwarf, gedachte er seine erste Fassung zur Annahme zu bringen. Breteuil aber bestand auf der Beibehaltung des ursprünglichen Wortlautes, während Riedesel und Repnin an dem festgestellten preußischen Texte festhielten. Allerdings war auf Repnins dauernde Unterstützung in dieser Frage nicht zu zählen; blieb Breteuil noch weiter hartnäckig, so mußte auch jener auf Befehl seines Hofes nachgeben. Ueber die zu beobachtende Haltung kam es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den preußischen Cabinetsministern. Finckenstein

riet, dem Fürsten Repnin zu schreiben, man hoffe, daß der Wiener Hof die preußische Formel annehme, und wolle daher die Antwort desselben abwarten; er erklärte seinem Collegen, er könne die französische Formel nicht als unbedingt schädlich für das Interesse und die Würde des Königs ansehen; es sei aber zu befürchten, daß man durch Unnachgiebigkeit die Verhandlung zum Scheitern bringe und selbst die vermittelnden Mächte sich zu Feinden mache. Hertzberg dagegen wollte an Repnin schreiben, man könne sich nicht vorstellen, daß der Wiener Hof die Annahme einer der Würde des Königs durchaus nachteiligen Fassung zur unumgänglichen Bedingung mache und eine andere zurückweise, die unschuldig sei und Niemanden verletze; man hoffe daher, der Fürst werde auch fernerhin dem preußischen Texte seine Unterstützung gewähren, und sei von der Wirksamkeit überzeugt. Da Finckenstein von seiner Ansicht nicht abging, schickte Hertzberg einen Sonderbericht an den König. Er berief sich darauf, daß der Monarch selber durch eine eigenhändige Resolution die von dem Grafen Finckenstein vorgenommene Abänderung des französischen Wortlauts gebilligt und deren Beibehaltung angeordnet habe. Das abgeänderte Project sei nach Wien geschickt worden, doch habe man noch keine Antwort von dort erhalten. Lasse man nun Repnin, der sich auf wahrscheinlich nicht vorhandene Befehle seines Hofes berufe, nur die geringste Hoffnung auf Nachgiebigkeit, so werde er den Wiener Hof in seiner Hartnäckigkeit noch bestärken. Der Wortlaut der französischen Vorrede widerspreche aber, wie in den Anmerkungen zu den Vertragsentwürfen schon ausgeführt war, allzu sehr der Ehre des Königs und der Sicherheit des pfälzischen Hauses, denn er bedeute die Anerkennung des Januarvertrages als die Grundlage der jetzt zu schließenden Convention. Dagegen lasse der preußische Text die Rechtsfrage unentschieden und widerstrebe weder der Würde noch den Grundsätzen des Wiener Hofes. Die Besorgnis, daß es hierüber zum Bruch kommen könne, bezeichnete Hertzberg als unbegründet; wolle man aus diesem Grunde nachgeben, dann möge man sich gleich allen Launen des Gegners fügen. Man habe genug gethan, um dem Wiener Hofe nicht zu nahe zu treten; nun müsse man Repnin jede Aussicht auf Bewilligung seines unzeitigen Verlangens zerstören. Zum Schluß erklärte er, daß es ihm an Riedesels Stelle nicht schwer fallen würde, das Gesagte den vermittelnden Ministern und sogar dem österreichischen Bevollmächtigten klar zu machen, der übrigens jetzt nicht ein Kammerherr, sondern ein kaiserlicher wirklicher Geheimrat und im Rang etwa einem preußischen Staatsminister gleich sei. — Friedrich entschied sich für die Annahme der von Breteuil geforderten ursprünglichen Fassung des französischen Entwurfs und teilte den beiden Ministern diesen Entschluß ohne Begründung mit;

an Hertzberg allein aber schrieb er: „Da es an mir ist, in dieser Sache, die mich allein angeht, zu entscheiden, werden Sie es nicht sonderbar finden, wenn ich bei deren Erledigung meinen Ideen und meiner Laune folge." [120])

Es kam dem König und Finckenstein gewiß überraschend, als Riedesel am 31. März meldete, der Wiener Hof habe in dem jetzt auch seinerseits mehrfach abgeänderten Texte der Entwürfe die preußische Fassung des Vorworts angenommen. Hertzberg sah darin einen Beweis für die Richtigkeit seiner Ansicht, daß allein durch zähes Festhalten etwas von Oesterreich zu erlangen sei; und wie er früher (18. März) an Riedesel geschrieben hatte, er wünsche, daß die Festigkeit des Königs in der sächsischen Entschädigungssache sich auch auf die übrigen Vertragspunkte erstrecke, so sprach er jetzt als seine Meinung aus, daß man mit etwas mehr Hartnäckigkeit auch den Bezirk Burghausen hätte retten können.

Eine weitere Forderung, die Hertzberg dem Friedensvertrag angefügt hatte, war die Garantie des Königs für den pfälzisch-österreichischen und den pfälzisch-sächsischen Traktat. Aber schon am 16. März berichtete Riedesel an Finckenstein, Repnin scheine die Hinzufügung der preußischen Garantie so aufzufassen, als ob man die Garantie Rußlands und Frankreichs nicht als genügend betrachte, und halte das Verlangen für unvereinbar mit der Würde seines Hofes. In Folge dessen ermächtigte eine Weisung der Minister auf königlichen Befehl den Vertreter in Teschen, von der Forderung der Garantie beider Verträge abzustehen, wenn er auf unüberwindliche Hindernisse stoße; die Gewährleistung durch Frankreich und Rußland sei das Wichtigste; und am 18. April erging der Befehl, definitiv die Garantiefrage fallen zu lassen. Auch hier war Hertzberg der Ansicht, die gestellte Bedingung sei so lange aufrecht zu erhalten, bis die Gefahr eines Bruches eintrete; wolle man aber nachgeben, so dürfe Repnin erst im letzten Augenblicke davon Kenntnis erhalten.

Diejenige Angelegenheit, auf welche Hertzberg die größte Sorgfalt verwandte, war die Erhöhung der Apanage des Herzogs von Zweibrücken. Als Graf Goertz von seiner Sendung an den herzoglichen Hof nach Berlin zurückgekehrt war, hatte er in seinem Schlußbericht an den König sich über die ungünstige finanzielle Lage dieses Fürsten eingehend ausgesprochen und die Gefahr erwähnt, die entstehen würde, wenn dessen Gläubiger mit

---

[120]) Finckenstein an Hertzberg. Breslau, 24. März; Hertzberg an Finckenstein s. d. R. 92. Hertzberg 51. — Finckenstein an den König. 24. März. Hertzberg an den König. 25. März. R. 96. 201 E. — Der König an Finckenstein u. Hertzberg. Breslau, 25. März. R. 1. Conv. 124 vol. 3.; — an Hertzberg. 25. März. R. 92. Hertzberg 51.

Unterstützung oder auf Antrieb des Wiener Hofes gegen ihn vorgingen.[121]) Am 5. Januar schrieb Goertz an Finckenstein und rühmte die Haltung des Herzogs während des bayrischen Erbfolgestreites, das Vertrauen, mit dem er seine persönlichen Angelegenheiten in die Hände des Königs gelegt, die Festigkeit, mit der er die vorteilhaften Anerbietungen des Wiener Hofes zurückgewiesen habe; es sei daher wünschenswert, daß man ihm als Anerkennung und zugleich als Entschädigung für die Verkleinerung Bayerns einen persönlichen Vorteil etwa in Gestalt einer Jahrespension von 150—200,000 Gulden verschaffe, die der Kurfürst von der Pfalz zu zahlen habe; denn allein dem Proteste des Herzogs habe Karl Theodor es zu verdanken, daß er überhaupt etwas von Bayern zurückerhalte. — Die Fürsprache des Grafen hatte zunächst keinen Erfolg, denn wenn auch der König dem Herzog die angeratene Unterstützung wollte zu Teil werden lassen, so gedachte er doch nicht, durch diese neue Forderung den Gang der Vorverhandlungen aufzuhalten, sondern behielt sich ihre Geltendmachung für die späteren Beratungen vor. Als nun Mitte Februar die Friedensaussichten sich günstiger gestalteten, erneute Goertz seine Vorstellungen, da der Herzog im Falle der Ablehnung einer Pension genötigt sein würde, sich dem Wiener Hof in die Arme zu werfen, um die von den Gläubigern drohende Gefahr zu beschwören. Da der Herzog aber über kurz oder lang Kurfürst von der Pfalz und von Bayern werden mußte, war seine Stellungnahme von hoher politischer Bedeutung. — Es ist nicht unwahrscheinlich, daß Goertz sich in Zweibrücken insgeheim verbindlich gemacht hatte, in irgend einer Weise zur Erleichterung der drückenden Schuldenlast beizutragen.[122]) In diesem Bestreben fand er bei Hertzberg Unterstützung, während Finckenstein, wie immer vorsichtig und bedächtig, antwortete, die Begünstigung des Herzogs sei zwar sehr wünschenswert, aber alle derartigen Wünsche, die mit der eigentlichen Verhandlung nichts gemein hätten, könnten nur auf dem Wege diplomatischer Vorstellung geltend gemacht werden; vielleicht biete sich eine Gelegenheit bei der Erneuerung der Convention von 1741.

Auf dem Teschener Congreß brachte Hofenfels die Apanage seines Herrn zur Sprache, doch schadete seine Heftigkeit und sein ungestümes Drängen der Sache sehr wesentlich; der Herzog verlangte, wie Riedesel am 24. März berichtete, die Grafschaft Falckenstein, die Oesterreich ihm im Frühjahr 1778 als Preis für seinen Beitritt zum Januarvertrag angeboten hatte, als Geschenk vom kaiserlichen Hofe und von dem Kurfürsten

[121]) Goertz' Schlußbericht. Berlin, 29. April 1778. R. XI. Bayern 29.

[122]) Goertz an Finckenstein. Berlin, 5. Januar, 16. Februar. R. XI. Bayern 35.

von der Pfalz die jährliche Zahlung einer Summe von 300,000 Thalern. Riedesel erhielt Weisung, die Forderung des zweibrück'schen Vertreters zu unterstützen, der König fügte aber ausdrücklich hinzu, daß die Befriedigung des Herzogs für ihn kein conditio sine qua non sei. Hertzberg hätte gerne gesehen, daß dies Verlangen auf gleiche Stufe mit der Entschädigung Sachsens gestellt werde und befürwortete die Aufnahme in das von den vermittelnden Ministern zu verfassende Ultimatum an den Münchener Hof, doch ohne Erfolg. Er beauftragte in Folge dessen den preußischen Bevollmächtigten, das Interesse des Herzogs, das auch dem Prinzen von Preußen am Herzen liege, bei den Ministern von Rußland, Frankreich und Kurpfalz zu vertreten, Breteuil und Repnin auch besonders darauf hinzuweisen, daß die Erhaltung des Herzogs nothwendig sei zur Begründung eines mächtigen Bundes gegen das Uebergreifen der Macht Oesterreichs.[123]) Eine gemeinsame Weisung der Minister wiederholte den Befehl, Hofenfels zu unterstützen. Aber hier ging es wie bei den anderen Forderungen Preußens, sobald Repnin und Breteuil sahen, daß der König schließlich nachgeben werde, unterstützten sie Riedesel nur schwach oder gar nicht mehr. Noch einmal versuchte Hertzberg den König für die Einfügung der geforderten Apanage in ein Ultimatum zu gewinnen in einer Denkschrift, die er über die Mittel zur Erzwingung der sächsischen Entschädigung verfaßte, doch scheint dies Aktenstück dem König nicht vorgelegt worden zu sein, — der Minister selbst hatte dem Cabinetssecretär geschrieben, er möge den ihm geeignet scheinenden Gebrauch davon machen, denn man falle nur lästig, wenn man Alles sagen wollte, was man sagen könnte.[124]) Erst als die Antwort aus München eine befriedigende Lösung der sächsischen Entschädigungsfrage erwarten ließ, wies der König Riedesel direct an, die Apanage des Herzogs zu befürworten (3. April), und nun betonten auch die Minister fast in jeder Weisung die Notwendigkeit, Zweibrücken dadurch auf der Seite Preußens fest zu halten. Breteuil weigerte sich indes, als Riedesel ihn aufforderte, wegen der Apanage nach München zu schreiben, da diese Frage durch ein Abkommen der beiden Fürsten unter einander zu lösen sei und mit dem Congreß nichts zu thun habe; er gestand nicht einmal zu, daß die Verweigerung der Apanage ein Grund sei, den Kurfürsten von der Pfalz von der Erneuerung der Convention von 1741 auszuschließen, und auch Repnin wollte für die zweibrück'sche Forderung nur soweit eintreten, als sich der Friedensschluß dadurch nicht verzögere. Unter diesen Umständen begann Friedrich wieder in seinem

---

[123]) Hertzberg an Riedesel. Breslau, 1. April. R. 1. Conv. 123. vol. 1.

[124]) Hertzberg an den König; — an Coeper. Breslau, 3. April. R. 96. 201. F.

Drängen nachzulassen, er schrieb am 14. April an Riedesel, der Herzog von Zweibrücken könne zufrieden sein, daß Preußen ihm die bayrische Erbschaft rette und die Herzogtümer vor einer neuen Besitzergreifung durch den Wiener Hof schütze. Hertzberg sah ein, daß der Herzog von Zweibrücken das Opfer des Streites geworden und für Preußen verloren sei. Denn selbst wenn die Verhandlungen nach dem Friedensschluß fortgesetzt würden, wie es Breteuil wünschte, und zu einem günstigen Ergebnis führten, so werde Frankreich den Vorteil haben, Preußen aber als Verräter an der Sache des Herzogs dastehen. Friedrich stimmte den Wünschen Breteuils bei, daß im Laufe des Sommers Verhandlungen zwischen den beiden Fürsten in Regensburg stattfinden sollten — damit war diese Frage für den Teschener Congreß erledigt.

Möge das, was hier in gedrängter Kürze über den Verlauf der wichtigsten Verhandlungen gesagt ist, genügen; eine eingehende Darstellung aller Streitigkeiten und Erörterungen, ohne welche kaum eine einzige Bedingung der Verträge zur Annahme kam, würde den gegebenen Rahmen überschreiten. Aus dem Angeführten aber geht hervor, daß auch in der letzten Phase des bayrischen Erbfolgestreites Hertzberg seine freiwillig übernommene Aufgabe, die Würde und das Interesse des Staates gegenüber böswilligen Feinden und mattherzigen Freunden zu wahren, zielbewußt und ohne Wanken, wenn auch mit geringem Erfolge durchgeführt hat.

Beilagen.

Hertzberg an den König. No. 1.

1778. Januar 4. Berlin. Rep. 92. Hertzberg 51.

Entwurf von der Hand des Schreibers mit Correcturen von Hertzbergs Hand.

Au Roi.

J'espère que Votre Majesté ne prendra pas en mauvaise part et n'attribuera qu'à un zèle très-pur pour Son service, si je prends la liberté de Lui exposer quelques particularités que j'ai tirées du Comte de Sacken à l'occasion de l'événement important de la mort de l'Electeur de Bavière et qui pourrait peut-être mériter Son attention.

Il m'a dit que l'Electeur de Saxe n'avait rien fait jusqu'ici à l'égard de la succession de Bavière que d'acquérir les droits de sa mère par un accord fait avec elle; que lui, Comte de Sacken, avait souvent conseillé à l'Electeur de tâcher de s'assurer la protection de la France et de la Prusse, mais sans pouvoir déterminer ce prince irrésolu; que la Cour de Saxe avait fait sonder celle de France, mais que celle-ci lui avait conseillé de s'accorder avec la Cour Palatine, pour laquelle elle témoignait beaucoup de prédilection; qu'on avait encore sondé la Cour de Vienne sur ses prétentions, mais le Prince Kaunitz avait toujours répondu laconiquement, que cela avait de temps; que l'Electeur de Saxe serait fort embarrassé à prendre son parti dans ce cas subit et imprévu; que le Sieur de Gutschmidt, qui a été employé à la paix de Hubertsbourg, homme savant, mais médiocrement ferme, serait apparemment le plus consulté dans cette occasion. Le Comte de Sacken m'a encore communiqué le précis des droits de l'Electrice Douairière de Saxe sur les biens allodiaux de la maison de Bavière, qu'on fait monter à 35 millions, sur lesquels la Cour Palatine dans une négociation entamée, mais rompue, n'a pourtant offert qu'un million.

Ce Ministre prétend savoir au reste que le dessein de la Cour de Vienne est, de s'emparer de la Bavière jusqu'à la rivière de l'Iser, ce qui fait la bonne moitié de ce beau pays, et qu'elle fondera ses prétentions sur un ancien pacte de succession, sur sa parenté avec la maison de Bavière et particulièrement sur ce que des grands districts de la Bavière et du Haut-Palatinat étaient des fiefs de la couronne de Bohême, qui devaient retomber à cette couronne après l'extinction des Ducs de Bavière.

Ayant examiné un peu à la hâte les titres, je trouve que la Maison Palatine a les droits les plus fondés sur toute la succession de l'Electeur de Bavière, parce qu'elle vient de la même tige. L'Empereur Louis de Bavière a conclu en 1329 à Pavie avec le fils de son frère Rodolphe, Comte Palatin, un pacte solemnel, par lequel ils se sont assurés mutuellement la succession de tous leurs Etats, lequel pacte de maison a été renouvelé et confirmé du depuis six fois jusqu'à l'année 1746. En outre il a été expressément statué dans la fameuse paix de Westphalie „que quand la lignée mâle des Ducs de Bavière viendrait à manquer, le huitième Electorat serait éteint, que la ligne Palatine lui succéderait dans la dignité Electorale et le Haut-Palatinat, et que ses autres droits sur la Bavière resteraient aussi en pleine vigueur, sauf pourtant les droits des héritiers allodiaux." Cette dernière clause fournit un titre très-valable à l'Electrice Douairière de Saxe, comme soeur et la plus proche héritière du dernier Duc de Bavière; mais la Cour de Vienne ne manquera aussi pas d'en tirer un prétexte pour colorer sa prétention, qu'elle tâchera sans doute de faire valoir par sa puissance.

Je crois cependant, que la Cour de Vienne connaît trop bien l'importance et la nécessité du suffrage de Votre Majesté pour qu'elle ne cherche bientôt à s'en assurer par des arrangements d'une convenience réciproque. Il est difficile à un patriote, de ne pas s'abandonner dans une occasion de cette nature à des rêves politiques et à imaginer des arrangements possibles et plausibles. Votre Majesté pourrait dédommager la Saxe de ses prétentions sur la Bavière en lui assurant la succession aux deux Marggraviats de Franconie trop éloignés du corps de Ses Etats mais contigus à l'Electorat de Saxe, et l'Electeur de Saxe pourrait à son tour céder à V. M. la Lusace jusqu'à la rivière d'Elster et jusqu'aux montagnes de Bohême, pays peut-être moins important en revenus, que la Franconie, mais qui par sa situation consoliderait bien avantageusement la Silésie et la marche de Brandebourg, dont il a été injustement démembré

dans le quatorzième siècle. Si l'Empereur pouvait obtenir la Bavière jusqu'à l'Iser, pays abondant en salines, il pourrait consentir au susdit troc et rendre à la République de Pologne les salines de Cracau, avec le district jusqu'à la rivière de Dunajez et dans ce cas la République ne regretterait pas de céder à V. M. les villes de Danzig et Thorn et la lisière le long de la rivière de l'Obra, qui ne lui rapportent presque rien.

Je réitère ma très-humble prière que V. M. veuille gracieusement pardonner la liberté de ce rapport et les essors de mon imagination à l'ardeur de mon zèle patriotique.

Berlin le 4. Janvier 1777 (*sic*)

Hertzberg. (*eigh.*)

Hertzberg an den König. No. 2.

1778. Januar 9. Berlin. Rep. 92. Hertzberg 51.

Entwurf von der Hand des Schreibers.

Au Roi.

Je me flatte de ne pas déplaire à Votre Majesté en continuant à Lui faire part de quelques notions détachées, que j'ai tirées des conversations du Comte de Sacken. Ce ministre m'a donc raconté: que la Cour de Vienne avait fait remettre il y a deux ans à la Cour Palatine un dénombrement des districts de la Bavière, qu'elle prétendait, si exorbitant, que celle-ci n'avait absolument pas voulu entrer là-dessus en négociation; que le ministre palatin à Dresde s'était efforcé de faire croire à la Cour de Saxe, que sa Cour était sûre de V. M. au moyen des pays de Juliers et de Bergue, et enfin, que lui, Cte. de Sacken, avait conseillé à l'Electeur de Saxe que s'il n'avait pas d'autre moyen d'obtenir une bonne partie de la succession de la Bavière, il ferait bien de sacrifier à V. M. la Lusace, dont la possession était toujours précaire pour la maison de Saxe, étant également ambitionnée par les Cours de Berlin et de Vienne, et exposée à être toujours le théâtre de la guerre, et que cet avis avait été assez goûté de l'Electeur. Il m'a ajouté à cette occasion, que l'Empereur devait avoir fait des recherches pour savoir, si la cession de la Lusace faite par ses prédécesseurs à la maison de Saxe était encore valable, et qu'il avait obligé la Cour de Dresde,

de faire pratiquer une grande route par les montagnes de la Bohême en Lusace.

V. M. saura mieux apprécier que moi, si ces propos méritent quelque attention, ainsi que les réflexions suivantes, que je prends la liberté de joindre ici:

1⁰ il me paraît que V. M. pourrait peut-être dans la suite de la crise présente tirer encore quelque parti de Ses anciennes prétentions sur les Duchés de Juliers et de Bergue.

V. M. y a renoncé à la vérité en 1741 en compensation de la garantie de la Silésie stipulée par la France, et dans le traité de Hubertsbourg Elle a promis à la Cour de Vienne de renouveller cette convention avec l'Electeur Palatin, mais j'y ai glissé la clause expresse

> „que ce serait sous les mêmes conditions que la première convention avait été conclue".

Or comme cette convention avait pour base la garantie de la Silésie par la France, qui n'a pas été observée, mais rompue dans la dernière guerre, et qui n'a pas encore été renouvelée jusqu'au moment présent, on pourrait en inférer que toute la cession des dits deux duchés importants, qui rapportent près de deux millions, a perdu sa force, et que V. M. pourrait en revenir.

2⁰. si l'Empereur s'avise selon la dernière dépêche du Baron de Riedesel, de vouloir séquestrer la Bavière en qualité de Juge Suprême et de Chef de l'Empire, il ne doit pas le faire par les troupes de sa maison, mais d'une manière légale sous la concurrence des Electeurs et des Princes de l'Empire et s'il contrevient à cet égard à l'article XI. de sa capitulation, V. M. peut y intervenir en qualité de Prince Electeur et de garant de la paix de Westphalie, et en conséquence de la garantie particulière de cette paix et de toutes les constitutions de l'Empire, qu'Elle a expressément acquise par l'article XIX. du traité de paix de Hubertsbourg.

Je sens au reste très-bien, que ces sortes de titres sont des moyens très-faibles, dont l'usage et la valeur dépend uniquement des circonstances, ainsi que de l'habileté et de la puissance avec laquelle un grand Prince sait les faire valoir dans des occasions favorables.

Berlin le 9. Janvier 1778.

Hertzberg (*eigh.*)

Am 10. Januar antwortete der König:

„— Vos idées sont très-bonnes, mais il sera bien difficile de les mettre en exécution. Dans quelques semaines d'ici, nous verrons quel usage l'on en pourra faire.—"

Hertzberg an den König. No. 3.

1778. Januar 27. Berlin. R. 96. 201 A.
Ausfertigung.

Je souhaite que la note ou contre-déclaration à celle de la Cour de Vienne, que j'ai dressée selon les ordres de V. M., rencontre Son approbation. J'ai tâché d'y joindre la modération au nerf et à la force des arguments, lesquels la Cour de Vienne aura de la peine à réfuter.

Comme on peut pourtant prévoir, que la Cour Impériale ne lâchera pas aisément prise, et que V. M. ne peut plus S'appuyer de ce lâche Electeur Palatin, je prends la liberté de soumettre à Ses hautes lumières les deux réflexions suivantes:

1) si V. M. ne jugerait pas que, dès qu'Elle sera sûre de n'avoir pas la France dans Son chemin, comme je l'espère, il n'y aurait plus de temps à perdre pour s'assurer de l'Electeur de Saxe, avant qu'il se laisse intimider par la Cour de Vienne, et que pour cet effet Elle lui envoie quelqu'un qui soit propre à mettre ce Prince faible au pied du mur et à conclure avec lui sur-le-champ une convention, qui, en lui assurant la protection de V. M. pour la poursuite de ses prétensions, l'oblige d'entrer dans toutes Ses vues, et à laisser à Sa disposition toutes les forces et places de son Electorat. Il semble que c'est une mesure essentielle, puisque c'est le seul Prince qui puisse fournir à V. M. un titre spécieux de se mêler de la succession de la Bavière, et qui soit aussi à même de faire par la situation de ses Etats les conveniences de V. M., tant pour l'assistance que pour des échanges à faire dans la suite.

2) Si V. M. ne voudrait pas encore essayer d'empêcher la rupture entre la Porte et la Russie par une corruption dans le Divan, puisqu'une somme considérable, employée là avec succès, pourrait Lui épargner les frais du subside, et Lui assurer l'assistance de la Russie, ce qui tournerait tout à fait la face des affaires en Sa

faveur. Il est probable à la vérité que la Cour de Vienne tâchera de nous devancer, cependant je crois que dans une circonstance si importante on pourrait encore essayer ce moyen, et qu'on ne devrait pas regretter le sacrifice de quelque somme.

L'indulgence que V. M. a temoignée jusqu'ici pour mon zèle, me fait espérer qu'Elle pardonnera encore cette fois-ci la liberté que je prends de Lui exposer mon faible sentiment.

Berlin, le 27. Janvier 1778.

Hertzberg (*eigh.*)

Au Roi.

Am Rand des Entwurfs (R. 92. Hertzberg 51.) bemerkt Hertzberg eigenhändig:

„Le Roi m'a dit sur ce rapport de bouche le 28. à Potsdam: que les Saxons penchaient toujours pour la Cour de Vienne, et que pour les corruptions des Turcs c'était l'affaire de la Cour de Russie.“

No. 4. Finckenstein und Hertzberg an den König.

1778. Februar 19. Berlin. R. 92. Hertzberg 51.

Entwurf von Schreibershand mit Correcturen Hertzbergs.

Au Roi.

V. M. ayant fait connaître à moi, Finckenstein, par plusieurs ordres de cabinet, que nous devions former à présent un concert avec les Princes de l'Empire, pour crier à Ratisbonne contre le despotisme de la Cour de Vienne; nous avons l'honneur de Lui dire avec le plus profond respect, que nous avons déjà tout préparé pour cet effet; mais avant que de procéder à exécuter une démarche qui doit influer sur toute la suite des affaires, nous avons cru devoir en former un plan général et suivi, et prenons la liberté de le soumettre aux hautes lumières de V. M.

1) Il nous paraît qu'il faut attendre avant tout la réponse de la Cour de Vienne pour avoir un objet des griefs fondés.

2) Si la Cour de Vienne donne une réponse ou absolument négative ou entortillée, ou si elle traînait à dessein trop longtemps à la donner, ce serait alors le cas que V. M. pourrait par Son ministre à Ratisbonne mettre devant la Diète les mémoires qu'Elle a donnés à la Cour de Vienne et en a reçus sur l'affaire de Bavière, et faire remettre au même temps à la Diète une déclaration dans laquelle, après avoir détaillé et constaté en termes concis et énergiques les usurpations et les entreprises injustes de l'Empereur et de sa mère, Elle provoquerait les Etats de l'Empire de faire cause commune avec Elle, pour représenter à l'Empereur toute l'injustice de ses procédés, et pour le sommer de redresser ces griefs, de rétablir l'Electorat de Bavière dans son entier et de faire arranger cette succession à la Diète, ou dans un congrès particulier, et d'une manière conforme aux constitutions de l'Empire.

3) Dans le même temps que cette déclaration serait envoyée au Baron de Schwartzenau, nous pourrions la communiquer par une lettre circulaire aux ministères des principales cours protestantes, pour les engager d'y adhérer par leurs ministres à la Diète de Ratisbonne.

4) V. M. pourrait en même temps communiquer cette déclaration aux Cours de France et de Suède, comme garants de la paix de Westphalie, et les sommer de remplir cette garantie de concert avec Elle. Ensuite on pourrait la communiquer aussi aux autres cours de l'Europe.

5) On pourrait négocier particulièrement avec l'Electeur de Saxe, le Duc de Deuxponts et les Ducs de Mecklenbourg pourqu'ils adhèrent non seulement à la déclaration de V. M. à Ratisbonne, mais qu'ils y portent aussi eux mêmes leurs prétentions particulières sur la succession de la Bavière, et qu'ils y réclament publiquement l'assistance et la garantie de V. M., de la France, de la Suède et de tout le Corps Germanique.

Il nous semble que cette marche serait conforme à la dignité et aux intérêts de V. M. aussi qu'aux loix de l'Empire et aux circonstances. Nous attendons les très-gracieux ordres de V. M. si Elle l'approuve et si nous devons agir et préparer tout en conséquence.

Berlin le 19. Février 1778.

Hertzberg (*eigh.*)

No. 5. Hertzberg an den König.
1778. März 23. Berlin. R. 96. 201 A.
Ausfertigung.

Je me flatte que V. M. trouvera la proposition que nous Lui faisons aujourd'hui, touchant les moyens d'engager l'Impératrice de Russie dans l'affaire de Bavière, conforme à Ses intentions et propre à accélerer la marche méthodique, que l'Impératrice et son ministre paraissent vouloir suivre.

Il paraît que pour y réussir il sera très-nécessaire de conserver le Duc de Deuxponts. D'un autre côté la France paraît encore fort éloignée selon les dernières dépêches du Baron de Goltz de concourir avec V. M. à la garantie, que ce prince demande, et ce délai pourrait le porter à se laisser séduire par les menaces et les promesses de la Cour de Vienne. Je soumets donc aux hautes lumières de V. M. s'il ne serait pas à présent le plus haut temps de s'assurer du Duc de Deuxponts comme de l'Electeur de Saxe par une sorte de convention. Il est vrai que V. M. ne peut pas lui garantir tous les pactes de la Maison de Bavière, qui sont en collision avec les droits de l'Electeur de Saxe, ni se lier les mains par rapport à Juliers et Bergue. Mais V. M. pourrait assurer le Duc de Deuxponts par une convention ou acte conçu en termes généraux, comme celui de la Saxe: „qu'Elle n'abandonnerait jamais ses intérêts, qu'Elle employerait plutôt tous les moyens possibles pour faire rétablir la succession de Bavière dans un état conforme à la paix de Westphalie et aux droits de la Maison Palatine, et qu'après être parvenu à ce but, Elle lui en garantirait la possession.“ Un pareil acte pourrait être envoyé tout dressé au Comte de Goertz avec le projet d'une convention, par laquelle le Duc s'engagerait de son côté de ne pas adhérer au démembrement de la Bavière fait par l'Electeur Palatin, d'agir plutôt en tout de concert avec V. M. et de ne pas se détacher de son système. Je ne doute presque pas que le Comte de Goertz parviendrait à faire accepter et signer au Duc une pareille convention ou sorte de garantie. Si V. M. agrée cette idée, Elle n'aurait qu'à nous ordonner de minuter ces actes et l'instruction nécessaire pour le C. de Goertz.

J'espère que V. M. n'attribuera qu'à mon zèle pour Ses intérêts la liberté que je prends de Lui présenter ces réflexions.

Berlin le 23. Mars 1778.

Hertzberg (eigh.)

Au Roi.

Hertzberg an den König. No. 6.

1778. April 23. Berlin. R. 96. 201 A.

Ausfertigung.

Quand l'Empereur offre dans le projet de convention, qu'il a présenté à V. M., de consentir aux échanges, qu'Elle pourrait faire des Marggraviats de Franconie, sous la restriction que ce ne soit pas contre des pays limitrophes de ses Etats, on croirait qu'il veut exclure par là de cet échange la Lusace. Le Comte Cobenzl assure pourtant ceux, auxquels il parle confidemment, que ce n'était point là l'intention de sa Cour. Si cela était vrai et que la négociation vint à prendre faveur, il me semble qu'il ne serait pas impossible de faire un arrangement général, qui convint à toutes les parties. Je prends la liberté d'en présenter à V. M. une esquisse d'après la carte géographique.

On pourrait proposer et soutenir que, comme la Cour de Vienne voulait absolument satisfaire sa convenience, elle prenne au lieu du district de Straubing celui de Burghausen, ou toute la partie de la Bavière, qui est entre l'Autriche et la rivière d'Inn, au moyen de quoi elle aurait les riches salines et la contiguité avec le Tyrol et ses autres Etats; qu'elle laisse le reste de la Bavière à l'Electeur Palatin et que, comme elle n'a pas le moindre titre sur l'acquisition qu'elle fait, elle donne dès à présent pour équivalent au Duc de Deuxponts le Brjsgau et la Comté de Falckenstein.

Comme c'est à l'Electeur Palatin, successeur de toute la Bavière, de satisfaire l'Electeur de Saxe sur ses importantes prétentions allodiales, et qu'il ne peut pas trop bien le faire en pays par leur situation, V. M. pourrait se charger de dédommager ce prince, en lui assurant la succession éventuelle aux Marggraviats de Franconie, contigus à la Saxe, et Elle se stipulerait en compensation la cession éventuelle dans le cas existant de toute la Lusace, libre de la féodalité et de toute autre prétention de la Couronne de Bohême, et du pays le long de l'Elbe et l'Elster depuis leur confluent jusqu'aux montagnes de Bohême, et comme tout ce pays ne rend peut-être que la moitié des revenus des Marggraviats de Franconie, l'Electeur Palatin, qui est proprement le débiteur de celui de Saxe, céderait à V. M. le beau Duché de Bergue, contigu à la Comté de Marck, pour conserver par là à la famille palatine le Duché de Juliers.

La couronne de Bohême devrait encore renoncer aux fiefs qu'elle a en Saxe et comme l'Electeur de Saxe n'obtiendrait par là qu'un dédommagement futur, on pourrait essayer de lui faire céder la ville et le territoire d'Erfurt en échange de la Principauté de Mindelheim et de quelques autres parcelles détachées de la succession de Bavière en Souabe, que l'Empereur pourrait donner à l'Electeur de Mayence.

Ce sont là des idées générales, que mon zèle patriotique m'enhardit de soumettre aux lumières supérieures de V. M. dans la crise présente des affaires. J'espère qu'Elle me pardonnera cette liberté en faveur de mes intentions.

Berlin le 23. Avril 1778.

Hertzberg (*eigh.*)

Au Roi.

No. 7. Hertzberg an den König.

1778. April 23. Berlin. R. 96. 201 A.

Ausfertigung.

J'ai découvert que, si le principe sur lequel la Cour de Vienne fonde sa prétension sur la Basse-Bavière, savoir l'investiture donnée par l'Empereur Sigismond à Albert Duc d'Autriche, pouvait être admis, V. M. y aurait plus de droit que la présente Maison d'Autriche. Celle-ci ne descend point par les mâles du susdit Duc Albert, mais d'une ligne collatérale. Le Duc Albert d'Autriche, qui a obtenu l'investiture en question, n'a laissé qu'un fils Vadislas, mort sans héritiers, et deux filles, de l'aînée desquelles, nommée Anne, V. M. et toute la Maison de Brandebourg descend en ligne droite, et la présente Maison d'Autriche seulement d'une fille puis-née, nommée Elisabeth, comme cela conste par la table généalogique ci-jointe.

Je n'ai pas voulu manquer de faire mon très-humble rapport à V. M. de cette circonstance. Je crois que Son intention sera à la vérité de ne pas relever cette prétention pour Elle et de continuer à soutenir que la Bavière, comme un fief masculin, doit retomber à la Maison Palatine, mais qu'il faudra pourtant faire

valoir dans la négociation et dans les écrits un argument si propre à détruire la prétention autrichienne et à faire sentir qu'en l'admettant la Sienne serait fort supérieure.

Berlin le 23. Avril 1778.

Hertzberg (*eigh.*)

Au Roi.

Finckenstein an Hertzberg. No. 8.

1778. Mai 12. (Berlin.) R. XI. Bayern 26. vol. 3.

Eigenhändig.

Voici la réponse du Roi, que le chasseur porteur de notre rapport vient de me remettre et que je m'empresse d'envoyer à Votre Excellence. Cette réponse est bien vague, et ne répond directement à aucun des articles de notre dépêche, si ce n'est que le Roi veut se borner pour lui à l'arrangement de la succession éventuelle des Marggraviats de Franconie, sans dire cependant si l'on doit parler d'échange en général, ni dans quel temps on doit toucher cette matière. J'avoue que cette façon de répondre est bien embarrassante. Il faudra cependant répondre demain à Monsieur le Comte de Cobenzl qui s'y attend. Si V. E. après avoir réfléchi sur ce sujet voulait me faire l'honneur de passer chez moi à 5 heures et demie, temps auquel je serai de retour, nous pourrions nous concerter sur ce qu'on pourrait lui dire. Il me semble à moi, qu'il faudrait lui faire sentir de nouveau et poliment l'insuffisance des offres faites en dernier lieu, se référer aux propositions du Roi, et ajouter que, si la Cour de Vienne voulait entrer à cet égard dans les vues de S. M., il serait d'autant plus aisé alors de dresser un projet de convention, que le Roi demandait de son côté, que ce qui serait nécessaire pour empêcher de nouveaux sujets de discussion à l'avenir. C'est une esquisse que je soumets aux lumières de Votre Excellence.

Finckenstein

Ce 12. de Mai 1778.

No. 9. Hertzberg an Finckenstein.

1778. Mai 12. Berlin. R. XI. Bayern 26. vol. 3.

Original.

Je me persuade de plus en plus par la lecture des ordres du Roi que S. M. n'a pas lu, ou qu'Elle a oublié le contenu du projet de traité, que l'Empereur lui a proposé dans sa première lettre, et qu'Elle n'observe pas que ce prince lui a déjà offert ce que S. M. demande à présent au sujet de la succession des marggraviats et beaucoup au delà: savoir que S. M. pouvait unir les deux Marggraviats à la primogéniture et faire des échanges pour sa convenience en y mettant seulement la clause, que ce ne soit pas avec des pays limitrophes de ceux de la Maison d'Autriche. Je crois qu'il faudrait faire observer cela au Roi dans un nouveau rapport, en y ajoutant une copie du dit projet de traité et quelques reflexions propres à convaincre S. M. qu'il y va de sa gloire et de son intérêt, de ne pas laisser faire à la Cour de Vienne cet agrandissement, sans que sa puissance en obtienne un accroissement équivalent. En attendant et pour exécuter les ordres du Souverain au pied de la lettre, je crois avec V. E. qu'il faut

1⁰ faire sentir à Mr. le Comte de Cobenzl de nouveau l'insuffisance de ses premières propositions;

2⁰ il faudrait demander que la Cour de Vienne restitue à l'Electeur Palatin la plus grande partie de la Bavière, et qu'elle s'explique nettemant et avec précision ce qu'elle en veut garder, à laquelle occasion je crois qu'il faudrait lui dire de bouche, qu'on s'attendait qu'elle se contenterait de la partie entre l'Inn et l'Autriche, ou de celle qui est située entre le Danube et la rivière de Regen, en laissant une lisière convenable à la ville de Ratisbonne.

3⁰ Je crois qu'il faut demander, que la Cour de Vienne s'explique catégoriquement quel équivalent elle veut donner à l'Electeur Palatin. On pourrait proposer de bouche que ce soient les Duchés de Limbourg et de Gueldres.

4⁰ On pourrait exiger, que la Cour de Vienne concoure à engager l'Electeur Palatin de satisfaire l'Electeur de Saxe et les Ducs de Mecklenbourg.

5⁰ On pourrait finir par dire selon le sentiment de V. E., que le principal serait de s'arranger entre la Cour de Vienne, l'Electeur Palatin et l'Electeur de Saxe, qu'on conviendrait d'autant plus

aisément du reste, le Roi ne demandant de son côté que ce qui serait nécessaire pour empêcher de nouveaux sujets de discussion à l'avenir, la Cour de Vienne ayant adopté à peu près le même principe dans le troisième et quatrième article du projet de traité, que l'Empereur avait offert au Roi. Comme le C. de Cobenzl demandera sans doute des explications là-dessus, cela pourrait engager une négociation, par laquelle nous pourrions menager les véritables intérêts du Roi, auxquels S. M. ne voudra pas se refuser à la fin, quand Elle verra qu'on les a rempli et qu'on n'a pas outrepassé ses ordres.

Je crois au reste qu'il faudra rendre compte au Roi demain au soir de la conférence, que nous aurons eu avec le C. de Cobenzl, y combiner les demandes le la Cour de Saxe, et faire sentir à cette occasion de nouveau la nécessité d'un arrangement général tel à peu près, que nous l'avons proposé et la possibilité apparente d'y réussir. — Ce sont mes idées que je prends la liberté de communiquer à V. E. et sur lesquelles j'aurai l'honneur de m'entretenir avec elle à 5 heures et demie.

Berlin le 12. Mai 1778.

Hertzberg (*eigh.*)

Hertzberg an den König. No. 10.

1778. Mai 12. Berlin. R. 96. 201 B.

Ausfertigung.

Nous exécuterons demain dans une conférence avec le Comte de Cobenzl les ordres que V. M. nous a donnés par Sa lettre du 10. et nous Lui rendrons compte ensuite du résultat. Je crois cependant ne devoir pas différer de marquer très-humblement à V. M. que le C. de Cobenzl s'est expliqué ces jours-ci plusieurs fois et très-précisément envers deux personnes de sa confiance: „qu'après qu'il nous avait de nouveau offert le projet du traité de l'Empereur, sa Cour s'attendait à un contreprojet, et que sans cela et aussi longtemps que V. M. ne s'expliquait pas sur l'échange des Marggraviats de Franconie, qu'Elle avait autrefois souhaité de faire contre la Lusace, sa Cour ne pourrait guère s'y fier et croirait toujours qu'on ne voulait que l'amuser."

Il me paraît résulter de ceci et de plusieurs autres propos du C. de Cobenzl, ainsi que du quatrième article du projet de l'Empereur, où il consent expressément aux échanges que V. M. pourrait vouloir faire, il me paraît, dis-je, en résulter, que la Cour de Vienne ne veut pas être contraire à l'échange des Marggraviats de Franconie contre la Lusace; peut-être croit-elle même que le voisinage de V. M. en Franconie lui serait plus dangereux qu'en Lusace. D'un autre côté il me semble, qu'il ne peut être problématique que cet échange, en le faisant comme il faut, serait très-avantageux à la monarchie prussienne et achèverait de consolider sa force et sa consistance. J'ose donc conjurer très-humblement V. M. de vouloir nous permettre que nous puissions profiter de ce moment, qui est peut-être unique, pour négocier cet échange avec la Cour de Saxe ainsi que l'agrément de la Cour de Vienne. Cette Cour y paraît entièrement préparée et disposée. Si V. M. ne demande que la réunion des Marggraviats, et par conséquent moins que l'Empereur a offert à V. M., savoir la dite réunion des marggraviats à la primogéniture et l'échange qu'Elle voudrait en faire selon Sa convenance, il croira que V. M. craint la guerre, comme il paraît déjà par la lettre ci-jointe de Prague, et deviendra d'autant plus intraitable dans la suite que malgré l'équivalent, qu'il pourra donner à l'Electeur Palatin, il gagnera pourtant un grand accroissement de puissance en arrondissant le corps de son Etat et en se rendant maître des trois rivières, du Danube, de l'Iser et de l'Inn. En faisant une acquisition si considérable et si injuste, il ne peut et ne voudra pas accuser V. M. des vues intéressées quand Elle ne cherche qu'à consolider Ses Etats par un échange convenable, sans demander aucun dédommagement pour les frais de tant de millions qu'Elle a déjà faits.

J'avoue que cette négociation ne sera pas facile, je ne désespère pourtant pas du succès; que V. M. nous permette seulement de négocier

ou l'échange même avec la Cour de Saxe,

ou si cela rencontrait trop de difficultés dans le moment présent, du moins le consentement éventuel de la Cour de Vienne pour un échange pareil selon l'offre que l'Empereur en a fait à V. M.

Il me semble toujours qu'un arrangement général, dont je joins ici un nouveau projet, serait le plus propre à concilier les intérêts de toutes les parties intéressées, à obvier aux objections et à la jalousie de toutes les puissances de l'Europe et à jeter le

fondement d'une tranquillité permanente dans l'Empire, à écarter toute occasion d'une nouvelle brouillerie, et à élever à V. M. ainsi qu'à l'Empereur un monument éternel. Je me ferais presque fort de faire envisager ce projet sous ce point de vue-là à la Cour de Vienne même, ainsi qu'à celle de France, laquelle commence à reconnaître l'intérêt qu'elle a, de conserver l'équilibre entre V. M. et la Cour de Vienne.

Il me semble aussi qu'il serait plus avantageux pour V. M. d'articuler et de prescrire les conditions par un contreprojet, comme la Cour de Vienne le demande elle-même, que d'en demander un nouveau à cette Cour, ce qui prolongera beaucoup la négociation et augmentera les frais.

J'espère que V. M. pardonnera à la pureté de mon zèle pour Son Etat la liberté que j'ai pris de Lui faire ce très-humble rapport.

Berlin le 12. Mai 1778.

Hertzberg (*eigh.*)

Au Roi.

Hertzberg an den König. No. 11.

1778. Juni 8. Berlin. R. 96. 201 B.

Ausfertigung.

V. M. aura vu par la dépêche du Prince de Kaunitz au Comte de Cobenzl, que nous avons eu l'honneur de Lui présenter hier, que ce premier ministre, au lieu de répondre aux propositions précises, modérées et plus utiles à sa Cour qu'aucun ministre autrichien raisonnable n'aurait osé proposer, ose présenter à V. M. en termes de dictateur une couple d'articles préliminaires laconiques, selon lesquels Elle doit simplement acquiescer à l'acquisition que la Cour de Vienne possède actuellement en Bavière, prendre pour équivalent la condescendance superflue de cette Cour à un droit de succession éloigné, mais inconstestable, et à un échange incertain, dont la réussite dépend toujours de la Cour de Vienne même, remettre la satisfaction de la Maison Palatine et celle de Saxe à la générosité de la Cour de Vienne, et, sans en attendre l'événement, desarmer tout de suite.

V. M. aura déjà pris Sa résolution là-dessus, et Elle n'a pas besoin de mon petit avis. J'espère cependant que V. M. pardonnera à mon patriotisme, si je prends la liberté de Lui exposer mon sentiment particulier et la sensation, que ces propositions du Prince Kaunitz ont produits sur moi. Il me semble qu'en acceptant simplement ces propositions, V. M. ne gagnerait absolument rien de réel d'un côté, que de l'autre côté Elle abandonnerait à leur sort l'Electeur de Saxe et le Duc de Deuxponts, qui se sont jetés entre Ses bras; qu' Elle dérogerait aux engagements formels pris avec ces deux Princes; qu'Elle perdrait par là tout le mérite de Son intervention glorieuse et le fruit des frais immenses qu'Elle a déjà faits; que la Maison de Brandebourg perdrait la plus grande partie de sa considération et de son influence en Europe et que celle d'Autriche, sa rivale, en gagnerait autant à proportion avec une supériorité décidée, dont les suites funestes sont aisées à prévoir et ferait sans titre et à peu de frais l'acquisition la plus injuste qui ait été faite depuis le temps de Gengis-Chan, comme je ferai voir en son temps dans le manifeste et que j'ai déjà fait dans une petite pièce anonyme, que j'ai envoyée au Cabinet de V. M. pour répondre en quelque façon aux écrits injurieux dont la Cour de Vienne nous accable.

Si l'on voulait encore continuer la négociation et demander à la Cour de Vienne une explication des objets d'échange acceptables, qu'elle veut faire à la Maison Palatine, demande que nous avons assez faite tant au C. de Cobenzl qu'à la Cour de Vienne même par notre contreprojet, on n'a aucun lieu de s'attendre à une réponse plus satisfaisante après une négociation si longue et après que le C. de Cobenzl nous a tant de fois déclaré, que ce plan et ces points généraux faisaient l'ultimatum de sa Cour.

Il semble donc qu'après cela il n'y a plus qu'à opter entre l'acceptation simple des conditions despotiques de la Cour de Vienne ou entre la guerre.

Il paraît à la vérité que V. M. peut se promettre du succès avec grande apparence, quand on considère qu'outre Ses talents supérieures Elle a une armée supérieure en qualité et même en nombre, en y ajoutant les Saxons; qu'Elle a des ressources pour plusieurs campagnes et la facilité des rivières pour la subsistance; qu'Elle a par devers Elle la justice de la cause et l'enthousiasme non seulement de Ses sujets mais de toute l'Europe; qu'Elle peut compter même avec le temps sur l'assistance d'une partie de l'Empire,

pendant que l'Empereur n'a qu'une armée défectueuse et mécontente et des sujets partout prêts à se révolter et que la subsistance et l'argent pour la continuation de la guerre doit lui manquer bientôt. Il paraît aussi une observation assez juste à faire que, si la guerre tourne heureusement, V. M. peut la faire seule sans assistance avec d'autant plus de gloire et que, si Elle avait des revers, la Cour de Russie ne pourrait absolument pas l'abandonner tout à fait, et la France même ne permettrait pas Sa ruine entière de sorte que le risque d'une guerre ne serait pas décisif. Malgré toutes ces apparences je suis cependant fort éloigné de conseiller la guerre, dont les événements sont trop incertains. Il n'appartient qu'à V. M. seule à se décider là-dessus, et tous Ses sujets se remettent à cet égard tranquillement à Sa sagesse éprouvée.

Mais si V. M. ne juge pas à propos de courir le risque d'une guerre, je crois que plutôt que de souscrire simplement aux conditions despotiques de la Cour de Vienne et d'autoriser son usurpation par Son consentement, et même plutôt que de consentir à un troc insidieux et toujours préjudiciable de la Bavière, Elle ferait le mieux pour Son intérêt et pour Sa gloire de se mettre sur la passive et de déclarer aux Puissances de l'Europe et à l'Empire: „que comme les garants de la paix de Westphalie et les Etats de l'Empire ne jugeaient pas à propos de remplir leur obligation ni d'assister V. M. contre l'usurpation de l'Autriche, Elle se voyait obligée d'abandonner cette succession à son sort et au temps, en protestant qu'Elle regarderait le démembrement qu'on en faisait, toujours comme injuste et se réservait la liberté d'agir en conséquence en temps et lieu.“ De cette façon V. M. pourrait sortir de cette entreprise sans reproche et attendre des circonstances plus favorables pour renverser l'usurpation autrichienne.

Il est arrivé ici le ministre du Duc de Deuxponts, le Sieur de Hofenfels, qui m'a communiqué le mémoire ci-joint. V. M. verra par son contenu tout ce qu'il dit contre le partage de la Bavière; de l'importance peu connue de l'occupation autrichienne, et combien on souhaite en Bavière que V. M. puisse détacher vers ce pays-là. Il croit que les Bavarois viendraient par milliers se ranger sous Ses drapeaux, qu'on pourrait même y former une armée avec le temps sous les auspices du Duc de Deuxponts, que la subsistance s'y trouverait aisément; que l'apparition d'un corps prussien entraînerait la plus grande partie de l'Empire et couperait à la Cour de Vienne la ressource des Pays-Bas et des recrues en l'ouvrant à V. M.

Il paraît aussi que, si V. M. se contentait de bloquer la Bohême par Ses deux armées et d'envoyer un corps respectable en Bavière comme un pays usurpé par la Cour de Vienne, Elle écarterait par là tout prétexte d'aggression et fournirait à la France une bonne raison de refuser son assistance à la Cour de Vienne.

Je me flatte que V. M. n'attribuera la liberté et la prolixité de ce que je viens de Lui écrire qu'aux effets du zèle sincère dont je suis entraîné dans une circonstance aussi critique.

Berlin le 8. Juin 1778.

Hertzberg (*eigh.*)

Au Roi.

No. 12. Der Prinz von Preußen an Hertzberg.

1778. Juni 18. Mittel-Peile. R. 92. Hertzberg 51.

Eigh. Orig.

Au Quartié de Cantonement de MittelPeile le 18. Juin 78.

Monsieur. C'est avec beaucoup de satisfaction que je viens de lire l'ouvrage sur la succession de Bavière que vous avés eu l'attention de m'envoier, et qui prouve sufisament la nulité des pretensions de la Maison d'Autriche a cette succession; Je doute fort que la Cour de Vienne donne des dedomagements sufisant aux maisons dont elle a usurpé les droits, ce qui est cependant le seul moien a ce qui me semble qui pouroit entretenir la paix, dailleurs avec les trocs que la Cour de Vienne nous ofre, nous nous donerion une espece de dementi aux yeux du public et nous perdrion la confiançe de l'Empire et des Cours etrangeres, a moin que les dedomagements des Maisons dont nous avons embrassé les interets ne soient sufisament reglé, Jai cru toujours que le Prince Caunitz a entamé la negotiation dans lesperançe que nous glisserions sur cet article en faveur de quelque trocs qu'il nous ofriroit, pour ensuite nous faire perdre toute confiançe, et leur donner meilleure jeu a la premiére ocasion, leur finançe etant dailleurs en mauvaise etat dans ce moment ci.

Nous avons tous les avantages pour nous dans cette guerre, et a moin de malheurs imprevu, il y a tout a esperer, et rien a craindre pour nous.

Je suis charmé de voir une ocasion de Vous renouveller lassurance de la haute estime que je Vous porte avec laquelle je suis bien sinçerement

Votre tres afectioné ami
Frederic Guillaume
Pr. de Pr.

Finckenstein an Hertzberg. No. 13.

1778. Juni 18. (Berlin.) R. XI. Bayern 26. vol. IV.
Eigh. Orig.

Voici la réponse du Roi à notre rapport du 13., le jugement contenu dans le Post-scriptum de la main de S. M. est admirable, mais l'ordre à Mr. de Riedesel n'y répond pas; je crains que la Cour de Vienne ne profite des offres qui se trouvent dans les passages que j'ai souligné, et ne les tourne, en cas même de guerre, à notre préjudice. Dieu sait ce qui résultera de tout ceci. Je crois qu'il faudra que nous répondions demain et que nous marquions notre sentiment par un rapport commun sur la réponse captieuse du Pr. Kaunitz. La décision finale de cette affaire dépend du Roi, mais j'avoue qu'autant que j'ai été pour la paix, si elle pouvait être conservée par un accommodement honorable, autant suis-je contre, si elle ne peut être achetée que par des conditions, qui nous feraient perdre notre considération dans l'Empire et dans l'Europe entière.

Finckenstein

le 18 de Juin 1778.

Hertzberg an den König. No. 14.

1778. Juni 19. Berlin. R. 96. 201 B.
Ausfertigung.

Si V. M. propose à la Cour de Vienne de garder ce qu'elle a occupé en Bavière, à condition de ne restituer que les 21. bailliages, qui ne sont que de simples villages, réclamés par l'Electeur Palatin, et de lui donner un équivalent de 700 000 florins de revenues, ce

que le présomptueux Prince Kaunitz n'agréera pas même, il me semble que V. M. procure et assure Elle-même à Son rival sans aucun équivalent pour Elle un agrandissement énorme et une acquisition injuste, sur laquelle Elle a plus de droit que la Cour de Vienne, qu'Elle perdra par la simple proposition tout le mérite de Son intervention glorieuse, la confiance de l'Europe et de l'Empire, la considération et l'influence préponderante qu'Elle avait, et en sus les frais immenses de Son armement. Il est vrai que V. M. se trouve dans la fâcheuse alternative ou de commencer une guerre ou de consentir au demembrement injuste et odieux de la Bavière. La première alternative est toujours dangereuse et ne dépend que de la résolution du souverain, mais la seconde paraît si révoltante et si contraire aux intérêts et à la gloire de V. M., que je reviens encore à cette idée que, plutôt que d'autoriser l'usurpation de la Cour de Vienne par son consentement et d'y donner la sanction, il vaudrait mieux, si on ne peut pas faire la guerre sans trop de risque, de choisir le troisième parti „en déclarant aux garants de la paix de Westphalie et aux Etats de l'Empire que V. M. voulait soutenir à main armée l'intégrité et la juste distribution de la succession de Bavière, s'ils voulaient faire cause commune avec Elle, mais que, s'ils ne jugeaient pas à propos de remplir leurs obligations, ni d'assister V. M. contre l'usurpation de l'Autriche, Elle se verrait obligée d'abandonner cette succession à son sort et au temps, en protestant avec l'Electeur de Saxe et le Duc de Deuxponts contre le démembrement présent.“ De cette façon V. M. pourrait sortir de cette entreprise sans reproche et attendre des circonstances plus favorables pour renverser l'usurpation autrichienne, surtout après la mort de l'Electeur Palatin, époque, à laquelle le droit du Duc de Deuxponts commence proprement à exister.

Je demande très-humblement pardon à V. M. si l'effervescence de mon zèle me mène peut-être trop loin à Lui renouveler cette idée.

Berlin le 19. Juin 1778.

Hertzberg (*eigh.*)

Au Roi.

Hertzberg an den König. No. 15.

1778. Juni 27. (Berlin.) R. 92. Hertzberg 51.
Eigh. Original.

Oserais-je supplier V. M. que dans l'instant, où il s'agit de passer le Rubicon, Elle veuille donner un moment de lecture à un nouveau plan, que je prends la liberté de Lui présenter, pour sortir avec honneur et sans trop de préjudice de l'affaire de Bavière, à moins que V. M. ne se soit déjà décidée pour la guerre, qu'il ne m'appartient pas de conseiller ni de déconseiller.

Hertzberg

le 27. Juin 1778.

eigenhändige Resolution des Königs auf der Rückseite obigen Schreibens:

Alléz vous promenér avec vos Indignes plans, vous etes fait pour estre Le Ministre de gens Coujons comme l'Electeur de Baviere, mais non pour moy.

Fr.

Hertzberg an den König. No. 16.

1778. Juli 3. Berlin. R. 92. Hertzberg 51.
Eigh. Entwurf.

Sire

Je crois ne pas mériter la censure sévère que V. M. a mis sur le plan, que j'ai pris la liberté de Lui proposer. Je l'ai fait parce qu'on a cru ici que V. M. voulait la paix. Ce n'était pas un plan dicté par la faiblesse. D'ailleurs j'ai défendu en toute occasion la cause, la gloire et les intérêts de V. M. dans l'affaire de Bavière avec tant de zèle, que bien des gens m'accusent ici d'être trop porté pour la guerre. Je crois que la manque de fermeté et de vigueur n'est pas mon défaut. Si V. M. continuait à avoir si mauvaise opinion de moi, je ne serais pas digne d'être Son ministre et je ne souhaite pas de l'être. Je n'ai pas d'autre ambition que de savoir V. M. persuadée de la solidité de mon caractère et

du zèle inébranlable et desintéressé avec lequel je fais ma seule gloire d'être &c.

Berlin le 3. Juillet 1778.

Hertzberg.

No. 17. Hertzberg an den König.

1778. September 4. Berlin. R. 96. 201 C.

Chiffrirtes Orig.

Pardonnez Sire! à ma douleur et à mon zèle sincère pour Votre Etat, si je Vous écris de nouveau sans autre vocation que mon patriotisme. J'apprends que Votre seconde armée va quitter la Bohême, cela obligera aussi V. M. de rentrer en Silésie; alors toute la campagne est manquée; et quelle perspective pour la continuation de la guerre; même le secours des Russes ne pourra que difficilement rétablir Vos affaires. Je ne suis ni militaire ni présomptueux, mais le bon sens paraît dicter qu'une armée de 80 000 ou même de 60 000 hommes pourrait et devrait se maintenir aussi bien en Bohême qu'en Saxe, surtout depuis qu'elle est en possession du cours de l'Elbe jusqu'à Leitmeritz et qu'elle paraît devoir dominer dans toute cette partie de la Bohême au delà de l'Elbe, moyennant quoi elle peut tirer la subsistance du fertile cercle de Saaz ou en cas de besoin de la Saxe par l'Elbe. Il me paraît aussi que c'est là le sentiment de tous Vos meilleurs généraux. V. M. n'est peut-être pas assez informée de tout ce qui se passe de ce côté-là, et je souhaiterais bien qu'Elle se fit envoyer comme autrefois toutes les dépêches du Sieur d'Alvensleben. Selon les rapports de ce Ministre fondés sur de bons avis, venus de Prague même d'un bon canal connu à V. M., toute l'armée autrichienne en Bohême et en Moravie ne monte qu'à 138 600 hommes; et celle de Laudon à 56 000. — Pendant le mois d'août il n'y a pas eu mille hommes de garnison à Prague, on en a retiré l'artillerie et la jeunesse, et il paraît que l'Empereur a cru ne pouvoir pas soutenir cette place; que l'on aurait pu l'emporter et s'y maintenir avec la formidable armée que V. M. a de ce côté-là et se rendre maître de toute la Bohême, située au delà de la Mulda, qui paraît dénuée de troupes,

et donner de la jalousie en Bavière, où toute la nation attend les Prussiens avec enthousiasme, ou obliger l'Empereur à quitter ses camps fortifiés pour sauver Prague. Je ne sais pas si le temps est passé à présent d'effectuer ces manoeuvres en tout ou en partie. Nous ne mettrons jamais les Princes de l'Empire en mouvement, si V. M. ne se soutient pas en Bohême. Le Landgrave de Cassel a amassé près de six mille hommes. Je crois qu'il les donnerait à V. M. si Elle voulait les prendre à Sa solde, parce qu'il ne peut pas les entretenir longtemps de ses fonds. Si les Russes viennent au secours de V. M. et qu'ils fassent une diversion en Gallicie comme on peut espérer à présent, je conjure V. M. de les faire joindre par un petit corps de quatre mille hommes commandé par un bon général, qui sache les diriger, afinque la conquête de la Galicie qui ne paraît pas difficile, se fasse au nom de V. M. et qu'Elle puisse l'offrir aux Polonais, qui sont très-disposés de Lui céder en échange Danzig et le district de l'Obra; et il me semble que ce sera le seul et le meilleur parti que V. M. pourra tirer de cette guerre. La Cour de Saxe ne sait plus d'où prendre les frais pour la continuation de la guerre; elle voudrait emprunter un million sous la caution de ses Etats, de V. M., de la Banque, ou de nos particuliers sous Votre garantie. Il paraît que l'intérêt de V. M. exige d'aider la Saxe à cet égard de façon ou d'autre, sans quoi elle ne pourra pas nous être utile, la sûreté n'y manque pas. V. M. pourrait même par là gagner le pied en Saxe et se défaire d'une bonne partie de son billon et se débarrasser des prétensions des Saxons pour les livraisons.

J'ai encore hazardé une fois de soumettre ces faits et mes petits réflexions aux lumières supérieures de V. M. Mon zèle pour le bien public en est le seul motif sans aucune prévention. Si V. M. le desapprouve je me tairai à l'avenir.

Berlin le 4. Septembre 1778.

Hertzberg (*eigh.*)

Au Roi.

No. 18. Der Graf von Wied an Hertzberg.

1778. September 10. Neuwied. R. XI. Bayern 28. vol. VII.
Eigh. Orig.

Neuwied 10. Sept. 1778.

Monsieur, V. E. doit me savoir quelque gré de ne L'avoir incommodé de longtemps malgré la crainte de tomber dans l'oubli de ma patrie.

Ces lignes sont pour La conjurer de redoubler Ses soins importants, afin d'éteindre l'embrasement qui pourrait consumer deux maisons augustes et gagner l'Europe entière!

On ne viendra point à bout de faire renoncer à la Bavière ni consentir au démembrement de la Bohême.

Obtenons plutôt un autre point important, auquel l'Autriche puisse donner les mains. Par exemple: Danzig et Thorn? Que l'Autriche s'engage à fournir un corps d'armée pour appuyer; ou bien mieux! qu'Elle fasse alliance contre les Turcs avec la Russie, pour l'engager à consentir. L'Angleterre a trop sur les bras pour pouvoir agir en force contre notre opération. On tâcherait d'obtenir, pour sûreté, deux principautés de la Haute-Silésie, jusqu'à la possession de Danzig.

Tout cela serait l'article secret. Le traité ostensible renverrait la succession bavaroise à la discrétion de la Diète de l'Empire.

Si je donne à gauche, comme cela arrive lorsqu'on ignore le secret du cabinet, ma bonne intention obtiendra mon pardon. Me direz-vous, Monsieur le Baron, comme le Duc de Belleisle (lorsqu'avec le consentement de Marie Thérèse je lui offris les Pays-Bas, qu'il refusa) que je veux toujours négocier depuis ma paix de Vienne? Me direz-vous: de quoi vous mêlez-vous? Mais c'est la crainte de la subversion de l'Empire, dont je suis membre, qui me met la plume à la main; c'est le grand besoin de l'harmonie des deux puissances qui en sont les colonnes!

Je demeure avec vénération, Monsieur,

Votre très-humble et très-obéissant serviteur

Le Comte de Wied.

P. S. Mes lettres et les réponses sont sujettes à être extraites pour Vienne, lorsqu'elles ne vont pas sous couverts.

S. E. M. le Ministre Baron de Hertzberg.

Hertzberg an den Grafen von Wied. No. 19.

1778. Oktober 16. Berlin. R. XI. Bayern 28. vol. VIII.

Entw. von Schreibershand mit eigh. Correcturen u. Schlußsatz.

A S. E. le Comte Régnant de Neuwied.

Monsieur,

Je regarde comme une marque très-précieuse de l'amitié, de la confiance et des intentions patriotiques de V. E. la lettre qu'Elle m'a fait l'honneur de m'écrire le 13. septembre. Si je n'y ai pas répondu plus tôt, je prie V. E. de n'attribuer ce retard à aucune autre raison qu'à celle que j'ai voulu Lui envoyer en même temps les deux imprimés ci-joints. Le premier est un mémoire préalable, que j'ai jugé nécessaire d'adresser à la Diète de l'Empire et d'opposer au contremanifeste de la Cour de Vienne, qui n'est rempli que de sophismes, d'injures et de faussetés les plus grossières, jusqu'à ce que le temps permette de réfuter en détail ce libelle volumineux. V. E. verra par ce petit mémoire que nous y avons publié sans réserve toute la négociation de Braunau, dont la Cour de Vienne n'a fait qu'un usage tronqué conforme à ses vues, mais non à la vérité. Je sais que la première proposition de la Cour de Vienne a fait une sensation dans une partie de l'Empire, qu'on croit à la modération de la Cour de Vienne, et qu'on souhaite que nous eussions accepté cette proposition ou que nous l'acceptions encore; mais il me semble qu'on doit l'envisager sous deux points de vue:

1°) La proposition telle qu'elle nous a été faite à Braunau aurait toujours fourni à une Cour, qui a si peu de droiture que celle de Vienne, le prétexte même après avoir restitué la Bavière et avoir délié l'Electeur Palatin de sa convention, de revenir comme partie intéressée avec son ancienne prétention devant les tribunaux de l'Empire dépendants d'elle, et si elle disait même à présent y avoir renoncé entièrement, elle peut le dire sans risque d'être prise au mot, après que le Roi a une fois déclaré de ne vouloir pas accepter cette proposition.

2°) il semble décidé, surtout après qu'on a lu le second écrit, qui a été fait à Anspach et non à Berlin, que le Roi n'aurait pas pu renoncer au droit de réunir les deux Marggraviats sans déroger également aux droits précieux de sa Maison et à son honneur, et

sans donner une marque publique de faiblesse en condescendant aux caprices et à la chicane d'une Maison, qui se pique d'être la rivale de la Maison de Brandebourg.

Je supplie V. E. d'examiner ce problème politique avec la sagacité dont Elle est en possession et de juger ensuite: si une Cour qui agit selon les principes d'honneur et de probité peut s'embarquer avec une autre, qui agit entièrement selon la politique des Italiens du 16ème siècle. C'est par la bonne volonté du Roi qu'elle a eu part au partage de la Pologne. Elle a profité de certaines circonstances pour en tirer le meilleur parti, mais ce serait porter trop loin la bonhommie que de continuer à favoriser ses plans ambitieux d'agrandissement, qui s'étendent de tous côtés et qui surpassent les bornes.

Je pourrai envoyer à V. E. dans quelques semaines une réfutation complète du manifeste autrichien; j'espère qu'Elle y verra que le peu d'arguments de droit, que la Cour de Vienne y a fait valoir, se reduisent à la plus pure chicane et que presque tous les faits, qu'elle y étale pour noircir notre Cour, sont ou inventés à plaisir ou malicieusement alterés.

Enfin quoique l'issue de cette campagne n'ait pas répondu à ce qu'on pouvait attendre par des raisons dont la Cour de Vienne ne saurait tirer aucune vanité, nous avons encore assez d'apparence de pouvoir soutenir la gageure, d'y faire échouer les desseins trop vastes et de prouver à l'univers qu'un Etat inférieur en forces, mais gouverné par une bonne tête, qui agit par les principes d'une politique saine et honnête, peut l'emporter sur un autre beaucoup plus puissant, mais dont les ressorts sont poussés par des principes opposés. Quelques que soient les événements, tant que j'aurai quelque part aux affaires, la droiture et la franchise y présidera toujours de notre côté et je me ferai une étude particulière de prouver selon ces principes en toute occasion que je suis avec les sentiments les plus distingués

Berlin le 16. Octobre 1778.

Hertzberg (*eigh.*)

Graf Goertz an Hertzberg. No. 20.

1778. October 17. Berlin. R. XI. Bayern 28. vol. VIII.
Eigh. Orig.

V. E. trouvera ci-joint la feuille qu'Elle a eu la bonté de me communiquer. Je réfléchirai sur les insolences qu'on avance dans les autres feuilles. Tout honnête homme tel que je l'espère avoir été toute ma vie, doit regarder avec mépris des imputations du genre comme sont ceux qu'ils contiennent contre moi. En servant le Roi avant qu'il était mon maître, j'ai eu la persuasion de servir la cause la plus juste, et qui touchait de près la liberté de ma propre patrie.

Je rendrai fidèlement à Madame la Duchesse de Bavière ce que V. E. me charge de lui dire. Elle rend sans Vous connaître, Monsieur, autant justice à Vos lumières et à Votre zèle qu'à Votre probité reconnue de toute l'Europe, et c'est un des objets sur lesquels je me félicite d'avoir appris à connaître un ministre d'un grand roi, qui réunit ces rares qualités. Je ferai également parvenir au Baron de Gemmingen ce dont V. E. me charge. La lettre au Comte de Neuwied fera dans l'Empire sûrement un excellent effet, vu les liaisons que ce comte a partout. Je suis certainement par mon caractère peut-être trop doux éloigné à désirer la continuation d'une guerre, mais quand on voit les vues ambitieuses, la mauvaise foi et l'arrogance d'un ennemi aussi implacable que la Cour de Vienne, contre la Maison de Brandebourg, tout citoyen attaché à l'Etat et à la gloire de son Roi doit ne faire des voeux que de ce qu'on fasse usage des forces que la Providence lui a confiées, pour abaisser une puissance prépondérante aussi injuste et dangereuse, surtout dans le moment le plus favorable et le plus glorieux qu'on puisse jamais espérer. J'irai voir le tableau du peintre Rode, et je remercie V. E. de me l'avoir fait connaître.

Berlin ce 17 d'Octobre 1778.

Goertz.

Hertzberg an den König. No. 21.

1778. November 12. Breslau. R. XI. Bayern 32.
Eigh. Original.

L'Ultimatum que V. M. envoie aujourd'hui à Petersbourg fera la base de la paix future à moins que la négociation ne se rompe. Le passage ci-joint n. 1. qui trace l'essentiel de cette paix, savoir

la convenience que V. M. veut faire à la Cour de Vienne, laisse à cette Cour la liberté de prendre le meilleur district de la Bavière en n'exceptant que les salines de Reichenhall, elle prendra donc naturellement autant qu'on lui permettra de la meilleure partie de la Basse-Bavière; on dira que V. M. lui a laissé prendre pour acheter son consentement à la réunion des Marggraviats, ainsi Elle perdra le principal but et fruit de Sa glorieuse intervention. Je suis moralement persuadé qu'on obvierait à tous ces inconvenients en laissant subsister le premier projet de ce passage tel qu'il se trouve ci-joint sous n. 2 que V. M. n'a pas encore vu, dans lequel, sans laisser la choix à la Cour de Vienne, on lui assigne sa convenience dans le Haut-Palatinat, où elle a une apparence de prétention. C'est par là qu'on peut colorer cet offre et prévenir tout reproche de roideur. Je suis trop bon citoyen pour vouloir être contraire à la modération que la politique exige sans doute d'observer en considération de la France; mais il me semble que V. M. montre assez de modération en offrant à la Cour de Vienne des districts du Haut-Palatinat sans aucun titre uniquement pour la faire sortir avec honneur de son pas précipité; on peut toujours ajouter dans la suite de la négociation sans commencer par offrir trop et je ne crois pas que l'intention de V. M. soit de pousser la modération jusqu'à vouloir procurer à Son rival un agrandissement énorme et manquer le but de cette guerre.

N'attribuez, Sire, la liberté de cette très-humble ni à un entêtement ni à d'autre cause qu'à mon zèle sans bornes pour les intérêts de Sa gloire et de Son Etat. C'est à V. M. comme souverain et le meilleur juge en fait de politique à décider cette différence d'opinion; il ne me reste qu'à obéir.

Breslau le 12. Novembre 1778.

Hertzberg.

Von Schreibershand.

No. 1.

S. M. est toujours disposée à procurer encore une convenance à cette Cour, à condition que l e d i s t r i c t, q u ' e l l e v o u d r a g a r d e r, ne fasse pas un démembrement trop considérable de la succession palatine; que l e s s a l i n e s d e R e i c h e n h a l l, q u i f o n t u n e d e s p r i n c i p a l e s b r a n c h e s d e s e s r e v e n u s,

soient conservées à la dite maison; que les limites du district en question soient déterminées dans le traité de paix; qu'elles ne puissent jamais être étendues par un échange quelconque, et que Leurs Majestés Impériales renoncent à toute prétention ultérieure sur la succession de Bavière.

No. 2.

Si la Cour de Vienne s'engageait à restituer à la Maison Palatine toute la Bavière et le Haut-Palatinat et à renoncer à toute prétention ultérieure sur la Bavière, S. M. tâcherait de disposer la Maison Palatine à céder à la Cour de Vienne quelques districts du Haut-Palatinat contigus à la Bohême, qui ne soient pas trop considérables et dont on pourra convenir dans la négociation même.

Hertzberg an den König. No. 22.

1778. Dezember 4. Breslau. R. 96. 201 D.

Ausfertigung.

Comme j'apprends que la dernière ligne du Sieur Thugut doit servir de base à la future négociation de paix, je crois de mon devoir d'informer très-humblement V. M., que par là la Cour de Vienne obtient plus que par la convention qu'elle a faite avec l'Electeur Palatin, comme je puis montrer carte sur table, et que le Sieur Thugut nous fit entendre à Braunau, qu'elle pourrait encore rétrécir sa ligne, pour lequel effet il nous demanda la permission d'envoyer un courier à Vienne. D'ailleurs la Cour de Vienne obtient par là la possession des rivières d'Inn et de Salza, dont la perte ôte à la Bavière la facilité de transporter son sel par ses propres rivières, quand même on lui sauve les salines de Reichenhall.

J'ai cru devoir marquer à V. M. des circonstances qui Lui sont peut-être inconnues comme Elle n'a pas à la main les cartes, qui marquent la ligne de Thugut et celle de l'Electeur Palatin.

Breslau le 4. Décembre 1778.

Hertzberg (*eigh.*)

Au Roi.

Auf dem eigenhändigen Entwurf zu diesem Bericht (R. XI. Bayern 32.) steht die eigenhändige Bemerkung:

Représentation faite lorsque le Prince Lichnowsky proposa la cession de la seconde ligne de Thugut en Bavière, qui fut agréée par le Roi, mais cette négociation n'eut point de suite, l'Empereur ayant ordonné au Pr. Lichnowsky de la laisser tomber.

No. 23. Hertzberg an den Prinzen von Preußen.

1778. Dezember 7. Breslau. R. 92. Hertzberg 51.
Entwurf.

Monseigneur. Je prends la liberté de présenter à Votre Altesse Royale un mémoire que le ministère vient d'adresser aux Etats de l'Empire pour détruire la fausse accusation de la Cour de Vienne, que le Roi avait séduit le Duc de Deuxponts, et surtout pour publier une lettre de l'Electeur Palatin à ce Prince, par laquelle il avoue d'avoir été forcé à faire la convention pour la cession de la Basse Bavière.

J'ai eu l'honneur d'envoyer à V. A. R. dans le mois de séptembre les mémoires de la négociation de Braunau. Ne sachant pas si Elle les a reçus, je prends la liberté de Lui en envoyer encore un exemplaire, d'autant plus qu'il paraît qu'il pourrait encore être question dans la pacification future des propositions qu'on nous a faites à Braunau, quoiqu'elles me paraissent entièrement contraires au système de notre cause et de la guerre que nous avons entreprise.

Comme il pourrait aussi être parvenu quelque chose à V. A. R. de l'opinion que des personnes mal informées doivent avoir conçue, que j'avais contribué à la guerre par mes assertions, je crois devoir pour ma justification communiquer à V. A. R. les copies des deux représentations que j'ai faites au Roi avant que la guerre fut déclarée. V. A. R. daignera voir par le contenu de ces pièces que, loin de conseiller la guerre, j'ai proposé des moyens, par lesquels on aurait pu l'éviter et mettre la Cour de Vienne dans le même embarras et, sans commencer la guerre de notre côté, obliger cette cour ou de nous faire des propositions raisonnables ou de devenir

la partie attaquante, ou de se consumer par une défensive onereuse et par des armements plus coûteux à celle qu'au Roi.

Je soumets aux lumières supérieures de V. A. R. si j'ai eu tort ou raison; il en doit toujours résulter que je n'ai pas conseillé la guerre. Si j'ai défendu la cause du Roi non avec phlegme, mais avec quelque ardeur, quoique toujours avec une modération, que tout le monde impartial a reconnue, je crois n'avoir fait que mon devoir et je ne m'en repens pas, quoique je voie assez que je deviendrai la victime de mon zèle. Je me flatte toujours que V. A. R. rendra justice à la pureté de mes intentions, et qu'Elle voudra bien, si Elle le juge à propos, casser ou me rendre ces lettres.

J'ai l'honneur d'être avec le plus profond respect

Breslau le 7. Décembre 1778.

Denkschrift Hertzbergs. No. 24.

s. d. et l. (1778. Dezember. Breslau.) R. 92. Hertzberg 51.

Eigh. Entwurf.
(Reinschrift von Schreibershand
R. XI. Bayern 35.)

Am Rande: Memoire, welches ich den 20ten Dec. 1778 bey ankunft des F. Repnin an den König schicken wollte, das ich aber zurückgehalten, da der König nach der Audienz des F. R. befohlen einen anderen faderen plan zu machen für den Rußischen Hof, worauf ich das kleinere memoire am 21. Dec. gemacht, das dem Gr. Solms zugeschickt und dem Fürsten Repnin communiciret worden.*)

Les parties belligérantes ainsi que les cours médiatrices seront d'accord sans doute, qu'il faut tâcher de finir la présente malheureuse guerre et la contestation sur la succession de Bavière par un arrangement en bloc, sans entrer dans la discussion des pretentions, et d'une manière, qu'on y concilie autant que possible la dignité et l'intérêt des parties intéressées avec la justice et qu'on y

---

*) Die Daten sind unrichtig, wie sich das in den Notizen Hertzbergs öfters findet. Bereits am 18. Dezember hatte Repnin die erste Audienz bei dem König. Das „kleinere mémoire" ist vom 19. Dezember datirt.

ajuste définitivement la succession féodale et allodiale ainsi que d'autres points litigieux sans pouvoir par des renvois causer de nouvelles divisions. Les différents projets que les deux parties se sont communiqués dans les conférences de Berlin et de Braunau, n'ayant pas pu réunir leurs suffrages, on croit que le plan suivant pourra mieux répondre aux principes généraux qu'on vient de mettre pour base.

1. La Maison Palatine pour éteindre toutes les prétentions que la Cour de Vienne forme à la charge de la succession de Bavière et lesquelles on n'énoncerait qu'en général pour ne les reconnaître ni les attaquer, céderait à la Cour de Vienne toute la partie du Haut-Palatinat située entre la Bohême et les rivières de Naab et de Schwartzach et cette Cour obtiendrait ce district, qui contient au delà de 70 milles quarrées en toute propriété et de manière qu'elle ne soit obligée de rien donner en échange ou en équivalent ni à la Maison Palatine ni à celle de Saxe. Si dans le cours de la négociation il se trouvait qu'on ne pouvait pas contenter la Cour de Vienne par la cession de ce territoire, on pourrait y ajouter encore une lisière jusqu'à la rivière de Regen.

2) La Cour de Vienne restituerait de son côté à la Maison Palatine tout ce qu'elle a occupé en Bavière et renoncerait formellement à la convention du 3. janvier et à toute prétention qu'elle pourrait former à la charge de la succession de Bavière et de la Maison Palatine.

3) Pour ajuster les prétentions allodiales de la Maison de Saxe la Maison Palatine lui céderait les districts de Rotenberg et de Helbach appartenants au Haut-Palatinat mais enclavés dans le pays de Bareuth et elle y ajouterait un bout du Haut-Palatinat avec une somme d'argent dont on pourrait convenir dans la négociation.

4) Comme ces objets pourraient ne pas être suffisants pour satisfaire les prétentions de la Cour de Saxe, la Cour de Vienne et la Maison Palatine consentiraient, qu'elle obtienne le pays de Mindelheim comme un franc alleu de la Maison de Bavière éteinte, et la Cour de Vienne lui remettrait les droits de féodalité qu'elle a en Saxe et qui ne lui rapportent rien.

5) Pour faire supporter à la Maison Palatine les pertes qu'elle fait par cet arrangement, on tâcherait d'engager l'Empereur et l'Empire à lui conférer et s'il est possible nommement au Duc de Deuxponts les fiefs devenus vacants à l'Empire par la mort du dernier Electeur de Bavière.

6) S. M. l'Empereur pourrait donner un privilége de non appellando illimité à la Maison Ducale de Mecklenbourg pour compenser sa prétention sur le Landgraviat de Leuchtenberg.

7) S. M. le Roi de Prusse ne demande rien pour elle, si non que Leurs Majestés l'Empereur et l'Impératrice-Reine promettent de ne jamais mettre aucune opposition à la réunion future des Marggraviats de Brandebourg en Franconie à la Primogéniture de la Maison de Brandebourg ni à toute échange que cette Maison pourrait en faire, mais de la faciliter plutôt en renonçant à ses droits qui pourraient y être contraires.

Le seul énoncé de ce plan doit faire sentir la supériorité de ses facilités. Les prétentions féodales et allodiales de la Maison Palatine, de celles d'Autriche, de Saxe et de Mecklenbourg y sont arrangées à la fois d'une manière équitable et supportable sans qu'on ait besoin d'aucune discussion présente ni future, ni de commission, ni d'évaluation, ni d'échange, d'aucun renvoi, ni d'aucun arrangement qui puisse causer de nouvelles difficultés. La Cour de Vienne sortirait avec honneur de son entreprise et elle obtiendrait un arrondissement considérable de la Bohême, sans être obligée à aucune échange, compensation, ni équivalent. La Cour de Saxe emporterait une satisfaction raisonnable sans courir les risques ni les frais d'un procès à perte de vue. La Maison Palatine pourrait oublier la perte d'une partie du Haut-Palatinat en sauvant le reste et surtout le corps du Duché de Bavière, qu'il est essentiel de lui conférer en entier parce que c'est un pays contigu, et important par sa fertilité, par les rivières et les salines et chargé en même temps de 30 millions de dettes, qu'on peut difficilement partager. Le Roi de Prusse n'en aurait d'autre avantage que celui d'avoir assuré à la Primogéniture de sa Maison la succession aux Marggraviats de Franconie et d'avoir sauvé la Maison Palatine ainsi que la sûreté et la liberté du reste de l'Allemagne.

Quand on examine ce plan sans prévention, on trouvera qu'il réunit toutes les facilités et tous les avantages que les principes susmentionnés supposent pour amener un accommodement solide et raisonnable.

Tout le contraire se trouve dans le plan de pacification proposé par le Baron de Thugut à Braunau et dans la dernière ligne de démarcation qu'il y a demandée, quand même on parviendrait encore à en faire ôter les salines de Reichenhall. La Cour de Vienne emporterait par cette ligne plus d'un tiers de la Bavière, la partie

la plus fertile et la plus peuplée de ce pays, qui contiendrait la surface de 200 milles quarrées avec quatre belles rivières; il semble que, sans la plus urgente nécessité, on ne saurait extorquer un pareil sacrifice à la Maison Palatine, ni le faire à une prétension de la Cour de Vienne, dont le néant absolu a été démontré.

La perte des salines de Reichenhall acheverait la ruine de la Bavière et si on parvenait même à les conserver à la Maison Palatine, elle en tirerait pourtant peu d'avantage, si elle ne restait pas dans la possession des rivières de Salza et de l'Inn pour pouvoir transporter le sel. Ce qui rend ce démembrement immense encore plus préjudiciable à la Maison Palatine, c'est la façon de laquelle la Cour de Vienne veut le faire selon les propositions de Braunau. Elle veut prélever un district de revenu d'un million; il faut donc reconnaître sa prétention pour autant, ce qu'on ne peut faire sans deshonneur. Elle veut donner pour le reste du pays cédé des équivalents de ses territoires en Souabe d'après une évaluation des deux pays à faire selon les regîtres de leur administration précédente par une commission à tenir entre la Cour de Vienne et la Maison Palatine. Une procédure pareille tournerait encore immanquablement à un avantage exorbitant de la première et à un préjudice énorme de la seconde. La Maison Palatine serait obligée de troquer son patrimoine beau, peuplé, fertile et cohérent contre des possessions en Souabe détachées de la Bavière, éparpillées et très-chétives en elles-mêmes. La Souabe serait évaluée selon les comptes de l'administration autrichienne très-rigide, la Bavière d'après les comptes de l'administration précédente la plus relâchée qu'il y ait en Allemagne; la Cour de Vienne ferait donc encore un profit énorme à ce troc; elle échangerait un pays susceptible de la plus grande amélioration contre un autre qui ne l'est aucunement. La Maison Palatine abandonnée à elle même et seule vis-à-vis de la Cour de Vienne se tirerait encore plus mal d'une pareille négociation que de celle du 3. janvier, et si le Roi obtenait même d'y intervenir, à quoi la Cour de Vienne n'a pas voulu consentir jusqu'ici, il en résulterait pourtant une négociation longue, pénible et plus difficile que celle d'à présent et la Cour de Vienne en emporterait toujours les plus grands avantages par sa politique tortueuse, parce que la paix une fois conclue, on ne voudrait pas recommencer la guerre pour chaque prétention injuste.

Quand elle aura une fois emporté la dernière ligne du Sieur Thugut, elle ne se souciera plus de faire de grands efforts pour satis-

faire la maison de Saxe; on n'en pourra pas exiger non plus de la Maison Palatine après le grand sacrifice qu'on lui aura fait faire; la satisfaction de la Saxe deviendra donc fort mince et précaire et cette Maison regrettera le parti qu'elle a pris dans cette affaire.

Les regrets du Duc de Deuxponts seront encore plus grands; il se croira abandonné et sacrifié pour assurer à la Maison de Brandebourg la succession des Marggraviats de Franconie, il se plaindra qu'on le met plus mal qu'il n'était par la convention de l'Electeur son oncle et de ce qu'on voulait disposer de son patrimoine contre son gré; il ne voudra peut-être pas souscrire à cette cession et pourrait préférer d'attendre la mort de l'Electeur pour garder les mains libres pour une époque plus favorable.

Si le plan de la Cour de Vienne a lieu, elle emportera la meilleure partie d'une succession à laquelle elle n'a pas le moindre droit et obtiendra ainsi entièrement son but. S. M. manquera au contraire le sien; pour s'assurer le consentiment de la Cour de Vienne à la succession d'Anspach, qui ne lui manquerait pas avec l'assistance de la Russie, elle perdra tout le mérite et tout le fruit de sa glorieuse intervention et par là la confiance des Etats de l'Empire et des puissances de l'Europe, ainsi que l'influence supérieure qu'elle a eu jusqu'ici. Tous ces avantages passeront à son rival, qui gagnera bientôt par là et au moyen de cet accroissement médiocre en soi-même une supériorité décidée dans l'Empire et dans toute l'Europe.

Quand on compare ainsi les deux plans, il paraît clair que le premier est également conforme à la justice, aux droits des héritiers de Bavière, aux intérêts et à la dignité du Roi et de la Cour de Vienne, qu'ainsi on peut espérer de la faire agréer à celle-ci par les représentations des Cours médiatrices. D'un autre côté le plan de la Cour de Vienne n'est avantageux qu'à elle seule, et il est entièrement contraire aux intérêts des véritables héritiers, ainsi qu'à ceux du Roi, à sa gloire et même à sa sûreté.

Il semble donc que la choix ne devrait pas être difficile, qu'on pourrait bien revenir des offres vagues qui ont été faites, mais qui n'ont pas été acceptées jusqu'ici et qu'on pourrait faire proposer le premier plan à la Cour de Vienne par les puissances médiatrices. Si elle ne l'accepte pas, c'est une preuve sûre qu'elle ne veut pas se prêter à une paix raisonnable et alors V. M. peut compter sur l'assistance de la Russie, sur la neutralité de la France et sur les

suffrages de la plus grande partie des Princes de l'Empire, dont on pourra avec le temps tirer un parti plus réel.

No. 25.

Preußische Antwort auf Panins mémoire confidentiel.

1778. Dezember 19. (Breslau.) R. XI. Bayern 32.

Abschrift.

Le Roi croit avoir montré dans les négociations précédentes toutes les facilités possibles pour parvenir à un accommodement supportable avec la Cour de Vienne. S. M. s'est aussi déjà ouverte confidemment envers S. M. l'Impératrice de Russie sur les moyens qu'Elle croit encore propres pour mener à ce but. Cependant pour donner encore plus d'étendue à cette confidence, S. M. croit devoir confier à S. M. l'Impératrice de Russie Ses idées ultérieures sur les moyens qui pourraient faciliter la pacification.

On ne pourra qu'être d'accord partout qu'il faudrait tâcher de finir la présente malheureuse guerre et toute la contestation sur la succession de Bavière, et celles qui en sont résultées, par un arrangement équitable en bloc, sans entrer dans la discussion des prétentions respectives et d'une manière, qu'on y concilie autant que possible la dignité et l'intérêt des parties intéressées avec la justice, et qu'on y ajuste définitivement la succession féodale et allodiale de Bavière, ainsi que celle d'Anspach et de Bareuth depuis qu'elle est mise en doute, sans laisser un germe de nouvelles divisions par des renvois.

Pour parvenir à ce but, le Roi n'a jamais fait difficulté d'accorder à la Cour de Vienne certaines convenances sur la succession de Bavière. Il lui en a offert même deux fois de très-considérables, mais cette Cour a poussé ses prétentions trop loin. Si elle continue à demander le meilleur tiers de la Bavière, qui en renferme la partie la plus fertile, les rivières et les salines; si elle veut les avoir en partie gratuitement sous titre de ses prétentions, et en partie par des échanges arbitraires selon les principes qu'elle a proposés à Braunau, mais qu'on y a refutés sans réplique, il faudrait reconnaître ses prétentions, et la Maison Palatine serait exposée par un démembrement de cette nature à une lésion enorme, ainsi que la Bavière à une ruine totale. Sans compter l'avantage exorbitant de

vouloir prélever un million de revenus sans le moindre titre, la Cour de Vienne ferait des profits encore plus grands et injustes sur la Maison Palatine, si celle-ci, abandonnée à elle-même, était obligée d'arranger avec la Cour de Vienne seule sans aucune intervention de ses amis un échange, par lequel elle doit troquer la meilleure partie de son patrimoine contre des possessions détachées, éparpillées et chétives par elles-mêmes en Souabe, et cela d'après une estimation, qui tournerait tout à fait à l'avantage de la Cour de Vienne, parce qu'elle veut évaluer ses possessions d'après les comptes de son administration rigide, et celles de Bavière d'après les comptes de la précédente administration la plus relâchée, qu'il y ait en Allemagne et susceptible par conséquent d'une très-grande amélioration, surtout si elle obtenait les salines de Reichenhall et par là le monopole du sel dans la Haute Allemagne. Il est clair par là, que la procédure proposée par la Cour de Vienne finirait la guerre, mais non pas ses avantages, et qu'elle entraînerait des renvois, des négociations infinies et des pertes immenses pour la Maison Palatine, auxquelles personne ne pourrait plus remédier après la paix une fois conclue, et il ne resterait aussi presqu'aucun moyen pour procurer quelque satisfaction à la Maison de Saxe.

On pourrait obvier à tous ces inconvenients et obstacles presqu'insurmontables, si la Cour de Vienne voulait consentir de régler le tout définitivement et à la fois dans la future pacification et de renoncer à toute prétention ultérieure à la succession de Bavière et à la charge de la Maison Palatine, en recevant de celle-ci, pour éteindre ses prétentions, la cession de quelques districts déterminés, sans rien prélever, sans aucun échange ultérieur et sans aucun équivalent, comme p. e. la partie du Haut-Palatinat, qui est située entre la rivière de Naab et de Schwartzach, qui contient 70 milles quarrées et est fort propre à arrondir la Bohême, dont elle contient les fiefs.

Si la Cour de Vienne insistait absolument sur un district plus grand à obtenir par des échanges, on pourrait lui en procurer un autre, comme p. e. toute la partie du Haut-Palatinat située entre la Bohême, les rivières de Cham, de Regen et de Vils par Nittenau et Kalmunz, ce qui ferait une surface de 140 milles quarrées, de sorte qu'elle donne en échange à la Maison Palatine le Marquisat de Burgau et le Brisgau en Souabe, selon qu'on en pourrait convenir, parce qu'on n'en connaît pas ici exactement la valeur. Mais il faudrait que ce troc soit arrangé à la paix même, sans aucun

renvoi à une commission ultérieure et de manière, que tout soit réglé définitivement sans qu'il puisse survenir de nouveaux troubles à cette occasion.

Il faudrait tâcher d'arranger en même temps la satisfaction de la Maison de Saxe pour ses prétentions allodiales, ce qui pourrait se faire par la cession des districts détachés du Haut-Palatinat enclavés dans le Pays de Bareuth, par celle du district de Mindelheim en Souabe, qui est un franc alleu, par la renonciation aux féodalités en Saxe, que la Cour de Vienne a déjà offerte, et par une somme d'argent, que donnerait la Maison Palatine, à laquelle il faudrait tâcher de faire obtenir pour quelque indemnisation les fiefs devenus ouverts à l'Empire par la mort de l'Electeur de Bavière.

On pourrait contenter la Maison de Mecklenbourg sur sa petite prétention par quelque fief de l'Empire, ou en lui stipulant de la part de l'Empereur le privilége de non appellando.

S. M. persiste à la vérité dans son désintéressement, en ne demandant rien pour Elle même, mais il s'entend que Leurs Majestés Impériales promettraient formellement de leur côté de ne jamais mettre aucune opposition à la réunion future des Marggraviats de Franconie avec la Primogéniture de la Maison de Brandebourg ni à l'échange, que cette Maison pourrait en faire, mais de renoncer plutôt aux prétentions, qui pourraient être contraires à un pareil échange, ainsi qu'à celles que la Couronne de Bohême et le Haut-Palatinat pourraient avoir sur quelques parcelles du pays de Bareuth.

Le Roi ne balancerait pas à la vérité, vu la justice décidée de sa cause, de consentir à une abstraction entière des Marggraviats, si l'on pouvait espérer que la Cour de Vienne voulut restituer toute la Bavière et le Haut-Palatinat, sans insister sur la renonciation de S. M. à la succession de ces Marggraviats; mais comme la Cour de Russie est elle-même du sentiment, qu'il sera impossible dans la situation actuelle des choses de porter la Cour Impériale à cette restitution en entier, S. M. ne peut qu'insister en ce cas sur une clause nécessaire pour sa sûreté et pour celle de sa Maison. Elle ne saurait en aucune façon soumettre cette succession ni à la décision de la Diète ni d'aucun tribunal, et comme elle a été une fois mise en contestation, on croit que pour ôter tout prétexte à la Cour de Vienne de susciter une nouvelle guerre à cette occasion, le plus sûr sera de s'en tenir à un des plans proposés, par lesquels on ménage également ses intérêts et sa dignité, et lui procure un

arrondissement très-considérable en sauvant la Maison Palatine d'une ruine entière et en procurant une satisfaction médiocre à la Maison de Saxe.

Hertzberg an Finckenstein. No. 26.

1778. Dezember 28. Breslau. R. XI. Bayern 32.
Eigh. Original.

J'ai l'honneur de renvoyer à V. E. avant la conférence les trois plans du Marquis de Pons ou plutôt du Baron de Breteuil.

Comme la Cour de Vienne s'est relâchée sur le principal, savoir la grande étendue du terrain en Bavière, je juge qu'elle est décidée à faire la paix et à ne pas continuer la guerre pour le plus ou le moins. Il me semble que c'est un motif de plus pour le Roi de ne pas accepter tout de suite la première proposition de la Cour de Vienne, mais plutôt de lui proposer en contreprojet son dernier plan qu'il a communiqué aux Cours de Russie et de France et qu'on ne peut pas abandonner au premier coup, étant d'ailleurs le seul qui convienne à la Maison Palatine et par conséquent à la dignité du Roi. La Cour de Vienne y gagnerait pour l'étendue et la difficulté touchant les fiefs du Haut-Palatinat cesserait par là en même temps.

Comme il faudra faire un arrangement entre les Maisons de Saxe et Palatine, il faudra faire intervenir l'Electeur Palatin à cette négociation et quand on sera d'accord sur le gros, il sera pourtant nécessaire de tenir un petit congrès dans un endroit neutre et cela accélera plus la négociation que toute correspondance. Je crois toujours qu'il conviendra faire un contreprojet avec des observations sur celui du B. de Breteuil, le présenter au Roi pour son approbation et le faire ensuite passer à Vienne soit directement de la part du Roi, soit au nom du Prince Repnin comme un projet de la puissance médiatrice qui est alliée du Roi, comme celle de l'Autriche a fait l'autre. Ce sont des idées passagères que j'ai voulu communiquer d'avance à V. E.

Hertzberg
le 28. Déc. 1778.

No. 27. Hertzberg an den König.

1778. Dezember 28. Breslau. R. 96. 201 D.

Ausfertigung.

J'ose supplier V. M. à genoux de permettre que, par les raisons alléguées dans le rapport du ministère,

il puisse essayer de faire accepter à la Cour de Vienne le district du Haut-Palatinat au lieu de celui de Burghausen, n'étant pas à croire qu'après avoir tant diminué ses prétentions, elle voudra continuer la guerre pour un objet de si petite différence.

Le Duc de Deuxponts, la Bavière et tout l'Empire applaudiront au choix du premier district, et se récrieront infiniment sur le second, et je ne crois pas que V. M. voudra le faire ôter au Duc de Deuxponts, sans en avoir son consentement après le traité conclu avec lui. Je ne me consolerais pas de voir que V. M. perde le principal mérite de Sa glorieuse intervention, qui Lui a acquis le suffrage de toute l'Europe, et que nous devions donner un démenti au principe d'indémembrabilité de la Bavière et de la nullité des prétentions autrichiennes, que nous avons soutenu avec un succès peu commun.

Je me flatte aussi que V. M. n'abandonnera pas à la vengeance de la Cour de Vienne Ses droits sur Juliers et Bergue, dont il y a encore grand parti à tirer avec le Duc de Deuxponts qui ne cherche qu'à complaire à V. M.

Je suis moralement sûr que la négociation de paix réussirait selon ces principes sans aucun danger comme à Hubertsbourg, où V. M. donna la loi à la Cour de Vienne.

J'espère que V. M. pardonnera la hardiesse de ces lignes à l'ardeur de mon zèle pour Sa gloire, à laquelle je participe en bon Prussien.

Breslau le 28. Décembre 1778.

Hertzberg (*eigh.*)

Au Roi.

Notiz Hertzbergs. No. 28.

s. d. (Ende 1788.) Rep. 92. Hertzberg 51.
Eigh.

La campagne de 1778 étant finie, le Roi ordonna au commencement du novembre au Comte de Finckenstein et à moi de nous rendre à Breslau, parce que pendant l'hiver il y aurait sans doute des négociations sur le tapis.

Le soir de notre arrivée il nous reçut gracieusement dans son cabinet et les trois jours suivants nous dinâmes ensemble avec lui. Le lendemain il nous ordonna de dresser un mémoire raisonné contenant un projet de la paix qu'il pût communiquer aux Cours de Russie et de France. Je dressai le 12. nov. le mémoire, qui se trouve aux actes. Le C. Finck l'approuva, mais il changea l'article essentiel touchant la cession à faire à la Cour de Vienne de façon: qu'elle aurait une partie de la Bavière qui ne serait pas trop considérable et qui n'englobât pas les salines de Reichenhall. Je lui fis dire que je ne pouvais que m'opposer à ce changement, par lequel on laissait à la Cour de Vienne la choix au lieu que selon mon projet on lui prescrivait la partie qu'elle devait avoir. Il fit malgré cela minuter le mémoire tel qu'il se trouve aux actes. Lorsque le Roi le lut le 12. nov. en notre présence, je représentai à S. M. que je ne pouvais pas être d'accord avec le changement fait par le Comte Finckenstein, que par là on laissait trop d'avantage à la Cour de Vienne qui choisirait la meilleure partie de la Bavière, que S. M. manquerait par là tout le but de son opposition, qu'elle perdrait la confiance de l'Empire et de l'Europe, et qu'elle agirait contre ses engagements avec le Duc de Deuxponts. Je réiterai plusieurs fois mes représentations; le Roi me dit enfin, que j'avais raison, mais que nous n'avions pas eu une campagne heureuse, et que le mémoire devait rester tel. Après être sorti de chez le Roi, je lui envoyai encore la représentation du 12. nov., par laquelle je lui montrai la différence de nos deux projets avec les conséquences de celui du C. Finck. Le Roi en fut ébranlé, il mit sur le dos de ma représentation, qu'on devait envoyer l'un et l'autre projet en Russie, ce qui fut exécuté.

Depuis ce temps-là le Roi tomba malade de la goutte et je ne l'ai plus vu, mais il fit venir le C. Finck. toutes les après-midi. Le Prince Lichnowsky vint le 3. déc. à Breslau et dit qu'il était

chargé de quelques propositions de la part de l'Impératrice-Reine. Le Roi ne pouvant le voir, ordonna au C. Finck d'écouter ses propositions. Il dit donc qu'il avait occasionnellement parlé à l'Impératrice, qu'elle lui avait dit qu'il irait apparemment à Breslau, qu'il devait sonder les dispositions du Roi pour la paix, que les siennes étaient toujours les mêmes, qu'il fallait tâcher de faire cet hiver la paix, qu'après cela il n'y fallait plus penser, faisant entendre qu'elle pourrait abdiquer et qu'alors l'Empereur ne menagerait plus rien. Lichnowsky prétendait avoir ensuite parlé au Prince Kaunitz et que la paix pourrait se faire, si le Roi voulait adopter la dernière ligne de démarcation proposée à Braunau par Thugut. Le Roi lui fit répondre selon le billet ci-joint du C. Finck qu'il pourrait admettre cette ligne, si l'Impératrice voulait renoncer aux salines de Reichenhall, régler la succession de Bavière avec lui et reconnaître ses droits sur la succession éventuelle des Marggraviats.

Dès que j'appris cela, je fis au Roi le 4. déc. à 8 heures du matin la représentation qui est aux actes, où je fis voir, que S. M. accordait par là à la Cour de Vienne plus que l'Electeur Palatin, et plus que Thugut n'avait demandé à Braunau. Le Pr. Lichnowsky vint à 8 heures chez le C. Finck pour se noter par écrit la réponse du Roi. Il revint à 9 heures montrer un billet de Vienne, par lequel on lui disait de ne se mêler d'aucune affaire politique. Par là sa négociation était rompue; le Roi me fit la réponse ci-jointe. Malgré cela il ordonna de faire part aux Cours de Russie et de France de ce qui s'était passé avec le Pr. Lichnowsky et de la réponse qui lui avait été donnée. Je suppliai le C. Finck d'empêcher cette communication, par laquelle la Cour de Vienne apprenait donc toute notre condescendance et notre dernier mot; il assura l'avoir représenté, mais que le Roi y avait persisté en disant que sans cela la Cour de Vienne ferait un mauvais usage de cette négociation. Les deux dépêches furent donc expédiées sous la signature du Roi et du C. Finckenstein, mais je me suis excusé de signer deux dépêches si contraires à l'intérêt de l'Etat. Les choses en restèrent dans ces termes jusqu'au 18. *(?)* déc. où le Prince Repnin, Général et Ministre de Russie, arriva. Celui-là ayant montré au Roi un mémoire confidentiel du Comte Panin, selon lequel il demandait un plan du Roi pour la paix, S. M. me fit ordonner d'en faire. Je fis donc celui du 20. déc. dans lequel je montrai l'inadmissibilité de la ligne de Thugut et des propositions de Braunau et proposai de faire avoir à la Cour de Vienne le district entre la Naab et la

Schwartzach. Ce plan fut communiqué aux Cours de Russie et de France. Nous apprîmes le 24. déc. par M. d'Asseburg et le Prince de Hesse, que la déclaration de Russie avait tellement décontenancé la Cour de Vienne, que le manque d'argent et les cris du public contre l'énormité des nouveaux impôts avait si fort découragé l'Empereur et le Prince Kaunitz, qu'ils avaient pris le parti décidé de faire la paix et de restituer la Bavière.

Hertzberg an den König. No. 29.

1779. Januar 6. Breslau. R. 96. 201 E.

Ausfertigung.

Mon zèle sincère pour le service de V. M. me fait hazarder de Lui exposer quelques petites observations, que la vue de la situation présente des affaires présente à mon esprit.

1) Il paraît par les dernières propositions de la Cour de France, qu'elle veut de concert avec celle de Vienne s'emparer de la principale direction de la négociation de paix et ne laisser concourir celle de Russie que d'une manière accessoire. Celle-ci pourrait bientôt prendre de l'humeur, si l'on continuait de négocier sur ce pied-là, et principalement par le canal de la France, ce qui ne saurait aussi guère convenir aux intérêts de V. M.

2) Les avis se multiplient, et le Sieur d'Edelsheim vient de confirmer d'Hannovre, qu'il n'y a que l'Impératrice qui veuille sérieusement la paix ; que l'Empereur et le Prince Kaunitz tâcheront d'amuser le tapis par une négociation, qu'il ne leur sera pas difficile de rompre par quelque faux-fuyant quand ils le jugeront à propos. La méthode de négocier par la correspondance leur fournira des moyens aisés de prolonger et de diriger la négociation selon leurs vues.

3) La Cour de Russie propose à V. M. un congrès et un armistice, et il ne pourrait lui pas être indifférent, si on déclinait ses idées et agréait toutes celles de la France. Il est vrai qu'un

congrès solemnel à tenir dans une ville éloignée de l'Empire ne manquerait pas de rendre la négociation plus longue et plus difficile, mais elle serait sûrement beaucoup abrégée et accélerée, si au lieu d'une correspondance entre tant de Cours éloignées et si partagées de sentiments on assemblait tous les Ministres des parties intéressées et des Cours médiatrices dans quelque endroit situé sur les confins de la Haute Silésie, de la Bohême, ou de la Saxe, qu'on déclarerait neutre pour y négocier sous les yeux des deux Cours principales, avec aussi peu de formalités qu'à Hubertsbourg, où un ministre actif et intelligent pourrait avancer la négociation plus vite dans un mois, qu'on ne saurait faire par une correspondance de trois, et où il pourrait découvrir dans les premiers quinze jours, si la Cour de Vienne veut sérieusement la paix, ou non, et si V. M. doit se préparer à une nouvelle campagne ou non. Si la Cour de Vienne accepte en tout ou en partie le dernier projet de la France avec les modifications de V. M., ce qu'on saura en peu, mais qui est encore très-incertain vu la nature des conditions, les préliminaires existent alors pour l'essentiel, et alors existe aussi le cas de procéder aux conférences entre les parties principalement intéressées, sans lesquelles on ne pourra jamais concilier leurs différentes prétentions surtout celles des Maisons de Saxe et Palatine.

Il paraît qu'on pourrait concilier toutes ces différentes circonstances, si V. M. entrait de quelque façon dans les idées de la Cour de Russie et faisait répondre au Prince Repnin d'une manière, qui le mit dans le cas d'écrire au Prince Galizin, qu'il tâche de prendre part à la négociation du Baron de Breteuil, et que si la Cour de Vienne agréait pour base le dernier projet de la France avec les modifications de V. M. pour négocier ultérieurement là-dessus, il ferait bien de tâcher d'effectuer selon les intentions de sa Cour, qu'on assemble sans perte de temps dans un endroit sur les frontières à déclarer neutre, les Plénipotentiaires de toutes les parties intéressées, au moyen de quoi on pourrait aisément faire la paix si on en avait envie, dans un ou deux mois et avant le temps de l'ouverture de la campagne. Si un tel petit congrès était agréé de part et d'autre, il dépendrait alors de V. M., si Elle le jugeait de Sa convenance d'agréer pendant le temps qu'il serait tenu, un armistice pour un temps limité, comme jusqu'au 1ier avril, pour complaire en quelque façon à la Russie.

J'espère que V. M. me pardonnera la liberté que je prends de

Lui présenter ces pensées, qui ne sont qu'un effet de mon zèle le plus pur pour le bien de Son Etat.

Breslau le 6. Janvier 1779.

Hertzberg (*eigh.*)

Au Roi.

Hertzberg an den König. No. 30.

1779. Januar 17. Breslau. R. XI. Bayern 32.

Ausfertigung.

L'indulgence que V. M. a eu jusqu'ici pour mon zèle, m'enhardit encore à Lui présenter mes faibles idées particulières sur la réponse de la Cour de Vienne, qui vient d'arriver.

Si c'est aussi sérieusement son dernier mot qu'on devrait le juger par le ton qui y règne, il me paraît qu'il ne reste qu'à opter entre trois partis:

1) ou de souscrire simplement à cet ultimatum de la Cour de Vienne, sans insister sur aucune des propositions proposées par V. M., ou

2) de continuer la guerre, ou

3) de saisir la proposition finale de la Cour de Vienne et de la rétorquer par une juste modification de cette façon: que V. M. consentait de rétablir la paix à cette condition que la Cour de Vienne restitue la Bavière; que ses prétentions et celles des autres parties intéressées soient ensuite jugées ou arrangées amicalement par la Diète mais qu'il ne pourrait jamais être question de la succession des Marggraviats qu'après le cas de l'échéance, où la Maison de Brandebourg en agirait selon le droit.

Si la Cour de Vienne acceptait cette proposition, comme elle le doit selon la justice, V. M. sortirait le plus glorieusement de la guerre et de tout embarras; Elle aurait fait restituer la Bavière; la Diète ne pourrait pas sans se déshonorer en adjuger une partie à la Cour de Vienne, et si elle le faisait, V. M. n'en aurait aucun

reproche; la Maison de Brandebourg ne risquerait pas beaucoup dans le futur pour la succession des Marggraviats, que, vu la justice de la cause, elle pourrait toujours faire valoir par sa propre puissance avec la garantie de la Russie. Il semble même, qu'il serait plus glorieux de l'avoir plutôt par ce moyen-là, que d'en acheter à la Cour de Vienne son consentement en aucune façon nécessaire, par un démembrement quelconque de la Bavière, que le public regardera toujours comme le prix, que V. M. lui a accordé pour s'assurer des Marggraviats.

Si la Cour de Vienne ne voulait pas agréer sa propre proposition avec la modification de mettre de côté l'affaire des Marggraviats, tout le blâme et tout le tort de la continuation de la guerre retomberait sur elle, et l'Empire ni les garants de la paix de Westphalie ne pourraient refuser à V. M. leur approbation, et la Cour de Vienne n'en pourrait attendre aucun secours.

Si V. M. agrée ces idées, on pourrait dresser de son côté un ultimatum mieux raisonné que celui de la Cour de Vienne, et si précis que, si elle le rejetait, elle serait par son simple contenu mise dans son tort, ou qu'en l'acceptant, il pourrait tout de suite servir de base à une négociation de paix solide à continuer dans des conférences dans un endroit peu éloigné, sans quoi cette négociation sera toujours prolongée davantage et n'avancera jamais par la simple correspondance.

Breslau le 17. Janvier 1779.

Hertzberg (*eigh.*)

Au Roi.

No. 31. Hertzberg an den König.

1779. Januar 17. Breslau. R. 1. Conv. 124. vol. 6.

Entw. u. Ausfertigung.

Von Hertzbergs Hand über der Denkschrift: „J'ai fait cette représentation au Roi le 21. janv.*) avec un autre sur la pacification générale. S. M. me fit venir avec M. le C. de Finckenstein, nous parla

*) Das Datum muß heißen 18. Januar.

de l'affaire générale, rejeta mon idée parce qu'il n'y avait rien à faire avec la Diète, et me rendit ce rapport touchant Juliers et Bergue, sans y rien répondre. H."

Si V. M. faisait la paix avec la Coùr de Vienne selon l'idée que je viens de proposer, que celle-ci restitue la Bavière à condition de réserver ses droits et de les faire décider à la Diète, V. M. ne serait obligée par aucune raison de droit ni de convenance de renoncer à la succession de Juliers et Bergue. Après qu'on a eu le bonheur d'écarter cette renonciation par la clause, que j'ai glissée dans l'article 18 de la paix de Hubertsbourg: que cette négociation ne serait renouvelée que sous la condition, sous laquelle elle avait été donnée, savoir la garantie de la France sur la Silésie, que V. M. est maître d'accepter ou non, après qu'elle a été une fois rompue dans la dernière guerre,*) il serait fâcheux à ce qu'il me paraît, de renouveler sans aucun avantage la renonciation à une succession, qui est si peu éloignée, toute la Maison Palatine ne consistant qu'en quatre personnes, dont deux sont sans enfants. Si V. M. me veut laisser agir je crois pouvoir effectuer, que le Duc de Deuxponts s'engage secrètement de cèder à la Maison de Brandebourg, quand il parviendra à la succession, contre l'échange des petits pays de Gueldre et de Meurs et la renonciation au Duché de Juliers l'important Duché de Bergue si riche en fabriques et en commerce, si propre à mettre la Comté de Marck dans sa véritable valeur, et si bien situé à prolonger la domination de la Maison de Brandebourg le long du Rhin, et la rendre maîtresse de ses péages et de la possession de cette importante rivière dans une étendue de 30 milles de sorte que ces trois pays de Clèves, de Marck et de Bergue feraient par là un bel Etat cohérent, arrondi et propre à se soutenir en quelque façon par ses propres forces et à être la clef et le boulevard de l'Allemagne de ce côté-là. J'espère que V. M. pardonnera à mon zèle la liberté que je prends de Lui exposer une idée, laquelle me paraît trop importante pour ne pas devoir être tentée.

Breslau le 17. Janvier 1779.

Hertzberg. (*eigh.*)

Au Roi.

---

*) Art. XVIII. des Hubertsburger Friedens lautet: S. M. le Roi de Prusse renouvellera la convention faite en 1741 entre Elle et l'Electeur Palatin au sujet de la Succession de Juliers et de Bergue, sous les mêmes conditions, sous lesquelles elle a été conclue.

No. 32. Notiz Hertzbergs.

s. d. et l. (1779. Januar 18. Breslau.) R. 92. Hertzberg 51.

Reinschrift. (?)

Les deux rapports ci-clos ayant été envoyés au Roi le 18. au matin avec un rapport commun du département de la même date, le Roi fit appeler le C. de Finckenstein et moi le matin à 9. heures et nous dit, qu'il était déterminé d'attendre le sentiment de la Russie avant que de prendre un parti sur cette réponse de la Cour de Vienne, pour ne pas choquer la Cour de Russie et pour que celle de Vienne n'eût pas occasion de lui insinuer qu'il négociait sans elle principalement par la France, qu'elle se montrait si roide envers la Saxe et tâchait si fort d'amoindre les conditions pour la dégoûter de notre alliance; que pour le renvoi de l'affaire à la Diète, il ne pouvait pas y consentir, puisque la Cour de Vienne y était sûre de la pluralité. Je pris la liberté de représenter que dans cette occasion elle ne l'était pas, les prétentions de la Cour de Vienne étant trop injustes et tous les Princes trop intéressés à s'y opposer, et que s'ils étaient assez lâches pour les favoriser, S. M. n'aurait rien à se reprocher, que tout le blâme retomberait sur eux, qu'il suffisait qu'elle avait fait restituer la Bavière par ses armes sans être responsable des suites ultérieures; que c'était la seule voye de finir honorablement cette guerre, qu'une cession quelconque du district de Burghausen serait toujours regardé comme un sacrifice que S. M. faisait faire à la Maison Palatine, pour acheter, pour ainsi dire, de la Cour de Vienne la réunion des Marggraviats; que S. M. n'en avait pas besoin; que dans le cas de l'échéance éloigné elle pouvait toujours la soutenir par la justice de sa cause, par sa propre puissance et par la garantie de la Russie. On m'objecta, qu'alors il fallait continuer la guerre, et la Cour de Vienne ne consentirait à la paix que sous la condition de la renonciation aux Marggraviats. Je répondis que cela se pouvait, mais qu'alors la Cour de Vienne se mettrait entièrement dans le tort; qu'elle n'aurait le suffrage ni de l'Empire, ni des garants, qu'il me paraissait, qu'il vaudrait mieux de continuer la guerre avec honneur et justice que d'acheter la paix par des cessions et des conditions sujettes au reproche du public; mais qu'il n'y avait pas d'apparence que la Cour de Vienne voudrait se mettre dans ce cas-là, de continuer la

guerre pour la différence du district de Burghausen et s'attirer le blâme général.

Comme il fut question de la renonciation de la Cour de Vienne à la réversion de la Lusace, je dis que S. M. pouvait sans inconvenient se relâcher sur cet article, que la Cour de Vienne accorderait apparemment la renonciation aux féodalités de Saxe, qui n'était d'aucune valeur; qu'on pourrait encore remettre le paiement d'un million, mais que la cession du district de Burghausen me paraissait trop préjudiciable à cause de sa bonté intrinsèque et qu'il donnait aux Autrichiens l'entrée libre dans toute la Bavière. Le Roi confirma lui-même cette thèse, en allégant l'importance des villes de Schaerding et de Braunau.

La dernière résolution de S. M. fut qu'elle attendrait le sentiment de la Cour de Russie sur le dernier plan aussi bien que sur l'ultimatum de la Cour de Vienne, et que le Prince Repnin serait prié d'en faire part au Baron de Breteuil par une réponse préalable. Le C. de Finckenstein le lui dit ensuite dans une conférence et ce ministre nous lut la minute d'une lettre qu'il avait déjà minutée pour ce ministre de France.

Hertzberg an den Prinzen von Preußen. No. 33.

1779. Januar 24. Breslau. R. 92. Hertzberg 51.
Entw.

à S. A. R. Msgr. le Pce. de Prusse.

Monseigneur,

V. A. R. saura déjà sans doute que le courier russe est revenu le 20. avec la seconde réponse de la Cour de Vienne. Elle y accepte simplement le projet de paix qu'elle a dicté à la Cour de France, selon lequel elle renonce à toute opposition à la réunion des Marggraviats de Franconie, mais s'assure en même temps l'important district de Burghausen de la Bavière jusqu'aux frontières de Salzbourg, qui rapporte à présent 600 000 florins, en refusant de se prêter à toutes nos conditions et ne voulant concourir à la satisfaction de la Saxe que par la cession de quelques droits

sur la Comté de Schoenbourg. Tout cela passera et on tâchera d'arracher à l'Electeur Palatin un petit district en Souabe et une couple de millions pour la satisfaction de la Saxe. On négociera là-dessus et sur la rédaction des traités dans un congrès, qui s'ouvrira apparemment à Teschen dans une quinzaine de jours. Je n'y serai point employé, mais ce sera apparemment le B. de Riedesel, ce qui ainsi que l'endroit doit encore être tenu secret. Comme je ne suis plus à même de rendre des services à l'Etat, qui en vaillent la peine, et ma santé se dérangeant de plus en plus par des vertiges continuels, je crois que je me verrai obligé de demander au Roi au premier jour la permission de me retirer à Berlin et même à ma campagne. Il aurait été heureux pour moi de l'avoir fait, comme j'en avais l'idée, au commencement de l'année passée. Dans quelque position que je me trouve je serai toujours avec le zèle et dévouement le plus respectueux &c.

Breslau le 24. Janvier 1779.

No. 34. Hertzberg an Riedesel in Berlin.

1779. Januar 25. Breslau. R. 1. Conv. 123. vol. 1.

Ausfertigung.

Monsieur! J'ai reçu les deux lettres que Vous m'avez fait l'honneur de m'écrire le 20. et 21. et je Vous remercie beaucoup des éclaircissements, que Vous m'y avez donnés. Je n'ai de mon côté rien d'essentiel à ajouter à ce qu'on Vous a marqué dans les dépêches et surtout à celle d'aujourd'hui, sinon que je ne trouve pas dans la paix de Westphalie Art. XVII. § 6, qui est celui qui regarde la garantie, la clause que les contractants devaient maintenir cette paix quand même ils n'avaient pas prêtés une garantie formelle. Ces derniers mots n'y existent pas et c'est de leur omission que la Cour de Vienne tire la conclusion, que l'Electeur de Brandebourg n'est pas garant de la paix de Westphalie. C'est ce que j'ai réfuté dans notre dernière grande pièce pag. 15. et pour obvier à une pareille objection future, nous avons demandé que la garantie du Roi sur les deux traités, qu'il a extorqués par les armes, soit nommement exprimée. On ne saurait décliner cette

prétention sans chicane. Cependant Vous avez reçu ordre de ne pas en faire une condition sine qua non de sorte, que Vous êtes assez à Votre aise à cet égard. Cependant je crains qu'il ne faut pas s'amollir là-dessus, ni faire entrevoir aux médiateurs qu'on le fera que dans le cas de l'extrémité.

Si Mr. le Prince Repnin se trouve piqué de ce qu'on a relevé ici en passant que Vous, Monsieur, comme représentant de la principale partie contractante et belligérante deviez assister aux conférences, nous pourrions l'être à plus juste titre, quand il veut à tout prix nous faire avaler un préambule du traité, par lequel nous reconnaîtrions, quoi qu'on en dise, que la convention du 3. janvier, que nous avons combattue par une guerre, doit être la base de celle que nous allons selon ses propres principes contracter et garantir. Il me semble qu'il n'y a rien de plus déraisonnable et que la Cour de Vienne n'y insisterait pas, mais *(?)* qu'elle se contenterait de notre projet, qui déroge encore plus à nos principes qu'aux siens, si elle n'était pas soutenue par des médiateurs, qui veulent absolument sacrifier la dignité du Roi à celle de l'Impératrice-Reine. Le Pr. Repnin vient d'écrire une lettre à Mr. le Comte Finckenstein pour exiger éventuellement qu'on se relâche là-dessus. Pourquoi n'attend-il pas la réponse de la Cour de Vienne? Pourquoi demande-t-il d'avance le relâchement du Roi sur cet article? Il a causé par là ici une déroute d'autant plus grande, qu'on n'observe pas, que la Cour de Vienne n'est pas même contente du préambule proposé par la France, mais qu'elle est allée encore plus loin dans son projet. Vous en verrez bientôt les suites dans Votre négociation. J'ai fait ici ce que mon zèle et mon devoir m'a dicté, et je me lave les mains des conséquences, ne pouvant pas emporter contre le torrent. Dans ces circonstances je n'ai rien à ajouter aux assurances de la plus haute considération, avec laquelle je suis

votre très-humble et très-obéissant serviteur

Hertzberg (*eigh.*)

à Breslau le 25. de Janv. 1779.

(*eigh.*) Je viens de recevoir Votre lettre touchant l'apanage du Duc de Deuxponts. On aurait sans doute pu en faire une condition de la renonciation de Juliers et de Bergue, mais comme on a

simplement accordé tout ce que les Cours de Vienne et de France ont demandé, on ne pourra plus faire valoir de nouvelles conditions.

En général j'ai peu d'influence sur cette négociation et je ne prétends aussi y avoir aucune part.

No. 35. Hertzberg an den Prinzen von Preußen.

1779. Februar 11. Breslau. R. 92. Hertzberg 51.
Entwurf.

à S. A. R. Msgr. le Pce. de Prusse.

Monseigneur

Je prends la liberté de présenter à V. A. R. une pièce curieuse, qui a paru à Vienne non à l'insu de l'Empereur à ce que je juge, et qui contient une description maligne de notre dernière campagne, à laquelle je ne crois rien de vrai que la justice, qui s'y trouve rendue sur la fin à V. A. R. Je suis moralement sûr que la Maison d'Autriche se ressentira en son temps par des preuves encore plus sensibles de la supériorité de la Maison de Brandebourg et du génie qui caractérise les Princes de cette Maison. Je voudrais être assez jeune pour en être le témoin.

Le Prince Repnin envoie aujourd'hui à Vienne notre réponse finale sur le plan de la paix que la Cour de France a supposé il y a quatre semaines, et que la Cour de Vienne a avoué. Comme nous y avons souscrit en tout, on devrait s'attendre sûrement à la paix, si l'Empereur n'a pas trouvé moyen de changer entièrement les dispositions de l'Impératrice sa mère. Dans quinze jours d'ici, on pourra juger sûrement, si nous aurons la paix ou la guerre. Si la Cour Impériale se décide pour la première, on tiendra alors un congrès, dans lequel on rédigera les traités et où on arrangera la satisfaction de la Cour de Saxe, laquelle répondra très-peu à son attente, de sorte qu'elle sera aussi peu satisfaite que la Maison Palatine l'est de son côté.

J'ai l'honneur d'être avec le plus profond respect &c.

Breslau le 11. Février 1779.

Finckenstein an den Geh. Cabinetsrat Coeper. No. 36.

1779. Februar 22. Breslau. R. 96. 201 E.

Eigh. Original.

Vous verrez, Monsieur, par notre rapport ci-joint, qu'il sera nécessaire que le Roi se décide sur la choix de son plénipotentiaire. Je suis prêt à tout et je me ferai toujours une gloire d'obéir aux ordres de S. M.; mais je prévois qu'elle préférera d'y envoyer Mr. de Hertzberg, et à vous parler franchement, cela me paraît aussi plus conforme à sa dignité. Je ne crois pas non plus, dans les termes où les choses en sont, que mon collègue sera aussi difficile, qu'il l'a été au commencement de la négociation, surtout si le Roi lui fait connaître bien clairement ses intentions à cet égard et la nécessité de ne pas accrocher la paix à des pointilles et à des formalités. Je prends la liberté, Monsieur, de vous parler à coeur ouvert sur cette matière comme à un ancien ami dont je connais le zèle pour les intérêts et pour le service de S. M.

à Breslau le 22. Février 1779.

C. de Finckenstein.

Hertzberg an den König. No. 37.

1779. Februar 24. Breslau. R. 96. 201 E.

Eigh. Ausfertigung.

Sire

J'ai cru que je serais chargé du soin de conclure la paix qui doit finir une guerre, dans laquelle je ne me suis pas épargné. Quelque délabrée que soit ma santé, je me serais chargé d'une besogne, qui sera encore plus difficile qu'on ne prévoit. Je l'aurais fait non par aucune vue d'intérêt ni d'ambition déplacée, mais uniquement par le motif d'un zèle patriotique et dans l'espérance, que par la connaissance suivie que je dois avoir de l'affaire présente, j'aurais pu parvenir à rendre cette paix sinon tout aussi glorieuse que celle de Hubertsbourg, du moins honorable et analogue au rôle

sublime que V. M. a joué dans cette guerre et aux principes de grandeur d'âme et de justice, par lesquels Elle s'y est distinguée et acquis le suffrage de toute l'Europe, j'aurais tâché d'assurer à Sa Maison d'une manière incontestable la succession aux Marggraviats de Franconie et à Lui sauver même celle de Juliers et de Bergue après l'extinction de la lignée non nombreuse de Deuxponts, sans empêcher par là la paix. Je n'aurais pas été à charge, comme je n'ai jamais rien demandé. Le choix que la Cour de Vienne doit avoir fait pour son plénipotentiaire ne détermine pas celui de V. M.; Elle est faite pour donner et non pour accepter l'exemple. Elle a conclu les traités de Breslau et de Dresde par un ministre d'Etat et nous avons négocié à Braunau avec un subalterne.

Cependant comme V. M. vient de nommer le Baron de Riedesel et que le ministère doit le pourvoir d'instructions pour la conclusion de la paix, je suis obligé de dire que, si j'avais peut-être pu faire la paix sans grande instruction, je ne me sens pas capable en mon particulier d'en donner des suffisantes à un autre. Mes services étant donc ici inutiles et superflus, je supplie V. M. de me permettre que je puisse retourner à Berlin, pour tâcher de réparer encore, s'il est possible, ma santée ruinée par des vertiges continuels. Si Elle n'agrée aussi plus mes services ultérieures, je n'attends que Ses décisions pour me retirer à ma campagne. Dans quelque position que je me trouve, je ne cesserai d'être avec le zèle et le dévouement le plus respectueux, Sire, de Votre Majesté

le plus humble et plus obéissant sujet et serviteur

E. F. de Hertzberg.

Breslau le 24. Févr. 1779.

No. 38. Hertzberg an Coeper.

1779. Februar 24. Breslau. R. 96. 201 E.

Eigh. Orig.

Monsieur. Je prends la liberté de vous adresser une lettre pour le Roi en original et en copie. Je ne m'attends pas à une réponse gracieuse, je vous prie seulement, Monsieur, de contribuer,

si cela vous est possible, qu'elle ne soit pas déshonorable. Je ne puis plus tenir contre la situation où je me trouve, accablé de chagrin et d'accidents, qui me menacent tous les jours de l'apoplexie.

Ainsi la retraite est la meilleure ressource pour moi. Je ferai cependant encore demain notre traité de paix, comme j'ai fait ceux de Russie, de Suède, de Hubertsbourg et du partage de la Pologne, le dernier dans un temps, où tout mon côté droit était perclus et engourdi.

Je n'ai jamais pu parvenir à gagner l'approbation de mon maître, je souhaite seulement de m'assurer le suffrage du public et des personnes justes et éclairées comme vous l'êtes. Je suis de mon côté avec un dévouement sincère, Monsieur,

votre très-humble et obéissant serviteur

Hertzberg.

Breslau le 24. Févr. 1779.

Freiherr von Hofenfels an Hertzberg. No. 39.

1779. März 3. Breslau. R. 92. Hertzberg 51.

Eigh. Orig.

J'ai l'honneur de communiquer à V. E. copie de la lettre de S. A. R. le Prince de Prusse et de l'avertir en même temps que Cobenzl est nommé. Voilà donc toutes me espérances perdues! mais ne serait ce pas possible que V. E. puisse nous donner pour principal ou adjoint Mr. le B. d'Arnim *(?)*, peut-être l'affaire de Neustadt favorisait-elle ce projet? Les raisons qui se trouvent dans les écrits publics de la Cour de Vienne, ne peuvent pas être indifférentes à S. M., et jointes aux autres plus fortes encore appuyées par les sentiments de V. E. pourraient peut-être déterminer S. M. de traverser les ruses de nos amis et ennemis?

Je joins également les deux lettres de M. le Comte de Vergennes, qui a bien arrangé Mr. d'Ehsebeck et Mr. Bachmann. Cependant elles font toujours connaître leur opiniâtreté sur le beau plan et que la dignité de l'Impératrice suffit pour justifier leur démarche. Joseph I. avait tout titre, la convenance et récompense de ses

serviteurs, leur magasin politique renfermant encore beaucoup des titres de cette nature. — J'ose prier de me renvoyer les deux lettres de Mr. de Vergennes.

La lettre du Prince de Prusse me console. L'unique remède est d'ambrasser promptement des machines (?) propres à contreminer les leurs. C'est à V. E. qu'il est réservé de sauver l'Allemagne et d'assurer le repos de son illustre souverain et la sûreté de ses fidèles amis.

V. E. connaît les sentiments respectueux qui m'attachent à Elle pour la vie.

Breslau ce 3. Mars 1779.

Hofenfels.

Le courier du B. Breteuil n'est pas encore arrivé.

No. 40. Hertzberg an den König.

1779. März 3. Breslau. R. 96. 201 E.
Eigh. Ausfertigung.

Sire!

V. M. n'ayant pas jugé à propos de déférer à ma très-humble demande de retraite, je dois obéir à Ses volontés. Je me console par la manière avec laquelle Elle a daigné m'assurer de Sa confiance et par l'approbation qu'Elle a donnée aux principes d'honneur et de justice que j'ai tâché de substituer dans les projets des traités à ceux d'humiliation que le Pr. Repnin voudrait y conserver. Ce ministre, trop porté pour la Cour de Vienne par des vues que je crois propres à lui et non à sa Cour, après nous avoir arraché par degré tous les articles essentiels, qui auraient encore pu rendre notre paix plus supportable, veut nous forcer d'adopter à présent jusqu'aux termes, qui entraînent des aveux des prétentions autrichiennes pour le passé et attaquent la sûreté et les intérêts futurs des alliés de V. M. et par conséquent les Siens propres et surtout Sa dignité qui devrait être plus chère à ce ministre que celle de la Cour de Vienne qu'il allègue toujours. V. M. peut juger par là, comment Ses intérêts se trouvent entre les mains de deux ministres médiateurs

si partiaux contre Elle, et combien Elle risque de confier ceux de la gloire de Son règne et la conclusion d'une paix presque aussi compliquée que celle de Westphalie à un plénipotentiaire, qui ne peut pas avoir les connaissances nécessaires, qui est faible par caractère et qui par son état doit avoir de la complaisance pour la Cour de Vienne, laquelle lui en a fait un éloge public dans ses écrits en le comparant odieusement avec la roideur du ministère prussien. — Je crois toujours qu'après les exemples des traités de Breslau, de Dresde et d'autres où les premiers ministres de l'Etat ont traité avec des ministres subalternes, V. M. n'aurait pas compromis Sa dignité en m'opposant à un Comte Cobenzl, homme de qualité. On aurait pu m'adjoindre le Baron de Riedesel ou omettre dans le pleinpouvoir le caractère de ministre d'Etat, expédients que j'indique non par une envie démesurée de briller, quoique j'aurais eu quelque droit à l'honneur de cette paix, que j'aurais souhaité comme la dernière récompense de mes travaux, mais par un désir patriotique de la rendre aussi bonne que possible. C'est à cette vue unique que je prie V. M. d'attribuer la liberté de ce rapport.

J'ai l'honneur d'être avec le plus profond respect, Sire,

de Votre Majesté

le plus obéissant sujet et serviteur

Hertzberg.

Breslau le 3. Mars 1779.

Précis historique. Ro. 41.

s. d. R. 92. Hertzberg 51.

Eigh. Entwurf.

Précis historique de ce qui s'est passé en 1778 et 79 sur la succession de Bavière, surtout dans la négociation pour la paix.

Maximilien dernier Electeur de Bavière étant subitement décédé le 30. déc. 1777 sans laisser des descendants, la succession de la Bavière, du Haut-Palatinat et de tous les fiefs masculins délaissés par ce Prince, devait de tout droit retomber uniquement à l'Electeur

Palatin et par la suite à toute la Maison Palatine qu'on nomme la ligne Rodolphine comme descendante avec la ligne de Bavière appelée Wilhelmine ou Ludoviciane, d'une souche commune Otton, Comte Palatin de Wittelsbach, qui fut investi en 1180 par l'Empereur Frédéric I du Duché de Bavière comme d'un fief masculin après que Henri de Bronsvic, surnommé le Lion, Duc de Saxe et de Bavière en avait été privé par sa proscription et que la Maison d'Autriche, d'alors de la ligne de Babenberg, en avait démembré le Marggraviat d'Autriche, lequel avait été jusque là une dépendance du vaste Duché de Bavière, nommé Royaume dans certaines époques des Empereurs Carlovingiens. La succession allodiale de la Maison de Bavière devait par le droit naturel et civil et même par l'article 4 de la paix de Westphalie revenir à la soeur unique du dernier Electeur de Bavière, l'Electrice Douairière de Saxe, laquelle a cédé ses droits à son fils, l'Electeur de Saxe régnant.

La nouvelle Maison d'Autriche provenant de Rodolphe Comte de Habsbourg, que Frédéric Bourggrave de Nurnberg, son neveu, sut par ses négociations adroites auprès des Electeurs d'alors placer sur le trône impérial et qui donna ensuite après la défaite d'Ottocar, Roi de Bohême, les Duchés d'Autriche, de Styrie, de Carinthie et de Carniole à ses deux fils quoique l'ancienne Maison d'Autriche, nullement éteinte par la mort de Frédéric décapité à Naples avec Conradine de Souabe, subsiste encore aujourd'hui par les femmes habiles de succéder en Autriche, dans la Maison de Misnie ou de Saxe d'à présent; cette nouvelle Maison d'Autriche, dis-je, avait épié toutes les occasions pour s'approprier en tout ou en partie le beau Duché de Bavière si bien situé pour arrondir l'Autriche et la Bohême. Elle en avait démembré l'importante Comté de Tyrol et une partie de la Souabe après la mort de George de Bavière décédé en 15 . . sans le moindre titre que celui de sa convenience et de la justice que l'Empereur Maximilien rendit véritablement aux Princes Palatins et de Bavière qui se disputaient cette succession. Au commencement du siècle présent la guerre pour la succession d'Espagne fournit à l'Empereur Joseph I l'occasion favorable de proscrire l'Electeur de Bavière, qui s'était attaché à la France à cause de ses droits sur la monarchie espagnole, et à s'attribuer tout l'Electorat de Bavière comme un fief confisqué, mais son successeur Charles VI fut obligé de le restituer en 1714 par la paix de Bade.

Le dernier Electeur de Bavière n'ayant point eu d'enfants de son mariage, la perspective de l'extinction prochaine de sa ligne

présenta à la Cour de Vienne une occasion trop favorable pour ne pas en profiter par tous les moyens possibles. On a des indices très-forts qu'elle a déjà cherché à s'assurer la succession dans le district de Burghausen par un article secret des pactes matrimoniaux de l'Empereur d'aujourd'hui avec la Princesse Josèphe de Bavière. Cela ayant manqué par la mort de cette Princesse, on a recherché toutes sortes de titres anciens et nouveaux, pour pouvoir entamer la succession de Bavière. N'en pouvant pas trouver de meilleurs, le ministère autrichien s'est attaché à une ancienne charte ou lettre d'investiture sur laquelle l'Empereur Sigismond doit avoir donné en 1426 à sa fille Elisabeth, mariée à Albert Duc d'Autriche, le Duché de Basse-Bavière comme un fief devenu vacant à l'Empire après la mort du dernier Duc de Bavière de la ligne de Straubing, et cette succession, n'ayant pas pu avoir lieu alors par l'opposition des autres lignes de Bavière, doit avoir été assurée à la présente Maison d'Autriche après l'extinction de tous les mâles de Bavière par manière d'expectative. Cette pancarte ne dit pourtant rien d'approchant; elle n'a jamais été produite en original; si elle existe, elle a été anéantie en 1429 par un acte exprès de renonciation du Duc Albert, que la Cour de Vienne attaque vainement, et même par une sentence de l'Empereur Sigismond, qui adjugea cette année dans une assemblée tenue à Presbourg tout le Duché de Basse-Bavière aux autres Ducs de Haute-Bavière agnats et successeurs du défunt sans réserver aucun droit ni expectative aux Ducs d'Autriche. La succession en était tellement dévolue par les loix féodales aux Ducs de Bavière, que l'Empereur ne pouvait pas donner leur fief masculin à sa fille et en faire un fief féminin, et s'il l'avait pu faire, l'expectative, qu'on en dérive d'une manière forcée, devrait revenir à la Maison Electorale de Brandebourg qui descend en ligne droite de la fille aînée d'Elisabeth et d'Albert Duc d'Autriche et non à la présente Maison d'Autriche, qui ne descend que de leur fille puîs-née, leur fils Ladislas étant mort sans descendants. Il est absurde de soutenir que dans un fief supposé féminin les collatéraux mâles de l'Autriche, qui n'y avaient même pas été appelés expressément, devaient exclure les descendants féminins plus proches.

Ce petit nombre de faits notoires ou aisés à constater suffit pour faire voir non la faiblesse mais la nullité de la prétention autrichienne, qui est sans exemple dans l'histoire. Mais le ministère autrichien ne cherchait qu'un prétexte pour la pallier aux yeux du

vulgaire. Il avait gagné tous les ministres de l'Electeur Palatin, et profitant de l'éloignement de ce Prince pour sa famille et son penchant décidé pour procurer à ses enfants naturels de grands établissements, il avait su entamer avec lui une négociation secrète dès le vivant de l'Electeur de Bavière, quoique ces deux Electeurs se fussent engagés par trois pactes de famille solemnels d'assurer à leur Maison commune la succession réciproque et indivisible de tous leurs Etats. La maladie imprévue de l'Electeur de Bavière fit tellement avancer cette négociation que quatre jours après la mort de ce Prince le 3. Janv. 1778 le Sieur Ritter, ministre palatin à la Cour de Vienne, largement et publiquement payé par cette Cour, conclut avec elle la fameuse convention, par laquelle l'Electeur Palatin reconnut sans le concours de ses agnats la validité de la prétention autrichienne sur toute la Basse-Bavière ou le pays de la ligne de Straubing éteinte en 1425; et céda ainsi à l'Impératrice-Reine les meilleurs deux cinquièmes de la Bavière, en réservant de convenir ultérieurement sur un troc de la Bavière en tout ou en partie, ce qui devait mener à un échange en lieu de l'Electorat de Bavière contre des possessions autrichiennes en Souabe ou dans les Pays-Bas, si personne ne s'y était opposé. On peut poser en fait qu'à la suite de cette convention il se trouve des articles secrets pour un troc pareil et pour l'avantage des enfants naturels de l'Electeur. Le ministère bavarois, qui ne savait rien de ce chipotage, prit dans le moment de la mort de l'Electeur de Bavière possession de tout le pays pour l'Electeur Palatin, sur quoi l'Empereur fit entrer 30000 hommes en Bavière. L'Electeur Palatin désavoua le ministère bavarois, ratifia le 14. janv. la convention du 3. et écrivit au Duc de Deuxponts, son successeur présomptif, pour s'en excuser, qu'il y avait été forcé par la Cour de Vienne. La Cour Impériale même notifia cette convention et son ancienne prétention à toutes les Cours par une note circulaire du Pr. de Kaunitz du 20. janv. et l'Empereur fit prendre possession de tous les fiefs du défunt Electeur devenus vacants à l'Empire, par ses commissaires sans aucune concurrence de cet Empire très-requise par l'esprit de la capitulation.

Tout le monde fut stupéfait de voir que le Chef de l'Empire, que l'Impératrice-Reine, cette Princesse magnanime, si puissante déjà en possessions, voulaient s'arroger sans aucun titre plausible la succession au fief masculin d'une famille non éteinte qui subsiste encore dans la Maison Palatine, et que l'Electeur Palatin ne balançait

pas de reconnaître une prétention aussi frivole, que la Cour de Vienne n'aurait jamais osé faire valoir sans être sûre de son aveu, et contre laquelle il pouvait être sûr du suffrage et même de l'assistance de toute l'Europe.

Le Roi ne pouvait pas voir avec indifférence qu'une maison naturellement rivale de la sienne se fit sans le moindre droit un accroissement si énorme de puissance et s'empara d'un héritage étranger, lequel selon ses propres principes, s'il ne revenait pas à la Maison Palatine devait plutôt appartenir à celle de Brandebourg qu'à celle d'Autriche. S. M. fit faire à la Cour de Vienne en réponse à sa note circulaire (févr. 1778) par son ministre le B. de Riedesel des représentations amicales, pour la détourner de cette entreprise, en lui rappelant les lois d'Allemagne et les doutes que sa prétention faisait naître. Elle envoya le Comte de Goertz à Munic pour offrir son assistance à la Maison Palatine et pour tâcher de dégager l'Electeur Palatin ou du moins le Duc de Deuxponts des vues et des liens de la Cour de Vienne. L'Electeur de Saxe ayant aussi réclamé l'appui du Roi pour faire valoir ses prétentions allodiales, S. M. le lui assura par une déclaration en stipulant par une déclaration réciproque de l'Electeur, que ce Prince ne ferait rien dans l'affaire de Bavière sans son aveu. C'est le seul engagement qui subsiste entre les Cours de Berlin et de Dresde, auquel on a ajouté ensuite une convention militaire sur la jonction des deux armées sous les ordres de S. A. R. le Prince Henri, sur leur subsistance et opérations. Les Ducs de Mecklenbourg ayant également pris recours à la protection du Roi, pour faire valoir une ancienne expectative qu'ils ont sur la moitié du Landgraviat de Leuchtenberg, S. M. leur promit de s'intéresser pour eux.

(Mars 1778) Le C. de Goertz ne put rien effectuer auprès de l'Electeur Palatin qu'il trouva sans retour attaché à la Cour de Vienne et à la convention du 3. janv. Le Duc de Deuxponts était aussi sur le point de succomber aux cajoleries et aux menaces des ministres autrichiens, lorsque l'arrivée du C. de Goertz jointe aux conseils de son ministre habile et patriote le Baron de Hofenfels, le détermina de partir de Munic, de refuser son accession à la convention de son oncle et à se lier avec le Roi de manière que S. M. lui promit de faire tout son possible pour assurer à la Maison Palatine la succession de Bavière et que le Duc s'engagea de son côté de n'y faire et n'entrer en rien sans l'avèu et la concurrence de S. M.

Le Pr. de Kaunitz répondit aux représentations du B. de Riedesel par un mémoire (16. févr.) qui devait servir à soutenir les prétentions de sa Cour. Le B. de Riedesel y répliqua (9. mars) par une note dans laquelle il réfuta les prétentions avec plus d'étendue mais dans de termes menageants. Le Pr. de Kaunitz y répondit par une note courte et sèche (1. avril): qu'elle n'entrerait plus en discussion de ses droits, et qu'elle saurait non seulement les défendre, mais aussi attaquer celui qui voudrait s'y opposer. Cette guerre de plume fut encore continuée par une note prussienne du 22. avril et par un mémoire autrichien du 7. mai. Pendant cet intervalle et dès le mois de février l'Empereur avait assemblé toutes ses forces en Bohême et en Moravie, ce qui obligea le Roi de faire avancer dans les mois de mars et d'avril ses troupes de Prusse, de Poméranie et de Westphalie partie en Silésie et partie dans la Marche. S. M. se rendit même au commencement d'avril en Silésie avec S. A. R. le Prince de Prusse et s'assembla une armée du côté de la Comté de Glatz en prenant son quartier général à Schoenwalde près de Silberberg et en laissant S. A. R. le Prince Henri à Berlin pour y former la seconde armée et la faire avancer par la Saxe vers la Bohême en cas de besoin. L'Empereur étant accouru en même temps en Bohême écrivit une lettre laconique au Roi (13. avril), par laquelle il proposa un arrangement amiable entre les deux Cours de manière que la Cour Impériale promettrait de n'être jamais contraire à la réunion des deux Marggraviats de Franconie avec la Primogénitur de la Maison de Brandebourg et que le Roi s'engagerait de son côté de ne plus s'opposer à l'acquisition que la Cour de Vienne pourrait faire en Bavière par des conventions et des échanges avec la Maison Palatine. S. M. répondit à cette lettre dans un ton noble et ferme, en faisant sentir à S. M. I. son injustice de vouloir confisquer un fief de l'Empire non-vacant sur le pied des fiefs des timariots turcs, et en disant pourtant que l'affaire pouvait être mise en négociation. Cette correspondence fut continuée par trois lettres, par lesquelles on convint à la fin d'avril, qu'on entamerait une négociation d'accommodement à Berlin entre le ministère du Roi et le ministre impérial, le Comte de Cobenzl.

Unzer, Adolf

Hertzbergs Anteil an den preußisch-österreichischen Verhandlungen 1778/79

Frankfurt am Main 1890